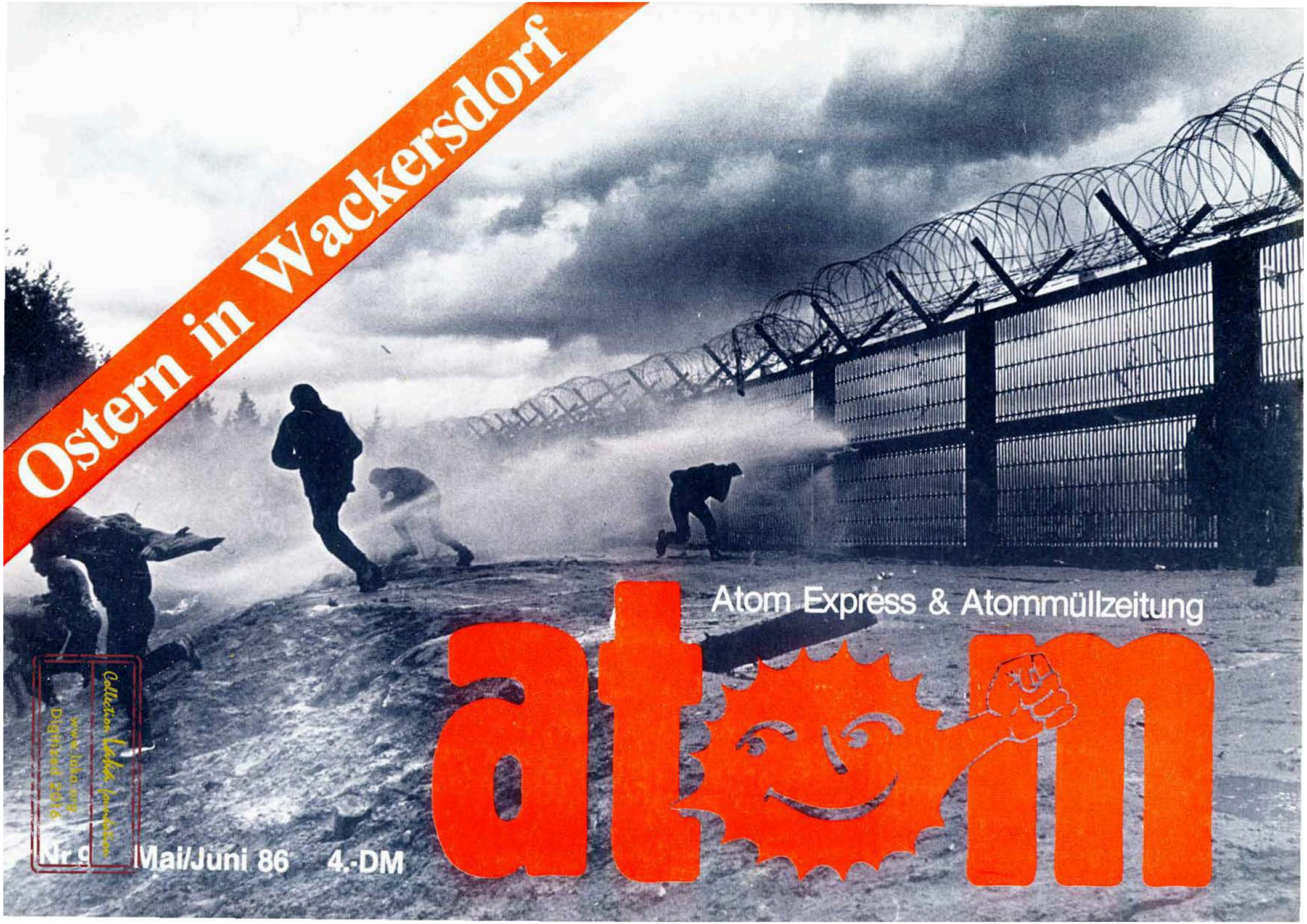

Ostern in Wackersdorf
Atom Express & Atommüllzeitung
atom
Nr 9 Mai/Juni 86 4.-DM
Collection Lothar Jaworskas
www.laka.org
Digitized 2016

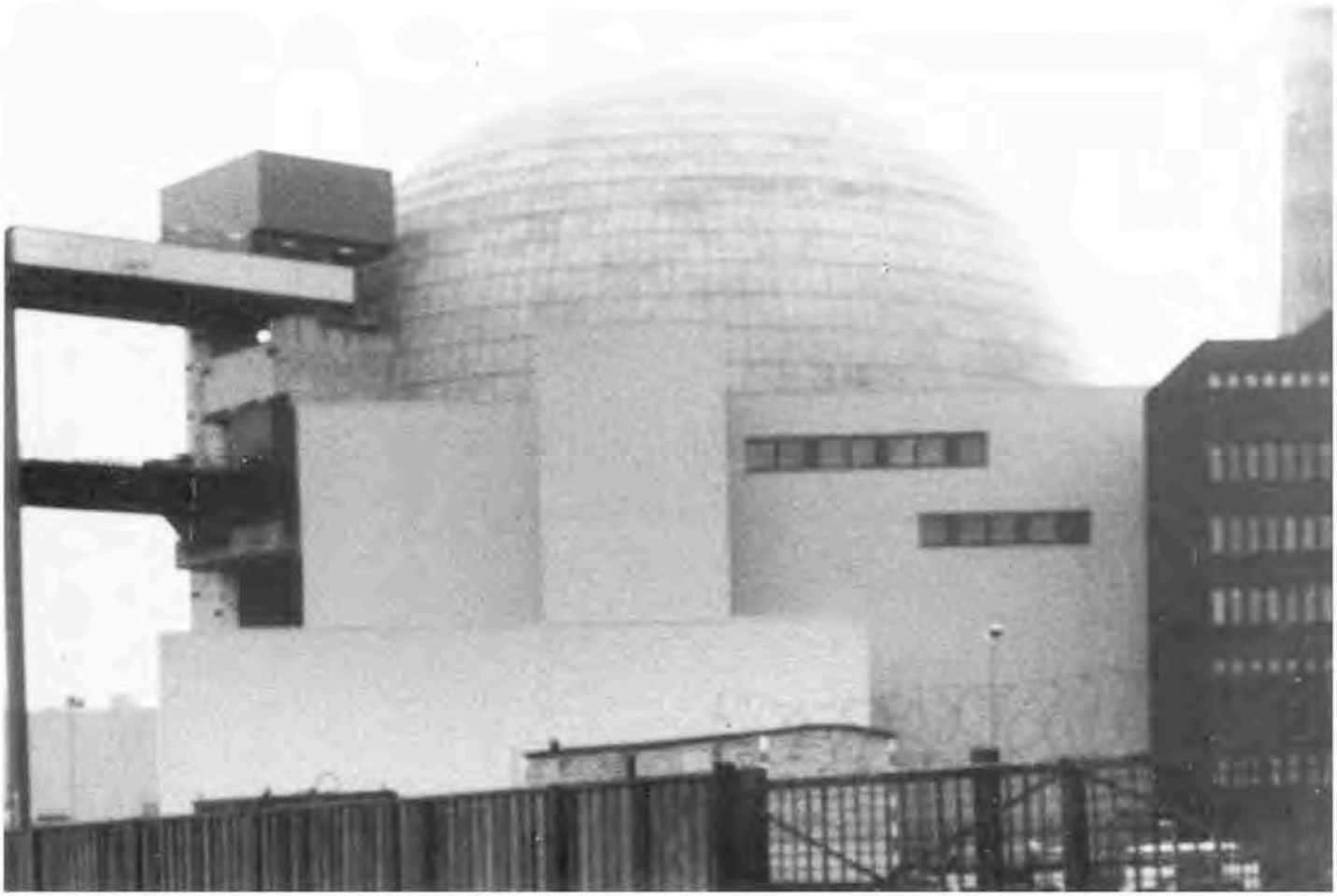
Endlich erschienen!!!

Aktivisten und kritische Wissenschaftler aus der Anti-AKW-Bewegung haben ein neues Buch herausgebracht. Es ist der längst überfällige Versuch, die nationalen und internationalen Entwicklungen in der sogenannten »friedlichen Nutzung der Atomenergie« der letzten Jahre zu analysieren und darzustellen. Schwerpunkte des Buches sind

*** die weltweite Krise der Atomindustrie**
*** Geschichte des deutschen Atomprogramms**
*** Aussichten bis zum Jahr 2000**
*** die Macht der Stromkonzerne**
*** Harrisburg u. neue Sicherheitsstudien**
*** die Gefahren im Normalbetrieb**
*** die Unmöglichkeit der Entsorgung**
*** die Gefahren der Wiederaufarbeitung**

Autoren dieses Buches sind u.a. Jens Scheer, H. Hirsch (Gruppe Ökologie) und einige Redaktionsmitglieder der »atom«.

Das Buch ist erschienen im Verlag Die Werkstatt (Göttingen), kostet 14.80 DM u. ist in jeder guten Buchhandlung erhältlich. BI's u.a. Wiederverkäufer erhalten ab 5 Stck. 30% Rabatt. Bestellungen an: Göttinger AK gegen Atomenergie, Postfach 1945 in 3400 Göttingen oder direkt an den Verlag Die Werkstatt, Lotzestr.24a, 34 Göttingen, Tel.0551-7700557



Impressum

Die **Atom**, früher **Atom Express** und **Atommüllzeitung** wird herausgegeben vom **Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e.V.** und vom **Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen (LAGA)**.

Redaktionsanschriften:

Atom Express
Reinhäuser Landstraße 24, Postfach 1945
3400 Göttingen, Tel.: 0551/7700158

Atommüllzeitung
Sültenweg 53, 2120 Lüneburg,
Tel.: 04131/48360
oder:
c/o G. Garbers, Posener Str. 22,
2121 Reppenstedt, Tel.: 04131/63315

Bestellungen:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen
Konto:
Verein für eine umweltgerechte Energiepolotik e.V., Reinhäuser Landstr. 24,
3400 Göttingen
PSchA Hannover 148 99 - 308

oder

Elke Rickert, Vorwerk 5a, 3119 Altenmedingen
Konto:
'Atom', G. Garbers
PSchA Hamburg 378 14 - 206

Spendenkonto:

Bernd Weidmann, Sonderkonto,
PSchA Hannover, Kto.Nr.: 4098 - 304

Druck: Steidl, Düstere Str., Göttingen

V.I.S.d.P.: Eva Frintrup, Günter Garbers, Matthias Küntzel, Ulrike Schierenberg.

Diese Ausgabe kostet 4,— DM, für Bis und andere Wiederverkäufer/innen 3,—.

Ein **Abonnement** kostet **25 Mark** für fünf Ausgaben inclusive Porto. Ein **Förderabonnement** kostet 35 Mark.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches

Dies ist die **Atom 9**. Oder nach alter Zählweise: **Atom Express 49** und **Atommüllzeitung 36.**

Titelphoto: Thomas Einberger

INHALT

Bundeskonferenz 4

Wackersdorf 5
Chronik der Ereignisse 6
Ostermarsch '86 10
Autonomer Widerstand gegen die WAA 14
Zur Gewaltfrage 16
Repression 21
Theater, Herzschläge u. Diskussion 24
Siemens und WAA 29

Schwerpunkt 1:
Wackersdorf

Wackersdorf bleibt nach wie vor der Schwerpunkt der Anti-AKW-Bewegung. Wir berichten über die Aktionen zu Ostern an denen 80.000 Menschen teilnahmen; und die schon den zweiten Toten in diesem Jahr forderten. Daneben Diskussionen, denn nach den großen Demos vom 12.10. in München und vom 14.12. in Wackersdorf mit nachfolgender Platzbesetzung und jetzt Ostern '86 beginnt ein neuer Abschnitt.

Standorte 31
Brokdorf 31
Quer durch die Republik 32
Schacht Konrad 34

Arbeitsbedingungen im AKW 35
Als Leiharbeiter im Atomkraftwerk 35
Täglich Alarm 41

Schwerpunkt 2:
Arbeitsbedingungen in AKWs

Miserable Sicherheitsvorkehrungen, Überstunden, unzumutbare Arbeitsbedingungen sind der Normalzustand in bundesdeutschen AKWs. Der Artikel über Leiharbeiter, zuerst abgedruckt in WILD CAT (ehemals Karlsruher Stadtzeitung) zeigt aber auch die Problematik zukünftiger Arbeitspolitik auf.

International 42
Atomhandelsmesse in Genf 42
Endlagerpläne der Schweiz 43

Wendland 44
Endlagerspektakel 44
Schachtbau 45
Direkte Endlagerung 46
Märchen — letzter Teil 47

Die schmutzige Geschichte von Windscale 50

Anti-NATO-Kongreß 52
Atomwaffensperrvertrag 54

Grünen — Diskussion 56

Kriminalisierung 61
Wasserwerfer-Prozeß 61
Rüsselsheim 62
Braunschweig 65

BUKO 86?

Regensburg, 7. 3. 86

Nun doch:

Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung 1986?!

Leibe Freundinnen und Feunde!

Wie sich sowohl bei nochmaliger Diskussion in unserer Gruppe, als auch aufgrund der Antworten auf unseren Vorschlag im Februar herausgestellt hat, wollen wir die BuKo lieber im Herbst machen. Die Vorbereitungszeit für eine BuKo im April ist zu kurz, ebenso stehen schon viele andere Aktionen fest.
Wir hoffen, in der verbleibenden Zeit bundesweit Konzepte für den Widerstand gegen das gesamte Atomprogramm vordiskutieren zu können. Das soll mittels eines Readers passieren, für den interessierte Initiativen und Gruppen Papiere schicken können. Dieser Reader bildet auch die Diskussionsgrundlage für die BuKo.
Den Ablauf stellen wir uns ungefähr so vor:
- Freitag abend: Größere Diskussionsveranstaltung
- Samstag vormittag: Plenum
  nachmittag: Arbeitsgruppen (ohne Zeitbegrenzung)
  abend: Fest
- Sonntag vormittag: Plenum

Als Termin stellen wir und das erste oder zweite Oktoberwochenende vor.
Die nächste Atommüllkonferenz findet nach Rücksprache mit dem Anti-Atom-Büro und der Marburger Initiative gegen Atomanlagen am letzten Aprilwochenende (26./27. 4.) in Marburg statt. Sie in der Oberpfalz zu organisieren, halten wir für ungünstig, da vor der Trebeler AMK bereits zwei hier stattgefunden haben (Juni 85 in Teublitz, Sept. 85 in Amberg) und die BuKo im Herbst dann auch wieder hier wäre.
Auf der Marburger AMK soll die BuKo aber nochmal grundsätzlich diskutiert werden! Bereitet Euch bitte darauf vor! Die BI's, die uns auf unseren letzten Vorschlag geantwortet haben, waren alle gegen eine BuKo im April, aber auch fast alle für eine BuKo zu einem späteren Zeitpunkt.
Wir freuen uns auf eine heiße Diskussion

Eure AG BuKo der BIWAK

BuKo — ja bitte, aber erst im Herbst '86. Mit dieser Stoßrichtung veröffentlichten wir in der letzten Atom eine Stellungnahme der atom-Redaktion, die entgegen der Mehrheitsmeinung der Atommüllkonferenz lag. Das Thema wird auf der Atommüllkonferenz in Marburg am 26./27.4. weiter diskutiert, wir berichten in der nächsten Nummer. Vorab und für die weitere Meinungsbildung, die bei der BIWAK Regensburg zwischenzeitlich eingegangenen Stellungnahmen.

Wir haben gestern die Vorschläge zur Buko und AMK besprochen und sind einstimmig zu folgendem Ergebnis gelangt:
Wir finden sehr gut, wenn wieder eine Buko stattfindet, womit ja auch der Zwei-Jahres-Rhythmus (1980 Bremen, 1982 Kassel, 1984 Braunschweig,...) fortgeführt würde, und wir finden auch gut, daß sie in Regensburg sein soll und begrüßen Eure Initiative. Allerdings finden wir die vorgeschlagenen Zeitpunkte, sowohl April wie Mai, für viel zu früh.
Nachdem die letzte AMK die Aktionen im Mai - Himmelfahrt: Gorleben/Konrad und Pfingsten: Wackersdorf - beschlossen hat, halten wir es für überflüssig, davor noch die Buko zu quetschen, vielmehr finden wir es richtig, sich auf diese Schwerpunkte zu konzentrieren, und dann danach in angemesenem Abstand auf einer Buko zu besprechen, wie die Aktionen einzuschätzen sind und wie es danach weitergehen soll.
Auch darf man nicht vergessen, daß eine Buko mehr ist als eine Mobilisierungsveranstaltung für ein noch so wichtiges Einzelprojekt. Vielmehr ist ihre Aufgabe ja gerade, die gesamte Bewegung zusammenzufassen, alle Aspekte zu diskutieren und dann Perspektiven zu entwickeln und die nächsten Schwerpunkte zu definieren. Dabei müssen und können gerade auch solche Bereiche einbezogen werden, die nicht so spontan ins Auge springen, wie die Auseinandersetzung um laufende Atomanlagen, oder im Windschatten stehen wie vielleicht THTR oder Gronau.
Wir finden, daß eine Buko die diesen Aufgaben genügen soll, frühestens im Juni möglich ist, etwa am 7/8.06., oder 21/22.: da ab Ende Juni/Anfang Juli die Ferien beginnen, wäre dann sogar zu überlegen, die Buko erst, wie auch in den vergangenen Jahren, im Herbst zu machen. Der Akzent auf Wackersdorf wird dann ja wohl auch noch aktuell sein.

Herzlich & atomfeindlich
Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen, BBA
St. Pauli-Str. 11, 28 Bremen 1, den 14.02.86

Wir müssen Euch leider mitteilen, daß wir von Eurem Vorschlag vom 25.-27.04.86 in Regensburg eine BUKO zu machen nicht viel halten. Wir schließen uns dem Vorschlag der Atommüllkonferenz an am 26./27.04.86 eine Atommüllkonferenz abzuhalten zu der breiter eingeladen wird.
Die Argumente hierfür wurden auf der AMK und der vorletzten LAKO bereits vorgebracht und wir ersparen uns deshalb sie noch einmal alle aufzuzählen. Wir geben Euch nur zu bedenken, daß wir zur Zeit personell ziemlich ausgelastet, um nicht zu sagen überlastet sind. Mit personeller Unterstützung von uns wird es also schlecht aussehen. Deshalb unser Apell an Euch: steckt Eure Energieen in bessere Sachen. Es gibt momentan wichtigeres als eine BUKO zu organisieren, die eh fast keiner will.

Mit herzlichen Widerstandsgrüßen
Bürgerinitiative gegen die Errichtung einer atomaren WAA Schwandorf, Am Vogelherd 13, 8418 Teublitz
26.02.86

STOPP WAA & UAA — Wackersdorf und Gronau sind überall, Anti AKW Bundeskonferenz 1986

Liebe Freundinnen und Freunde!
Wir finden es toll, daß Ihr eine Anti AKW Bundeskonferenz organisieren wollt, halten aber den Termin (Ende April) für ungünstig. Eine Bundeskonferenz im April, die zudem in Regensburg stattfinden würde, würde unseres Erachtens nach eine bundesweite WAA Konferenz werden. Ziel und Zweck einer Bundeskonferenz sollte es jedoch sein, ein bundesweites Konzept gegen das gesamte Atomprogramm zu diskutieren. Die Vorbereitungszeit für euren Terminvorschlag halten wir für zu kurz. Bis April stehen bereits regional und bundesweit viele Aktionen und Termine an: somit wäre eine gute Vorbereitung für die Bundeskonferenz nicht gewährleistet.
(...) Wir schlagen alternativ zum April vor, die Bundeskonferenz im Herbst durchzuführen. Die Möglichkeit einer guten und erfolgreichen Durchführung wäre somit gesichert.

...t vielen atomenergiefeindlichen, gleichzeitig aber soli...ischen Grüßen,

...itskreis **Umwelt Gronau**
c/o Udo Buchholz, Siedlerweg 7 4432 Gronau, 17.02.86

Ostern in Wackersdorf

Foto: Pan-Foto

Wackersdorf ist nicht umsonst wieder Schwerpunkt dieser Ausgabe, es ist auch nach wie vor Schwerpunkt der Aktionen der Anti-AKW-Bewegung.
Der Ostermarsch mit 80.000 Teilnehmer/innen war nach der München-Demo innerhalb kürzester Zeit ein erneuter Höhepunkt im Widerstand. Die ausgelegte Leimroute der SPD — weit weg vom Bauzaun, ab jetzt nur noch Kundgebungen — war unwirksam. Am Zaun wurde gerüttelt, Zehntausende standen dabei. Begleitet wurde der Ostermarsch von Polizeiaktionen, die in diesem Jahr schon zu zwei Toten im WAA-Widerstand geführt haben, und Pressehetze im Vorfeld, die den weitergehenden Widerstand zu Terrorismus-Aktionen stempeln sollten.
Im Folgenden führen wir unsere Chronik der Ereignisse fort und steigen dann direkt in die Gewaltdiskussion ein. Daneben Einschätzungen, Ausblicke, Widerstandsdiskussionen und Demoberichte.

Wackersdorf-

6.2.86: Hexen stürmen Informationsbüro
Um 17 Uhr stürmen die Anti-WAA-Hexen im Rahmen des Altweiberfaschings das Informationsbüro des bayrischen Staatsministeriums in Schwandorf.
Sie beschlagnahmen Werbematerial für die Todesfabrik und hinterlassen Parolen an den Türen und Wänden. Unter dem Motto »Lügen müssen verbrannt werden« landet das Material auf dem Scheiterhaufen auf dem Schwandorfer Marktplatz.

12.2.: Kein Baustopp
Der bayrische Staatsgerichtshof in München lehnt erneut eine Klage gegen die WAA ab. Damit können die Rodungsarbeiten ungehindert weitergehen. Die Zauntrasse auf dem WAA-Gelände ist inzwischen auf einer Breite zwischen 30 und 90 Metern frei von Bäumen, 45 h Wald sind bereits gerodet.

16.2.: Sonntagsspaziergang
Den ganzen Tag über halten sich bis zu 1000 Personen auf dem WAA-Gelände auf, Baumsperren werden errichtet, die Bauarbeiten müssen eingestellt werden.

19.2.: Christusfigur wird geklaut
Während in Windscale bei einem Unfall in der WAA schon wieder mehrere Arbeiter verseucht werden, sägen Unbekannte die Christusfigur am Franziskusmarterl ab. (Die Figur wurde zum Jahreswechsel im Hüttendorf geschnitzt und erhielt nach der Dorf-Räumung an einem Baum am Martel ihren Platz, wo sie Mittelpunkt mehrerer Andachten am Mahnmal wurde.) Nur die Hände bleiben übrig - ein makaberes Bild. Die Entrüstung unter den Gläubigen ist groß.
Die Polizei beklagt abermals 4 Reifenpannen; auch ein Baufahrzeug ist platt.

22.2.: Behinderung der Bauarbeiten
350 Menschen blockieren einen Bagger, werden von der Polizei abgedrängt; wieder werden Hunde eingesetzt. Die Folgen sind Bißwunden und 3 Festnahmen.

23.2. Sonntagsspaziergang
Andacht und Sonntagsspaziergang mit ca. 500 Leuten.

24.2.: Kundgebung der Grünen am »Roten Kreuz«
Etwa 100 Leute aus Darmstadt demonstrieren im Taxöldener Forst. Am Rande der Kundgebung kommt es zu Behinderungen von Baufahrzeugen, 2 WAA-Gegner/innen werden wegen des Verdachts der Nötigung vorläufig festgenommen.

26.2. Bayrische Stromabnehmer/innen finanzieren seit 1977 die WAA
Ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums gibt vor dem WAA-Untersuchungsausschuß des Landtages in München bekannt, daß die bayrischen Stromzahler/innen die WAA seit Jahren indirekt über einen erhöhten Strompreis mitfinanzieren, da seit 1977 die WAA-Planungskosten über »Verlustzuweisungen« der DWK in einer Höhe von inzwischen 400 Mio DM direkt in die Strompreise für Abnehmer/innen in Bayern fließen.

27.2.: Hillermeier in Schwandorf
Der bayrischeInnenminister Hillermeier kommt nach Schwandorf, um im WAA-Informationsbüro eine »Bürger-Sprechstunde« abzuhalten. Er wird von 150 Demonstrant/innen/en empfangen, mit wütenden Beschimpfungen bedacht und sein Auto wird angegriffen. Ein Mann wirft sich auf die Kühlerhaube und wird festgenommen. Noch weitere 3 Festnahmen wegen Nötigung, Widerstand und Sachbeschädigung, wobei eine Frau von einem Polizisten getreten und verletzt wird.

Foto: Schwarz-Rot-Fotografie

1.3.: »Verbal-Terroristen« werfen mit Eiern...
Während bei einem Unfall in der WAA-Windscale schon wieder 5 Arbeiter radioaktiv verseucht werden, hält die CSU in Bruck in der Oberpfalz einen Bezirkstag ab, wo sich Justizminister Lang für einen harten Kurs in Sachen WAA ausspricht. Den WAA-Gegner/inne/n wirft er »Verbal-Terrorismus« vor, obwohl 150 Demonstant/inn/en vor der Mehrzweckhalle es nicht bei dem »verbalen Terrorismus« belassen, sondern sogar mit rohen Eiern werfen.

2.3.: Tödlicher Sonntagsspaziergang
Beim Sonntagsspaziergan wird der Bauzaun bemalt. Bei einem brutalen Polizeieinsatz am Zaun stirbt die 61jährige WAA-Gegnerin Erna Sielka an Herzversagen. Die Frau war kurz zuvor von einem Polizisten gestoßen wurden, wobei andere Demonstrant/inn/en sie auffangen konnten. Kurz darauf bekommt sie einen Herzanfall. Erst 2o Minuten später kommt der 150 m weit entfernte postierte Sanitätswagen des BGS, 30 Minuten dauert es, bis der Rettungswagen die sterbende Frau abtransportiert. Ein die ganze Zeit über dem Platz schwebender Hubschrauber wurde nicht zur Landung angewiesen.
Neben diesem Todesfall werden viele Leute z.T. schwer verletzt, vor allem durch Bisse von Polizeihunden. Tränengas wird eingesetzt und massenhaft Leute festgenommen.

4.3.: Sicherheitszaun montiert
Mittlerweile sind 70 h Wald gerodet, die Schneise für den Zaun ist fertig und sowohl von dem provisorischen, als auch von endgültigen »Sicherheitszaun« sind je 1,5 km montiert. 4 Mio DM kostet allein der provisorische Zaun, mit dem die DWK das Baugelände bis zur Fertigstellung der eigentlichen Umzäunung vor Störungen schützen will.
Durch einen Steinwurf ist die Scheibe einer Rodungsmaschine zu Bruch gegangen, die auf dem WAA-Baucamp im Taxöldener Forst abgestellt war. Nach Angaben der Polizei entstand rd. 600 DM Schaden.
Ca. 60 Leute demonstrieren spontan vor der Dienstelle der PI Schwandorf. Das Dienstgebäude wird unbemerkt besprüht.
In der gleichen Nacht wird ein Autobahn-Schallschutzwand zu Agitationszwecken benutzt und mit Parolen besprüht.

7.3.: Keinen Einsatz mehr von Polizeihunden
Die Polizei reagiert auf den Druck der Öffentlichkeit - es sollen keine Hunde mehr bei Demonstrationen am Wochenende eingesetzt werden. Bei allgemeinen Arbeitszeiten werden die Hunde jedoch wei-

Chronik II

Foto: Thomas Einberger

terhin auf dem Baugelände eingesetzt.

9.3.: Mehrere 1000 Menschen bei Sonntagsspaziergang
Bei dem erfolglosen Versuch einer Gruppe von »Zaunbeißern« das Handwerk zu legen, gerät eine aufziehende BGS-Hundertschaft in einen wahren Schlamm- und Wurzelhagel. Die Spaziergänger/innen werfen aus Leibeskräften, die Greiftrupps gehen diesmal leer aus. An der Unglücksstelle wird für die verstorbene Erna Sielka noch eine Andacht abgehalten.

10.3.: Drei Reifen von Betonmischfahrzeugen zerstochen, angerichteter Schaden: ca. 3000 DM.

13.3.: Ausgebrannter Bauwagen
In der Nacht wird ein Bauwagen in Brand gesetzt und mehrere Baumaschinen beschädigt. Gesamtschaden: ca.8000 DM. Die Wagen und Maschinen gehören Firmen die Aufträge auf dem WAA-Gelände haben.
6 Reifen eines Montagewagens werden zerstochen, an einem LKW entsteht ein Schaden von 2000 DM.

16.3.: Sonntagsspaziergang
Ca. 2000 WAA-Gegner/innen sind am Bauzaun. Im Anschluß an einen ökumenischen Gottesdienst erklimmen Leute Teile des Zaunes, es kommt zu heftigen Rangeleien mit der Polizei und zu Schlagstockeinsätzen. Es fliegen Steine, Knüppel und Erdklumpen. Mehrere WAA-Gegner/innen und 17 Polizisten werden verletzt, 3 Leute werden festgenommen.
Am Abend werden 2 Brandsätze in ein Holzlager beim Bahnhof Altenschwand geworfen. Später in der Nacht wird ein weiterer Anschlag verübt. Er gilt einem am WAA-Bau beteiligten Metallbaubetrieb. Das gelegt Feuer erlischt von selbst. Durch Betriebsausfall entsteht dem Unternehmen ein Schaden von ca. 4000 DM.

18.3.: Regierung ordnet zusätzliche Rodung an
Zum Schutz des Bauzaunes, bzw. damit sich die Polizisten im Wald besser bewegen können, wird von der Regierung angeordnet, einen zusätzlichen Kahlschlag vorzunehmen.
Landrat Schuierer verweigert seine Zustimmung. Das wird, wie mensch später festellen kann, aber nichts nützen. Der Rodung wird von höherer Ebene grünes Licht gegeben.

19.9: Regierung hebt zwei Erlasse auf
1.) WAA-Rodungsabfall darf verbrannt werden.
2.) Sonntagsarbeit wird erlaubt.
Muß ja schließlich alles schnell vorangehen...

20.3.:Frauen-Protest im Umweltministerium
Oberpfälzer Frauen führen ein Gespräch mit Umweltminister Dick. Sie lesen eine Erklärung vor, in der dem Minister harte Vorwürfe gemacht werden. Dick versucht sich anzubiedern:»Ich bin ein ganz normaler Mann mit Familie«. Als diese Tour nicht zieht und es zu Turbulenzen kommt wird er dreister:» Von der wirtschaftlichen Rentabilität ham sie soviel Ahnung, wie a Kuh vom Tanzn.« Unumwunden gibt er zu, daß es z.Z. kein Endlager gibt, aber die Betreiberin DWK trage schließlich das Risiko...

21.3 Der RWE wird auf's Dach gestiegen
In Brühl besetzen etwa 20 leute das Dach der RWE Betriebsverwaltung Berggeist. Auf dem 12 Meter hohem Dach werden Transparente gegen die WAA entrollt. Geschäftsleitung und Polizei werden von der Aktion völlig überrascht. Die Besetzer/innen können solange bleiben, wie sie wollen und mit kernigen Spruchbändern die Brühler Bevölkerung auf die WAA-Problematik aufmerksam machen. »380 000 Volt und kein bißchen Verstand«. Diese und ähnliche Transparente muß sich die RWE den ganzen Vormittag über gefallen lassen.

Ex-Kanzler Schmidt will nichts mit der WAA zu tun haben
Auf den Vorwurf der CDU/CSU (Grüne???) die SPD habe bereits zu ihrer Amtszeit dem Bau der WAA zugestimmt, reagiert Schmidt mit den üblichen Ausreden: man habe zwar den Bau einer WAA festgelegt, aber es sollte auch geprüft werden, ob es nicht auch ohne gehe...

Bauzaun beerdigen!
Aufregung bei der Polizei verursacht ein Flugblatt von WAA-Gegner/inne/n, in dem eine genaue Anleitung zum Demontieren des Bauzauns geliefert wird.

24.3.: Bisher über 2000 WAA-Gegner/innen angezeigt
Die Polizei zieht Zwischenbilanz: Seit Beginn der Rodungsarbeiten am 11.12.85 hat die Polizei bisher 2018 Anzeigen wegen Widerstands, Beleidigung, Körperverletzung und Ordnungswidrigkeiten erstattet. In 200 dieser Fälle ermittle der Staatsanwalt, 300 Anzeigen werden in Kürze weitergeleitet. Erste Strafbefehle in Höhe von 200 bis 600 DM seien bereits zugestellt worden. Als »unbehaglich« wertete Friker (Polizeipräsident von Niederbayern/Oberpfalz) die »seit Anfang des Monats feststellbare Solidarisierung Einheimischer mit Gewalttätern«.
Da lacht das Herz ...

24.3.: Brandanschläge auf Firmen mit WAA-Beteiligung
Die Serie von Brandanschlägen auf Firmen, die beim Bau der WAA Aufträge ausführen, setzt sich fort.
Diesmal trifft es erneut einen Bauwagen der Firma Ellert, der in Flammen aufgeht.

25.3.: Bloß nicht zu nah dran ...
Beginn des SPD-Spaltungsmanövers zur Osterdemo. Jetzt, wo der Kundgebungsort 500 Meter vom Bauzaun weggelegt wurde, sei mensch in ausreichender Entfernung von möglichen Störern, meint die SPD und glaubt nun guten Gewissens zur Demo aufrufen zu können.
Wird sie Recht behalten?

27.3.: Osterüberraschungen ...
3000 Polizisten und ein Riesenaufgebot an Wasserwerfern sollen für ein friedliches Ostern sorgen. So meint jedenfalls Polizeipräsident Friker. Die einheimischen Wasserwerfer reichen übrigens gar

nicht aus, es werden noch außerbayrische angefordert. Besonderes Augenmerk sollte hierbei von uns auf die rotgrünen Wasserwerfern aus Hessen gerichtet werden.

Ausgleichend zur Staatsgewalt hat sich auch das Deusche Rote Kreuz mit einem Großaufgebot gerüstet.
Ebenfalls von der Polizei angefordert wird der BGS einschließlich seiner (Anti?)terrorgruppe GSG 9.
Die Schlacht kann losgehen...

28.3.:Zeltlagerräumung
Am frühen Morgen räumt die Polizei mit Hilfe von SEK-Einheiten ein Zeltlager bei Hofenstetten und nimmt dabei 279 Leute fest, die sie zu umliegenden »Sammelstellen« transportieren. Begründung: Man habe zugreifen müssen, da sich in dem Lager Gewalttäter aufgehalten hätten.
Danach veranstaltet die Polizei eine sehr medienwirksame »Waffenschau« einkassierter Gegenstände aus dem Zeltlager. Das Arsenal reicht von Krähenfüßen über Mollies, daneben Sanitäterausrüstungen, Befestigungsmaterial und allem, was mensch so schleudern und werfen kann.

Strommasten an- und umgesägt
In der Nähe von Altenschwand wird ein 20 kV-Starkstrommast umgesägt. 5 weitere Masten werden angesägt. Dem »Bayernwerk« entsteht dadurch ein erheblicher Schaden.

29.3.: Auch SPD-Spitze zur Demo
Entgegen seiner ursprünglichen Planung will nun auch der bayrische SPD-Spitzenkandidat Hiersemann an der Osterdemo in Wackersdorf teilnehmen. »Gewaltfreiheit« ist hier natürlich oberstes Gebot.

Demoauflagen erlassen
Ausdrücklich verweist das Landratsamt auf ein Vermummungsverbot, sowie auf ein Verbot des Helmetragens. Der Landkreis ist mittlerweile überfüllt mit Polizeikolonnen und BGS-Einheiten. Um den Polizeihubschraubern einen freien Luftraum zu gewähren, wird für Ostern ein Flugverbot über das WAA-Gelände verhängt.

Randale in Schwandorf
In der Nacht zu Ostersonntag kommt es nach einer Demo in der Innenstadt von Schwandorf zu kaputten Fensterscheiben. 11 Leute werden festgenommen.

80.000 in Wackersdorf

Bisher größte Kundgebung gegen die WAA.
Auch die Polizei feiert an diesem Tag eine Premiere: Den Einsatz des Kampfstoffes CS, der zu unzähligen Verletzungen und Beschwerden von Demonstranten, auch noch Tage nach der Demo führt.
Im Verlauf der Demonstration bekommt ein 38 Jähriger Asthmakranker einen Anfall, der schließlich zu seinem Tode führt (näheres s. Bericht).
Ein »harter Kern« von ca. 200 WAA-Gegner/inne/n hält noch bis in den Abend die Stellung am Bauzaun. In Zusammenhang mit den Osteraktionen kommt es insgesamt zu nahezu 400 Festnahmen.

30.3.: Schläuche durchgeschnitten
In der Nacht werden an einer Tankstelle drei Zapfschläuche durchgeschnitten, bei der die Polizei einen Großteil ihrer Einsatzfahrzeuge auftankt.

1.4.:Streitereien um CS(U)-Gas
Es beginnen die Auseinandersetzungen um den CS-Gas Einsatz und das Verhalten der Polizei. Zusammenhänge zwischen dem Tod des 38jährigen Demonstranten und dem CS-Gas Einsatz werden offensichtlicher. Die Staatsanwaltschaft beginnt zu ermitteln. Es wird angeordnet, die Leiche zu obduzieren und Gewebeproben toxikologisch zu untersuchen.

2.4.: Anschläge auf Banken und Polizei
In Stuttgart wird um 3 Uhr nachts ein Brandanschlag auf die »Bayrische Hypotheken- und Wechselbank« verübt. Der Schaden geht in die Hundertausende. Zeitgleich geht in Nürnberg ein Sprengsatz an einem Polizeigebäude hoch, bei dem eine Reihe von Fensterscheiben zu Bruch gingen. Zusammenhang mit der WAA ist »nicht auszuschließen«.

3.4.: DWK beklagt Schäden
Schäden in Höhe einer fünfstelligen Summe haben Demonstranten am Osterwochenende am Schutzzaun der Baustelle des WAA-Geländes angerichtet, weiß die DWK jammernd zu berichten.

Anschläge nach dem Motto »WAA-Nie!«
In Burglengenfeld fliegt in der Nacht ein Stein in ein Polizeigebäude.
In der Nacht zuvor gingen Schaufensterscheiben einer Raiffeisenbank auf die gleiche Weise zu Bruch. In unmittelbarer Nähe wurde »WAA-NIE« gesprüht.

WAA-Gelände nach Wackersdorf eingemeindet
Nach monatelangem Tauziehen verschiedener Gemeinden um das Eingemeinden des WAA-Geländes, kann sich nun Wackersdorf über einen Löwenanteil freuen.
Grund: es werden jährlich ca. 30 Mio DM

Foto: Thomas Einberger

Foto: Thomas Einberger

Gewerbesteuern erwartet, von dem der Großteil nach Wackersdorf geht.

SPD-Abgeordneter erstattet Anzeige gegen Hillermeier

Grund: er hat gesundheitlichen Schaden von dem CS-Gas Einsatz am Ostersonntag davongetragen.

4.4.: BI prangert Polizeiaktionen an

In einer Presseerklärung nimmt die Schwandorfer BI gegen die WAA Stellung zu verschiedenen Polizeiübergriffen am Osterwochenende.

1. Räumung des Zeltlagers:
Es wurde das Eigentum der Camper zerstört, Zelte zerissen oder unbrauchbar gemacht, Autos aufgebrochen, die Wiesen der Landwirte mit schwerem Fahrzeug in Grund und Boden gefahren. Schließlich wurde sogar ein 4jähriges Kind ED-behandelt.

2.Polizeiaktion in Köblidorf, wo mehr als 500 Polizisten gegen 43 Übernachtungsgäste von Landwirten vorgingen. Ohne Durchsuchungsbefehl beschlagnahmte sie übliches landwirtschaftliches Werkzeug als »gefährliche Waffen«.

3.Den CS-Gas Einsatz der Polizei, bei dem Tötungen billigend in Kauf genommen wurden.

7.4.: Schulerer bekommt SPD-Umweltpreis

für »Mannesmut gegenüber der Obrigkeit«. Immerhin, der Preis ist mit 5000 DM dotiert. Ob Schulerer das Geld wohl den WAA-Gegner/inne/n spendet?

Spitzel bei BI-Versammlung

Die Polizei gibt zu, die Gründungsversammlung der BI Schwandorf am 31. Januar mit Zivis überwacht zu haben.

»Neue Strahlenschutzverordnung«

Diskussionen um die neue Strahlenschutzverordnung, auch Lex Wackersdorf genannt, die den Betreibern der WAA weitaus günstigere Arbeitsbedingungen verschafft. (Mehr davon in der nächsten atom.)

Anschläge auf Bahnlinien in Bayern -Loch im Bauzaun

Auf vier Strecken der Bundesbahn in Unterfranken, Schwaben und Oberbayern werden Anschläge im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die WAA verübt.
Dabei werden mit Hilfe eines langen Seils, an dessen Ende ein Eisenhaken befestigt ist, verschiedene Oberleitungen der Strecken außer Gefecht gesetzt. Es kommt zu Behinderungen im Zugverkehr, ein Zug erleidet einen Defekt.
Am gleichen Tag schaffen es WAA-Gegner/innen erstmals den WAA-Zaun zu knacken. Es entsteht ein Loch, was groß genug zum Durchschlüpfen ist.
Die Polizei ist enttäuscht, daß ihr angeblich unbezwingbarer Superzaun so leicht zu knacken ist.

»Bisher 300 000 DM Schaden durch Anschläge«

In einer gemeinsamen Veranstaltung von Umweltminterium und Polizei wird Bilanz gezogen: Bisher 92 verletzte Polizisten, 125 zerstörte Dienstfahrzeuge, 300 000 DM Schaden durch Anschläge.

8.4.: Starkstrommast nähe WAA-Gelände angesägt

Die 220 000 Volt Hochspannungsleitung wird von unbekannten WAA-Gegner/inne/n angesägt.
Die Stützen werden so angeschnitten, daß der 60 Meter hohe Mast bei stärkerem Wind auf eine parallel verlaufende 10 000 Volt Leitung gestürzt wäre und die Stahltrossen beider Leitungen auf die Staatsstraße 2145 gefallen wären. Den gleichen Versuch hat es bereits im Januar gegeben.

10.4.: 600 DM Strafe für WAA-Gegner

Ein 22jähriger WAA-Gegner wird vor Gericht des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, der Beleidigung und versuchten Gefangenenbefreiung für schuldig erklärt und erhält dafür eine Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu 10 DM. Das sind 300 DM weniger, als der ursprüngliche Strafbefehl (90 Tagessätze zu 10 DM) gekostet hätte, gegen den der 22jährige Widerspruch eingelegt hatte, worauf es zum Prozeß gekommen war. Unzählige dieser Verfahren werden noch folgen.

11.4.: Kreistag fordert die Einstellung des Verfahrens gegen Landrat Schulerer

Mit 31:12 Stimmen forderte der Schwandorfer Kreistag die Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Landrat Schulerer, das er sich auf Grund verschiedener Äußerungen als Redner auf Veranstaltungen eingehandelt hatte.

13.4.: Serie von Anschlägen - Alle Tage Sabo-Tage

Erneut werden in verschiedenen Ortschaften in der Nähe des WAA-Bauplatzes Strommasten angesägt, die bei starkem Wind wohl umgestürzt wären. Die Polizei muß die Gebiete weiträumig absperren.

Ostermarsch, wie wir ihn uns immer wünschen

Foto: Pan-Foto

Ostermarsch '86

Eine Mutter verbindet ihrem ca. 9-jährigen Sohn Nase und Mund mit einem Tuch, als der Wasserwerfernebel sie erreicht und schlägt sich für einige Minuten mit ihm hinten in die Büsche. Eine Gruppe um ein Ehepaar, das sich über die Steinewerfer am Zaun aufregt und sich um den Ruf der Demo in den Medien sorgt, diskutiert weiter die »Gewaltfrage«, nachdem auch sie vor dem Tränen- und CS-Gas einige hundert Meter weiter in den Wald flüchten mußten. Einige ältere Obepfälzer greifen in die Diskussion ein, »wir sind immer wieder gewaltfrei gewesen, und nix hatś gebracht, jetzt ist Schluß.«
So wie hier ist die Stimmung überall an dem in aller Eile fertiggestellten Zaun um das Baugelände. Einige machen sich am Zaun zu schaffen, werfen Steine, Knüppel gegen die Wasserwerfer, versuchen Stacheldraht herunterzureißen oder Löcher in das Metallgitter zu hebeln. Die Masse der Leute, eher mit Hund und Kind als für weitergehende Aktionen gerüstet, verfolgt die Aktivitäten am Zaun überwiegend mit Sympathie, einzelne helfen auch mal Steinesammeln, ein älterer Herr verleiht sein Fahrtenmesser, damit das Steinepuhlen aus dem Weg erleichtert wird.
D. Kersting von der BI Schwandorf hatte noch vor dem ersten Wasserwerfereinsatz zur Bildung einer Menschenkette am Zaun aufgerufen, die aber nicht etwa die staatliche Gewalt zum Einhalten bewegen sollte, sondern Aktionen der Demonstranten am Bauzaun verhindern sollte. Doch, wohl kaum jemand hatte anderes erwartet, die am Zaun fühlten sich höchstens etwas eingeengt, und die Staatsgewalt belohnte die gute Tat mit vollen Ladungen aus der Wasserwerferkanone. Es waren auch nicht die Einheimischen, die Kerstings Aufruf folgten, sondern Mitglieder von Pax Christi u.ä. Gruppen, die mit derartigen Aktionen schon im Friedensherbst für Kalkulierbarkeit und Zähmung der Proteste sorgten, aber hier feststellen mußten, daß solche Lächerlichkeiten sich auf keiner Seite der Beliebtheit erfreuen, und »Deeskalation« nicht mehr angesagt ist.

Die Polizei agierte von der vorher von CSU-Innenminister Hillermeier ausgegebenen Devise: »Wer sich in den Aktionsbereich

von Chaoten begibt, hat es selbst zu verantworten, wenn er in Mitleidenschaft gezogen wird.« Auch der Wasserwerfereinsatz mit Reizgas war im Vorfeld angekündigt worden. Polizeipräsident Friker hatte verlauten lassen: »Eine genaue Unterscheidung zwischen friedlichen und gewalttätigen Demonstranten sei beim Wasserwerfereinsatz nicht mehr möglich.«
Ursprünglich sollte mit diesen Drohungen verhinderft werden, daß überhaupt bürgerliches Publikum zum Bauzaun kommt, da diese Rechnung nicht aufging, kam es jetzt auf möglichst breite und nachhaltige Abschreckung an. Die Polizeitruppen blieben innerhalb des Baugeländes, der direkte Einsatz im Kontakt mit der Bevölkerung hatte zu »Verschleißerscheinungen« bei den Beamten geführt. Eingesetzt waren dafür 41 Wasserwerfer aus verschiedenen Bundesländern, darunter rot-grüne aus

Foto: Pan-Foto

Hessen - der größte Wasserwerfereinsatz in der bayrischen Geschichte. Gleichzeitig das erste Mal, daß in Bayern das berüchtigte CS-Gas als Wasserwerferbeimischung eingesetzt wurde, und das in einer beispiellos hohen Konzentration. Der Waldboden war bereits nach wenigen Minuten schaumbedeckt, ebenso die Kleidung der Getroffenen. Das von den Sanis im Wald deponierte Wasser für Augenspülungen war von der Polizei einkassiert worden, nur absolute Notfälle konnten noch behandelt werden.
Obwohl nur direkt am Bauzaun Aktionen liefen, spritzten die Wasserwerfer hoch in die Baumwipfel, damit der CS-Gas-Nebel möglichst breit verteilt wurde. Tränengasgranaten wurden vorzugsweise weit nach hinten in die schaulustige Menge geworfen. Der »Spiegel« kam zu dem Fazit, dies sei nicht das von Zimmermann angekündigte »neue Schlachtfeld von Chaoten und Linksextremisten« gewesen, sondern eher ein Schauplatz polizeilicher Machtvollkommenheit und Überreaktion.

Tomaten für Schuirer

Bei der ca. 500 Meter vom Bauzaun entfernten Kundgebung lösten sich derweil SPD- und DKP-Friedensbewegungsredner ab, der Platz leerte sich zusehends, die Masse wanderte Richtung Bauzaun. Zuletzt standen anscheinend nur noch eingefleischte SPDler/innen und Friedensgrüppler/innen dort. Anders ist es kaum zu erklären, daß nicht Tomaten und Eier auf die Bühne flogen (vielleicht waren die einen so überrascht und die anderen hatten nix dabei?). Denn was sich in München SPD-Chef Hiersemann nicht erlauben konnte, das wurde einem hier von SPD-Landrat Schuirer geboten, ohne daß er einen einzigen Buh-Ruf erntete. Während am Bauzaun die Staatsgewalt die Menge mit Kampfgasen einnebelte, beschwor Schuirer die Kundgebungsteilnehmer/innen, alles zu tun, damit Friedlichkeit und Gewaltfreiheit bei den Veranstaltungen gegen die WAA erhalten bleibe.
Bezüglich der WAA appellierte Schuirer lediglich noch an die Landesregierung, ihre Entscheidung »zu überdenken«. Schuirer hatte schon vor der Veranstaltung vor Gewalttätigkeiten gewarnt und davon abgeraten, zum Bauzaun zu ziehen. Auch der Sprecher der Oberpfälzer Bls mahnte zur absoluten Gewaltlosigkeit, die Kundgebung solle zu einem »Manifest des Friedens« werden. Kein Wort fiel auf der Kundgebung zur tatsächlich ausgeübten Gewalt, den CS-Gas-Einsätzen gegen die Menge am Bauzaun, zu den polizeilichen Vorfeldaktionen in den Camps der Demonstranten, kein Wort zu den Polizeikontrollen, die jede/r vor Betreten des Kundgebungsgeländes über sich ergehen lassen mußte.
Damit hat die SPD diesen »Maßnahmen gegen Störer und Gewalttäter« ihr Einverständnis erteilt, mußte sie auch aus ihrem Kalkül jeden weitergehenden Widerstand verhindern, auch im Hinblick auf ihre »Regierungsfähigkeit«.
Gegen Atomenergienutzung und Atom-

staat wandte sich folgerichtig auch keiner, stattdessen präsentierte sich die Friedensliste mit Slogans wie: »Gegen die Kriegstreiber Strauß und Reagan - gegen WAA und SDI«. Nach längeren Auseinandersetzungen mit den Veranstaltern durfte noch ein Vertreter der Oberpfälzer Bls das Podium erklimmen, der die Aktion »Giro Blau« für das Ding hielt, was jetzt angesagt sei - peinlicher gings kaum.

Foto: OPA

Rückzug der Bls

Das Konzept der SPD, die »Durchmischung von friedlichen Demonstranten und Chaoten zu verhindern«, ging nicht auf. Trotzdem rächte sich, nicht nur bei den Kundgebungsreden, daß die Oberpfälzer Bls sich nur am Rande für den Ostermarsch engagiert hatten. So hatte die SPD die Sache pressemäßig sowohl im Vorfeld als auch nach der Demo voll in der Hand, wichtige Infrastruktur wie Ermittlungsausschuß wurde ungenügend oder gar nicht bekannt. Formal aufgerufen hatten die Bls zum Ostermarsch, neben SPD, Grünen und verschiedenen Friedensinitiativen, doch im Koordinationsausschuß waren sie zum einen schwach und zum anderen nur durch Personen vertreten, die die BI-Interessen nicht repräsentierten. Das geringe Engagement entsprang einerseits einer Fehleinschätzung der Mobilisierungswirkung des Ostermarsches, hinzu kam, daß die BI Schwandorf mit Wahlkampfvorbereitungen beschäftigt war und andere sich mit der vorherigen Faschings-Demo überlastet hatten.

Die Aufnahme des Wackersdorfer Ostermarsches in die zentrale Planung der Friedensbewegung gaben DKP und Friedensliste Gelegenheit, sich an den Widerstand anzuhängen. Es ist sicherlich einerseits positiv zu vermerken, daß diese Kräfte auch mal gegen was anderes als SDI eintreten, doch dürfte hier auf die bevorstehenden Landtagswahlen geschielt worden sein, darüber hinaus erweiterte die Beteiligung dieses Spektrums den Spielraum der SPD Richtung »Gewaltfreiheitsbeschwörung«, Distanzierung und Spaltung vom radikaleren Widerstand.

Ein Flugblatt aus dem Anti-WAA/AKW-Widerstand mit Anleitung zur Demontage des Zaunes versetzte die SPD in Unruhe. Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses. A. Wernitz (SPD), warnte, der Ostermarsch könne »schlimmer als in Brokdorf oder an der Startbahn West« werden, und riet seinen Partefreunden, die Demo entweder mehrere Kilometer vom Bauzaun entfernt stattfinden zu lassen oder abzublasen. Damit brachte er die Bayern-SPD in eine peinliche Lage. Denn sowohl zu einer so weitgehden Verlegung als auch zum Abblasen war es zu spät, wollte die SPD sich nicht zwischen alle Stühle setzen. Nach zwei Sondersitzungen rang sich

Foto: OPA

die bayrische SPD dazu durch, den Aufruf nicht zurückzuziehen, stattdessen solle die Kundgebung in eine Entfernung von 800 Metern vom Bauzaun gelegt werden, denn am Bauplatz könne man »keinem Sozialdemokraten guten Gewissens raten, an der Demonstration teilzunehmen« (Hiersemann). Den Coup landete dann Schuirer in seiner Funktion als Landrat, der die Kundgebung ohne weiteren Widerstand aus dem Koordinationsausschuß per Dekret nur 500 Meter vom Bauzaun entfernt genehmigte.

RAF in Wackersdorf

Im Hintergrund des SPD-Eiertanzes stand eine CSU-Kampagne, die an die Hetze im Vorfeld der Brokdorf-Demo 1977 erinnerte. Faselte Peter Boehnisch seinerzeit in »BILD« vom Tod einer »Jungfrau von Brokdorf«, bemüht man in Bayern die RAF oder Demonstranten, die »ihre Notdurft vor den Füßen der Polizeiposten verrichten«. (Neuer Tag, 29.3.86) Bevorzugtes Medium derartiger Ergüsse oder bezahlter Anzeigen von Polizei und Landesregierung waren die Oberpfälzer Regionalzeitungen, in denen der Verfassungsschutz vor Anschlägen der RAF warnte, die die WAA als neues Aktionsziel auserkoren hätte oder Zimmermann »gegen die Demokratie reisende« Chaotengruppen gen Wackerdorf ziehen ließ, »die dem Umfeld der RAF zuzuordnen sind und Mord als Mittel des politischn Kampfes billigen würden«. (NN, 29.3.86) Möglicherweise war diese Mobilisierung von Bürgerängsten zu billig, erreicht wurde jedenfalls nicht, daß »jeder einzelne einen klaren Trennstrich ziehe zwischen sich und den politischen Rädelsführern, die zur Gewalt aufrufen«. (Neuer Tag, 29.3.86)
Die Bauern in den Dörfern rund um den Taxöldener Forst hatten Landesregierung und Polizei schon Wochen vorher gründlich verärgert und ihnen die Angst vor den Chaoten ausgetrieben. »Wendländische Zustände« herrschen in Kölbldorf, Altenschwand, Warmersdorf, die Bauern werden bespitzelt und überwacht, bei der Arbeit angehalten und fotografiert, nachts werden ihnen die Höfe ausgeleuchtet - alles unter dem Mäntelchen des Schutzes vor Chaoten. Dies gipfelte in den Durchsuchungsaktionen von Scheunen und Ställen mit mehreren hundert Bullen mit Helmen und Stöcken (siehe Kasten). Die Reaktion ist auch die gleiche wie im Wendland. »Vielen war die WAA egal, jetzt wird die Bevölkerung erst wach, weil sie von der Polizei schikaniert wird«, so ein Bauer (SPIEGEL, 15/86).

Eine Chance wurde verpaßt

Die Dominanz von SPD und Friedensbewegung, der Rückzug der BIs sowie eine Fehleinschätzung der Stimmung hatten auch ein Wegbleiben eines wichtigen Teils des Widerstands bewirkt, der beim Ostermarsch zu weitergehenden Aktionen in der Lage gewesen wäre, sprich der süddeutschen Autonomen und ihres Umfeldes. Diejenigen, die sich trotzdem darauf vorbereitet hatten, am Zaun zu rütteln, waren durch die Verhaftungs- und Durchsuchungsaktionen sowie die Polizeiaktionen am Bauzaun am Tag vor dem Ostermarsc h zum einen demoralisiert, zum andern ihrer Mittel beraubt. Zusätzlich hatte eine »Polizeiindiskretion« für Aufregung gesorgt, nach der im Wald zu den angeblich im Baugeläönde befindlichen 10.000 Polizisten weitere 10.000 versteckt seien, die bei eventuellen Aktionen am Zaun den Auftrag hätten, mit Greiftrupps Festnahmen zu tätigen. Diese Informatioon wurde am Montag bereits als Flugblatt verteilt, mit dem Zusatz, jede/r müsse selbst seine/ihre Schlüsse daraus ziehen, inwieweit er/sie was machen wolle - zusammengenommen wirkte es jedoch als Warnung vor weitergehenden Aktionen. Übersehen wurde von den Verteiler/inne/n, daß das Flugblatt in die Hände von Leuten geriet, die ohnehin außer Zugucken nichts machen wollte und denen mensch höchstens einen Schrecken einjagte, zum anderen, daß mensch sich nicht in Krefeld befand, sondern im Schutz einer vieltausendköpfigen Masse. So entstand die paradoxe Situation, daß Zehntausende von Menschen mit großen Sympathien für weitergehende Aktionen am Bauzuan standen, die Gewaltfreien völlig deplaziert wirkten und die Möglichkeit, Stimmung plus schützendes Umfeld praktisch ungenutzt blieb. Eine organisierte AKW-Bewegung, die sowohl bei der Pressearbeit zwecks Vermeidung von Distanzierungen eingegeriffen hätte als auch bei der Demo-Organisation, und vor Ort z.B. mit langen Seilen dem Zaun und den herumstehenden Menschen auf die Sprünge geholfen hätte, hätte hier die Gelegenheit gehabt, SPD und Grünen praktisch etwas entgegenzusetzen.

★

Polizeiaktionen im Vorfeld des Ostermarsches

1000 Polizisten gegen 300 Camper/innen

Am Samstag, d. 29.4., stürmte die Polzei im Morgengrauen ganz mutig mit 1000 Bullen das zentrale Camp am Baggersee in Hofenstetten. Alle 279 Camper/innen wurden festgenommen und ED-behandelt. Polizeipräsident Friker persönlich hatte in Feldherren-Manier die Aktion von einem Hügel aus überwacht. Die Festgenommenen wurden in Knäste in ganz Bayern aufgeteilt und bis zur gesetzlich zulässigen letzten Minute in »Gewahrsam« gehalten, dem Abend des darauffolgenden Tages. Nach Plänen der Polizeiführung sollten sie bis Montagabend in Sicherungshaft gehalten werden, dies scheiterte jedoch an den Amberger Amtsrichtern, die sich weigerten, die Haftbefehle abzusegnen. Alle waren im Laufe des Sonntagabend nach Amberg gekarrt worden und wurden hier nachts um 24.00 Uhr auf freien Fuß gesetzt, die meisten ohne Gepäck, Schlafsack und jetzt zusätzlich noch ohne Schlafplatz. Das Camp war inzwischen aufgelöst worden, die Zelte waren mit Bulldozern zusammengeschoben worden, viele wurden zerstört, das restliche Gepäck durfte später von der BI abgeholt werden.
Vorwand der Polizeiaktion waren angeblich im Camp versteckte »Waffen und Werkzeuge«, der Presse wurde später ein »ausgehobenes Waffenlager« aus Auto- und Camper-Werkzeug präsentiert, die FAZ hatte zusätzlich »Chemikalien zur Herstellung von Sprengstoff« gesichtet. In alle Festnahmeprotokolle wurde »Landfriedensbruch und Körperverletzung« eingetragen. Die Körperverletzung sollte ein »Überfall« von Vermummten auf zwei Kamerateams des Bayrischen Rundfunks sein, die beim Filmen einer Barrikade mit Steinen beworfen worden seien. Dazu hatten/hätten die Betreffenden auch allen Grund gehabt, denn nicht zum ersten Mal sendete der BR, diesmal in »report«, einen Hetzbeitrag ohne Beispiel; vorher hatte das Filmteam der Polizei seine Aufzeichnungen zur Auswertung überlassen. Ferner hätten Vermummte einen Angriff auf einen tiefffliegenden Hubschrauber gestartet. Bei dem »tiefffliegenden Hubschrauber« hatte es sich um eine Polizeiprovokation gehandelt. Er war über dem Camp in einer Höhe von ca. 5 Metern geflogen, der Luftdruck riß Zelte und Menschen zu Boden. Ein FAZ-Journalist bekam später offenbar einen Polizeifilm zu sehen, nach dem in der Nähe des Zeltlagers ein Hubschrauber so weit auf ein unter ihm fahrendes Moped »mit zwei Vermummten« (vermutlich mit Gesichtsmaske und Helm) herunterging, bis es mit den beiden Fahrern umstürzte (FAZ, 1.4.86) - was als glatter Mordversuch zu werten ist.

Kölbldorf - zum x-ten Mal

Am Montagmorgen rückte die Polizei auf einem Hof in Kölbldorf an, wie fast immer ohne Durchsuchungsbefehl, Begründung: »Gefahrenabwehr« und durchsuchte Scheune und Ställe. Hier war das letzte feste Camp gewesen. Die Bewohner waren vorher gewarnt worden, die Polizei plane eine Großaktion und waren rechtzeitig verschwunden. So traf die Polizei morgens um 6 Uhr »nur« 43 Leute an, die alle einkassiert und den ganzen Tag festgehalten wurden. Zur gleichen Zeit wurde in Warmersdorf eine Garage durchsucht, die ein Bauer als Schlafplatz zur Verfügung gestellt hatte. Auch hier wurde gleich das ganze Dorf während der Polizeiaktion abgesperrt.
Im Laufe des Vormittags erschien die Polizei dann noch am BI-Büro, das keiner mehr verlassen durfte, und durchsuchte das hier deponierte Gepäck der Camper/innen von Hofenstetten.

★

Ostern in Wackersdorf — eine Einschätzung

Im folgenden gehen wir nicht näher auf die Entwicklung des gesamten WAA-Widerstands ein (s. vorhergehende Artikel). Ausgehend vom Beschluß der Süddeutschen Autonomen, nicht für Ostern zu mobilisieren, wollen wir unsere eigene Rolle als Autonome bzw. der Autonomen, als Teil des WAA-Widerstandes betrachten. Zum einen, um gemachte Fehler zu korrigieren, um es in Zukunft besser zu machen. Zum anderen, um eine langfristige Perspektive im Widerstand gegen die WAA zu finden. Eine Perspektive, die direkte Aktionen gegen die WAA beinhaltet, die aber vor allem einen inhaltlichen Rahmen für einen langjährigen Widerstand gegen die WAA bietet. Gerade zu einem Zeitpunkt, wo die Betreiber (Staat und Industrie) durch die Fertigstellung des Bauzauns vollendete Tatsachen schaffen wollen.

Für uns Göttinger/innen und eigentlich die meisten WAA bzw. AKW-Gegner/innen im norddeutschen Raum stellt sich gerade der Widerstand in Wackersdorf problematisch dar: es gibt kaum eine Möglichkeit permanent und kontinuierlich an den Diskussionen und Auseinandersetzungen, Vorbereitungen von Aktionen und den Aktionen selber des Süddeutschen WAA-Widerstandes teilzunehmen. Wir sind zum großen Teil angewiesen auf das, was »unten« läuft, haben fast ausschließlich nur die Möglichkeit, uns in vorgebene Strukturen und Prozesse einzugliedern. Mit den Folgen, die wir zu Ostern erlebt haben.
(Allerdings bleibt der Widerstand nicht nur auf Süddeutschland beschränkt, was die zahlreichen Reaktionen der letzten Monate, besonders auf den Tod von E. Sielka und nach Ostern auf den Tod von Alois H. im Norddeutschen Raum zeigten.)

Bevor wir aber direkt zu den Osteraktionen kommen, ein paar einschätzende Sätze zur jetzigen und zukünftigen Rolle der Autonomen im Widerstand.
Im Laufe des letzten Jahres hatten autonome Gruppen einen großen Anteil an der Entwicklung des WAA-Widerstands, an Diskussionen, Planungen und Aktionen. Das Ziel, autonome Inhalte (der Kampf gegen die WAA nicht nur aus umweltschützenden Gedanken heraus, sondern Widerstand gegen die WAA als Kampf gegen die Wurzel des Übels: gegen Staat und Regierung, gegen Konzerne, gegen die DWK und die Verantwortlichen und Betreiber) in die Bevölkerung hineinzutragen, zu verbreiten, zu diskutieren, wurde ziemlich konsequent und kontinuierlich verfolgt.

Autonome Politik in Wackersdorf und Umgebung wurde mit der Prämisse eines gemeinsamen, umfassenden Widerstands aller Gruppierungen verstanden, aber nie ohne die inhaltlichen und praxisbezogenen Konturen und Abgrenzungen gegenüber Parteien wie SPD, Grüne oder sonstigen Gruppen, wie BUND oder Naturschützern verwischen zu lassen: Bei einer Podiumsdiskussion während des Sommerlagers saß ein »Chaot« mit auf dem Podium, auf der Kundgebung während der Münchner Demo vom 12.10. sprach eine Autonome.
Bei den insgesamt 3 Bauplatzbesetzungen spielten die Autonomen inhaltlich und praktisch eine wichtige Rolle. Die Angriffsfläche auf die »Chaoten« und sog. »Gewalttäter« wurde durch ihre Präsenz natürlich vergrößert: Hetzkampagnen (s. Kasten) und Verleumdungen, Distanzierungen mittels willkürlicher Definition des Gewaltbegriffs und nicht zuletzt Spaltungsversuche, Versuche den »normalen Demonstranten« vom sog. Gewalttäter zu isolieren lösten einander ab.

Vor Ostern taten sich dabei besonders die Bayrische Landesregierung (wen wundert's) und die SPD mit ihrer 800 Meter-Kampagne hervor.
Die Bestrebungen gingen alle in eine Richtung: Die Autonomen, die »Gewalttäter« und »Chaoten« zu isolieren, sie als »untragbares, unwürdiges«, einfach als »Abschaum« darzustellen. Der Widerstand sollte nett und friedlich ablaufen, um ihn so durch die Parteien zu instutionalisieren, damit die WAA letztendlich ohne ernstzunehmende Schwierigkeiten gebaut werden kann.
Trotz größtem Aufwand blieben die Hetzer weitgehend erfolglos: Der Widerstand in Wackersdorf ist immer noch größten Teils geschlossen.
Innerhalb von Teilen der einheimischen Bevölkerung findet eine zunehmende Radikalisierung statt. (weit schneller übrigens, als im Wendland.)

Die von Friedensbewegungen, SPD und Oberpfälzer BIs geplante Osterkundgebung wurde von den Süddeutschen Autonomen als willkommene Gelegenheit für SPD und Staatsmacht eingeschätzt, den Widerstand gegen die WAA zu spalten, wobei besonders die schlechten Erfahrungen mit »Friedensbewegten« und ihrem Umgang mit Militanten eine entscheidende Rolle spielte: Beschlossen wurde , nicht auf den schon fahrenden Zug aufzuspringen, sondern sich auf eigene Aktionen, wie das geplante Pfingstcamp, vorzubereiten. Nachdem ein autonomer Kundgebungsredebeitrag nicht möglich zu sein schien, auch keine keine praktischen Aktionen am Bauzaun vorzubereiten, um eine vom Rest der Kundgebung isolierte militärische Auseinandersetzung mit der Staatsmacht zu Ostern aus dem Weg zu gehen, wurde beschlossen, sich gänzlich aus der Vorbereitung zurückzuziehen.

Autonomer Widerstand gegen die WAA

Es fehlte daher zum großen Teil (bis auf die Sanigruppen) jede Vorbereitung oder Planung für die Demo, die über das allgemeine — na ja, mal sehen, ob genug Leute zum Zaun mitgehen — hinausgehen.

Am Samstag war die Stimmung geprägt von den Massenverhaftungen am Morgen. Beim chaotischen Plenum am Abend kam nach langer nerviger Diskussion, wie wir den Gefangenen unsere Solidarität zeigen können, beschlossen, eine Demo in Schwandorf zu machen. Von Amberg, wo einige der Gefangenen einsaßen, wurde abgerückt, da inzwischen bekannt war, daß dort starke Polizeikräfte zusammengezogen waren und auch die Bls geschlossen gegen Amberg waren.
Die Demo war trotz aller Befürchtungen recht gut, (fast kein Bulle war zu sehen) und fand bei der Schwandorfer Bevölkerung große Zustimmung.

Am Sonntag zeigte der Waldspaziergang, daß gemeinsam mit etwa 1000 Bürger/innen und durch sie geschützt für etwa zwei Stunden der Zaun zur Bearbeitung zur Verfügung stand, wobei die Polizei sich auffallend zurückhielt.
Praktisch am Abend vor der Demo beim Städteplenum wurde diese dann vorbereitet.
Einleitend wurde nochmal die aus ziemlich sicherer Quelle bekanntgewordene Strategie der Bullen diskutiert. Sie planten die Leute am Zaun von der Kundgebung abzuspalten und durch im Wald versteckte starke Kräfte einzukesseln und abzugreifen. Beschlossen wurde, dem dadurch vorzubeugen, daß die Waldwege zwischen Kundgebungsplatz und Zaun mit, von Leuten gesicherten, Barrikaden gehalten werden, um so den anderen am Zaun, über Funk gewarnt, noch genügend Zeit zum Rückzug zu geben.

Der zweite Punkt war der Umgang mit der Polizeiindiskretion und nachdem die meisten dafür waren, daß wir sie weitergeben müßten, auch auf die Gefahr einer Demobilisierung hin, ein Flugblatt geschrieben. Dieses enthielt neben den (soweit es möglich war) detaillierten Polizeiplänen die ausdrückliche Aufforderung zum Zaun zu gehen — und zwar mit möglichst vielen Leuten.
Während der Nacht räumte die Polizei ein zweites Lager und nahm 43 Leute fest, die wie die vom Samstag nach ungefähr 24 Stunden wieder freigelassen wurden. Das Lager bestand aus zwei Scheunen in Köbeldorf. Die Leute in dem einen konnten sich, vorher gewarnt, absetzen, doch unbegreiflicherweise hielt es niemand für nötig, die 43 anderen in der Nachbarscheune vor der bevorstehenden Räumung zu warnen!!

Am Montag war die Überraschung perfekt. Die Bürger strömten zu tausenden zum Bauzaun, von Einmache u.ä. war keine Rede mehr. Vielmehr rächte sich das Fehlen von Werkzeug und Ausrüstung, das durch die Beschlagnahmung und Kontrollen allein nicht erklärbar war. Die Unklarheit über die Vorbereitung vor Ort und das Fehlen einer wirklich bundesweiten Planung und Koordination hatten bewirkt, daß nur wenige Greupppen mit der nötigen Entschlossenheit und Ausrüstung runterfuhren, sondern eher im Kopf hatten, von "unten" vorbereitete Aktionen zu unterstützen.
So fraglich militante Großaktionen á la Brokdorf und Grohnde angesichts der militärischen Überlegenheit und der Ausrüstung der Polizei sind, bleibt doch zu fragen, ob nicht punktuell und mit einer solchen massenhaften Unterstützung durch die einheimische Bevölkerung oder indem wir den Zeitpunkt uns selbst aussuchen — und dann mit weniger Leuten — so etwas doch möglich und machbar bleibt.

Dazu und nicht nur dazu wäre die Wiederbelebung und Schaffung von tragfähigen überregionalen Strukturen in der Anti-AKW-Bewegung dringend nötig.
Zum anderen ist die ausschließliche Orientierung auf Bauplatz und Zaun ein Fehler, da wir nicht die militärische Stärke haben, sie da erfolgreich anzugreifen, wo sie am stärksten präsent sind.
Da viele der WAA-Gegner/innen nicht ständig nach Wackersdorf fahren können, da wir aus den verschiedensten Städten und Gegenden kommen, drängt sich die Überlegung auf, ob dieser Nachteil nicht auch ein Vorteil sein könnte.

Macht der Atommafia überall Hausbesuche — Wackersdorf ist überall !

Kampf der WAA !
Kampf der Atommafia !
Kampf dem Staat !

Foto: Thomas Einberger

einige Göttinger AKW-Gegner/innen

"10 mal war ich gewaltfrei —

Wackersdorf und die

"Als "unbehaglich" wertete Friker die "seit Anfang des Monats feststellbare Solidarisierung Einheimischer mit Gewalttätern." Auch einzelne Oberpfälzer Demonstranten müsse man mittlerweile der Chaotenszene zurechnuen, meinte der Polizeipräsident." So die "Mittelbayerische Zeitung" vom 25.03.86.

6 Tage später haben wir diese "Chaoten" am Bauzaun der WAA erleben können. Zwischen CS- und CN-Gasschwaden stießen wir unversehens auf eine heftig debattierende Gruppe Einheimischer. Ein Herr in etwas besserer Kleidung, etwa 35 Jahr, war Gegenstand heftiger Empörung: Er vertrat hartnäckig die These von der generellen Sinnlosigkeit der Gewalt gegen die WAA. Eine Hausfrau neben ihm, ca. 45, berichtete mit zunehmender Erregung von dem, was sie mit eigenen Augen an Polizeieinsätzen erlebt hat. Ein älterer Mann, ca. 70 kommt durch das Kreis rund und klopft mit seinem Stock an seine Schulter, um mit seinem Protest Gehör zu finden. Eine 2. Frau, ca. 50, fällt ein– Sie habe nur nicht soviel Mut, wie die da am Zaun, sonst wäre sie längst dabei - beifälliges Murmeln und Nicken im Kreis. Von den etwa 16 Umstehenden unterstützt ein einziger junger Typ - er spricht ohne Dialekt den Vertreter der Gewaltfreiheit. Alle anderen, alles Menschen, die man genausogut bei Karstadt treffen könnte, redeten aufgebracht auf ihn ein.

Szenen, die eine "Freie Republik Wendland" nicht kannte. Schon zuvor, in einer Ecke, aus der auch geworfen wurde, hörte ich plötzlich einen Bayern, ca. 45, sich umdrehen und einem Gegenüber zurufen:*" 10 x war ich gewaltfrei, aber beim 11. Mal ist Schluß!"* Ein Rentner, gibt einem Schwarzmaskierten sein Taschenmesser und verweist auf den Dorn, mit dem sich leichter Steine herauswühlen ließen. Ganze Familien, den Kindern von der Mutter das Tuch vor den Mund gebunden, lassen jede zurückgeworfene Tränengaspatrone hochleben. Die meisten anderen stehen halt nur stumm dabei, gerade soweit vorne, wie sie der Wasserwerfer nicht erreicht.

Schon bei meinem Rundgang mit der „Atom" auf dem Kundgebungsplatz sprudelte eine Käuferin, ca. 40, über ihre Erfahrungen mit der Polizei. Sie wollte, daß etwas passiert heute, zwar sei es nicht so gut, wenn gleich mit Steinen auf die Polizisten geworfen würde, aber :*"Hoffentlich, hoffentlich passiert heute etwas..."*

Es ist ja durchaus üblich, daß es bei Kundgebungen dieser Art zu Auseinandersetzungen zwischen den dogmatisch Gewaltfreien und militanten AKW-Gegner/innen kommt. Noch nie zuvor hatten wir jedoch eine derart tiefe Spaltung zwischen den aktiven Teilen der örtlichen Bevölkerung und denjenigen erlebt, die sich "gewaltfrei" vor Zaun, Wasserwerfer und Bullen stellten, um sie gegen die "Gewalttäter" zu schützen.

Sicher, was sich Ostermontag gegen den WAA-Bauzaun abgespielt hat, war lediglich eine symbolische Militanz. Obwohl ja absehbar war, daß Zig-Tausende WAA-Gegner/innen, und sei es nur zum Gucken, zum Zaun ziehen würden, gab es nichts, um sie in die Aktivitäten einzubeziehen. Etwas wehmütig dachten wir an die Erfahrungen von Grohnde im März 1977, wo es immerhin jede Menge Ankerhaken und an die 40 m lange Taue gab, um - von Megaphonträger/innen mit Hau

Foto: OPA

aber beim 11. Mal ..."

Gewalt von unten

Ruck angefeuert - mit allen Herumstehenden zusammen am Zaun um das AKW zu ziehen, bis immerhin ganze Teile herausgebrochen waren. Wenn also überhaupt Kritik an der Militanz berechtigt war, dann insofern, daß sie zu unkoordiniert, mit zu wenig Material, und Ausrüstung und fast ausschließlich im Fighter-Stil der schnellen Turnschuhe praktiziert wurde, sodaß der Rest wirklich nur zugucken statt mitanpacken konnte. Es ist sicher sinnvoll, über effektivere Formen der Militanz bei derartigen Situation zu diskutieren.

Viel wichtiger und drängender aber ist die Auseinandersetzung mit jenen "Gewaltfreien", die sich den Schwarzvermummten in den Weg stellten und zum Dank besonders scharf von Wasserwerfern eingedeckt wurden, Menschen, über die man gleichzeitig lachen und weinen möchte und die speziell für die Spaltungsversuche der SPD die wertvollsten Verbündeten waren.

Wir wollen uns im Folgenden mit der Gewalt von Wackersdorf auseinandersetzen, weil wir glauben, daß ohne Auseinandersetzung über eine positiv praktizierte "Gewalt von unten" Wackersdorf nicht verhindert werden kann. Diese Diskussion ist u.E. aber auch erneut wichtig zur Standortbestimmung der unabhängigen Anti-AKW-Inis gegenüber den GRÜNEN. Der Folgende Artikel ist hoffentlich ein Diskussionseinstieg (Leserbriefe und Gegen-Statements sind willkommen). Anschließend ein Beitrag zur Erinnerung an den Friedensherbst 1983 und die dort gelungene Integration der "Gewaltfreiheit" in den Polizeistaat.

"Gewalt—Freiheit" Ja bitte !

Die Verfechter einer grundsätzlichen "Gewaltfreiheit" stützen sich in ihrer Argumentation gern darauf, daß ebenso wie sie auch der allergrößte Teil der Anti-WAA-Bewegung und der Bevölkerung "gegen Gewalt" sei. Das ist sicher richtig. Aber sieht man/frau näher hin, so zeigt sich, daß die wenigsten davon wirklich "Gewaltfreie" sind. "Gegen Gewalt" sind in Sachen Wackersdorf erstmal die DWK, sodann die bayerische Staatsregierung und die Bundesregierung, selbstverständlich die SPD und schließlich selbst die Polizei (und die Grünen? d.Setzer). Sie alle versuchen die Anti WAA-Bewegung davon zu überzeugen, daß sie mit Gewalttätigkeiten doch bloß ihrer Sache schaden würden. Bekanntlich sind das alles keine Gewaltfreien, sondern ganz im Gegenteil, diejenigen, die Gewalt anwenden, indem sie andere radioaktiven Gefahren ausliefern und das durch Polizei-Gewalt durchsetzen.

So hat auch die SPD jahrelang mit Wasserwerfern und 1977 mit dem größten Polizeieinsatz, den es bis dahin in der BRD gab, den Schnellen Brüter in Kalkar geschützt. Gerade die etablierten Parteien, die der Bevölkerung beinahe jede Schweinerei zumuten, sind die ersten, die ein Riesengeschrei anstimmen, wenn die kleine Frau und der kleine Mann sich auch mal etwas ernsthafter zu wehren beginnt.

Die prinzipiellen Befürworter der "Gewaltfreiheit" seitens der Bürgerinitiativen befinden sich also in einer schlechten Gesellschaft von Gewalttätern. Sie sind gleichzeitig politische Nutznießer von Verhältnissen, wo für die Propapierung der "Gewaltfreiheit" die ganze Skala der bürgerlichen Medien (inkl. "BILD") und Politiker (inkl. Strauß) höchst aktiv ist, während umgekehrt der "Gewalttäter", der den WAA-Zaun zersägen, oder zum Schutz gegen den BGS eine Baumbarrikade legen will, mit gesellschaftlicher Ächtung und mit Bestrafung rechnen muß. Je mehr die Anti-WAA und Anti–AKW-Bewegung sich vorrangig an dieser "herrschenden" Meinung orientiert, desto eher geht sie dieser auf den Leim. Was z.B. steckte dahinter, als sich einige besonders Schlaue aus der Bewegung am Ostermontag schützend vor den Bauzaun und die Wasserwerfer stellten? Die Begründung hierfür lautete: *"Wer das Prinzig der Gewaltfreiheit verletzt, spielt der CSU und den WAA-Betreibern in die Hand"* (SPD-Hiersemann) bzw.: *Polizei und Staat stünden enttäuscht da, wenn alles gewaltfrei verläuft."* (W. Daniels von den Grünen).

Diese Äußerungen klingen natürlich beim ersten Hinhören idiotisch. Denn es ist einfach bewiesen, daß Bundesregierung und Bundeskrimalamt etc.

keineswegs enttäuscht sondern hochzufrieden sind, wenn sich Proteste -und seien es auch Sitzblockaden a' la Friedenherbst 1983 - im kalkulierbaren und kontrollierbaren Rahmen halten. Allerdings könnte W. Daniels, seine These, allein die Staatsregierung wolle Gewalt von unten, plausibel machen und erwidern: *"Warum wurde denn sonst nach der München-Demo von Okt. 1985 Polizeiprovokateure eingesetzt? Etwa nicht mit dem Ziel 'Gewalt' im Auftrag der bayerischen Staatsregierung zu provozieren und die Kundgebung der 50 000 in Mißkredit zu bringen? Und hat nicht die CSU im Vorfeld des Ostermarsches die Stimmung künstlich angeheizt?"*

Ganz schön kompliziert...

Polizeiprovokateure wirken direkt und indirekt.
Ihre direkte Wirkung ist bekannt: Sie zetteln Auseinandersetzungen genau und zielgerecht dann an, wenn die Situation für die Polizei optimal und für die Bewegung gleichzeitig ungünstig ist. Als Musterbeispiel für eine derartige Inszenierung stehen die 'Haidhäuser Krawalle'. Dieser Spieß läßt sich aber auch umdrehen: Polizeiprovokateure würden niemals eine Auseinandersetzung anzetteln, wenn die Situation für die Polizei ungünstig und für die Bewegung erfreulich ist, wie etwa Ostermontag am Bauzaun der WAA.
Was auch immer über den Bauzaun geworfen worden wäre: ein Polizei-Großeinsatz gegen 30 000 Menschen, darunter große Teile der einheimischen Bevölkerung, hätte ganz Bayern auf die Beine und den Einsatzverantwortlichen vermutlich um seinen Job gebracht. Auch die Bullerei kalkuliert haarscharf politisch, bevor sie über Groß- und Provokateurseinsätze entscheidet. Für die Bewegung ergibt sich daraus die Notwendigkeit, politisch zu kalkulieren und gerade bei militantem Widerstand Ort, Zeit und Bedingungen zu berücksichtigen. Optimal waren Ort, Zeit und Bedingungen zweifelsohne Ostermontag am Bauzaun in Wackersdorf. Dies wurde nachträglich vom bayerischen Innenminister Hillermeier indirekt bestätigt. Auf die Frage nach der geringen Zahl von Festnahmen erklärte er: *„Wir mußten damit rechnen, daß ein Großteil der Menschen die Chaoten schützen würde."* (TAZ, 18. 4. 86)
Die indirekte Wirkung von Polizeiprvokateuren ist kaum weniger gefährlich. Im Sommer 1983, gerade rechtzeitig vor dem Friedensherbst, hatte der Staat in Krefeld einige Hundert Autonome, die den Besuch des US-Vizepräsidenten Bush stören wollten, fürchterlich zusammengeknüppelt und festnehmen lassen. Damit sollte jeder Versuch von Militanz im Vorfeld der großen Friedensaktionen eingeschüchtert werden. Ca. einen Monat nach den Krefelder Ereignissen, ließen Polizei und Justiz aus eigenem Antrieb ihren Polizeiprovokateur Troeber hochgehen, der als einer der 'Gewalttäter von Krefeld' mit festgenommen worden war. Für seine öffentliche Präsentation bestand überhaupt kein äußerer Anlaß. Seine Aufdeckung hatte nur einen Zweck: Sie galt als Beweis für die Unberechenbarkeit der 'Chaoten' und die Gefahren einer, sei es von ihnen oder dem Staat ausgehenden, Provokationslinie gegenüber dem 'friedlichen' Protest. Diese Rechnung ging leider voll auf. Von nun an steigerten sich im Friedensherbst die Distanzierungen bis hin zum hysterischen Geschrei, wenn einer nur wagte, mit einer Pappnase vermummt auf einer Demo zu erscheinen. Das Gift der 'Differenzierung' mittels Einschüchterung und Agentitis, d. h. naiver oder politisch motivierter Agenten-Verdächtigungen, war damit in die Bewegung gebracht worden.

...und doch ganz einfach!

Selbstverständlich kommt auch einem Herrn Strauß nichts mehr in die Quere, als eine Anti-WAA-Bewegung, die für ihn und seine Sheriffs unkalkulierbar bleibt, weil sie die Art ihres Widerstandes ausschließlich von konkreten Kräfteverhältnissen und den taktischen Erfordernissen her bestimmt. Die hysterische Hetze vor dem Ostermarsch gegen die 'Gewalttäter' und angeblich 'RAF'-beseelten Punks war exakt kalkuliert mit dem Ziel, den Bullen-Großaufmarsch und -einsatz schon im Vorfeld zu rechtfertigen und zum anderen, die 'friedlichen' BI-Teile zu entsprechenden Distan-

Foto: Hilmar Dahlem

zierungen zu provozieren. Bei der SPD rannte man damit natürlich offene Türen ein...
Daß im Rahmen der Hetzkampagne bereits Gebrauchsgegenstände wie Bügelsägen u. ä. in ein terroristisches Zwielicht gerückt wurden, beweist, daß ebenso wie die Gewalt gegen Personen auch die Gewalt gegen Sachen, also z. B. eine Beschädigung des Bauzauns, kriminalisiert werden sollte.
Auf diesen Spaltungsversuch sind speziell die reingefallen, die glaubten, den Zaun unbedingt vor den Demonstranten verteidigen zu müssen. Ostermontag wurde bereits der harmloseste Versuch, am Zaun herumzusägen, mit CS- und CN-Gas beantwortet. Ohne jetzt in irgendeiner Weise den eher zaghaften Versuch der Gegenwehr (Steinchen gegen Panzer) heroisieren zu wollen, muß doch festgehalten werden, daß mensch in dieser Situation den Zaun nur total in Ruhe lassen konnte, oder aber - bei gleichzeitigen Versuchen der Selbstverteidigung - wenigstens symbolisch attackieren, wie geschehen.
Besonders 'passend' war der Einsatz einiger Grüner beim Zustandekommen dieser Gewaltfreien–Kette: Von drinnen tobte sich nichtsdestotrotz ein Wasserwerfer aus, dessen Anschaffung die hessischen Grünen im Rahmen der rotgrünen Haushaltsvereinbarungen gebilligt haben. Und vor dem Wasserwerfer stehen Teile der Parteibasis und schützen eben dieses Gerät (und damit die hess. Haushaltsbilanzen...) vor dem Zorn der Leute. Ob soetwas auf Dauer gutgehen kann?

Gewaltfreiheit und 'Gewalt-Freiheit'

Die 'Gewaltfreiheit' als heiliges Prinzip widerlegt sich selbst und ist im Grunde genommen kaum ernst zu nehmen: Denn unbestritten ist, daß 'Gewaltfreiheit' nicht unbedingt Gewalttaten von Seiten der Polizeit verhindert. Was ist z. B., wenn, was ja keine Seltenheit ist, Polizisten auf einen Demonstranten einknüppeln und mensch vom Kräfteverhältnis her mit einiger Drängelei imstande wäre, dem Betreffenden (ein Glück, daß davon offenbar nur Männer betroffen sein können, eine Demonstrantin) zu helfen? In diesem Fall wird die proklamierte 'Gewaltfreiheit' offensichtlich zur Duldung von Gewalt. Was daran besonders moralisch sein soll, müßte einmal erklärt werden! (Dennoch ist diese Position sympathischer als die Haltung derer, die der Bewegung 'Gewaltfreiheit' predigen, um an Kabinettstischen und Parlamentsbänken auf das staatliche Gewaltmonopol und seine Hochdruckwasserwerfer zu schwören...)
Von der dogmatischen Gewaltfreiheit zu unterscheiden ist die 'Gewaltfreiheit', die nicht prinzipiell, sondern taktisch und situationsbedingt ist. Sei es, weil mensch ganz einfach Schiß hat vor der Übermacht der Polizei (das Allernormalste der Welt), sei es, weil eine Isolierung von der unmittelbar betroffenen Bevölkerung befürchtet wird, was in Gorleben lange Zeit ein Problem war.
Gefährlich wird die Position der Gewaltfreiheit, wenn sie nicht als ein moralisches sondern als ein politisches Prinzip vertreten wird - weil Gesetz und freiheitlich-demokratische Grundordnung derartiges nun einmal verbieten. Diese Argumentation verdeutlicht, daß die Angst vor einer Konfrontation mit Konvention und Gesetz größer ist als die Angst vor WAA und Plutoniumbombe. Es ist kein Zufall, daß diese Position oft (nicht immer!) von denen vertreten wird, die auch die Wackersdorfer Bauplatzbesetzung anfangs abgelehnt haben und lieber heute als morgen die Bewegung in die parlamentarische Sackgasse führen würden.
Wer jedoch die Frage der Widerstandsformen nicht an der Staatsräson, sondern allein am Ziel der Verhinderung der WAA entlang diskutiert, wird die seltenen Momente der 'Gewalt-Freiheit' zu schätzen wissen, in denen er aus 'freiem' Ermessen über die Anwendung von Gewalt entscheidet. Ohne die Wahrnehmung auch dieser 'Freiheit' (als ein Mittel unter Hunderten) konnten in der Vergangenheit bisher echte Erfolge nicht erreicht werden. Denn erst wenn eine Bewegung 'außer Kontrolle' zu geraten droht, werden sich die Regierenden zu Zugeständnissen - wie etwa dem WAA-Baustopp - veranlaßt sehen, um die Bewegung wieder zu reintegrieren und die Auseinandersetzung einzudämmen.
Auch wenn im Alltag der gewaltlose Protest, die Infoarbeit etc. total dominieren: wenigstens in unseren Köpfen und Diskussionen muß das Recht auf Widerstand täglich und gegen wen auch immer verteidigt werden.

Gewaltfrei gegen NATO—Nachrüstung ... und was kam bei raus

Eigentlich sollte der »heiße Herbst 83« die Durchführung der »Nach«rüstung verhindern. Tatsächlich aber war im »heißen Herbst« nicht die Nachrüstung und der bedrohte äußere Friede, sondern der angeblich durch militante Minderheiten bedrohte innere Friede das eigentliche Thema. Die Zimmermänner verbreiteten auch damals das Horror-Gemälde blutiger Zusammenstöße zwischen terroristischen Militanten und der bewaffneten Staatsmacht. Große Teile der Friedensbewegung nahmen den Ball auf und propagierten das Unterlaufen des »Zimmermannschen Militärkonzepts« durch Gewaltlosigkeit. Die SPD konnte sich in der Rolle einer Kritikerin der Konfrontationshysterie profilieren. Die Polizei schließlich vollendete dieses Spiel durch »deeskalierende« Zurückhaltung: es wurde kaum, bzw. wenn (wie in Bremerhaven und Hamburg) selektiv geknüppelt. Einige Paral-

Foto: Thomas Einberger

lelen zur staatlichen Strategie hinsichtlich der Osterdemonstration in Wackersdorf springen ins Auge. Der folgende Rückblick auf den »Friedensherbst« basiert auf Informationen aus der empfehlenswerten Broschüre »Vertrauen schaffen! Innere Sicherheit und Friedensbewegung«, Hrsg. von Atomexpress, Atommüllzeitung, KB und Strassenmedizin, erhältlich über Atomexpress, Postfach 1945, 3400 Göttingen.

Spätestens Anfang 1983 begann die Polizei, die Durchsetzung der Nato-»Nach«rüstung konkret zu erproben. »Für Nordrhein-Westfalen hatte Innenminister Schnoor die Parole ausgegeben:»*Mehr Erfolg durch differenziertes Einschreiten: In der Praxis bedeutet das: Welche Linie bei Demonstranten, hartes Durchgreifen bei Chaoten*«, erläuterte der »STERN« damals die Einsatzvorbereitungen.

Im April 1983 wurde von Polizeiführern, NATO-Offizieren und ausgesuchten Politikern eine Tagung zum Thema »Polizeiliche Maßnahmen zum Schutz militärischer Einrichtungen« in der Polizeiakademie Hiltrup durchgeführt. Als oberstes Ziel der Polizeieinsätze wurde dort von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Voigt formuliert: »*Interesse von uns allen und Aufgabe der Polizei ist es, das Recht auf friedliche Demonstrationen zu schützen, die Einhaltung der Rechtsordnung mit angemessenen Mitteln zu gewährleisten und eine Eskalation der Gewalttätigkeit soweit wie möglich zu verhindern.* «Die Priorität Voigts lag also nicht bei der Verhinderung der NATO-Nachrüstung, wie es die SPD und er schön im Mund führten. Nein, Ziel Nr. 1 war es, den Widerstand dagegen in die von der »Rechtsordnung« diktierten Bahnen zu kanalisieren und somit -zumindes objektiv- die Durchsetzung der NATO-Nachrüstung zu erleichtern . Eine maßgebliche Methode, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Drohung mit der Unkalkulierbarkeit der »Gewalttäter«, die es »zum Schlimmsten« treiben könnten, wie es Staatssekretär Spranger (Innenministerium/CSU) es auf der Tagung nannte. Dieser selbstfabrizierten Bedrohung folgte jeweils zugleich die Versicherung, daß man es soweit nicht kommen lassen werde, um damit die Öffentlichkeit und speziell die Friedensbewegung zu animieren, das Ihre für die Kalkulierbarkeit und Zähmung der Proteste zu tun. Es folgten im Vorfeld des Friedensherbstes die sogenannten Krawalle von Krefeld, wo 1.000 Autonome nach der von Schnoor augegebenen Parole in eine Falle gelockt, abgedrängt und von Polizeikräften systematisch »aufgemischt« wurden.

Wie das Kaninchen auf die Schlange starrten große Teile der Friedensbewegung in der Folgezeit auf Krefeld. Selbst die radikalgewaltfreie Zeitung »Graswurzelrevolution« formulierte als Erwartung: »*Wir gehen davon aus, daß der Staat selbst es ist, der die Konfrontation braucht und sucht.*« Auch in früheren Konflikten habe es der Staat versucht, »*Teile der Bewegung zu einer gewaltsamen Konfrontation zu provozieren.*« Eine »*erfolgversprechende Strategie der Friedensbewegung müsse deshalb eine staatlich aufgenötigte Konfrontation auflaufen lassen. Die Gewaltfreiheit bietet noch am ehesten die Chance.*« Damit war man aber der Polizeistrategie bereits auf dem Leim gegangen: Denn während einerseits entlang der Krefelder Linie das Gespenst der Eskalation gezüchtet wurde, wurde andererseits ein massiver Dialog von den »Spitzen« beider Seiten und eine geradezu behutsame Einsatz-Taktik entwickelt: gewaltfreies Verhalten wurde polizeilicherseits oftmals geradezu belohnt. Bei kleineren gewaltfreien und symbolischen Aktionen begannen die Berichterstatter der Polizei bereits über »*gelegentlich schon idyllische*« Begebenheiten zu schwärmen: (vgl. »Deutsche Polizei«, 1/84). In derselben Ausgabe von »Deutsche Polizei« hieß es weiter: »*Die Ablehnung der Versuche gewaltsamer Verhinderungen der Durchführung von Parlaments- und Regierungsbeschlüssen (etwa zugunsten der WAA, Anm. Red.) erfordert auch die begrenzte Duldung von Versuchen eines sog. zivilen Ungehorsams, der gewaltlos bleibt*«, solange er begrenzt, kalkulierbar und für den Staat ungefährlich bleibt...

Im Rückblick betrachtet ging es der Strategie des Staates im Herbst 1983 zur Durchsetzung der »Nach«rüstung in erster Linie um die Verhinderung einer Radikalisierung auf Massenebene und um die Wiederherstellung der zwischenzeitlich angeschlagenen Massenloyalität gegenüber den Herrschaft- und Entscheidungsstrukturen. Das Mittel dazu war die aus Bedrohungs-Propaganda und Dialog-Angebot kombinierte Deeskalations-Strategie. Unter Mitwirkung von großen Teilen der Friedensbewegung ist diese Strategie weitgehend aufgegangen und konnte die Raketenstationierung relativ glimpflich über die Bühne gebracht werden.

Hoffen wir, daß es der Anti-WAA-Bewegung anders ergeht. Denn selbst die bayerische Polizei verzichtet nicht auf das Element dieser Doppelstrategie, etwa als im Oktober in München die 50.000 Demonstrationsteilnehmer/innen mit den Flugblättern der Polizei-Psychologen und anschließend die 500 in Haidhausen mit den Knüppeln des Sonderkommandos konfrontiert wurden.

Beim Ostermarsch in Wackersdorf überließ man die Aufgabe der Spaltung der SPD: Diese drückte beispielsweise ihr **besonderes** Bedauern über die Differenzierungsunfähigkeit der Polizei aus, weil diese auch die gewaltfreie und abwiegelnde Menschenkette heftig anspritzte. Damit wird aber bereits impliziert, daß CS-Angriffe der Polizei gegen die übrigen "Chaoten" weniger falsch und weniger zu verurteilen sind.

Das mitmachen und die Erfahrungen des "Friedensherbstes" verdrängen, bedeutet, die WAA schon zu 50% akzeptieren!!!

2. Todesfall in Wackersdorf

Mit Alois Sonleitner hat nach Erna Sielka ein zweiter Mensch in Wackersdorf den Tod gefunden. Ähnlich wie bei Erna Sielka wurden von offizieller Seite dazu Falschmeldungen und Unschuldsbekundungen abgegeben.

A. Sonnleitner war am Ostermontag infolge eines Asthmaanfalls ca. 2,5 km vom Kundgebungsort zusammengebrochen, im Krankenhaus konnte nur noch sein Tod festgestellt werden. Schon vor Feststellung der Todesursache durch eine Obduktion wußte die Polizei, daß sein Tod in keinem Zusammenhang zum CS-Gaseinsatz stünde, Sonnleitner habe an der Kundgebung nicht teilgenommen.

Angenommen werden muß jedoch, daß Sonnleitner letzlich durch den CS-Gaseinsatz starb. Er war an jenem Ostermontag vor Kundgebungsbeginn kurz am Bauzaun gewesen. Zu diesem Zeitpunkt war zwar noch kein Wasserwerfereinsatz erfolgt, der CS-Gasnebel vom Vortag hing jedoch noch in Bäumen und Blättern. Bei Kundgebungsbeginn hatte A. S. sich auf einen Hügel hinter der Bühne gesetzt. Zu diesem Zeitpunkt begann am Bauzaun der Wasserwerfereinsatz. Der stürmische Wind drehte entgegen der Polizeiversion an diesem Tag mehrmals und wehte auch Richtung Kundgebungsplatz. Da die Wasserwerfer absichtlich möglichst hoch und weit in den Wald sprühten, ist anzunehmen, daß S. von dem Kampfgas einatmete, was seinen Anfall auslöste. Zeugen an der Bühne berichteten, daß sie zu diesem Zeitpunkt ein Kratzen im Hals und Niesreiz spürten. S. versuchte zunächst, seine Atembeschwerden mit einem Spray zu bekämpfen. Da dies nicht ausreichte, begab er sich zu seinem ca. 2 km entfernt stehenden Auto, in dem sich ein Atemgerät befand. Hier bat er zwei Polizeibeamte, ihm mit einem Stromanschluß behilflich zu sein, da sein Akku nicht geladen war. Unklar ist, warum ihn die Beamten nicht zum nächsten, 500 m entfernten Haus brachten. Die Ärzte konnten um 16.15 Uhr nur noch seinen Tod feststellen.

In einem Interview mit der TAZ erklärte der im Demo-Sanitätsdienst arbeitende Arzt auch Schwandorf, er allein habe 8 bis 10 Fälle von Bronchialkrmpf mit cortisonhaltigen Asthmamitteln behandeln müssen. Vor Ort waren insgesamt 8 Ärzte tätig.

Die Wirkung von CS beruht auf einer Verkrampfung der Lungenmuskulatur, die zu Atemnot führt, die gleichen Symptome treten bei einem Asthmaanfall auf. Schweizer ÄRzte warnten in einem Gutachten, daß CS bei Wirkung auf eine Bronchitis oder einen Asthmakranken schon geringe Expositionen zu

Foto: Thomas Einberger

akuten Todesfällen führen können. Bei Asthmatikern reicht schon die Nähe zu einem vom Wasserwerfer getroffenen, um einen Anfall auszulösen, da CS seine volle Wirkung erst beim Abdampfen von der Kleidung entfaltet. In Wackersdorf wurde die höchstmögliche 'zulässige' Konzentration von CS, 300 mg pro Liter, erstmals eingesetzt. CS ist nur kurz nach Todeseintritt im Körper nachweisbar. Die Verantwortlichen werden wie immer ungeschoren davonkommen, die toxikologische Untersuchung wird den 'Beweis' für die Todesursache 'CS-Gas' aller Wahrscheinlichkeit nicht erbringen.

Erna Sielka war am 2. März bei einem der wöchentlich stattfindenden Sonntagsspaziergänge am Bauzaun an Herzversagen gestorben. Auch ihr Tod hatte laut offizieller Version überhaupt nichts mit dem Verhalten der Staatsgewalt zu tun. Zu jener Zeit sei keine Räumungsaktion im Gange gewesen, Frau S. habe keinen Kontakt zu Sicherheitsbeamten gehabt. Tatsächlicher Anlaß für ihren Tod war jedoch eine Polizeiprovokation. Mehrere Fahrzeuge des BGS fuhren quer durch die dichte Menschenmenge am Bauzaun, Polizisten drängten die Leute beiseite. Dies ging nicht gerade zimperlich vor sich. Frau Sielka wurde nach Augenzeugenberichten von einem jungen Polizisten stark gerempelt und wäre gestürzt, wenn sie nicht von einem anderen Demonstranten kurz vor dem Boden aufgefangen worden wäre. Erna Sielka richtete sich noch einmal auf, rief dem Polizisten zu „rühren Sie mich nicht mehr an" und „ich bleibe hier stehen, denn auch Ihre Heimat verteidige ich". Kurz darauf stürzte Frau S. ein zweites Mal und blieb am Boden liegen. Den ständig über dem Platz kreisenden Hubschrauber zu Hilfe zu holen, wurde von der Polizei abgelehnt, da er angeblich nicht umzurüsten sei, anläßlich der Faschingsaktion war damit aber ein Verletzter abtransportiert worden. Ein in der Nähe stehendes BGS-Sanitätsfahrzeug wurde nicht eingesetzt, erst nach 15 bis 20 Minuten brachte ein BGS-Sanitäter auch seinem Fahrzeug völlig unbrauchbare Intrumente. Die einzige Hilfsmaßnahme kam von Seiter der Demonstranten, sie konnten Erna Sielka jedoch nicht mehr retten.

Später verbreitete die Polizei die Falschmeldung, die 61jährige habe kurz vorher schon einem Herzinfarkz gehabt. Frau Sielkas Tochter bestätigte jedoch, daß ihre Mutter noch nie einen Infarkt gehabt habe. Anscheinend wird es zur Methode, Tote bei WAA-Durchsetzung in Kauf zu nehmen und anschließend gezielte Lügen in Umlauf zu bringen.

Zum CS-Gas Einsatz in der BRD

Bayern, März 1981: Staatssekretär Dr. Neubauer aus dem Innenministerium begrüßt die von der großen Brokdorf-Demonstration heimkehrenden Polizeieinheiten. Der Augenblick verlangte nach markigen Worten: „Es ist an der Zeit, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit durch pseudointellektuelles Gefasel nicht überzustrapazieren." Die dumpfe Drohung hatte einen durchaus erfreulichen Hintergrund, denn die winterlichen Temperaturen in der Wilstermarsch hatten die Wirkung des Tränengases CN gewaltig abgeschwächt, so daß der Polizeieinsatz vor dem AKW-Bauzaun nicht so recht in Schwung kam.

Das mußte sich ändern. Zwei Monate später setzten militante Kriegsgegner den Auftakt der Friedensbewegung: Vor dem Bremer Weserstadion lieferten sie der Polizei stundenlange Straßenschlachten. Aufgebrachte Sicherheitsfanatiker von SPD bis CSU verfielen in schrille Töne: Neue Waffen braucht das Land, her mit Distanzmitteln!

Gesagt, getan: Im Sommer 1981 kam es zu jener denkwürdigen Waffenschau auf dem Gelände der ehemaligen Dachauer SS-Schule, in der Adolf Eichmann ausgebildet worden war, und wo heute eine Abteilung der bayerischen Bereitschaftspolizei kaserniert ist. Vor den Augen Innenminister Gerold Tandlers und seiner Gang führten abkommandierte Polizeifreiwillige Scheinangriffe auf Wasserwerfer. Dichte CS-Wolken trieben sie zurück, einige brachen im Nebel zusammen. „Das Arrangement war doch vorzüglich!" befand ihr Minister anschließend tränenden Auges, die Vorführung hatte ihn überzeugt: als erstes Bundesland führte der Freistaat im August 1981 daraufhin das von der Genfer Konvention geächtete „Kotzgas" CS ein. Die anderen christlich regierten Bundesländer folgten mit einigen Monaten Abstand; nur die sozialdemokratischen Innenminister und ihre FDP-Kollegen in Bund und Ländern wollten sich mit dem vorhandenen Arsenal zufriedengeben, um den Burgfrieden mit der Anti-Raketenbewegung nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Deeskalationsgespräche hieß damals das Rezept. Bis heute wurde das „Kotzgas" nur in den Unionsländern eingeführt. Die Wirkung von CS (Ortho-Chlorbenzylidenmalondinitril) und die Vorteile gegenüber dem jahrzehntelang benutzten Tränengas CN hatten sich die Innenminister durch ein Gutachten des halboffiziellen Fraunhofer-Instituts bescheinigen lassen: Bereits 1979 war dort die Bitte der Innenministerkonferenz eingetroffen, zu klären, „ob die Verwendung von CS in Reizstoffsprühgeräten unbedenklich ist". Die Antwort des maßgeblich durch Aufträge des Innen- und Verteidigungsministeriums finanzierten Institutes lautete wie erwünscht: „CS ist zur Zeit... das wichtigste und sicherste Mittel der sog. 'incapacitating agents', d.h. der handlungs-/kampfunfähig machenden Stoffe."

Bis auf den Kotzeffekt und die ausgeprägte Atembeeinträchtigung sind die Wirkungen des CS zwar auch vom CN bekannt, aber das klassische Tränengas hat zwei Nachteile: Erfahrene Demonstranten zeigten einen gewissen Gewöhnungseffekt, und niedrige Temperaturen schwächen den Einsatzerfolg, überdies tritt die CS-Wirkung weitaus schneller ein und geht in der Regel auch eher zurück — in den Augen von Polizeitaktikern ein enormer Erfolg.

Mit Taschenspielertricks und methodischen Fehlern gelang der Fraunhofer-Studie der Nachweis einer weitaus höheren Giftigkeit von CN gegenüber CS: „In den USA kam es während einer 40jährigen Verwendung von CN im Polizei-Einsatz zu einem Verlust von über 100 Augen", enthüllten die Untersucher ihren Auftraggebern und folgerten, daß CS deshalb eine „ungleich höhere Sicherheit" besitzt und „allein schon aus diesem Grunde favorisiert werden sollte".

Anmerk. d.Red.: Die Bremer Rekrutenvereidigung war unseres Wissens im Jahr 1980, also vor der Brokdorf-Demo.

Unabhängige Wissenschaftler mochten sich dieser Empfehlung nicht anschließen. Sie machten ihre Kritik an der Beurteilung des „Gefälligkeitsgutachtens" — so der C-Waffen-Experte und Chemiker Dr. Alfred Schrempf — insbesondere an dem grundlegenden Widerspruch fest, daß CS laut Regierungsgutachten „in wenigen Sekunden zur Wandlungsfähigkeit führt", aber trotzdem „in der Regel durch sofortige Flucht eine Selbstlimitierung" erfolgen solle.

Daß „authentische Berichte über Todesfälle nach CS beim Menschen... nicht bekannt" seien, hielt einer Überprüfung mit der Fachliteratur nicht stand. Der CS-Einsatz der US-Army gegen südvietnamesische Dörfer und Tunnelsysteme forderte mindestens 689 Todesopfer, dokumentierte das Russell-Tribunal. Einzelne Todesfälle wurden auch aus Nordirland, den USA und Frankreich gemeldet.

Der Kieler Toxikologe Prof. Ottmar Wassermann, bemängelte außerdem die fast ausschließliche Auswahl der Testpersonen aus Militär- und Polizeieinheiten: „Nicht repräsentativ für den Durchschnitt der bei einem CS-Einsatz betroffenen Bevölkerungsgruppe", beispielsweise hinsichtlich der „individuellen Empfindlichkeit" von Bronchitis- oder Asthmakranken. Gerade dieser Personenkreis wird auch in britischen und niederländischen Regierungsgutachten als Risikogruppe genannt.

Doch die Bedingungen für tödliche Konzentrationen „sind in der Praxis des Reizstoff-Einsatzes nicht erreichbar", behauptete die Fraunhofer-Studie und schloß mit der Rückversicherung: „Die letzte Sicherheitsgarantie obliegt damit der Sorgfalt des Anwenders."

Umgehend zogen die Polizeitechniker nach: Für das gesamte Arsenal der bisherigen CN-Kampfstoffträger legten sie Nachfolgeuntersuchungen vor. Mehrere hundert „Freiwillige" der Polizei mußten sich bundesweit den CS-Dämpfen aus Chemischen Keulen, wurf- und abschießbaren Tränengaskörpern und großen Sprühgeräten aussetzen. Allein 200 Beamte ließen Polizeiführer von April bis Dezember 1981 gegen das Wasser-CS-Gemisch aus Wasserwerfern anrennen, dann war alles klar: „... keine technischen Schwierigkeiten ... völlig unbedenklich... In der Regel sollte eine Konzentration von 300 mg CS pro Liter im Mittel verwendet werden, es sei denn, daß tak-tische Gegebenheiten ein Abweichen von diesem Mischungsverhältnis erforderlich machen".

Dann passierte eine tödliche Panne: Ein kerngesunder 19jähriger Polizeibeamter ertrank im Mai 1982 beim Baden. Tags zuvor hatte er sich als Versuchskaninchen einem Wasserwerferregen mit ansteigenden CS-Konzentrationen aussetzen müssen. Ein Zusammenhang zwischen seinem Tod und der Einwirkung von CS-Gas konnte nicht endgültig ausgeschlossen werden.

Die Umrüstung in den schwarz regierten Bundesländern lief ungehindert weiter. Fast vier Jahre ergab sich keine günstige Gelegenheit, daß Zeug unters Demonstrantenvolk zu bringen. Die Friedensbewegung blieb gewaltfrei, andere Testgruppen boten sich nicht an. Es war die Anti-AKW-Bewegung, die am Ostermontag in Bayern die Premiere erlebte: Mit einem kombinierten CN-CS-Einsatz gingen das weltweit bislang größte Wasserwerfer-Aufgebot und 3.000 Beamte zu Fuß gegen die Menge vor dem Bauzaun der oberfränkischen WAA vor. Im Kampfgasnebel scheiterte der Versuch, am Bauzaun zu rütteln. Mehrere hundert Menschen mußten sich, hustend, spuckend und nach Luft schnappend, in die Behandlung der Demosanis und BI-Ärzte begeben.

Abseits vom Geschehen, aber nach Zeugenaussagen wohl noch in einem Bereich, wo die Reizstoffe Wirkung zeigten, verspürte der 38jährige Alois H. einen nahenden Asthmaanfall, der schließlich seinen Tod verursachte.

Der Polizeibericht will keinen Zusammenhang zwischen dem CS-Einsatz und dem Asthmaanfall zulassen. Doch bei Asthmakranken können schon wenige Moleküle eines Reizstoffes einen Erstickungsanfall auslösen. Eine gerichtsmedizinische Obduktion wird in diesen Fällen aller Erfahrung nach keine CS-Abbauprodukte im menschlichen Körper finden.

Polizeibeamte mit Asthma oder allergischen Erkrankungen können sich von Demonstrationseinsätzen befreien lassen. Schon das Fraunhofer-Gutachten hatte empfohlen, „sollten Polizeibeamte zu diesen seltenen Allergikern gegenüber CS rechnen, wären sie vom Umgang mit Reizstoffen auszuschließen. Der Demonstration vor dem Wackersdorfer Bauzaun kündigte die Einsatzleitung nicht einmal die CS-Premiere an.

N. Bethune (Sani-Gruppe HH)

CS-Gas Einsatz gegen Presse

Am 31.3. war ich im Auftrag des STERN in Wackersdorf, um Fotos von der Veranstaltung am WAA-Gelände zu machen. Gegen 14.30 machte ich Aufnahmen direkt am Bauzaun. Einige Leute warfen mit Steinen und Knüppeln nach den Fahrzeugen der Polizei und des Grenzschutzes, die sich in dem umzäunten Gelände befanden. Kirchliche Gruppen und »gewaltfreie« Demonstranten versuchten dies zu unterbinden, indem sie sich mit erhobenen Händen zwischen die Fahrezeuge und die Steinewerfer stellten. Außerdem versuchten sie mit Sprechchören die Demonstrantem zu gewaltfreiem Verhalten zu bewegen. Von dieser völlig friedlich verlaufenden Aktion machte ich eine ganze Reihe von Fotos. Plötzlich spritzten zwei Wasserwerfer ohne Vorwarnung auf die friedlichen Demonstranten. Dabei bekam auch ich einen Strahl mit hohem Druck in den Rücken. Ich stürzte von dem ca. drei Meter hohen Wall hinab in den Wald. Ich konnte kaum noch atmen und war mehrere Minuten lang völlig blind. Zwei Sanitäter holten mich aus dem Bereich der Wasserwefer und brachten michzu einem Sammelplatz im Wald, wo ich von einem Azt die Augen ausgepült bekam. Neben mir wurde noch rund ein Dutzend Leute behandelt, die teilweise auch blutrende Wunden hatten, da sie blind gegen Äste oder Bäume gerannt waren. Meine Kameraausrüstung wurde von den Sanitätern auch geborgen, war aber nicht mehr zu gebrauchen. Ich habe heute 4 Kameras, 4 Objektive und ein Blitzgerät von PENTAX zur Reparatur gegeben.
Meine gesamte Hautfläche war dunkelrot und brannte. Ich konnte mich bei einem Anwohner waschen und fuhr dann ins Hotel zum Duschen. Als ich abends (8 Stunden später) ein Bad nahm und mir dabei die Haare mit Shampoo wusch, stellte sich das gleiche Brennen wie am Nachmittag wieder ein. Am folgenden Tag (1.4.) hängte ich meine Kleider, die ich in einem Plastiksack verstaut hatte,, zu Hause im Badezimmer auf. Dabei verströmte wieder Gas, das die Augen reizte. Daraufhin legte ich die Kleidung auf den Balkon. Abends hörte ich im Radio eine Warnung des Leiters des Toxikologischen Instituts München. Er empfahl dringend,, die Kleidung nicht in geschlossenen Räumen aufzubewahren und warnte vor Spätfolgen im Lungenbereich, die sich erst nach 14 Tagen einstellen können. Ich bin heute zu meinem Hausarzt in Hamburg gegangen, um mich vorsorglich untersuchen zu lassen.

Hamburg, den 2.4.86

Günter Zint

Diesen Text hat Günter als »Aktennotiz« für die STERN-Fotoredaktion und die Deutsche Journalisten-Union verfaßt. Danke für die freundliche Überlassung!

Zum Bundeswehr-Einsatz

Neben Polizei und der Bürgerkriegstruppe BGS werden die BI's in Wackersdorf erstmals in der Geschichte der BRD auch der Bundeswehr gegenüber stehen. "Im Kampf um die WAA" sollen Sanitätspanzer samt dazugehörenden Soldaten eingesetzt werden, die in diesem Fall jedoch "kein Soldat im Sinne des Militärischen" sind, so der parlamentarische Staatssekretär Würzbach in der Bundestagsdebatte vom 20. 3. 86.

Bundes- und Landesregierung richten sich offenbar auf bürgerkriegsähnliche Zustände ein. Die Sanitätspanzer stehen "im Falle einer schwersten Verletzung von Menschen" (Würzbach ebenda) bereit. Hier erhebt sich die Frage, warum bei einer Demonstration in Wackersdorf nicht die bisher schon übliche Bereitstellung von Krankenwagen ausreicht, zumal die Polizei beim Tod von Erna Sielka und Alois Sonnleitner Hilfe ablehnte bzw. verzögerte.
Als Antwort bleibt nur, daß Bundes- und Landesregierung in Wakkersdorf mit "schwersten Verletzungen" einer sehr großen Anzahl Menschen rechnen getreu dem Spruch von Würzbach er hoffe, beim Ostermarsch werde "kein einziger Passant, kein Polizist, kein einziger Mann des BGS verletzt" – Demonstranten wurden wohlweislich ausgenommen.

Anforderungsberechtigt für die Panzer ist " nur das Bayerische Staatsministerium des Innern Lagezentrum Bayern", jeder Einsatz muß von Verteidigungsminister Wörner abgesegnet werden. Für diese Einsätze existiert ein bis heute gültiger Standortbefehl von 1981, nach dem die Bundeswehr "im Wege der Amtshilfe bei Delikten schwerster Gewaltkriminalität und bei Demonstrationen zur Rettung verletzter Personen nach Möglichkeit Sanitätspanzer H 113 einschließlich Soldaten als Kraftfahrer auf Anforderung zur Verfügung stellt".
Daß der Standortbefehl nicht beliebige Demonstrationen in Bayern meint, sondern ganz konkret Demonstrationen gegen die WAA, belegt eine Dienstanweisung der 4. Panzergrenadierdivision Regensburg, die sich auf "Amtshilfe der Polizei im Zusammenhang mit der WAA Wackersdorf gemäß Art. 35 GG" bezieht. (TAZ 10.2..86)

Technische und logistische Hilfe durch die Bundeswehr erhielt die Polizei bereits bei bisherigen WAA- Demonstrationen durch Unterbringung der Polizeieinheiten in Bundeswehrwehrkasernen, dieser Bitte um Unterstützung " werden wir auch in Zukunft entsprechen", so Würzbach.

Die zunehmende Verflechtung von Polizei, BGS und Bundeswehr beweist einmal mehr, was Atomstaat bedeutet und ist ein klarer Vorgriff auf die Notstandsgesetze. Die Umwandlung des Bundesgrenzschutzes in eine Bürgerkriegstruppe für Demonstrationen und "innere Unruhen" 1972 während der sozialliberalen Koalition war ein Schritt dahin. Die Grenzschutztruppe 9, berüchtigt unter dem Kürzel GSG 9, in Mogadischu und Entebbe "gestählt", bestehend aus "ausgesuchten Freiwilligen, die auch zum gezielten Todesschuß bereit sein müssen" (Hamburger Morgenpost 19.7.77) wurde erstmals in Wackersdorf als "innerem Konfliktfall" bereitgehalten. Sie lag, angefordert vom bayerischen Innenminster Hillermeier, für die Räumung des Hüttendorfes Anfang Januar einsatzbereit im Hinterhalt. Ihr Einsatz dürfte neue Maßstäbe bei der "Demonstrantenbekämpfung" setzen:" Ihr Härtetraining ist ausschließlich gegnerorientiert, wer immer der Gegner sein mag und kann somit tödliche Folgen haben". "Zieht man noch weiter in Betracht was ein hoher Verfassungsscchutzbeamter schon 1972 gefordert hatte, die GSG 9 müsse "ein Elitebewußtsein entwickeln" und mit dem Willen kämpfen den Gegner zu vernichten, "kampfunfähig schießen ist Quatsch" und was Hessens früherer Innenminster Bielefeld (FDP) äußerte: "Auch Terroristen sind Menschen, sie totzuschießen will geübt und gelernt sein" (zit. nach radi-aktiv Nr. 6) , so können wir uns noch auf einiges gefaßt machen.

Die Bundesregierung darf nach Artikel 47 GG "nur zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes " Amtshilfe der Bundeswehr für die Polizei gewähren, "innenpolitische Auseinandersetzungen dürfen dabei nicht berührt werden". Diese ohnehin schon sehr weitreichenden Möglichkeiten der Staatsgewalt werden hier unter dem Mäntelchen "humanitärer Hilfsaktionen" oder "Amtshilfe" noch einmal gummiartig ausgedehnt und lassen damit Tür und Tor offen, das gesamte Gewaltarsenal des Staates willkürlich zur Durchsetzung seiner Ziele einzusetzen. Diese Ausdehnung erfolgt, ohne daß es in Wackersdorf bislang ernsthafte Auseinandersetzungen gegeben hätte als reine Präventivmaßnahme, die jede Eskalation möglich macht.

Ein bayerisches Schmierstück des Atomstadttheaters München — aufgeführt in 3 Akten

"Den Chaoten auf die Pfoten"

Foto: Schwarz-Rot-Fotografie

Ostern in Wackersdorf: Seit Wochen ein Hauptthema in Bayern, Zeitungen voll mit Aufrufen, Mahnungen und immer unverhohleneren Drohungen der Polizei — alle waren angesprochen, jeder/jede eingeladen.

Die Gerüchteküche brodelte; wer sollte nicht alles kommen — Friedensbewegte, Jusos, Oberpfälzer Bevölkerung, SPD-Funktionäre, Landräte, "Gewalttäter" aus allen Lagern und Ländern — selbst "RAF" und "2. Juni", mit einem Wort: alles links von der CSU hatte selbst oder ohne es zu wissen seinen Auftritt angekündigt.

Daß "RAF" und "2. Juni" nicht kamen, wurde nach allgemeiner Einschätzung nicht als Überraschung gewertet, war es doch ohnehin fraglich, ob sie zusammmen öffentlich auftreten würden.

Flugblätter mit Anleitungen zur Zaundemontage machten die Runde, die Ostermarschierer hatten den Taxöldener Forst zum Hauptaufmarschgebiet '86 erklärt. Die SPD zog sich zurück und wollte doch dabei sein. Das Volk sollte in Massen herbeieilen, dem Schauspiel die nötige Kulisse — aber es wird nicht zuviel verraten.

Während im ganzen Bundesgebiet tausende von BGS- und Bereitschaftspolizisten in Busse gefüllt und nach Wackersdorf gefahren wurden und alle Daheimgebliebenen in ihren Kasernen sich Hoffnungen auf einen Einsatz machten (die bundesweite Ausgangssperre fürs Wochenende ließ ja noch einiges erwarten) ließ die SPD verkünden, sie ginge nur bis auf 800 Meter an den Bauzaun heran. Nah genug, damit noch erkennbar bliebe, wogegen sie da im Wald demonstrieren würde und eben noch in Sichtweite der Geschehnisse am Zaun.

Polizeiintendant Friker ließ noch schnell einen Streifen um den Zaun herum roden, um, wie sich später herausstellen wird, den "gewalttätigen" Demonstranten/innen Platz zu schaffen.

Daß trotz aller Mühe die "Süddeutschen Autonome/n" sich weigern würden, am allgemeinen Stelldichein teilzunehmen, löste, gelinde gesagt, enttäuschtes Kopfschütteln in Polizeipräsidien und Einsatzstäben aus. Trotzdem ließ man guten Mutes verkünden, die Auseinandersetzungen würden "schlimmer als Brokdorf und Startbahn-West", wobei offen blieb, ob das "und" soviel wie beides auf einmal bedeuten solle.

Sie hatten immer noch die Hoffnung, viele Militante dazu bewegen zu können, nach Wackersdorf zu kommen und sei es nur, um den guten Namen, den sich diese in jahrelangen Kämpfen gemacht hatten, zu rechtfertigen — man könnte also solche Äußerungen sozusagen als Apell an den Stolz bundesdeutscher Chaoten/innen auffassen. Warum, so werdet ihr euch fragen, sollte die Polizei wünschen, daß soviele Autonome u.ä. in die Auseinandersetzungen um die WAA eingreifen und Montag zum Zaun marschieren?

Ganz einfach, um ihnen — und nicht nur ihnen — zum Beispiel etwaigen Oberpfälzern mit Neigung zur Militanz genau diese für alle Zeiten zu verleiden.

Und damit kommen wir zum Ablauf des großen Schauspiels, das Polizei, (Landes)Regierung und SPD gemeinsam aufführen wollten. Die Aussage dieser Aufführung? — Lassen wir die Herren es doch in ihren eigenen Worten sagen:

Achtung! Achtung! Hier spricht die Polizei! Sie sind umstellt! Jeder Widerstand

ist zwecklos, ergeben Sie sich und kommen Sie einzeln und ..."
so weiter und so weiter.
Bemerkenswert war lediglich die Inszenierung selbst. Im ersten Akt des eigentlichen Stückes, es war schon monatelang von Zeitungen, Politikern aller couleur etc. bestens vorbereitet worden, werden die "Chaoten und Randalierer" dem Publikum öffentlichkeitswirksam vorgeführt. Wichtig dabei, ihren gefährlichen Charakter und ihre Aggressivität möglichst grell in Szene zu setzen.
Es findet also eine genau kalkulierte Provokation statt, in ein Zeltlager der WAA-Gegner/innen begibt sich ein laut Drehbuch fast hilfloses ("nur" von der Polizei begleitetes) um das Wohl der Demokratie besorgtes Fernsehteam, den schlummernden "Wolf im Schafspelz", wie diese ein volkstümelnder Münchener CSU-Politiker genannt hat, ein wenig die Zähne fletschen zu lassen. Das "Medienkommando" bekommt was es verdient — das "Entsetzliche" flimmert über die abendlichen Mattscheiben.
Doch der Schrecken soll nicht überhand nehmen, das Publikum am Ostermontag nicht vor Angst zuhause bleiben.
Also wird ein kleiner Ausblick auf das Ende des Stückes gewährt.
Der zweite Akt beginnt, die Polizei umstellt am frühen Morgen des folgenden Tages das Lager und nimmt alle 290 Rädelsführer fest. Stolz wird der schaudernden Bevölkerung ein unglaubliches Waffenarsenal vorgeführt:
Äxte, die älteren Zuschauer werden an das Lied aus den fünfziger Jahren erinnert: "Warte, warte, nur ein Weilchen, bald kommt Hamann mit dem Beilchen ...", Bomben, "Genick"schußapparate, Brandsätze usw.

Der dritte Akt wird eingeläutet, wer will jetzt noch daran zweifeln, daß jedes Mittel eingesetzt werden sollte, diese "Totengräber der Demokratie" zu bekämpfen.
Die Spannung steigt, der Montag naht und endlich hebt sich der Vorhang für den Schlußakt vor der Freilichtbühne Wackersdorf.
Die Märzsonne bescheint einen großen Platz, zehntausende Zuschauer/innen drängen sich dort und spazieren zur Bühne, bewundern den Bauzaun, welch ein Aufwand — trutzig steht er da, ein stählerner Käfig, so weit das Auge reicht.
Da, die "Gewalttäter" sammeln sich, schwarz ihre Kleidung, ihre Masken, wie entschlossen sie zum Bauzaun ziehen, großartig — ein Hauch römischer Gladiatorenspiele liegt in der Luft.
Zehntausend Polizisten warten im Wald auf das große Finale, hinterm Zaun, wie bei einer Parade, dutzende Wasserwerfer aufgereiht, schwenken drohend ihre Rohre. Doch etwas scheint nicht zu stimmen. Laut fordert der Landrat "sein" Publikum auf, die Bühne zu verlassen, wie soll die Vorstellung denn weitergehen, der große Schlußakt gerät in Gefahr. Was ist das? Die Zuschauer wollen dabei sein. Schon beginnt die "Schlacht" am Bauzaun.
Wasserwerfer spritzen, Steine fliegen, es wird gesägt und gezogen, doch was haben die Zuschauer da zu suchen, mitten in der Aufführung, ja sie fangen selbst an, mit Gegenständen zu werfen, mischen sich mit den Militanten, alte Leute, Jugendliche aus den umliegenden Dörfern, Handwerker graben Steine aus — welch ein Durcheinander. Die Regisseure jenseits des Zauns geraten in Verzweiflung: "Das Stück, der Höhepunkt ausgerechnet ..."

Wie sollen sie denn die "Störer/innen" einkreisen, all das verspritzte giftige Gas aus den Wasserwerfern kann nicht richtig wirken, die "Chaoten", nicht wie geplant von hinten eingekesselt, entziehen sich immer wieder dem Gas, die Endlösung der Chaotenfrage bleibt weiter offen — und war doch so gut geplant.
Zu Tausenden wären Polizisten aus dem Wald gestürmt, hätten alles umkreist, die Knüppel sausen lassen. Von der anderen Seite hätte das CS-Gas die Chaoten erstickt, würgend, röchelnd und weinend wären sie zu Füßen der mutigen Wahrer der Demokratie gekrochen — welch eine Pleite.
So wird zähneknirschend das Stück geändert, fast unbemerkt, alles scheint wie geplant. Aus dem Lehrstück "Die große Einmache" wird "Die besonnene Polizei".
Doch eine Enttäuschung war die erste große Aufführung auf der Freilichtbühne beileibe nicht, doch dies lag nicht an der Inszenierung selbst, sondern an der Reaktion des Publikums, das aus einer doch reichlich faden Aufführung ein Stück lebendes Theater machte, ein Stück, das zum Mitmachen verführt.
Es bleibt nur noch, dazu aufzurufen: Überlassen wir es das nächste Mal nicht den Regisseuren aus München oder Wiesbaden, schreiben wir unser eigenes Stück, die Wackersdorfer Bühne wird uns sicher zur Verfügung stehen.

kS.

★ ★ ★

Wackersdorf: Action — Termine

Anti-WAA-Circus

Schon während des 18tägigen Hüttendorfes entstand die Idee: mensch müßte mit Phantasie und Freude durch die Städte und Dörfer der Oberpfalz tingeln, um gegen die WAA Stimmung zu machen. Aufklärung tut hier immer noch Not!
Wir wollen den toten Hochglanzbroschüren, den »Butterfahrten« nach La Hague/Karlsruhe, die von den Energieunternehmen finanziert werden, unsere Lebendigkeit entgegenstellen. Aber:
Widerstand braucht auch Geld!
Wir wollen mit einem **Anti-WAA-Circus** der Wahrheit und dem Leben auf die Sprünge helfen. Helft Ihr mit?
Wir brauchen für unseren Circus:
Circuswagen - Pferd bzw. Traktor - Stromaggregat - Filmprojektor - Diaprojektor - Leinwand - Musikinstrumente - Zelt.
Auch für Requisiten und für den Unterhalt brauchen wir Geld.
Bitte helft mit und **spendet auf das unten angegebene Konto**

Feuerschlucker, Jongleure, Zauberer, Schwertschlucker, Löwenbändigerin, Musiker... Helft alle mit gegen den WAAnsinn. Koordinatoren vor Ort sind Tomy, der Leierkastenmann und Alois der Trommler. Ihr könnt auch folgende Telefonnummern anrufen oder schreiben:
Anti-WAA-Büro,
Postfach 1145
8460 Schwandorf
Tel.:09431/20759
oder
Anti-WAA-Circus
Altenschwand 91
8465 Bodenwöhr
Tel.:09434/3368

Konto:
Frischmann, Peter
Sonderkonto WAA-Circus
Kreissiedlung 8
8474 Oberviechtach
Kto-Nr.:432000-809
BLZ:70010080
Postscheck. München

Pfingstcamp

Kommt alle zum Pfingstcamp nach Wackersdorf! Vom 17.Mai bis 1. Juni wollen wir auf einer Wiese, in der Nähe des Baugeländes in Zelten zusammenleben und mit Aktionen (z.B. in, um oder am Zaun), Projekten, Veranstaltungen, Musik, Informationen etc. unseren Widerstand gegen die WAA fortsetzen.
Uns stehen alle Möglichkeiten offen, z.B. das Bauen eines Windrades, Theaterspielen, Musikgruppen, Informationen über den Uranabbau usw....
Bringt viele Ideen, Schlafsäcke, Isomatten, Zelte, Musikinstrumente, Fahrräder, Schminke... mit! (Ansonsten ist der Phantasie keine Grenze gesetzt, auch handwerkliches Gerät kann bestimmt von Nutzen sein, d.Red.)

Was fehlt?
Das Folkfestival in Wackersdorf vom 3.-5.Mai. Stargast: Udo Lindenberg.

SCHLÄGE GEGEN DIE WAA z.b. Göttingen

Hau weg den Scheiß!

Molotow-Cocktails auf Mercedes-Treff und Brandanschlag eingeworfene Scheiben auf EAM

WANDELT HASS IN ENERGIE

Am letzten Sonntag ist in Wackersdorf während des Sonntagsspaziergangs eine Frau von den Bullen umgebracht worden; sie starb nach einem völlig unbegründeten Knüppeleinsatz an einem Herzinfarkt. Von den Bullen wurde anschliessend behauptet, daß die Frau überhaupt nicht von einem Einsatz betroffen worden wäre. Die Staatsanwaltschaft schloß Fremdverschulden an ihrem Tod schon nach wenigen Stunden aus. Tatsächlich hatten sich die Bullen aber geweigert, ihr zu helfen, und zugesehen, wie sie langsam starb.

Ihr Tod ist wie bei Günter Sare kein Zufall, sondern wurde bewußt in Kauf genommen. Tote bei Demos sind genau kalkulierte Folge einer verschärften Bullenstrategie, für die ein Menschenleben nicht zählt, und die darauf abzielt, Widerstand gegen das herrschende Schweinesystem einzuschüchtern und zu zerschlagen.

Über den Bullenmord und die Reaktionen darauf besteht eine faktische Nachrichtensperre. Im Gegensatz z.B. zum Tod von Günter Sare, wo von den Herrschenden über die Medien versucht wurde, durch miese Gegenpropaganda (« Terror der linken Chaoten ») den Widerstand zu denunzieren (hat aber nicht hingehauen, ätsch!), ist ihre Absicht diesmal, durch Unterdrücken von Informationen die Sache totzuschweigen, und damit eine breite Auseinandersetzung über (militanten) Widerstand hier (wie sie z.B. bei und nach den Aktionen zu Günter gelaufen ist) zu verhindern.

Wir haben in der Nacht zum Dienstag die Mercedes-Benz Verkaufsfiliale in Göttingen mit drei Brandsätzen angegriffen. Daimler ist für uns ein Symbol für hemmungslose Ausbeutung und rücksichtslose Durchsetzung von Profitinteresse: Vom Einsatz von KZ-Häftlingen im 3. Reich bis zur Unterstützung des Rassismus in Südafrika durch Investitionen, von der Entwicklung und Produktion von Aufstandsbekämpfungsmitteln (der Wasserwerfer, mit dem Günter Sare umgebracht wurde, war von Daimler Benz) bis zur Lieferung von Militärmaterial an faschistische Diktaturen.

Darüber hinaus ist Mercedes Benz für uns ein Synonym für deutsche Spießbürgerlichkeit, Profitsucht, Prestige, Konsumrausch, Bonzen, Luxus, Machtinteressen: hohl, leer, kalt, gefühllos, tot - WIR WOLLEN LEBEN!

Wir stellen unsere Aktion als Reaktion auf diesen Bullenmord in den Zusammenhang der vielen militanten Angriffe verschiedener Gruppen seit Sonntag in Göttingen auf Institutionen, die diesen Staat repräsentieren. Für uns ist an dieser Aktion wichtig, daß wir es hier geschafft haben, das, was wir politisch im Kopf haben, konsequenter als sonst in die Tat umzusetzen. Wir haben wie viele andere schon oft überlegt, ob wir solche Aktionen machen, aber bisher hat uns die Angst vor Knast, und die Befürchtung, in einen Aktionismus zu verfallen, der uns persönlich zwar ein gutes Gefühl gibt, aber den Widerstand und revolutionäre Politik hier real nicht voranbringt, abgeschreckt.

Wir haben uns in dieser konkreten Situation dazu entschlossen, die Aktion durchzuführen, weil wir ne totale Wut in uns haben und weil wir es wichtig finden, wenigstens die Schweinereien wie diesen Bullenmord, die nur der offensichtlichste Ausdruck imperialistischer Unterdrückung hier in der BRD sind, ganz direkt und konkret etwas entgegenzusetzen. Für uns war die Aktion ein wichtiger Schritt, weil wir gemerkt haben, daß wir hier mit unserer Angst und unseren Zweifeln offensiv umgehen konnten, d.h. sie weder zu verdrängen noch zu leugnen, sondern sie auch als Teil von uns zu begreifen und in die Planung und Durchführung der Aktion mit einzubeziehen.

Wir wollten auch den Widerstand gegen die WAA in Wackersdorf mit unserer Aktion unterstützen.

Klar ist, daß auch diese Aktion wieder nur eine *Reaktion* an einem bestimmten Punkt ist; langfristig hier den revolutionären Kampf zu organisieren und ne reale Gegenmacht aufzubauen (bevor wir sowas wie « Macht » abschaffen) bedeutet für uns aber mehr:

- starre Fronten innerhalb des Widerstands aufzubrechen, d.h. sich nicht über Abgrenzung zu anderen, sondern über gemeinsame Ziele und Formen des Widerstands *an konkreten Punkten* zu definieren;
- die Trennung von Politik und Alltag aufzuheben, d.h. den Traum von einem freien, selbstbestimmten Leben hier und jetzt *zu Leben*, sich die Freiräume dafür zu erkämpfen und zu verteidigen. Genauso wichtig wie militante Aktionen ist uns dabei, z.B. mit den Leuten, mit denen wir zusammen leben, offen und solidarisch umzugehen (und das ist noch viel schwieriger).
- verbindliche Zusammenhänge zu schaffen, die von den Schweinen nicht durchschaut werden;
- gemeinsam nen Kampf zu entwickeln, der sich mehr an unseren eigenen Zielen und Vorstellungen orientiert, als an der Unterdrückung, mit der wir täglich konfrontiert sind.

4. März 1986 Kommando Hau-weg-die-Scheiße

STÄNDIG ABER NICHT VOLLSTÄNDIG

Freiraum erneut "beschlagnahmt"

Am Mittwoch, den 5. Februar wurden wiederrum 3 Wohnungen von Leuten, die verdächtig sind Mithersteller, Mitherausgeber bzw. Verbreiter des FREIRAUM Nr. 12 zu sein (lt. Durchsuchungsbeschluß), durchsucht.
Außerdem beehrten sie noch den INFOLADEN und eine Druckerei. Tags darauf erhielten noch 2 linke Buchläden ungebetene Gäste. Vorwand war wieder einmal der § 111 (Aufruf zu Straftaten) und zusätzlich der § 90a (Verunglimpfung des Staates).

Eine Satire "Die Guerilla braucht Dich", für jeden als solche zu erkennen, wurde bewußt falsch verstanden. Eine "schwarze Liste" von Firmen, die an der WAA arbeiten und die bereits in anderen Zeitungen unbeanstandet veröffentlicht wurde, soll einen Aufruf zu Straftaten darstellen.

Nicht zuletzt ist das Wort "SCHWEINESYSTEM" eine Verunglimpfung des Staates.

Am 04.03.86 wurden die 3 Wohnungen nochmal durchsucht, diesmal war der Vorwurf "Sachbeschädigung u.a.". Dabei suchten sie auch wieder nach Freiraum-Unterlagen. Angesichts der Vielzahl der Maßnahmen wollen wir euch mal einen Gesamtüberlick über die Repressionen gegen den Freiraum oder gegen vermeintliche Freiraum-Mitarbeiter verschaffen:

Nr. 2: Ermittlungsverfahren wegen Verstoß gegen das Waffengesetz anläßlich einer "unerlaubten" Abbildung einer Waffenvorrichtung.

Nr. 3: 2 Hausdurchsuchungen wegen "Eingriff in ein schwebendes Verfahren und "Verstoß gegen das Urheberrecht". Ersteres wegen des Abdrucks eines noch nicht rechtskräftigen Strafbefehls, letzteres weil ein interner Einsatzbefehl der münchner Polizei dokumentiert wurd.

Nr. 4: 5 Hausdurchsuchungen sowie eine vorläufige Festnahme, diemal wegen eines Artikels über geplante Aktionen der Friedensbewegung im Fulda-Cap, Anklagepunkt § 111.

Nr. 5: Ermittlungsverfahren gegen mehrere Personen wieder wegen § 111. Ein Artikel über den Widerstand gegen die Raketenstationierung in Mutlangen war abgedruckt.

Nr. 6: 1 Hausdurchsuchung wegen § 111 und wegen "Eingriff in die Bundeswehr", Anlaß war ein vergleichender Diskussionsartikel über KDV, Totalverweigerung und möglichem Widerstand in der Bundeswehr.

Nr. 7: Legal, aber Verfahren gegen Herausgeber und V.i.S.d.P., weil sie nur vorgeschoben seien, gleichzeitig auch wegen Unvollständigkeit des Impressums.

Nr. 9: Großer Rundumschlag wegen § 111, eine Erklärung aus dem WAA-Widerstand war veröffentlicht worden. Bundesweit 8 Wohnungen, 1 Druckerei, der Infoladen München und die Pressehütte Mutlangen, wo auch gleich der diesmalige V.i.Sd.P. mit einem Haftbefehl eingesackt wurde. Insgesamt waren über 100 Polizisten im Einsatz.

Nr. 11: 3 Wohnungen, 3 Druckereien sowie der Infolden wurden wegen eines Textes der Rockgruppe Cochise durchsucht, gleichzeitig wird nach einem antimilitarischen Flugblatt mit der Überschrift "Zersetzung" gesucht, in beiden Fällen § 111.

Nr. 12: Siehe oben.

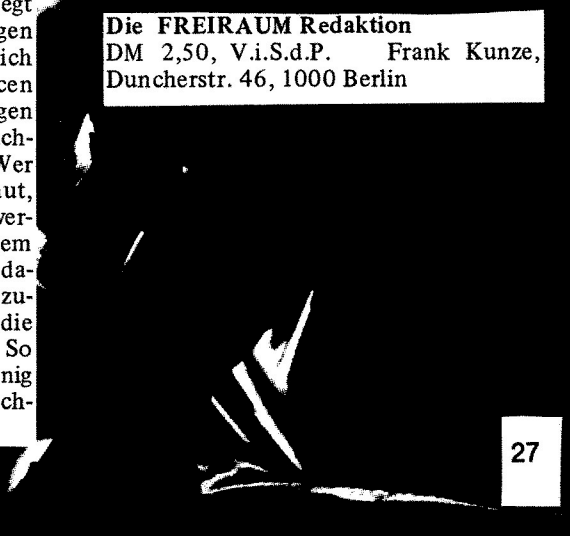
Beschlagnahmt wurden: Schreibmaschinen, Kalender, Flugblätter, Aufkleber, Hämmer, Steinschleutern, Gummiknüppel, Radios, Lebenslaufunterlagen, 600 Zeitschriften "Gemeinsame Beilage", Festeinladungen, wenige Freiräume...

Bisher wurde noch niemand rechtskräftig verurteilt, die meisten Verfahren wurden vor oder in der Gerichtsverhandlung eingestellt, zum Teil gegen Auflagen. Gefunden werden im Schnitt 10 Exemplare pro Ausgabe, was die Polizeiaktionen an und für sich kaum plausibel erscheinen läßt. Anders schaut es aus, wenn mensch davon ausgeht, daß die Polizei ein "Raster" angelegt hat. Nach den Massendurchsuchungen bei Freiraum Nr. 9 wurde vermutlich das Raster enger gezogen, inzwishcen beschränken sich die Durchsuchungen auf 3 Leute, denen auch noch Sachbeschädigung vorgeworfen wird. Wer sich das Konstrukt genauer anschaut, 3 Leute sollen für den Freiraum verantwortlich sein und begehen zudem noch Sachbeschädigungen, kann davon ausgehen, daß sich die Polizei zumindest die Option offenhält, die Leute wegen § 129 einzusacken. So absurd das Ganze auch ist, so wenig Beweise sie haben, wie sie sowas machen wissen wir ja.

In die politische Landschaft würden Schläge gegen vermeintliche Freiraum-Mitarbeiter wohl passen. Polizeireporter Johann Freudenreich verstieg sich in einem Artikel vom 21.02.86 in der Süddeutshcn Zeitung sogar zu der Überschrift "Heztblatt wirbt um Terroristen". Interessant ist auch, daß der Artikel erst zwei Wochen nach den Beschlagnahmungen erschien. Gerade an diesem Tag kam es zum Eklat im Landtag, weil der SPD Zusammenarbeit mit "Terroristen" vorgeworfen wurde. Anlaß war der Satz im Freiraum Nr. 12: *"Die Notwendigkeit, daß dieser Staat zerschlagen werden muß wird immer offensichtlicher, eben nicht nur wegen Wahnsinnsprojekten wie der WAA, sondern wegen dem ganzen Schweinesystem, was zugegebenermaßen, ziemlich reibungslos funktioniert."*

Die daran anschließenden Presseberichte lassen vermuten, daß es der bayerischen Staatsregierung darum geht, den Widerstand gegen die WAA zu spalten und radikale Teile der Bewegung zu kriminalisieren. Es scheint möglich, daß die Durchsetzung der WAA mit allen militärischen und politischen Mitteln vorangetrieben werden soll, dazu gehört auch der Angriff gegen den Freiraum und die Isolierung der Autonomen. Was der Staatsregierung nicht in den Kram passen würde wäre eine breite Solidarisierung der Anti-WAA-Bewegung. Im Falle von massiven Repressionen gegen den Freiraum und den radikalen WAA-Widerstand hoffen wir auf Eure Solidaität und Eure Formen des Protestes.

Die FREIRAUM Redaktion
DM 2,50, V.i.S.d.P. Frank Kunze, Duncherstr. 46, 1000 Berlin



Der Kampf gegen die WAA im letzten Jahr

Diskussion

Der Gegner

Die Bemühungen von autonomer Seite auf dem Sommercamp zu Kontakt und gemeinsamem Handeln mit den Oberpfälzern zu finden, traf die andere Seite unvorbereitet. Sie hatte der Power, die auf dem Camp zu spüren war, nur ihr Bild von umherreisenden Schlägertrupps entgegen zusetzen. Der SEK-Einsatz bei der Räumung verfehlte daher sein Ziel (wie üblich Spaltung) und war der "größte Rückschlag der bayer. Polizei seit Jahren" (Bullen-Psycho Trumm).
Das sollte bei der 12.10.-Demo nicht nochmal passieren. Sie nutzten politische Unsensibilität bzw. Selbstghettoisierungstendenzen bei den autonomen Straßenfestveranstaltern/innen und veranstalteten ihrerseits in komplett eigener Inszenierung samt Pressekritik das Theater "Haidhauser Krawalle". Aufgrund mangelnder Koordination im Detail hatte ein Großteil der Statisten (Straßenfestbesucher) die Möglichkeit zu fliehen. Andere kleine Fehler wie z.B. die Festnahme eines Provokateurs, sowie mühsame Öffentlichkeitsarbeit ermöglichten den Nachweis, daß es in der BRD nicht ganz möglich ist, per Simulation zu herrschen.
Die Spaltung war jedenfalls nicht gelungen, es kamen nämlich 30.000 zu Kundgebung und Platzbesetzung am Samstag den 14.12.. So blieb ihnen, auch zur Aufbesserung ihres inzwischen schlechten Rufes, nichts anderes übrig, als die Leute erstmal auf den Platz zu lassen. Nachdem sie am Sonntag die Zahl und Entschlossenheit der Besetzer unterschätzten, gerieten sie das bisher wohl einzige Mal in Sachen WAA in Bedrängnis. Ihre **praktischen** Ziele allgemeiner (keine Besetzung länger als 24 Stunden) wie spezieller Art (Montag wird weiter gerodet) durchzusetzen.
Der Schluß daraus war, den Leuten über Weihnachten einen "Abenteuerspielplatz" zum Ablassen von Ärger und Energie zuzugestehen um Anfang Januar nach "verhältnismäßiger" Räumung pünktlich mit dem Roden fortzufahren.
Seither ging es ihnen in erster Linie darum, den Leuten spätestens zur nächsten Großaktion einen möglichst unbezwingbaren Zaun vor die Nase zu setzen, an dem sich der Widerstand **t o d** rennen soll, bzw. die Machtverhältnisse vergegenwärtigt werden sollen. Und die, die es immer noch nicht glauben wollen, sollten es Ostern per Kampfgasangriff nochmal deutlich zu spüren bekommen. Dabei konnte die vorbereitende Publicity-Arbeit (Räumung von Hofenstetten u. Köbldorf, inclusive Pressehetze) die tatsächliche Absicht kaum verschleiern.

Wir ?

Noch vor einem Jahr war es der ÖDP-Wahlkampffraktion im Schwandorfer BI-Vorstand (Dieter Kersting & Co) ohne größere Probleme möglich eine bundesweite Demo kurzerhand vom Bauzaun nach Schwandorf zu verlegen (16.2.85). Daß derartige Spaltungsmanöver nicht mehr so leicht durchführbar sind, hat verschiedene Gründe.
Zum einen die traditionelle Geschlossenheit der Anti-AKW-Bewegung, die sich hier in den Positionen der Landeskonferenz (LaKo) wiederspiegelt. Die immer wieder geäußerte Bedeutungslosigkeit der LaKo ist inzwischen zu einem großen Teil auf mangelndes Selbstvertrauen zurückzuführen.
Zum anderen das kraftvolle Lebensgefühl, das die Autonomen mit Ansätzen von anderen Inhalten der oberpfälzer Bevölkerung im Sommercamp durchaus sensibel nahebrachten. Die geile Demo nach der Räumung war Ausdruck dieser gelungenen Vermittlung.
Und nicht zuletzt die Beharrlichkeit und Kontinuität mit der radikale Anti-AKW-Gegner in Gremien wie dem Koordinationsausschuß und bei der 12.10.-Vorbereitung ihre Inhalte durchzusetzen versuchten.
Solange die Gegenseite (nicht nur die) nach dem banalen Motto "spalte + herrsche" vorging, konnten durch Geschlossenheit **politische** Teilsiege erkämpft werden. Beim Sommercamp, wie an der Ecke Ismaninger/Prinzregentenstr. am 12.10. selbst das Tappen in die Falle Haidhausen wurde im Nachhinein zum Punktsieg. Die Wahlkämpfer, allen voran Hiersemann, hatten zwar weiterhin ihre Medien, es blieb ihnen aber nichts anderes übrig, Konzessionen an den sich radikalisierenden Widerstand zu machen. **Sie liefen der Bewegung hinterher.**
Der Bruch kam mit der Änderung der **Taktik** der bayerischen Staatsregierung. Mit der "Spielwiese" Weihnachtscamp wußte der radikale Teil der Bewegung in keiner Weise umzugehen. Der Wiederholungscharakter nahm die Power, Autonome u.a. zogen sich zurück.
Die Vernetzungsmöglichkeiten, die sich dadurch geboten haben, daß Weihnachten zum erstenmal eine große Anzahl Oberpfälzer **aktiv** an Widerstandsaktionen teilnahmen, wurde nicht genutzt. Auch der Radikalisierungsschub der bei diesen Leuten durch die Räumung am 7.1. eintrat, weil oder trotzdem sie aussortiert wurden, konnte weder politisch noch organisatorisch umgesetzt werden.
Der Koordinationsausschuß, der monatelang die Funktion hatte, Platzbesetzungen vorzubereiten und zu legitimieren, ging ein und das Feld war frei für Leute wie Klaus Brückner, die aus dem Nichts auftauchen und "Strategietreffen" in die Welt setzen, auf denen von Wahlkampf und Giro-Blau die Rede ist.
Einziger Lichtblick sind die Sonntagsspaziergänge, auf denen der entschlossene Teil der Oberpfälzer an Zaunbemalungsaktionen u.ä. wenig Interesse zeigt, und lieber den Zaun bzw. seine Beschützer direkt angeht oder derartiges unterstützt.
Kein Wunder also, daß die Parteien wieder an Boden gewinnen, wie z.B. die Grünen, die es, wie schon im Wendland, wieder mal schafften, Bewegungsaktive auf ihren Wahllisten zu funktionalkisieren.
Klar auch, daß in der Situation dem "Weg-vom-Zaun"-Konzept von SPD und Revis in den Vorbereitungsgremien zu Ostern nichts entgegenzusetzen war.
Die Oberpfälzer/innen, die es sich mit 10.000den anderen trotzdem nicht nehmen ließen, an den Zaun zu gehen, haben sich, soweit ersichtlich, durch die Gasdusche nicht abschrecken lassen.
Trotz einem Toten und vielen (Schwer)-Verletzten, die z.T. direkt in der Verantwortung der "Friedensketten"aufrufer W. Daniels, D. Kersting & Co liegen, waren die folgenden Sonntagsspaziergänge nicht schlecht besucht.

Zukunft

Dennoch werden die Sonntagsspaziergänge ohne neue Impulse bald jegliche auch nur symbolische Widerstandsfunktion verlieren. Und das Pfingstcamp wird ohne große Teilnehmerzahl, ohne engen Bürgerkontakt und ohne mindestens eine Großveranstaltung im Knast landen.
Wer es noch nicht gemerkt hat, das soll heißen, daß die bundesweite Anti-AKW-Bewegung Pfingsten gefälligst ihren Arsch hochbekommt! Und die radikalen AKW-Gegner/innen hier Pfingsten genau und durchdacht vorbereiten und in Zukunft eine **kontinuierliche** Anti-WAA-Arbeit betreiben, damit die Wahlkämpfer aller Sparten die Rolle bekommen, die ihnen zusteht:
Der Bewegung hinterherlaufen.

P.K., Landshut

Wer WAA sagt, muß auch Siemens sagen!

In der Anti-AKW-Bewegung werden gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (WAA) in der letzten Zeit immer wieder folgende Argumente angeführt: Die WAA sei ein Wahnsinnsprojekt, die WAA sei eine unwirtschaftliche Technologie. die WAA dient besonders der Produktion von Plutonium und damit dann dem Bau von Atombomben für eine eigene Atombewaffnung der BRD.

Bei der WAA handelt es sich jedoch nicht um ein "Wahnsinnsprojekt", denn die Kapitalisten, die an dem Bau beteiligt werden, haben ein großes Interesse an diesen Aufträgen. Für Siemens (Kraftwerke Union, KWU), Dywidag (Dykerhoff & Widmann) und Hoch-Tief hat die WAA sehr viel Sinn. Ebenso steht es mit der Frage der Wirtschaftlichkeit. Aus der Sicht der Erbauerfirmen besteht der Sinn in dem hohem Umsatz und in dem konkurrenzlosen Extraprofit, den sie erwarten können. Für die Kapitalisten in der Regierung und bei den Unternehmern steht im Vordergrund, daß weitergebaut wird. Kapital muß sich verwerten (Aufträge müssen her!) und Arbeiter müssen arbeiten (Arbeitsplätze!?) - es muß weitergehen, womit und wohin auch immer. Hauptsache: Groß und teuer. Das ist der Sinn.

Wirtschaftlichkeit bedeutet Rentabilität, die Rente, das ist der Profit. der Zins, den das investierte Kapital abwirft. Was mit der WAA nach der Fertigstellung geschieht, das interessiert weder Siemens noch die anderen beteiligten Konzerne. Denn für den Schaden, der entsteht, müssen sie nicht aufkommen. Mit den staatlich beherrschten Betrieben von der DWK wurde vertraglich vereinbart, daß für Schäden der Staat haftet.

Tatsächlich gibt es Teile der BRD-Regierung (Strauß, Dregger ...), die für die Zukunft eine Atombewaffnung der Bundeswehr befürworten. Eine offene Diskussion darüber ist jedoch aus deren Sicht verfrüht. Wir müssen bereits jetzt daraufhinweisen, dürfen uns aber nicht an einer Kritik der militärischen Ziele des BRD-Imperialismus festbeißen. Mit Hilfe der marxistischen Analyse (na denn mal los, d.S.) müssen wir versuchen, das gesamte Interessengeflecht aufzudecken, das hinter den Atomplänen steckt. Die folgende Kritik gilt deshalb insbesondere den Kapitalisten und ihrem Staat, die für die Durchführung des Atomprogramms alle möglichen Wege beschreiten werden. Und auf der anderen Seite wird auf die Frage eingegangen, wer die Zeche zu zahlen hat und wer unter dem Schaden an den Menschen und der natürlichen Umwelt zu leiden hat.

Monopolkonzern Siemens-KWU

Folgende Firmen wurden Ende März 1985 mit dem Bau der atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (Oberpfalz) beauftragt:
* **Kraftwerks Union AG (KWU)** 100%iger Tochterkonzern des Elektroriesen Siemens AG, die KWU/Siemens wurde zum Anführer der mit dem WAA-Bau beauftragten Firmengruppe (Fachwort: Konsortium) bestimmt. (1)
Siemens/KWU besitzt auf dem Gebiet des Kraftwerksbaus (ob mit atomarem oder fossilem Brennstoffbetrieb) ein nationales Produktionsmonopol. Es gibt also kein BRD-Kraftwerksunternehmen mehr, das im Stande wäre, der KWU Konkurrenz zu machen. Dieses Monopol gilt ebenso für den Bau von atomaren Wiederaufbereitungsanlagen. (2)

* **Nukem GmbH**, Hanau. Anteile an dieser Atomfabrik halten das Chemie-, Metall- und Maschinenbau-Unternehmen Degussa AG (35%), die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke/RWE (45%), der weltweit größte Uranabbauer, der britische Rio-Tinto-Konzern und die Metallgesellschaft. Hinter der Degussa findet man die Henkel KG aA, die Dresdener Bank AG, und den Allianz Versicherungskonzern (Münchner Rück). Über das Aktienkapital der Degussa verfügt die Deutsche Bank mit Hilfe des Depotstimmrechts. (7)
Nukem steht an der Spitze der vielfach kapitalmäßig und sicherlich auch personell verflochtenen hessischen Nuklearunternehmen in Hanau. Nukem produziert als einzige Firma Brennelemente für den Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop, sie entwickelt Verfahrenstechniken für den Umgang mit Uranbrennstäben (auch in der WAA) und ist der wesentlichste Organisator der Atomfabriken Hanau. Neben der Nukem von besonderer Bedeutung sind in Hanau die Brennelementhersteller Alkem (Plutonium) und RBU (Uran), beide sind 60%ige Unterfirmen der Siemens/KWU. Nukem Umsatzanteil am Bau der WAA: rund 12%, also mindestens 650 Millionen Mark. (3)

* **Kraftanlagen AG**, Heidelberg. Ein Unternehmen der Energiewirtschaft, an dem über die Lahmeyer AG die RWE und die Allianz zu einem kleinen Teil beteiligt sind.

* **Hoch-Tief AG**, Essen. Der zweitgrößte BRD-Baukonzern, versteckt hinter zwei Vermögensverwaltungsgesellschaften sind der Allianzkonzern (10%), die Commerz-Bank und RWE (ca. 44%) an Hoch-Tief beteiligt. Unbekannt ist mir, wer hinter der Agri-Cola Verwaltungsgesellschaft KG, München, steckt. Hoch-Tief Anteil an den WAA-Bauarbeiten: 44%. (4)

*Heitkamp. Auf das Bauunternehmen entfallen 26% des WAA-Gebäudebaus. (4)

* **Dykerhoff & Widmann AG**, München. Ist der fünftgrößte Baukonzern der BRD. Nach Berichten des 'Handelsblatt' rechnet Dywidak angesichts der allgemeinen Baukrise mit einem Rückgang der Kapazität und der Belegschaft. "Größter Einzelauftrag für die Dywidak ist die WAA in Wackersdorf, an deren Bauarbeiten das Unternehmen zu 30% teilhat." (4) Das bedeutet mindestens ca. 300 Millionen DM. (5)
Dywidak wird beeinflußt vom größten BRD-Baukonzern, der Philipp-Holzmann AG (Anteil 19%) und von einer Verwaltungsgesellschaft, hinter der zu 50% die Siemens AG steht. Die Philipp-Holzmann AG wird wiederum von der deutschen Bank mit 53,8% Aktienanteil beherrscht. (6)

Siemens/KWU hat Interesse am Export von Atomanlagen

Wie der Aufstellung zu entnehmen ist, versuchen wenige Großkonzerne vom WAA-Bau zu profitieren. Absolut führend in der BRD-Atomwirtschaft ist der Siemens/KWU-Konzern. Als Reaktorbau-Monopolist ist Siemens/-KWU nicht nur am Bau möglichst vieler Atomanlagen und anderer Kraftwerke in der BRD interessiert. Um eine rentable Umsatzhöhe zu erreichen, muß Siemens/KWU seine internationale Stellung als Kraftwerksexporteur ausbauen. Nachdem die KWU bis 1978 zumeist Verluste ausweisen mußte, ist es ihr in den 80er Jahren gelungen, den Umsatz zu steigern. Im Geschäftsjahr 1983/84 konnte der Umsatz von 3,4 Milliarden DM auf 7,5 Milliarden gesteigert werden. (8) Für Siemens/KWU bringt der Bau der WAA nicht nur einen für die Auslastung der Kapazität notwendigen Auftrag.

"Vom Kirschkuchen nur die Kerne"

Lokale Unternehmen haben keine Chancen gegen die Monopole. Dieses kapitalistische Zwangsgesetz der Kapitalakkumulation (Anhäufung) bringt eine Konzentration und Zentralisierung des Kapitals mit sich. Seit der Jahrhundertwende bildeten sich Monopolkonzerne und dieser Prozess dauert an. Er heißt auch: Vergesellschaftung der Produktion (??? d.S.). Unter diesen Verhältnissen fallen nur wenige Krümel herunter vom Tisch der Monopolherren. "Wir kennen die Praktiken der Generalunternehmer (in dem Fall: KWU/Siemens) wie sie mit den kleinen Betrieben umgehen. Die Generalunternehmer werden den Gewinn absahnen und die

kleinen Betriebe, die vielleicht Aufträge bekommen, werden sicherlich keinen Gewinn von den Arbeiten hier machen." So sprach ein Kleinunternehmer bei einer Kleinunternehmerversammlung in Schwandorf (ARD-Sendung: 'Wackersdorf -das Milliardending', Sept.85). Und ein anderer beschwerte sich über 'Viehhändlerpraktiken'. Nur Aufträge für 29 Millionen wurden bisher nach Bayern vergeben. Doch die DWK prahlt in ihren Anzeigenkampagnen: "Großaufträge für örtlichen Firmen!" Aufträge für 430 Millionen DM wurden von der DWK versprochen. Das mußte sie auch, denn die regionale CSU drohte anderenfalls auf die Seite der WAA-Gegner zu wechseln! Genauso erscheint die Schaffung von 15 (!) Lehrstellen, wie von der DWK verkündet, angesichts der Arbeitslosigkeit Tausender von Jugendlicher im Raum Schwandorf geradezu lächerlich. Die Angst der lokalen Kleinunternehmer vor den Monopolen ist berechtigt: "Von dem Kirschkuchen mit Sahne werden für uns nur die Kerne bleiben." Durch die Herrschaft der Industrie-, Bank- und Handelsmonopole (wir nennen das Finanzkapital), wurde die Konkurrenz in der nationalen Ökonomie weitgehend überwunden. Deshalb war es auch Humbug, dem Zeitungsleser die kleine Uhde-Lurgi-Gruppe als Konkurrenz zu Siemens zu präsentieren. (DnT. 30.3.85) Inzwischen wurde die Lurgi-Ingnieursfirma mit einem mageren 20 Millionen DM Auftrag bedacht, mehrer hundert Millionen hatte die DWK versprochen.

DWK nennt falsche Zahlen über die Baukosten

Die WAA Wackersdorf wird eine der größten Industrieanlagen in der Geschichte der BRD. Von den Betrieben der DWK werden falsche Zahlen über die zu erwartenden Kosten der WAA genannt. Bei der Vergabe des Auftrags nannte die DWK einen Betrag von 5,2 Milliarden DM. An diesem Tag sah sich der DWK-Sprecher "nicht in der Lage, die Differenzen zu den früher genannten Zahlen zu erläutern, die zwischen 4 und 11 Milliarden schwanken." (1) Mit hoher Wahrscheinlichkeit hat die DWK in die genannte Summe von 5,2 Milliarden DM weder die zu erwartenden Kreditzinsen noch die von den Monopolen verordneten Preissteigerungen eingerechnet. 5,2 Milliarden sei die Angabe "nach heutigen Preisen", hieß es. In der SZ vom 29.9.84 stand zu lesen, die Kosten der Anlage beliefen sich "nach Preisen von 1983 auf 4000 Millionen Mark Baukosten". Dies bedeutet, daß für das Pionierprojekt Wiederaufbereitungsanlage nach bisherigen Erfahrungen "vielleicht 12000 Millionen DM" aufgewendet werden müssen, also 12 Milliarden DM

Heribert Sommer
Gruppe Karl und Rosa

Quellenangaben:
(1) Frankfurter Rundschau (FR), 29.3.85
(2) Neben der KWU/Siemens bietet noch die Babcock-Brown-Boverie Reaktor GmbH (BBR) AKW-Reaktoren an. BBR ist ein gemeiner Ableger des US-Konzerns Babcock & Wilcox und des Schweizer Multis Brown, Boverie % Cie (BBC). Der Anteil der BBR am BRD-Reaktormarkt ist unbedeutend. Siehe hierzu: 'Der Atomverein nach Harrisburg', W.Wolf u.a. isp FFm 80)
(3) FR, 20.6.85
(4) Handelsblatt (HB), 3.10.85
(5) HB, 4.7.85
(6) Die Deutsche Bank hält 25% Aktien direkt und verfügt über weitere 28,8% über das Depotstimmtrecht (7). Angaben aus 'Capital', zitiert nach 'Horizont' 1/85, s.a. 'Wer gehört zu wem?', Commerzbank.
(7) Depotstimmrecht: Kleinaktionäre, die ihre Aktien bei einer Bank in einem Depot hinterlegen, treten in aller Regel ihr Stimmrecht an die Bank ab. Dadurch bestimmen die drei großen Privatbanken: Deutsche Bank, Dresdener Bank, Commerzbank fast alle großen Aktiengesellscgaften in der BRD, auch wenn sie selbst keine Aktien der AG halten.
(8) SZ, 28.2.85

Papiertieger KWU

Was wir in der atom/Sommer 85 über das deutsch-chinesische Atomgeschäft, wonach sich die KWU um die Aufstellung von zwei schlüsselfertigen Druckwasserreaktoren in der VR China bewarb, vermuteten, nämlich daß aus dem Auftrag nichts wird, ist eingetreten. Plötzlich und unerwartet für die westdeutsche Atommafia strich die chinesische Regierung vorläufig die beiden Atomkraftwerke, wegen Devisen- und Kapitalmangel, aus ihrem Atomprogramm. Obwohl die Hälfte des sechs Milliarden DM Auftrages über ein Kompensationsabkommen, daß die Lieferung von Metallen, Getreide, Erdöl, Steinkohle sowie 6000 Tonnen Natururan in die BRD vorsah, abgewickelt werden sollte, wollte die VR China, wie der Spiegel Nr.11/85 meldete, sich nicht in »Schulden und politische Abhängigkeit« begeben. Somit wird auch vorläufig nicht aus der Endlagerung von 150 Tonnen abgebrannter Brennelemente aus westdeutschen Atomkraftwerken in der VR China. Da die KWU bereits 10 Mill. DM in das Projekt investiert hat, war das Gejammere um den entgangenen Auftrag natürlich groß. Sie sprach von einem »schmerzlichen Schlag« (Spiegel s.o.) für das Unternehmen nach der Absage. Dies ist für uns natürlich ein Anlaß zu großer Freude, weil die KWU auch schon für das 300 MW-AKW Quishan in der Provinz Tschekiang, das 1986 ans Stromnetz geht, und für das 1800 MW-AKW Dayabay in der Südprovinz Kuantung von der VR China nicht berücksichtigt worden ist. Den Zuschlag für die Errichtung des AKW Dayabay soll die General Electric und die Framatome bekommen haben. Dennoch ist die KWU nicht aus dem lukrativen Atomgeschäft für die Endlagerung und den Bau der beiden AKW's verdrängt: die chinesische Regierung vertröstete die KWU auf den nächsten Fünf-Jahres-Plan, der 1991 beginnt. Dann könnte die KWU mit bereits fertigen Plänen ohne großen Aufwand doch noch in das Projekt einsteigen. Hoffen wir also mit der KWU, daß die VR-China weiterhin unter Devisen- und Kapitalmangel leidet!

Demoaufruf

Am 17.Mai um 11 Uhr am Rathausplatz

Wir demonstrieren in Erlangen gegen die KWU und Siemens und gegen die WAA, weil für uns der Kampf gegen die WAA auch Kampf gegen diejenigen bedeutet, die sie planen und daraus Profit schlagen: Die 100%ige Siemenstochter KWU ist federführend für Konstruktion und Bau der WAA in Wackersdorf verantwortlich. Erlangen ist in Bayern sowohl größter und einziger KWU-Standort, als auch ein Hauptzentrum des Siemens-Konzerns.
Neben den AKW's und dem Schnellen Brüter ist die WAA ein zentraler Bestandteil des sog. geschlossenen atomaren Brennstoffkreislaufs. Dieser soll der BRD im Krisenfall die Autarkie der Energieversorgung sichern. Durch das in der WAA gewonnene Plutonium schafft sich dieser Staat die Möglichkeit, eine eigene Atomstreitmacht aufzubauen. Die Atompolitik dient also unmittelbar der Kriegsvorbereitung.
Der so atomar gestärkte imperialistische Staat BRD wird seine Schutzfunktion gegenüber dem Kapital (Siemens, Benz...) besser versehen können. Dadurch werden die Profitinteressen des bundesdeutschen Kapitals weltweit noch wirkungsvoller durchgesetzt. D.h. u.a. die Sicherung von Rohstoffquellen, Absatzmärkten und Billiglohnarbeit.
Die Unterordnung unter diese Profitinteressen bedeutet weltweit Unterdrückung und Ausbeutung. Die Menschen in der Dritten Welt trifft dieses System besonders hart: Sie bezahlen dafür mit Hunger, Elend und Tod.
Aus dieser Weltwirtschaftsordnung ziehen Siemens und KWU auf ihre Weise Nutzen: Sie machen z.B. lukrative, atomare Geschäfte mit Brasilien, Chile, Argentinien und Südafrika. Diesem rassistischen Staat lieferten die beiden Firmen u.a. eine Urananreicherungsanlage, die das Regime in die Lage versetzte, 1979 eine eigene Atombombe zu zünden.
Auch hier in der BRD spielen die Interessen der Bevölkerung keine Rolle. Dies drückt sich am Punkt der WAA so aus, daß Staat und Kapital die Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung ganzer Regionen in Kauf nehmen. Jeder Widerstand gegen dieses Projekt wird mit Mitteln der Aufstandsbekämpfung unterdrückt.
Während die Leute, die sich gegen die WAA wehren zusammengeknüppelt werden, macht die KWU mit diesem Projekt einen Umsatz von mindestens 6 Mrd. Mark. Daneben ist die KWU in der BRD Baumeister von den meisten AKW's und dem Schnellen Brüter.
Wir wollen mit dieser Demonstration nicht nur an den Auswüchsen der bundesdeutschen Atompolitik - wie am Bauzaun in Wackersdorf - rütteln, wir wollen dort ansetzen, wo diese Politik erst möglich gemacht wird!
Kampf dem Kriegsprojekt WAA und seinen Intitiatoren!

Leute aus Erlangen

Foto: G.Zint

Brokdorf-Demo am 5.4.

Im Verlauf des „Protesttages" gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Brokdorf gelang es am Sonnabend Atomkraftgegnern, in das Kernkraftwerksgelände einzudringen.

Was der Anti-Atom-Bewegung in den vergangenen zehn Jahren bei zahlreichen Massenprotesten gegen den Atommeiler in Brokdorf bislang nicht gelang, schaffte am Sonnabend eine kleine Gruppe von Kernkraftwerksgegnern, die sich zu einem „Spaziergang" um das Baugelände eingefunden hatte:

In einem günstigen Moment drückten die Atomgegner an der Deichseite gegen die meterhohen und zentimeterdicken Stahltore des einstigen „Symbol des Widerstands". - Und siehe da: Mit nur geringer Kraft öffneten sich die Stahlbarrieren. Innerhalb weniger Minuten konnten durch reinen Körperdruck die vier hintereinanderliegenden Stahlringe des „absolut sicheren und uneinnehmbaren Atomkraftwerks" überwunden werden. Die aufgeschreckte Polizei brauchte einige Zeit, bevor behelmte und durch Schilder geschützte Einheiten mit Wasserwerfern vor Ort erschienen. Daraufhin zogen sich die Eindringlinge zurück.

Wenige später vor dem Haupttor ein ähnliches Bild: Während sich dort inzwischen Polizeiketten und ein Wasserwerfer postiert hatten, wiederholten die Atom-Gegner ihre bereits erprobte Aktion an einem fünfzig Meter entfernten Versorgungstor erfolgreich, bis auch dort die Ordnungsmacht durch Präsenz und Abschreckung die Demonstranten vertrieb.

Dabei hatte tatsächlich alles wie ein Wochenend-Spaziergang begonnen. Nur 500 Protestler/innen waren erschienen, um die für den Juni vorgesehene Inbetriebnahme des Atommeilers „nicht unkommentiert zu lassen". Ausdrücklich wurde von den Veranstaltern darauf hingewiesen, daß an jenem Tag kein „Revival-Treffen" alter Brokdorf-Aktivisten geplant sei, sondern der „Protesttag" den Auftakt neuer Aktionen gegen das Atomprogramm bilden sollte. Besonders wurde in diesem Zusammenhang auf die notwendigen Atommülltransporte aufmerksam gemacht, die zu den Schwachpunkten der Atomindustrie zählten und zugleich für die Anti-Atom-Bewegung Ziel neuerlicher Aktionen werden könnten.

„Wir müssen deutlich machen, daß die Entsorgungsanlagen politisch nicht durchsetzbar sind", meinte ein Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und forderte zugleich zur regen Teilnahme an dem vom 8. bis 11. Mai geplanten „Entsorgungsspektakels" auf. An jenen Tagen sollen nach einer Sternfahrt von den Atomkraftwerks-Standorten die Zufahrtsstraßen des Zwischenlagers in Gorleben blockiert werden. Der Sprecher weiter: „Wir müssen alte Gräben zuschütten, damit die Anti-Atom-Bewegung wieder ihre alte Stärke erlangt."

Zu Beginn des Protesttages wies der Hamburger Ex-GAL-Bürgerschaftsabgeordnete Klaus Gärtner nochmals auf die Widersinnigkeit des Atomprojektes in Brokdorf hin. Trotz aller Warnungen und Prognosen über auftretende Uberkapazitäten in der Stromversorgung hätte die Atomlobby (Gärtner: „Die Gewinne hat Siemens eingesackt") am Kraftwerksbau festgehalten und damit die Hamburgischen Electricitätswerke beinahe in die „Pleite manövriert". Als vor wenigen Jahren die GAL nachweisen konnte, „daß es billiger ist, Brokdorf zu verschenken, als in Betrieb zu nehmen", so Gärtner weiter, hätte ihm Bürgermeister Dohnanyi geantwortet, der Senat würde seinen Vorschlag prüfen, wenn die GAL einen Interessenten nennen könnte, der bereit wäre, Brokdorf als Geschenk zu bewirten.

Im Hinblick auf den inzwischen mit einem Verlust von 800 Millionen Mark erfolgten und vom Steuerzahler finanzierten Verkauf der HEW-Brokdorf-Anteile, äußerte der GALier die Vermutung, daß sich der Senat durch diese Maßnahme seiner Mitverantwortung am Bau dieser gefährlichen und risikoträchtigen Atomanlage entziehen wollte. Gärtner: „Ein Unfall ist unausweichlich. Es ist nur eine Frage der Zeit." *kvo*

Standorte

Stader AKW leidet an zunehmender Altersschwäche !!!

Das Atomkraftwerk Stade wurde 1972 in Betrieb genommen und sollte 40 Jahre lang arbeiten. Aber diese Rechung wurde offensichtlich ohne die Neutronen gemacht. Unter starker und vor allem dauernder Neutronenstrahlung wird das Material radioaktiv und zerfällt, z.B. verwandelt sich das Eisen langsam in viele andere Stoffe, was die Festigkeit des Stahls vermindert.

Der Reaktordruckbehälter, jene wichtigste Barriere gegen den Austritt radioaktiver Stoffe, zeigt dementsprechend eine besonders weit fortgeschrittene Materialversprödung auf. Deshalb entschlossen sich im April 1985 die Betreiber zu einem gewagten Umbau des Notkühlsystems (siehe Atom Nr. 6), was der Anlaß war, für die Reaktorsicherheitsexperten des Darmstädter Öko-Instititutes, sich noch mal eingehender mit dem Stader Reaktor zu befassen. Dabei stellten sie fest, daß nicht nur die "Materialermüdung" und die als "Stückwerk" bezeichneten Änderungen des Sicherheits-Systems, Anlaß zur Beunruhigung geben, sondern daß aufgrund der Durchsicht der Betriebsberichte, folgende gravierende Mängel an sicherheitsrelevanten Anlageteilen festzustellen sind:

- bei einem Stromausfall droht wegen fehlerhafter Schaltung des Notstromaggregates der Totalausfall, die Wärmeabfuhr aus dem Reaktorkern käme zum Stillstand.
- bei einem Ausfall der normalen Kühlwasserversorgung ist die Ausfallwahrscheinlichkeit der Notspeiseversorgung unakzeptabel hoch, weil beide Kühlkreisläufe aus einer Quelle gespeist werden müßten.
- würde schließlich die Turbine ausfallen, so daß der heiße Dampf über Notventile direkt in die Athmosphäre abgeführt werden müßte, droht auch an dieser Stelle, wegen fehlerhafter Konstruktion der Ventile der Ausfall der Wärmeabfurh.

All dies, so das Fazit der Stellungnahme, *"macht den Notstromfall zu dem dominierenden Unfall-Typ, der mit einer beängstigend hohen Wahrscheinlichkeit zu einem Kernschmelzfall führt."* Jener Unfall also, bei dem der unkontrollierte Austritt radioaktiver Strahlung nicht mehr aufzuhalten ist, und der im US-Unglücksreaktor Harrisburg erst in letzter Minute gestoppt wurde. Opfer eines für diesen Fall zu erwartenden radioaktiven Fallouts wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit die Hamburger Bevölkerung, da die Hansestadt im Windschatten des veralteten AKW's liegt.

Doch für den Hamburger Senat scheint der Problemfall des Stader AKW's, ebenso kein Anlaß zur Beschäftigung damit zu geben, wie dies auch für den aufsichtsführenden niedersächsichen Minister Hasselmann gilt, der stets nur beruhigende Stellungnahmen abgibt. Auf die im August zugesandte Reaktor-Diagnose und einem offiziellen Brief im November, des Darmstädter Öko-Instituts, reagierte der zuständige Hamburger Senator Kuhbier mit Schweigen, und hatte schon im Juli 85, aufgrund einer Anfrage der GAL *"alle Katastrophenbefürchtungen als sachlich unbegründet"* bezeichnet.

Ganz so sorglos, wie der Senator für Energie- und Entsorgungsfragen, ist die Mehrheit der Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten nicht, denn sie beauftragten den Senat im Oktober, die Umrüstungen im Sicherheitssystem des Stader Reaktors *"mit Begründung der Notwendigkeit und Erläuterung möglicher negativer Folgen nachträglich darzulegen"*. Ende Mai läuft die Frist aus, in der diese Bürgerschaftsanfrage beantwortet werden muß.

In Bezug auf die Zukunft des Stader AKW's will auch noch der Spitzenkandidat der SPD in Niedersachsen, wo im Juni die Landtagswahlen anstehen, beachtet werden. Denn G. Schröder verspricht, zumindest vor der Wahl, *"eine interessenunabhängige Prüfung zu dem ganzen Sicherheitskomplex in Stade sicherzustellen"*, in der auch die Argumente des Darmstädter Öko–Instituts einbezogen werden sollen. Er bekräftigte auch, daß wenn sich die Sicherheitsbedenken als gerechtfertigt erweisen sollten, das AKW stillgelegt werde. Doch welchen Wert dieses kleine Zugeständnis an die Anti-AKW-Bewegung (bzw. an die Grünen bei evtl. Koalitionsverhandlungen, Anm. d. Setzers) hat, wird sich dann in der real-existierenden Sozialdemokratie nach den Wahlen zeigen, oder auch nicht! (alles Stimmenfang und Volksverdummung, Anm. d. Setzers).

BORKEN

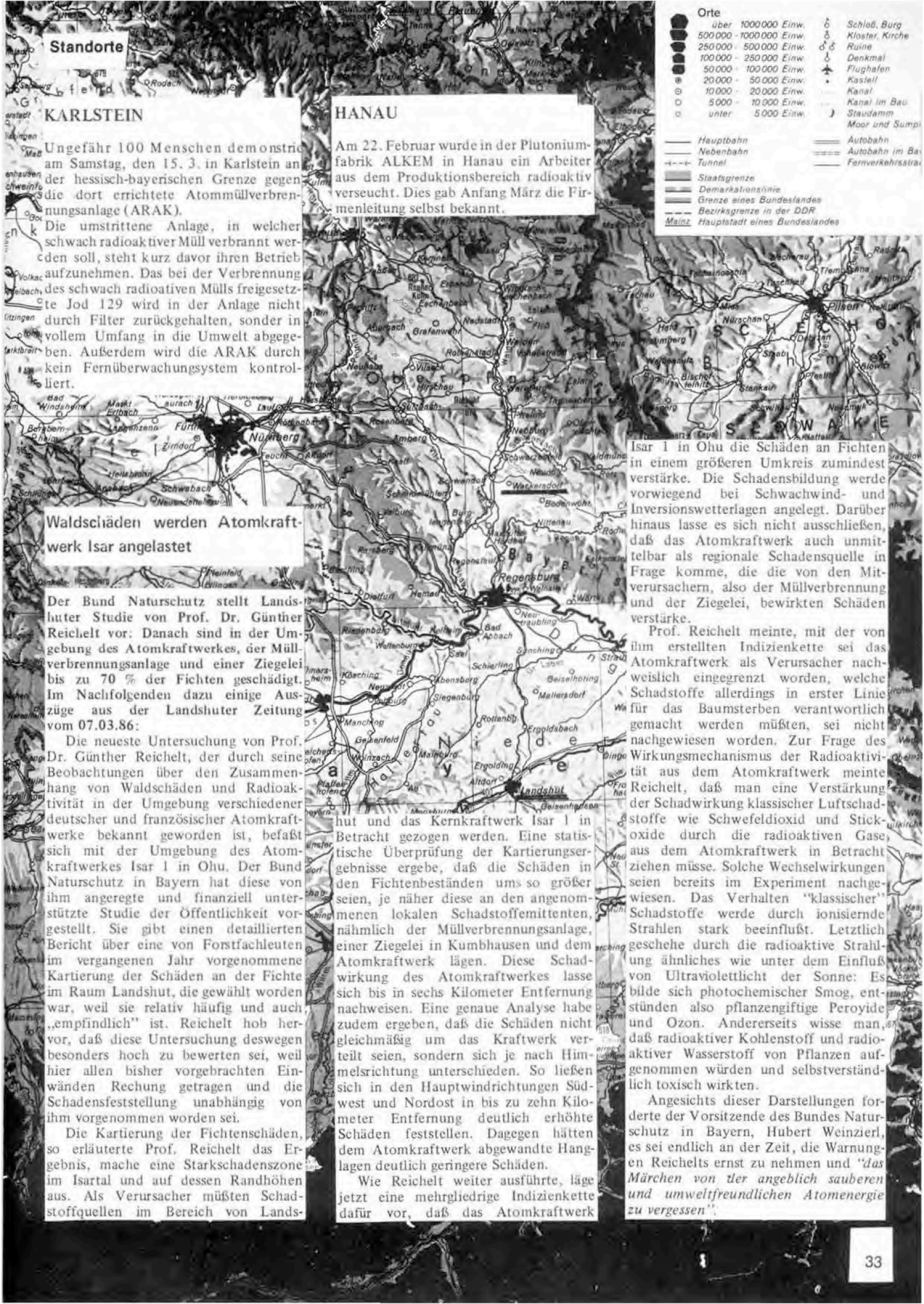
Als die Preußische Elektrezitäts AG PREAG) im November 85 definitif den Antrag auf ein AKW in Borken gestellt hat, fand sich dort auch wieder eine BI gegen das AKW Borken zusammen. Am 15.3.veranstaltete die BI einen Frühlingsmarsch gegen ein AKW Borken. Rund 250 Demonstranen/innen aus Hessen und Niedersachsen folgten dem landesweiten Aufruf. Für Aufregung sorgte an diesem Wochenende noch die Äußerung des Hessischen Finanzministers Krollmann, daß er sich in Borken anstatt des großen Leichtwasser-Reaktors besser einen kleineren Hochtemperatur-Reaktor vorstellen könne. Es bleibt abzuwarten, welchen Kurs die SPD Hessen letzendlich einschlägt.

URANFABRIK NACH SÜDKOREA

Während des Besuchs des Staatspräsidenten von Südkorea, Chun Doo Hwan, in der Bundesrepublik vom 10. bis 12. April ist auch ein Vertrag über die Lieferung einer Brennelemente-Fabrik nach Südkorea durch die Hanauer Reaktor-Brennelemente-Union(RBU) unterzeichnet worden. Desweiteren wurde ein Nuklearabkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Atomenergienutzung und ein Abkommen über wissenschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet.

ATOMMÜLLAGER AHAUS

Nachdem erst vor einigen Monaten die Betreiberfirma des Atommüllagers eine Erweiterung ihrer Baugenehmigung beantragte, um dort auch die ausgedienten Kugelbrennelemente aus dem Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm einlagern zu können, gibt es inzwischen neue Befürchtungen. Wie aus einem Schreiben der Physikalisch-Technischen-Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig hervorgeht, ist geplant, den verglasten hochradioaktiven Abfall aus dem Schnellen Brüter ebenfalls in Ahaus einzulagern. Eine zusätzliche Lagergenehmigung in diesem Sinne würde die Erweiterung des Geländes und der baulichen Anlagen nach sich ziehen.



KARLSTEIN

Ungefähr 100 Menschen demonstrierten am Samstag, den 15. 3. in Karlstein an der hessisch-bayerischen Grenze gegen die dort errichtete Atommüllverbrennungsanlage (ARAK).

Die umstrittene Anlage, in welcher schwach radioaktiver Müll verbrannt werden soll, steht kurz davor ihren Betrieb aufzunehmen. Das bei der Verbrennung des schwach radioativen Mülls freigesetzte Jod 129 wird in der Anlage nicht durch Filter zurückgehalten, sonder in vollem Umfang in die Umwelt abgegeben. Außerdem wird die ARAK durch kein Fernüberwachungssystem kontrolliert.

HANAU

Am 22. Februar wurde in der Plutoniumfabrik ALKEM in Hanau ein Arbeiter aus dem Produktionsbereich radioaktiv verseucht. Dies gab Anfang März die Firmenleitung selbst bekannt.

Waldschäden werden Atomkraftwerk Isar angelastet

Der Bund Naturschutz stellt Landshuter Studie von Prof. Dr. Günther Reichelt vor: Danach sind in der Umgebung des Atomkraftwerkes, der Müllverbrennungsanlage und einer Ziegelei bis zu 70 % der Fichten geschädigt. Im Nachfolgenden dazu einige Auszüge aus der Landshuter Zeitung vom 07.03.86:

Die neueste Untersuchung von Prof. Dr. Günther Reichelt, der durch seine Beobachtungen über den Zusammenhang von Waldschäden und Radioaktivität in der Umgebung verschiedener deutscher und französischer Atomkraftwerke bekannt geworden ist, befaßt sich mit der Umgebung des Atomkraftwerkes Isar 1 in Ohu. Der Bund Naturschutz in Bayern hat diese von ihm angeregte und finanziell unterstützte Studie der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie gibt einen detaillierten Bericht über eine von Forstfachleuten im vergangenen Jahr vorgenommene Kartierung der Schäden an der Fichte im Raum Landshut, die gewählt worden war, weil sie relativ häufig und auch „empfindlich" ist. Reichelt hob hervor, daß diese Untersuchung deswegen besonders hoch zu bewerten sei, weil hier allen bisher vorgebrachten Einwänden Rechung getragen und die Schadensfeststellung unabhängig von ihm vorgenommen worden sei.

Die Kartierung der Fichtenschäden, so erläuterte Prof. Reichelt das Ergebnis, mache eine Starkschadenszone im Isartal und auf dessen Randhöhen aus. Als Verursacher müßten Schadstoffquellen im Bereich von Landshut und das Kernkraftwerk Isar 1 in Betracht gezogen werden. Eine statistische Überprüfung der Kartierungsergebnisse ergebe, daß die Schäden in den Fichtenbeständen ums so größer seien, je näher diese an den angenommenen lokalen Schadstoffemittenten, nähmlich der Müllverbrennungsanlage, einer Ziegelei in Kumbhausen und dem Atomkraftwerk lägen. Diese Schadwirkung des Atomkraftwerkes lasse sich bis in sechs Kilometer Entfernung nachweisen. Eine genaue Analyse habe zudem ergeben, daß die Schäden nicht gleichmäßig um das Kraftwerk verteilt seien, sondern sich je nach Himmelsrichtung unterschieden. So ließen sich in den Hauptwindrichtungen Südwest und Nordost in bis zu zehn Kilometer Entfernung deutlich erhöhte Schäden feststellen. Dagegen hätten dem Atomkraftwerk abgewandte Hanglagen deutlich geringere Schäden.

Wie Reichelt weiter ausführte, läge jetzt eine mehrgliedrige Indizienkette dafür vor, daß das Atomkraftwerk Isar 1 in Ohu die Schäden an Fichten in einem größeren Umkreis zumindest verstärke. Die Schadensbildung werde vorwiegend bei Schwachwind- und Inversionswetterlagen angelegt. Darüber hinaus lasse es sich nicht ausschließen, daß das Atomkraftwerk auch unmittelbar als regionale Schadensquelle in Frage komme, die die von den Mitverursachern, also der Müllverbrennung und der Ziegelei, bewirkten Schäden verstärke.

Prof. Reichelt meinte, mit der von ihm erstellten Indizienkette sei das Atomkraftwerk als Verursacher nachweislich eingegrenzt worden, welche Schadstoffe allerdings in erster Linie für das Baumsterben verantwortlich gemacht werden müßten, sei nicht nachgewiesen worden. Zur Frage des Wirkungsmechanismus der Radioaktivität aus dem Atomkraftwerk meinte Reichelt, daß man eine Verstärkung der Schadwirkung klassischer Luftschadstoffe wie Schwefeldioxid und Stickoxide durch die radioaktiven Gase, aus dem Atomkraftwerk in Betracht ziehen müsse. Solche Wechselwirkungen seien bereits im Experiment nachgewiesen. Das Verhalten "klassischer" Schadstoffe werde durch ionisiernde Strahlen stark beeinflußt. Letztlich geschehe durch die radioaktive Strahlung ähnliches wie unter dem Einfluß von Ultraviolettlicht der Sonne: Es bilde sich photochemischer Smog, entstünden also pflanzengiftige Peroyide und Ozon. Andererseits wisse man, daß radioaktiver Kohlenstoff und radioaktiver Wasserstoff von Pflanzen aufgenommen würden und selbstverständlich toxisch wirkten.

Angesichts dieser Darstellungen forderte der Vorsitzende des Bundes Naturschutz in Bayern, Hubert Weinzierl, es sei endlich an der Zeit, die Warnungen Reichelts ernst zu nehmen und *"das Märchen von der angeblich sauberen und umweltfreundlichen Atomenergie zu vergessen"*.

schacht konrad

sonntags spaziergänge

Spaziergänge....

Seit dem 31. 3. 85 finden im monatlichen Wechsel Sonntagsspaziergänge bei dem geplanten Endlager Schacht Konrad und dem Atommülllager Asse II statt. Daß es diese Spaziergänge ein Jahr lang gibt, ist ein Erfolg der regionalen Anti- AKW-Bewegung. Langsam aber stetig finden sich immer mehr Gruppen und Einzelne ein, die einen gemeinsamen Widerstand anstreben und zugleich unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten entwickeln möchten. Entscheidend für diesen Erfolg ist, daß es uns immer wieder gelungen ist, den Spaziergängen einen unterschiedlichen Charakter zu geben, z.B. Aktionen wie Zerstörungen (beispw. eines Wasserschlauches für die Tiefbohrung in der Asse), andererseits Öffentlichkeitsarbeit (Verteilung von Flugblättern in Asse-Orten). Die einheimische Bevölkerung beteiligt sich bisher nicht aktiv, auch wenn das lächerlich große Polizeiaufgebot manchmal Kommentare für unsere Anliegen auslöst. Konrad und Asse wurden auch durch verschiedene gelungene Sabotageaktionen mehr Aufmerksamkeit geschenkt: Fehlende Schrauben an der Assebahn, Betonklötze auf den Schienen zu Konrad, Zerstörungen von Bau- und Bohrfahrzeugen.

.....und Gängeleien

Wer protestiert und Widerstand leistet wird mit der Staatsgewalt in Gestalt von Polizei und Justiz konfrontiert. Ihre Strategie heißt: Abschrecken, verbieten, kriminalisieren.
Zum einen versucht die Polizei den ganzen Spaziergang im Griff zu behalten, uns durch ihr massives Aufgebot mit Hubschraubern und Hunden einzuschüchtern und dadurch bei uns den großen Frust aufkommen zu lassen. Dabei lassen sie keine Gelegenheit ungenutzt, um die Scene zu beobachten und zu durchleuchten (Fotos, Personalienkontrolle), mit Verkehrskontrollen und Schikanen wollen sie die Anreise verhindern.

.....Angreifen

Einzelne werden gezielt herausgegriffen, um auszutesten, was wir uns gefallen lassen. Die Anmieter der"alten Schule" in Bleckenstedt, die als Raum für Informationsveranstaltungen im Zusammenhang mit den Spaziergängen dient, wurden wegen "Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz" zur erkennungsdienstlichen Behandlung vorgeladen, ein Zweiter bekam eine Strafanzeige und der Dritten wurde zur Bedingung gestellt, daß vorher und nachher keine "ungesetzlichen Aktionen" stattfinden.

.....rausgreifen

Im Laufe der Durchsuchung eines Autos fühlten sich die grünen Herren beleidigt und der Betroffenen flattert ein Strafbefehl über 300 DM ins Haus. Eine Frau wird abseits vom eigentlichen Spaziergang von einem Bulli voll Bullizisten gezwungen mitzufahren und es findet eine verdeckte Gegenüberstellung im Zusammenhang mit einem Anschlag auf ein Bohrfahrzeug statt. Ein Teilnehmer wird wegen Schneeballwerfens vorübergehend fetstgenommen.

..... und isolieren

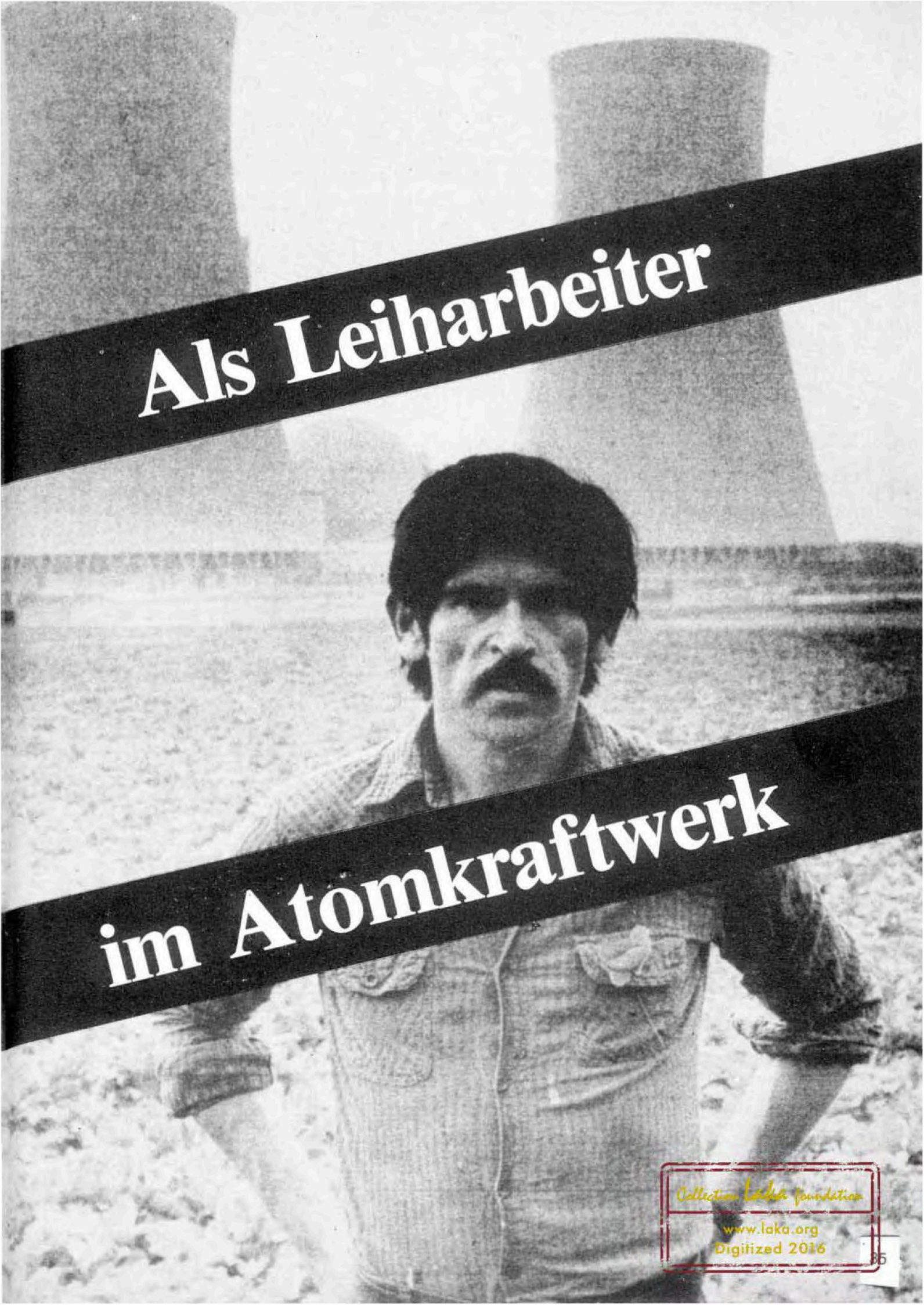
Die Reaktionen zu all diesen Maßnahmen des Staates sind unterschiedlich. Einige sind verunsichert und verschreckt, haben Angst überhaupt noch zu den Spaziergängen zu kommen. Andere schaffen Öffentlichkeit und machen die Angriffe zu einer Sache für alle. Gegen die Absicht der Staatsmacht uns zu vereinzeln und isolieren, können wir die Strategie der gemeinsamen Betroffenheit setzen, indem wir auch mit Handlungen ausdrücken, daß wir alle gemeint sind, wenn auch nur Einzelne angegriffen werden, z.B. Strafen gemeinsam tragen, zusammen zur ED- Behandlung gehen.

Wohin gehst du?

Die Frage nach dem Sinn der Spaziergänge, ihrer Perspektive, nach einem längerfristigen Widerstandskonzept wird immer wieder gestellt, ohne daß es eine fertige Antwort gibt. Im folgenden dazu ein paar Überlegungen:
Die Spaziergänge haben sich als Raum für gemeinsame Diskussionen und Planungen erwiesen. Das Klima der Gruppen und Personen untereinander hat sich verändert. War nach der Großdemo vom 30. 10. 82 der gemeinsame Widerstand zersplittert und eingeschlafen, konnten mit den Spaziergängen einige Gräben zugeschüttet oder überbrückt werden.
Das regelmäßige Spazierengehen macht uns mit der Umgebung der Atommülllager vertraut, was wir für kommende Zeiten brauchen (beginnende Bauarbeiten, anstehende Atommülltransporte). Wir finden es sinnvol mit der einheimischen Bevölkerung weiter Gespräche zu suchen und gemeinsam über Möglichkeiten nachzudenken, den Spaziergang zu gestalten.

AK Braunschweig

Als Leiharbeiter im Atomkraftwerk



Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Nach einem Zukunftsbild der Studie "Deutschland 2000" haben Zukunftsforscher des Frankfurter Batelle Instituts die arbeitsmarktpolitische Situation für das Jahr 2000 folgendermaßen beschrieben: "Von den dann 30 Millionen Erwerbstätitgen (heute: 28 Mio.) hätten 17 Mio. einen vollen unbefristeten Arbeitsplatz (heute: 21 Mio.). 9 Millionen Menschen (heute: 2 mio.) würden 'fluktuieren' oder auf einem zweiten 'dualen' Arbeitsmarkt beschäftigt sein." (FR, 17.1.85). Diese heute durchaus vorstellbare Vision ist für uns der Anlaß, sich in dieser Ausgabe der »atom« mit sogenannter Leiharbeit in Atomkraftwerken zu beschäftigen.
Seit Anfang der siebziger Jahre hat sich der bundesdeutsche Arbeitsmarkt verändert. Sogenannte 'prekäre Arbeit', daß ist Teilzeitarbeit von Frauen, Schwarzarbeit, Saisonarbeit, verschiedene Formen der Zwangsarbeit (z.B. von Sozialämtern), ABM-Stellen von den Arbeitsämtern und Zeitarbeitsverträge (= Leiharbeit) haben die Arbeit völlig neu strukturiert. Mittlerweile soll die illegale Beschäftigung, d.h. Schwarzarbeit und illegale Leiharbeit einen Umfang von einer halben Million Beschäftigten haben. Da auch illegale und legale Leiharbeit zur Durchführung des bundesdeutschen Atomprogramms von Bedeutung war und ist, z.B. bei der Errichtung und Erhaltung (Reparatur- und Reinigungsarbeiten) von Atomkraftwerken, haben wir für diese Ausgabe einen Artikel aus »wildcat« (Karlsruher Stadtzeitung Nr.37) übernommen, der anschaulich die Arbeitsbedingungen von Leiharbeitern im Schweizer AKW Leibstadt schildert.

Eigentlich wollte ich diesen Sommer hindurch Arbeitslosengeld kassieren. Dies ist aber als männlicher "Hilfsarbeiter" gar nicht so leicht. Immer wieder wollten sie mir irgendeinen Scheißjob andrehen und eines Tages wollte mich das Arbeitsamt an einen Sklavenhändler vermitteln zu Revisionsarbeiten im Kernkraftwerk Leibstadt. Im Moment dachte ich, wenn schon arbeiten, dann in so einem Job, hier kommen bestimmt viele Sklaven zusammen.

Soeben rausgeflogen als Magaziner [Lagerarbeiter,d.Übers.] in einem Buchverlag überlegte sich K., diesen Sommer hindurch zu stempeln oder einen Job beim Sklavi anzunehmen. Als ich K. anquatschte, war es klar, daß wir gemeinsam im KKL schuften gehen.

Die Anstellung erfolgte mit Personalausweis. Referenzen waren keine nötig. Der Vertrag lautete in etwa: *"Befristeter Arbeitsvertrag auf zwei Monate, von Arbeitgeberseite jederzeit kündbar. Keine Krankentagegeldversicherung."* Der Lohn wurde mündlich mit sfr.14.85 angegeben, sowie Spesen von sfr.35.– je Kalendertag. Ferner wurde jedem ein Formular über die medizinische Tauglichkeit in die Hand gedrückt.

Zu diesem Zeitpunkt machten wir folgende Einschätzung: Es werden vor allem Prolos aus der Region (Basel) mobilisiert, das heißt Türken, Asylanten, Arbeitslose, Prekarisierte.

Wir nahmen an, wir müßten à"la Hague–Film" arbeiten, das heißt, in fünffachen Schutzanzügen an den gefährlichen Orten dieser Fabrik. Es war damals für uns klar, daß wir die verseuchten Gebiete nicht betreten und eine breite Verweigerungsfront unter den Sklaven aufbauen. Eine Aktion zu fünft hätten wir schon als einen Erfolg betrachtet.

Es war uns auch klar, daß alles von Anfang an schnell gehen müßte, weshalb wir gleich am ersten Morgen ein Flugblatt verteilt haben mit dem Aufruf zu einer Veranstaltung *(siehe Flugblatt 1)*. Schließlich haben wir beschlossen, die Fahrt zur Arbeit nicht zu zweit, sondern mit den jeweiligen Kollegen Kollegen zu organisieren.

Einführungskurs

Einige Genoss/inn/en übernahmen für uns das Flugblattverteilen, da wir nicht gleich rausfliegen wollten. Während des Einführungskurses hat jemand ein paar kritische Fragen gestellt, worauf er umgehend rausflog!

Da niemand etwas über die Art der Tätigkeit wußte und viele Ausländer nicht mal ahnten, daß es sich um ein AKW handelt, wurde das Flugi sehr interessiert gelesen und diskutiert, bevor wir dann zur erkennungsdienstlichen Behandlung zwecks Erstellen eines Werksausweises in einer Garage eingepfercht wurden.

Die Flugblattverteiler/innen wurden von Werksbullen mit Hunden vertrieben.

Verschätzt hatten wir uns in der Zusammensetzung der Malocher: Türkisch und italienisch konnten wir auf dem nächsten Flugblatt weglassen. Aus der Region Basel kamen die wenigsten. Die Malocher setzten sich je zu einem Viertel aus Schweizern, Deutschen, Franzosen und Spaniern zusammen.

Der Siedewasser reaktor des KKW Leibstadt

Leibstadt liegt im Herzen der schweizerischen Atomregion. Im Umkreis von 20 Kilometern liegt neben den AKW's Beznau 1 und 2 und Gösgen auch das Reaktorforschungsinstitut Würnlingen. Probebohrungen für ein Atommüllager werden gerade vorgenommen. Hauptarbeitgeber der Region ist neben dem AKW–Ausstatter Sulzer der Schweizer Reaktorkonzern BBC. Die Bevölkerung, überwiegend abhängig von der Kernindustrie, zählt mehrheitlich zu den AKW–Befürwortern, weshalb es uns nicht möglich war, einen Treffpunkt für die Veranstaltung innerhalb der Region zu finden.

Die **Schweizer** Arbeiter wurden v.a. von mehreren Sklavenhändlern aus den Regionen Zürich, Luzern, Brugg–Baden und Basel rekrutiert (Einzugsgebiet von 80–100 km). Von den 40–60–Jährigen hatten schon viele am Bau des KKL gearbeitet und waren arbeitslos seit dessen Fertigstellung vor ca. einem Jahr. Sehr loyal. Unter den Jüngeren bis zu 25 gab es viele Jobber, aber auch arbeitslose Facharbeiter.

Die **Franzosen** kamen vor allem aus dem Elsaß. Sie verfügten wie die anderen Ausländer über eine dreimonatige Arbeitsbewilligung (nationaler Notstand) für die Schweiz und wollten von da her möglichst viel Geld verdienen. Waren aber auch dazu gezwungen, damit sie wieder Arbeitslosenkohle bekommen. Einige Franzosen kamen aus dem übrigen Frankreich und waren bei einer

Flugblatt Nr.1

Zur Dreckarbeit gezwungen:

Wir alle sind gezwungen, durch unsere ewige Geldnot eine menschenverachtende und lebensgefährliche Arbeit zu verrichten, die niemand freiwillig macht. Arbeits– und Sozialamt sowie der menschenverachtende Sklavenhändler Fred Küng haben uns geschickt. Wir werden als Kanonenfutter ins verseuchte Reaktorgebäude geschleust.

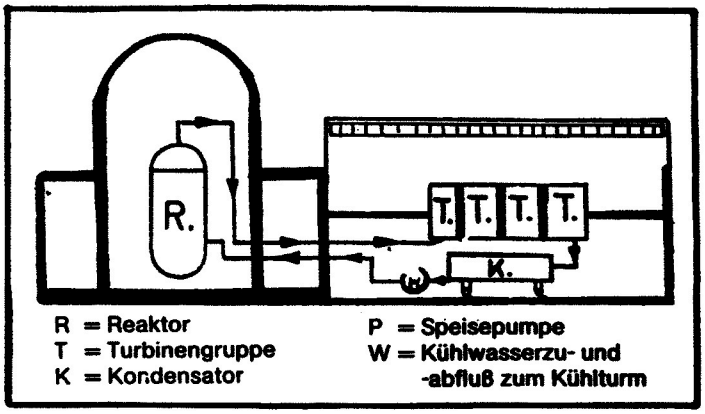
Mit einer eintägigen Propaganda–Show versuchen die AKW–Betreiber die Gefährlichkeit der Arbeit zu vertuschen, obwohl jeder weiß, daß schon tausende von Menschen an radioaktiver Strahlung krepiert sind. Schon kleine Mengen von Gamma–Strahlung verändern und zerstören unser Erbgut (Hoden und Eierstöke) und führen zu Mißbildungen bei unseren Kindern. Hautkrebs oder zumindest Blutarmut (Anämie) können auch durch Verseuchungen innerhalb der Toleranzgrenzen schon nach 5–10 Jahren auftreten.

Sobald die willkürlich festgelegte Strahlendosis erreicht ist, werden wir entlassen.

Deshalb ist für uns klar:
Um die Gefahren möglichst klein zu halten, gibt es für uns nur ein Mittel:

Langsam arbeiten, untereinander die Erfahrungen austauschen und im Notfall den Einsatz verweigern

Gegeninformationsveranstaltung heute abend



R = Reaktor
T = Turbinengruppe
K = Kondensator
P = Speisepumpe
W = Kühlwasserzu- und -abfluß zum Kühlturm

spezialisierten AKW-Revisionsfirma angestellt.

Es gab auch **Spanier** mit ähnlichen Voraussetzungen. Aber die meisten wurden direkt aus dem Raum Barcelona importiert und in Lagern gehalten. Sie verstanden kein Wort deutsch.

Die **Deutschen** kamen aus dem Raum Frankfurt bis Augsburg, waren von einem deutschen Sklavenhändler per Zeitungsinserat als "Allround-Handwerker" angeworben und hatten Stundenlöhne von sfr 10.–, während der Sklavenhändler für sie sfr 45.– von der BBC kassierte. Sie sind durch erhöhte Motivation und Loyalität negativ aufgefallen, z.B. durch zwei Schichten durcharbeiten, Beschimpfen der Flugblattverteiler/innen usw.

Die Löhne lagen je nach Nationalität und Qualifikation sowie Sklavenhändler zwischen sfr 10.– und 21.– für die gleiche Arbeit.

Wir führten die Mobilisierung der Malocher aus verschiedenen Ländern über hunderte von Kilometern auf zwei Gründe zurück:

1. sollte vermieden werden, daß bei einer Rekrutierung ausschließlich aus der umliegenden Region sofort ein Lohndruck entsteht,

2. können sich so die gesundheitlichen Folgen der Verseuchung nicht so stark in der regionalen Statistik niederschlagen.

Nach Erhalten der Ausweise konnten wir das Fabrikgelände betreten. Es ging zum Einführungskurs über.

Die Belehrungen wurden für alle in Schweizer- und Hochdeutsch gehalten. Es kann sich jeder selbst vorstellen, was ein Spanier oder Franzose dabei von den Strahlenschutzbestimmungen mitbekommen hat. Am Schluß mußten alle unterschreiben, daß bei Strahlenunfällen jeder primär selbst verantwortlich sei. Nebenbei erwähnt: wir mußten ca. 6.30 Uhr dort sein, die meisten von uns hatten entsprechend wenig ausschlafen können, so sind viele während der Tonbildschau eingeschlafen.

Am Nachmittag mußten wir uns auf einem großen Platz versammeln (ca 200 Personen) und wurden dann in verschiedene Bereiche aufgeteilt. K. wurde einem Handwerker als Handlanger zugeteilt. Sie hatten eine wöchentliche Arbeitszeit von sechs mal zehn Stunden mit freiem Sonntag. Ich wurde mit dem großen Pulk zur Ersetzung des Kondensators abgeurteilt. Hier wurde auch uns eröffnet, daß wir Schicht arbeiten müssen, d.h. sieben mal je 8,5 Stunden mit jeweils zwei freien Tagen. Davon war bislang nicht die Rede gewesen!

Es wurden Garderobenschlüssel ausgegeben und gezeigt, wo wir uns bei Arbeitsbeginn einzufinden haben. Wir haben noch ein wenig nachgefragt, um was für eine Reparatur es sich denn handle. Unser Schichtführer (ein BBC-Facharbeiter) meinte, es müßten die 42 000 Rohre von je 13 Meter Länge im Kondensator ersetzt werden, weil die jetzigen Nickelrohre zu stark oxidieren würden. Es sei das erste Mal, daß so eine Arbeit von der BBC ausgeführt werde. Er selber war bei der Produktion des Kondensators im Werk beteiligt. Danach konnten wir gehen.

In der darauf folgenden Sitzung mit den Flugblattverteilerinnen trafen wir folgende Überlegungen und Feststellungen:

1. Ein Einführungskurs, wie wir ihn heute erlebt hatten, hatte schon gestern und vorgestern stattgefunden. Das heißt, es wurden etwa 600 Sklaven für die Revision und Reparatur eingestellt. Morgens kamen immer 100 Leute um 6.30 und um 7.30 Uhr. Wir hatten mit unseren Flugblättern also nur die 100 erreicht, die mit uns angefangen hatten.

2. Die Arbeiten, die wir zu verrichten hatten, waren nicht einmal ansatzweise mit den im La Hague-Film geschilderten zu vergleichen. D.h., wir waren davon ausgegangen, daß jeder außerhalb des Reaktors ein, zwei Handgriffe trainieren und dann im Strahlenschutzpanzer in den Reaktor rennen würde, um sie zu verrichten. Wir aber sollten uns in gewöhnlichen Überkleidern, ohne irgendwelchen Schutz im AKW bewegen. Alles schien somit ungefährlich. Auf Grund dieser "Erkenntnis" warfen wir unsere Entscheidung, niemals in den Reaktor zu gehen, über Bord. Wir hielten es für unmöglich, eine Verweigerungsfront aufzubauen.

3. Auf Grund der Zusammensetzung der Leute konnten wir es vergessen, Kontakte außerhalb der Fabrik aufzubauen. Es wäre immer mit stundenlangen Autofahrten verbunden gewesen.

4. Bei erstaunlich vielen Leuten konnten wir ein kritisches Verhältnis zur Atomtechnik feststellen. Die meisten waren dringend auf einen Job/Geld angewiesen, sonst wären sie nicht ins AKW gegangen.

5. Das Fabrikkommando konnte trotz äußerem Schein nicht über die Inkompetenz und Improvisation hinwegtäuschen (wir werden später noch genauer darauf eingehen).

Die Veranstaltung

hatten wir am selben Abend in Basel angesetzt. Zuerst wollten wir den Film über die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague zeigen. Der Film ist von und mit Arbeitern dieser Fabrik gemacht worden über die Arbeit, die Auswirkungen dieser Arbeit auf die Malocher sowie die Auswirkungen der Fabrik auf die Region. Danach hätte jemand von den Flugblattverteiler/inne/n über die medizinischen Auswirkungen der radioaktiven Strahlung auf den Körper berichtet.

Zweitens wollten wir eine kurze Darstellung der Atomkapitalisten im Weltkapital sowie der Wichtigkeit von Energie als Spaltungs- und Druckmittel gegenüber der arbeitenden Klasse abgeben.

Im dritten Teil sollte über die Frage diskutiert werden, was wir als Malocher, die der Geldmangel in den Reaktor treibt, dem Fabrikkommando entgegenzustellen haben (Streik in der Arbeit).

Zu der Veranstaltung kam niemand. Wir führten dies auf folgende Gründe zurück:

Die wenigstens kamen aus der Stadt Basel. Viele wohnten 100 km oder noch weiter davon entfernt. Für sie war es eine Zumutung, weil sie schon um 4.30 Uhr aufstehen mußten. Von den 20 bis 30 Leuten aus der Stadt hatte sicher schon die Hälfte auf dem Bau mitgearbeitet und das heißt sechs bis sieben Jahre Atompropaganda. Des weiteren ist es für Prolis nicht üblich, auf Grund **eines Flugblatts** zu einer Veranstaltung zu gehen.

Am folgenden Tag treffen wir uns wieder. Nach unserer Veranstaltungs-Pleite wird überlegt, wie wir jetzt weiter vorgehen wollen. Es ist klar, daß wir am Montag arbeiten gehen und mal schauen, was weiter passiert. Während der Diskussion studieren wir die Pläne des KKL, um uns zu orientieren. Dabei stellt jemand fest, daß Leibstadt einen Siedewasserreaktor hat, d.h., der Kondensator ist im Primärkreislauf. Also doch nicht so ungefährlich, wie man uns erzählte. Wir entschlossen uns kurz, ein zweites Flugblatt zu schreiben.

Beim Verteilen mußten die Flugblattverteiler/innen auf die Schichtpläne achten. Wir haben etwa zehn weitere Genoss/inn/en zur Unterstützung mobilisiert, damit man/frau nicht so schnell von den Bullen abgeräumt wird. Das Verteilen verlief relativ ruhig. Auf dem Rückweg wurden aber etwa zehn Leute von den Bullen abgefangen und verhaftet, ihre Personalien wurden festgestellt.

Der erste Arbeitstag

Wir hatten zu spät reagiert und so fuhr unser Fahrer an den Flugblattverteiler/inne/n vorbei, während wir noch darüber diskutierten, ob er anhalten solle. In der Garderobe haben die wenigsten ein Flugblatt. Es ist daher schwierig, darüber zu diskutieren.

Wir mußten uns ausziehen bis auf die Unterhosen und gingen, mit einem Schurz bekleidet, zur Schleuse in die heiße

Zone, wo wir ein Überkleid fassten. Hier kamen uns die Leute von der vorigen Schicht entgegen. Es wurde schon seit zwei Tagen gearbeitet; unsere Schicht hatte die zwei freien Tage als erste erhalten. Beim Reingehen mußten wir dann den Schurz ausziehen in Unterhosen und Socken durch die Schleuse und dabei unsere **Computerkarte abgeben. Hier** stand immer einer von Strahlenschutz, Werkschutz oder privater Wachgesellschaft. Hinter der Schleuse mußten wir dann das Überkleid anziehen sowie spezielle Schuhe (waschbar). Es ist hier festzustellen, daß für uns –Schichtarbeiter– nicht der normale Eingang galt, sondern ein Notausgang mit Barackenbau geschaffen worden war. Am normalen Eingang lief alles mit Computerkarte, dort bekam man auch einen elektronischen Dosimeter mit Digitalanzeige zur persönlichen Überwachung. Daneben bekam man betriebseigene Unterwäsche und Socken und jedesmal neue Überkleider. Wir mußten hingegen während vier Tagen mit demselben Überkleid und unserer privaten Unterwäsche arbeiten. So sparten die Schweine einige Tausender an Wäschereikosten. Schließlich betraf die Maßnahme rund 200 Leute.

Zur Schichtarbeit

Anfangs mußte ein Teil der Leute hinter dem Kondensator arbeiten. Wir waren vorne zwei Gruppen, die denselben Job zu erledigen hatten. Wir fingen hier zu viert an und nahmen es recht gemütlich. Als ich mal bei den andern Vier nachschaute, waren die schon doppelt so weit. Hab ihnen dann erklärt, daß das so Scheiße ist, daß wir schließlich nicht im Akkord bezahlt würden. Das haben sie o.k. gefunden. Danach haben wir zusammen sehr langsam gearbeitet und währenddessen über Lohn, AKW und so geredet. Immer mehr Kollegen kamen von hinten nach vorne, weil hier die leichtere Arbeit war (die größten Spinner waren, als ich rausflog, immer noch hinten). Offiziell hatten wir eine halbe Stunde Pause. Die Meister meinten, wir sollten nicht alle miteinander gehen, damit immer gearbeitet werde. So konnten wir problemlos eine ganze Stunde Pause machen. Aber auch für eine Zigarette oder die Toilette mußten wir die heiße Zone verlassen, d.h. umziehen usw. Später einmal standen wir zu sechst neben einer Stange, die abgeschnitten werden sollte. Ich fragte den Typ mit der Trennscheibe, ob er als Schlosser oder Hilfsarbeiter angestellt worden sei. Er meinte, als Hilfsarbeiter, worauf wir darüber redeten, ob wir dann diese Maschine bedienen sollten. Wir beschlossen gemeinsam, daß nicht und informierten den Meister, er solle uns einen Mechaniker für dies und das schicken. Überhaupt war der Kontakt unter den Kollegen sehr gut. Wir haben uns vom ersten Moment an viel abgesprochen.

Die Meister bzw. Schichtführer waren drei Facharbeiter der BBC. Sie hatten sehr wenig Erfahrungen, wie man vierzig, fünfzig Leute kontrolliert und zur Arbeit bringt. Der jüngste von ihnen hat sich nach und nach als Superarschloch profiliert und damit begonnen, mit Lohnabzug zu drohen, was er in einem Fall auch gemacht hat.

Abends kamen wir zu folgenden Einschätzungen:

1.Obwohl 300 Flugblätter verteilt wurden, sind sie uns im Betrieb nicht aufgefallen. Wir konnten also nicht darüber reden. Zum Teil war's auch unser Fehler. Wir hatten eine Bemerkung von wegen Werkschutz aufs Flugi gemacht, worauf die Kollegen es nur versteckt gelesen haben.

2. Unsere Einschätzung der Leute hat gestimmt. Die Arbeitsmoral war gleich null. Die meisten waren zwangsmobilisiert worden und hatten von daher eh nicht vor, in dem Job für ihr Geld auch noch zu arbeiten.

3. Das Fabrikkommando haben wir immer noch nicht so klar gecheckt. Auf jeden Fall war die Arbeitsorganisation auf Grund der fehlenden Erfahrung des Managements noch immer recht chaotisch.

Am 2. Tag

Wir mußten anfangen, diese Rohre zu ziehen. Jeder machte sicher 4 Stunden Pause an diesem Tag. Die Chefs sind ausgeflippt, konnten aber die Disziplin nicht herstellen. Trotzdem kamen wir an diesem Tag das erste Mal mit diesem Staub in Kontakt.

Es waren Ablgerungen auf

der Außenseite der Rohre, d.h. aus dem Primärkreislauf des AKW's. Wir haben dann mal einen Handschuh auf ein Prüfgerät gelegt. Der Zeiger ging bis zum Anschlag, worauf wir mit den Kollegen darüber redeten. Hier machte ich den Fehler, nicht sofort auf Arbeitsniederlegung zu pochen. So fiel uns nichts Besseres ein, als die zwei Entschlossensten ins Büro des BBC–Bosses zu schicken. Dieser wollte uns einlullen und hat uns wieder mal erzählt, daß alles völlig ungefährlich sei. Dennoch haben von da an 90% der Leute nur noch mit Staubmaske gearbeitet. Der Meister hat uns deswegen völlig widerlich angemacht (Männlichkeit usw.). Wir haben die Masken trotzdem getragen. Die Verunsicherung war sehr groß, aber wir konnten daraus kein kämpferisches Moment machen.

Dritter Tag

Von heute an wurde morgens Appell gemacht, weil die Bosse gemerkt hatten, daß manche Leute erst eine Stunde später kamen. In der Fabrik drin gabs dann einen Anschiß wegen des Arbeitstempos und der Pausen. Sie drohten mit Lohnabzug und Rausschmiß, wenn sich das nicht ändere. Das hat dann auch gewirkt: Das Arbeitstempo wurde etwa verfünffacht. Unfälle, von Schürfwunden,(die nicht mehr zuheilten) bis zu Verletzten, die mit dem Krankenwagen abtransportiert werden mußten, häuften sich von jetzt an. Für uns war's ab jetzt angesagt, das Tempo offensiv zu zerschlagen. Die Spinner wurden konsequent zusammengeschissen. Die Parole *"wir arbeiten nicht im Akkord, sondern im Stundenlohn"* wurde den Schnellsten immer wieder unter die Nase gehalten.

Die Pausen mußten in zwei Gruppen gemacht werden. Beide Gruppen machten trotzdem eine 3/4 Stunde. Die Bosse konnten nichts machen.

Beim Rohre-Ziehen mußten wir in 4 Kolonnen von 7–9 Leuten schaffen. Individuelle Pausen wurden riskant. Da haben wir angefangen, immer kolonnenweise Pausen zu machen: immer eine Kolonne verließ geschlossen die Zone. Wenn die Kapos das gesehen haben, stellten sie aus den übrigen drei Kolonnen eine neue zusammen. Wenn die Leute wieder reinkamen, wurden sie auf die vier Kolonnen verteilt. Kurz darauf machte die nächste Kolonne Pause. Mit diesem Trick hätten die Bosse 7–9 Leute zusammen bestrafen müssen, aber das haben sie nicht gewagt. Der zweite Vorteil der immer neuen Zusammensetzungen der Kolonnen war, daß sie also nie eine bestimmte Scene als Drükkeberger ausmachen konnten.

Die zweite Methode war noch viel wirkungsvoller. Eine Kolonne hörte auf zu arbeiten und setzte sich unmittelbar an ihrem Arbeitsplatz nieder. Wenn das die anderen gesehen haben, kam die Arbeit völlig zum Erliegen. Wenn die Bosse kamen, sind alle sitzen geblieben und einer meinte, wir würden ja soviel schaffen, wir hätten die Pause verdient. Die Bosse sind wieder abgezogen. Dies zogen wir jede Stunde 5–10 Minuten lang durch. Nebenbei mußte jeder noch dreimal am Tag auf die Toilette usw...

An diesem Tag wurden die Papier–Staubschutzmasken für obligatorisch erklärt. Auch die Meister haben künftig im-

mer eine getragen. Überhaupt hatte es heute unheimlich viel Staub, teilweise lag er millimeterhoch. Wir wußten alle, daß er radioaktiv war, aber von Strahlenschutz und Betriebsleitung hieß es immer wieder, alles sei "absolut ungefährlich".

Abends haben wir anläßlich des Staubs nochmal über das Gesundheitsrisiko, das mit dem Job verbunden ist, diskutiert. Einerseits hielten wir den Staub für gefährlich, aber die Tatsache, daß die äußeren Bedingungen sich extrem von den im La-Hague-Film geschilderten unterschieden, hatte uns ziemlich eingelullt. Dazu kam, daß unsere Versuche, das Arbeitstempo zu drosseln, viel erfolgreicher waren als das gewöhnlich in der Fabrik ist, wir von daher auf jeden Fall weitermachen wollten. So fetzten wir uns stundenlang mit den Externen, bis wir uns überzeugen ließen, daß der Job wirklich unsere Körper ruiniert.

Vierter Arbeitstag

Der Arbeitsablauf ist gleich wie am Vortag. Die Kommunikation ist absolut Spitze. Immer wieder reden wir über unsere Arbeitssituation, daß wir weniger arbeiten müssen, über unsere ungleichen Löhne und natürlich über den Staub. Die Frage, wie man so etwas ändert, blieb aber jedesmal in den Ansätzen stecken. Wir selbst waren hin- und hergerissen: entweder man findet den Staub ungefährlich, dann schafft man weiter, oder man hat solche Angst, daß man den Job schmeißt. Das hieß konkret, daß die Kollegen, die das eine absolute Schweinerei fanden, weggeblieben sind. Es setzte also ein Zerbröckelungsprozeß ein, den wir einerseits unterstützten, aber dadurch gingen gerade die bewußtesten Leute weg.

An diesem Abend entschloß ich mich, die heiße Zone unter keinen Umständen mehr zu betreten. Ich hatte selbst Angst.

Draußen

Wir fahren am Morgen wie gewöhnlich aufs Gelände. Ich erkläre schon auf der Hinfahrt den Kollegen meinen Entschluß. Beim Morgenappell gehe ich zu den Chefs und erkläre ihnen, was für 'ne Schweinerei sie mit uns machen und daß ich endlich wissen wolle, was in diesem Staub sei. Nach einer fünfminütigen Diskussion (Schreierei) meint das Arschloch, ich würde die Arbeit verweigern und blah blah... Wild entschlossen geht er zum Eingang, aber nur drei Leute folgen ihm. Wir bleiben zu etwa zwanzig stehen und reden, was wir hier weiter machen können. Nach rund zehn Minuten kommt das zweite Ultimatum. Hier zerbricht das Ganze und die Leute gehen zur Arbeit. Am Schluß stehen nur noch der Meister und ich vorm Eingang. Den Rest darf sich jeder selbst denken...

Ergänzungen von K.

Unterschiede gab es - wie bereits erklärt - in bezug auf Arbeitszeit (6x10 Std.), Arbeitsteilung (ein Handwerker auf ein bis zwei Prekäre), Arbeitskleidung (betriebseigene Wäsche und Unterwäsche). Unsere Arbeit war locker, weil vom Arbeitszeitplan her bis zur weiteren Inbetriebnahme genügend Zeit zur Verfügung stand. Die Arbeit änderte sich erst, nachdem eine Reihe der Kondensator-Arbeiter ihren Job schmissen und Handlanger für ihre Jobs abgezogen wurden. So hatte ich z.B. die Möglichkeit, in den Reaktor zu schauen und mir alles erklären zu lassen, nachdem ich einige kritische Fragen in bezug auf die Sicherheit am Arbeitsplatz gestellt hatte. Die Monteure waren meist BBC- oder Sulzer-Facharbeiter aus den Werken, die diesen Einsatz als vorübergehende Abwechslung oder Mehrbelastung zu ihrem sonstigen Arbeitsalltag gesehen haben. Die Konfrontationen liefen in der Regel mit Werkschutz oder Ingenieuren, weil immer wieder Flüssigkeit aus den Ventilen oder Rohren herausfloß, die wir zu reparieren oder zu entfernen hatten. Meist wußte niemand, wie es möglich war, daß Wasser herauskam. Ich habe deshalb aus Sicherheitsgründen immer wieder auf eine Erklärung gepocht. Die konnte oder wollte mir aber niemand geben.

Kontakt hatte ich vor allem zu vier Franzosen, mit denen ich jeweils aufs Gelände fuhr. Mit ihnen konnte ich darüber sprechen. Als L. rausflog, wurde in einem unabhängigen Labor eine Analyse des herumfliegenden Staubs vorgenommen, den wir auch einschnauften, weil Durchgänge von unserem Arbeitsplatz zum Kondensatorraum offen waren.

Als die ersten Resultate bekannt wurden, haben wir Flugblatt drei geschrieben. Es wurde von 25 Leuten vor dem Fabriktor verteilt, mit einem großen Transparent. Ich habe es in unserer Garderobe ausgelegt. Mein Ziel war, zusammen mit einigen Arbeitern einen Umzug durch die Fabrik zu machen, die Arbeit niederzulegen und zu diskutieren.

Der Versuch wurde schon im Keim erstickt. Bevor ich noch in die heiße Zone kam, wurde mir vom Werkschutz meine Computerkontrollkarte abgenom-

Flugblatt Nr.2

Wir wollen leben!

Wie wir am Donnerstag und Freitag feststellen konnten, ist die Arbeitslosigkeit unsere große Gemeinsamkeit. Vielen Kollegen geht es ums blanke Überleben. Es darf aber nicht sein, daß unsere Notlage von den KKL-Betreibern so ausgenützt wird. Sechzig Stunden an sechs Arbeitstagen Normalarbeitszeit ist zuviel. Der Schichtplan ist eine absolute Schweinerei. Nachtarbeit von 22.00 bis 6.00 Uhr wird mit lächerlichen 25% honoriert. Samstag 22.00 bis Montag 6.00 Uhr gibts banale 50% Nebst dem, daß die Löhne auf einem Niveau von 1975 sind. haben wir noch 2 Stunden Anfahrtszeit täglich, unbezahlt.

Da es für uns keine Gewerkschaften gibt, müssen wir die Forderungen nach mehr Lohn, höheren Schichtzulagen, weniger Arbeitszeit, höheren Spesen und bezahlter Anfahrtszeit in unsere Hände nehmen. Wir werden nicht Millionäre mit dem KKL, aber sie.

Was sie uns nicht gesagt haben

Das KKL wird mit einem Siedewasser-Reaktor betrieben. Die Turbinen werden vom im Reaktor erzeugten Dampf angetrieben. Dieser Dampf ist hochradioaktiv. Trotz des Versuchs, die radioaktiven Stoffe mittels Wasserabscheider und Dampftrockner zurückzubehalten, ist der Dampf in der Turbine immer noch hochradioaktiv. Dieser Dampf wird danach im Kondensator abgekühlt. Die meisten von uns müssen an diesem Kondensator arbeiten. Klar, daß diese Rohre hochgradig verseucht sind. Beim Herausreißen entstehen radioaktiver Staub und Späne. Außerdem bleibt erfahrungsgemäß bei der Demontage von Kondensatoren immer Flüssigkeit zurück. In diesem Fall hochradioaktive Wasserteilchen. Die Partikel dringen in unsere Körper ein (Lunge, Augen, Haut). Als einzige Sicherheitsmaßnahme hängen sie uns den Filmdosimeter um. Das ist absolut lächerlich. Die Strahlung der Teilchen, die in unsere Körper eingedrungen sind, wird vom Filmdosimeter nicht erfaßt. Auch wenn die Strahlung gering ist, können wir sie nicht mehr loswerden. Sie strahlt jahrelang weiter und zerstört unsere Gesundheit, langsam aber sicher (Lungenkrebs, Leukämie, Erbschäden). Somit sind alle, die irgendwie mit den Röhren des Kondensators in Berührung kommen, der Verseuchung ausgesetzt.

Deshalb darf niemand: **ohne Augenschutz/ohne Handschuhe/ohne Atemschutzgerät/ohne Elektrodosimeter/ohne Schutzanzüge/ohne Umgebungsmessung/ohne Aufklärung über die wirkliche Verstrahlung im KKL arbeiten!**

Wie wir aus vertraulicher Quelle erfahren konnten, werden die Hälfte der Hilfsarbeiter, die am Kondensator arbeiten, nach 14 Tagen entlassen, da es nur bei der Demontage so viele Leute braucht.

-Der Werkschutz bereitet uns beim Verteilen des Flugblatts erhebliche Schwierigkeiten. Gebt das Papier möglichst an Kollegen von anderen Gruppen und Schichten weiter!

men – dadurch war ich in diesem einen Raum eingesperrt – dann wurde ich abgeführt und vors Werkstor gesetzt. Einen aus unserer Gruppe konnte ich, als sie mich wegführten, noch beobachten, wie er sich umzog, einen auf Arbeitsunfall machte und sich per Taxi nach Hause fahren ließ.

Wie ist es weiter gegangen?

Bis dahin hatten laut Sklavenhändler etwa 30%ihren Job geschmissen. Neue wurden dafür angestellt, die nur im süddeutschen Raum rekrutiert wurden. Sie hatten sich als loyaler herausgestellt und waren billiger. Während sich der Kampf gegen die Arbeitshetze relativ leicht kollektiv organisieren ließ, war der Widerstand gegen die Verseuchung eine individuelle Sache geblieben. Wer den Ergebnissen der Staubanalyse Glauben schenkte, hörte, wie auch wir, aus Angst auf. Wir hatten in dieser kurzen Zeit zu wenig Kontakt untereinander herstellen können, wobei uns wie gesagt das große Einzugsgebiet die Kontaktaufnahme noch schwerer gemacht hatte. Wir hätten uns von Anfang an die Adressen der Malocher notieren müssen, mit denen wir immer wieder Kontakt gehabt haben. Dann wäre eine kollektive Aktion gegen die Verstrahlung erheblich realistischer geworden.

Warum haben wir das nicht gemacht? Zwei Gründe wollen wir darstellen: Anfänglich waren wir der Überzeugung, wir würden als Linke eh sofort rausgeschmissen werden. Diese Situation, sich jeden Tag neu darauf einstellen zu müssen, daß man doch länger da schaffen würde, hat uns einiges verpassen lassen, so z.B. den Austausch von Adressen. Jeden Tag fanden wir neue Elemente, die die Einschätzung unseres Jobs und die Strategie, die wir gewählt hatten,- wenn nicht grundsätzlich in Frage stellte- doch zumindest änderte. So waren wir beispielsweise selbst in den Widerspruch verwickelt: als wir unsere Annahme bestätigt sahen, daß der Job echt gefährlich ist, (sogar u.U. lebensgefährlich) waren wir selbst hin- und hergerissen. Einerseits waren wir von der Richtigkeit der Analyseergebnisse überzeugt, mußten Konsequenzen gezogen werden, d.h. mußte der Job geschmissen werden. Andererseits, nicht zuletzt wegen der guten Kontakte am Arbeitsplatz, wollten wir bleiben und einen kollektiven Kampf erst recht aufbauen, um den Betrieb lahmzulegen.

Als wir draußen waren, versuchten wir noch, über Radio, Fernsehen und Zeitungen die Prolis für ihre miesen und gefährlichen Arbeitsbedingungen zu sensibilisieren. Wir hofften, daß eine Veröffentlichung eher überzeugen würde als unsere Flugblätter! Eine Radiosendung und einige Zeitungsartikel haben auch ziemlich viel Wirbel ausgelöst. Das hat z.B. dazu geführt, daß im Schweizer Fernsehen im Hauptnachrichtenblock ein siebenminütiges Dementi verlesen und gezeigt wurde, ohne auch nur mit einem Wort darauf einzugehen, was den Betreibern vorgeworfen wurde ("Geschäft mit unserem Leben").

Die Gewerkschaft hat es rundweg abgelehnt, sich für Leute, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, einzusetzen (als könnte man bei einem Sklavenhändler in die Gewerkschaft eintreten!).

Wie es weiterging, ist nicht gerade aufbauend. Außer dem kurzen Wirbel in den Medien lief nichts weiter. Die Aufnahme unserer Radiosendung ist am nächsten Tag im Studio abhanden gekommen und blieb unauffindbar. Die abschließenden Ergebnisse der Staubanalysen, die weitere Interventionen begründet hätten, liegen nicht vor, die Staubanalyse kam abhanden.

Wir dachten, wir könnten die Medien für unsere Zwecke benutzen; tatsächlich haben sie uns benutzt, hat die Ökologie-Fraktion unsere Infos benutzt, worauf die Pro-Atom-Medien mit ihren Dementis reagierten, die Gefahr für die Malocher und die Ausbeutung überhaupt blieben außen vor.

P.S.: Wir haben den Sklavenhändler selbstverständlich wegen Vertragsbruch, ungerechtfertigter Kündigung und widerrechtlicher Kündigungsfrist verklagt. Der Prozeß ist noch hängig...

Trotzdem: die AKW's sind von innen zu knacken.

Der Kampf geht weiter!

Flugblatt Nr.3

Kollegen!

Über dreißig Arbeiter sind in den letzten Tagen mit fadenscheinigen Begründungen entlassen worden. Sie haben unerwünschte Fragen gestellt oder die Arbeit unter diesen Bedingungen ist ihnen zuviel geworden. Jeder kann beobachten, daß die Zahl der Unfälle und Pannen zunimmt. Täglich werden auch neue Sicherheitsbestimmungen eingeführt, obwohl am Tag zuvor noch alles für absolut ungefährlich verkauft wurde. Immer wieder gelten Kollegen als kontaminiert, die mit dem Staub im und um den Kondensator in Berührung gekommen sind. Arbeiter haben nach der Gefährlichkeit des Staubs gefragt. Ihnen ist gesagt worden, er sei völlig harmlos. Solche, die trotzdem die Staubmaske angezogen haben, wurden jeweils ausgelacht. Nach ein paar Tagen wurde aber die Staubmaske plötzlich als obligatorisch erklärt.

Dies wurde einem Kollegen zuviel. Wie viele andere hat er Angst bekommen. Er hat eine Staubprobe aus dem KKL rausgeschmuggelt und sie von ausgebildeten Wissenschaftlern untersuchen lassen. Wir sind ja etwa 700 Arbeiter, die da angestellt worden sind! Die Analyse des Staubs hat folgendes ergeben:

Der Staub ist aktiviert und enthält 17 verschiedene strahlende Stoffe, mit denen wir in Berührung gekommen sind oder bei unserer Arbeit eingeatmet haben. Unter diesen Stoffen ist mit 90%iger Wahrscheinlichkeit sogar Uran 238 enthalten. Dies ist ein gefährlicher alpha-Strahler, der lange in unserem Körper strahlt. Mit 100%iger Sicherheit sind jedenfalls größere Mengen Kobalt 60 im Staub. Diesen Stoff einzuatmen ist lebensgefährlich. Kobalt 60 besitzt eine Halbwertszeit von 5 Jahren. D.h., er braucht solange, bis er nur noch zur Hälfte wirkt. Uran braucht übrigens unzählige Jahre, um zu zerfallen. Wir müssen von jetzt an mit der Gewißheit leben, früher oder später an Lungenkrebs zu krepieren.

Diese Dreckschweine haben uns während der ersten zehn Tage angelogen und lügen uns weiterhin an.

Alles sei harmlos!

Mit unsrem Leben aber wird hier Profit gemacht, ohne mit der Wimper zu zucken.

Deshalb: Legen wir die Arbeit nieder!

So geht es nicht weiter. Anstatt zu arbeiten, müssen wir miteinander sprechen.

Deshalb versammeln wir uns, um gemeinsam zu entscheiden, was wir weiter tun wollen!

ES GEHT UM UNSER LEBEN!

Kollege, folge diesem Aufruf und sag es weiter!

Wir treffen uns!

Arbeitsbedingungen in Hanau:

Täglich ALARM

In seinem neuen Buch 'Ganz unten' beschreibt Günter Walraff u. a. die kaum vorstellbaren Arbeitsbedingungen für Leiharbeiter in deutschen AKW's.
Es ist ein Versuch, die immer wieder propagierte Maske des sauberen und sicheren Betriebs von AKW's zu zerstören, die Methoden der Sklavenhändler und ihrer Auftraggeber, in diesem Falle die Betreiber von AKW's, an den Pranger zu stellen.
In der letzten Ausgabe der Atom berichteten wir, wie der Bevölkerung Berichte über Störfälle in bundesdeutschen AKWs vorenthalten oder verfälscht weitergegenen werden.
Das nun folgende Papier wurde der Atom anonym zugesandt. Es handelt von den Arbeitsbedingungen in den Hanauer Atomfirmen NUKEM und ALKEM. Wir dokumentieren es in der Hoffnung, daß Interessierte hier weiter recherchieren und mehr Leute den Mut fassen, mit solchen Informationen an die Öffentlichkeit zu gehen.

Zum überwachungsstaatlichen Teil:

1. Bei der Einstellung von Ganz- oder Zeitmitarbeitern bei Nukem oder Alkem findet eine Sicherheitsüberprüfung statt. Verschiedene Mitarbeiter haben behauptet, während dieses Zeitraumes sei in ihre Wohnung eingedrungen worden (Sachen waren nicht genau an der selben Stelle, abgeschlossene Tür war nicht mehr abgeschlossen etc.).
2. Telefongespräche von Nukem-Mitarbeitern nach draußen (während der Arbeitszeit) werden zumindest zeitweilig mitgehört, z. B. durch andere Mitarbeiter, Vorgesetzte oder dritte Stellen. Das wird von verschiedenen Seiten zweifelsfrei berichtet. Die Mitarbeiter haben sich auch darauf eingestellt und achten sehr auf das, was sie mit Familie oder Freunden am Telefon besprechen.

Allgemeines

Überprüft mal, wieviele Mitarbeiter der Nukem seit Bestehen aus welchen Gründen den Betrieb verlassen mußten. Soweit mit bekannt, jedenfalls keiner wegen mangelnder Qualifikation oder wegen Unfähigkeit. Da aber die Nukem keine besseren Mitarbeiter als andere Betriebe auch hat, wimmelt es nur so von Leuten, die weder allgemein noch auf ihrem Fachgegiet besondere Ahnung haben. Die werden auf Stellen gesetzt, wo sie sich mit 'Aktenwälzen' beschäftigen und einem höchstens Steine in den Weg legen, selbst wenn es sich um durchaus sicherheitsrelevante Dinge handelt. Da wird unheimlich viel Leerlauf produziert.

Sicherheitsrelevantes:

1. Ich nehme an, daß Ihr über den Produktionsvorgang bei der Alkem prinzipiell informiert seid, wenn nicht, könnt Ihr das ja nachholen. Jedenfalls wird dort mit sogenannten Caissons gearbeitet, das sind Produktionsräume, die gegenüber der Halle Unterdruck aufweisen, wie auch die Halle gegenüber der Umgebung. Damit soll sichergestellt werden, daß nichts entweicht.
In diese Caissons geht keiner der Mitarbeiter bei der Alkem gern hinein, da dort das Kontaminationsrisiko sehr groß ist. Kontaminationen kommen täglich vor.
Die Anlagen bei der Alkem sind ja schon sehr alt, so daß es immer mal wieder vorkommt, daß Leitungen platzen, Ventile undicht werden etc. **Manchmal wird mehrmals täglich Kontaminationsalarm ausgelöst, so oft, daß das schon gar nicht mehr ernstgenommen wird.**
2. In diesen Caissons darf eine Höchstradioaktivität nicht überschritten werden. Das wird kontrolliert. Aber wie! Genau wie in anderen Lagerräumen, wo das auch der Fall ist: Radioaktives Material wird in die eine Ecke geschafft, dann in der gegenüberliegenden Ecke gemessen. Dann wird umgeräumt: Das Zeug in die vorher gemessenen Ecke und dann in der anderen Ecke messen. So geht das reihum, bis dann aus den Messungen ein Mittelwert gebildet wird, der das ganze dort befindliche Material ignoriert und natürlich unterhalb der Toleranzen liegt. Um das radioaktive Material wird sozusagen 'herumgemessen'. Das ist Routine und verstößt gegen alle Vorschriften.
3. Ein Beispiel, wie mit der 'Sicherheit' umgegangen wird: Ein Teil des Fußbodens in der Halle ist einmal durch auslaufende Brühe kontaminiert worden. Er sollte herausgerissen werden. Der mit dem Herausreißen des kontaminierten Teils des Fußbodens beauftragten Firma wurde aber nicht mitgeteilt, um was es ging. Ergebnis: Die Arbeiter der Firma machten sich ungeschützt 'mit bloßen Händen' an die Arbeit und erst, als sie durch die Schleuse wieder rauswollten, merkte man, daß sie total kontaminiert waren! Das ist kein Einzelfall!
4. Überhaupt: Was geschieht mit kontaminierten Mitarbeitern? Sie werden von der Firmenleitung darauf einegeschworen (und dafür mit Zulagen bezahlt), daß sie noch nicht einmal ihrer Familie davon erzählen. Da aber die notwendigen medizinischen Untersuchungen mit Zeitaufwand verbunden sind, müssen sie erzählen, sie machten Wochenendarbeit oder gingen auf einen Lehrgang, während sie aus dem Verkehr gezogen sind.
5. Wieder zurück zum radioaktiven Material: **Die Alkem platzt aus den Nähten. Es ist viel mehr da, als gesetzlich erlaubt oder vorgesehen ist, die wissen gar nicht mehr wohin mit dem ganzen Mist.**
Folgende Abhilfen wurden geschaffen:
a) Das Zeug wird in Räumen gelagert, wo es gar nicht sein dürfte (s. Pkt. 2). Da wird dann, um es zu verschleiern, 'drumrumgemessen'.
b) Das vorgesehene Zwischenlager ist zum Platzen gefüllt und faktisch ein Endlager. Um den Vorschriften Genüge zu tun, werden ab und zu die Beschriftungen und Auszeichnungen des dort Gelagerten geändert, Ein- und Ausgänge fingiert. Der gelagerte Bestand aber ist im Großen und Ganzen immer derselbe.
c) Um aus der Produktion stammende schwach- und mittelaktive Abfälle unterzubringen, wurde kurzerhand der Firmenparkplatz geräumt und der Mist dort gelagert. Ein Zwischenlager in Hanau! usw.
6. Plutonium:
Aus der Alkem Plutonium zu entwenden, ist nicht so schwer, wie die Leute einen glauben machen wollen. Zwar sind die Schleusen da, aber wer an das Zeug ranwill, der muß nicht unbekingt an den Schleusen vorbei! Fragt mal die Arbeiter dort, die wissen wie das gehen könnte (bei Kontaminationsalarm). Straffreiheit zugesichert , wäre ich jederzeit bereit, das zu demonstrieren. (müßte man sich nur was einfallen lassen, wie ich bis dahin anonym bleiben könnte).
Ich könnte noch eine Weile so weitermachen, aber das geht irgendwie nicht Alles in einen Brief. Fangt mal an, darin rumzustochern und es wird Euch noch viel mehr an tollen Sachen über den Weg laufen.
Aber: Verfassungsschutz, MAD und weweiß-ich-noch-alles fahren total auf Versuche ab, solche Sachen nach draußen zu bringen. Deshalb habe ich die Sachen alle etwas verschwommen gehalten, damit sie die Informanten nicht so gut festnageln können, und deshalb will ich auch nicht dabei in Erscheinung treten. Ich hoffe, das versteht Ihr!
Ich weiß auch noch mehr Sachen, die bei Alkem und Nukem abgehen, z. B. wie Gutachten und Grenzwerte solange gepfriemelt werden, bis die Dinge in den zulässigen Bereichen liegen, aber ich fürchte, man kann dort leichter feststellen, von wem ganz konkret etwaige Informationen stammen.
Deshalb müßt Ihr Euch darum schon selber kümmern, gerade was die Voraussetzungen für die die jetzt aktuellen Genehmigungsverfahren angeht!

Atomhandelsmesse in Genf

Atomindustrie rüstet für 90er Jahre

Vom 8. bis 10. April findet in Genf auf neutralstem Boden eine Riesen-Handelsmesse der internationalen Atomindustrie statt, gegen die sich Widerstand regt.

Menschenteppiche in Winterthur, Blockaden gegen Zuliefercamions, Menschenteppiche und symbolische Beerdigungsfeiern in Basel, an beiden Orten grosse Demonstrationen: So wurde 1981 gegen zwei grosse Handelsausstellungen für Waffen- und Rüstungsgüter (die *W'81* in Winterthur) und Atomtechnologie (die *Nuclex* in Basel) Widerstand geleistet. Seither musste auf die geplante Wiederholung solcher Schweizer Beihilfen zum weltweiten Aufbau von Militär- und Atomstaaten aus politischen Gründen verzichtet werden.

Was sonst nirgends mehr durchgeführt werden kann, soll nun offenbar nach Genf verlegt werden: Vom 8. – 10. April werden sich in der Rhonestadt im Rahmen der *Nascom* die Waffenhändler und vom 1. – 6. Juni in der *ENC'86 Trade Fair* die Atomindustriellen ein Stelldichein geben. „Genf ist halt eine neutrale Stadt", erklärt der Grand Old Man der 'Schweiz. Vereinigung für Atomenergie' (SVA, Bern), Feuz, gegenüber der *friedenszeitung*.

Neutralität heisst in Genf offenbar: Bevorzugter Erscheinungsort von zahlreichen internationalen Rüstungszeitschriften, Stätte zum privaten Einkauf von Atombomben, wie der französische Journalist Patrick Berthreu mit Wallraff-Methoden bewies ('Le Monde' 19.7.85), vielleicht bald Sitz eines Eureka-finanzierten Hochtechnologieforschungszentrums, worum sich das CERN bewarb, mit 7000 Atomwissenschaftern und -technikern auch nicht gerade unbedeutend. Heisst Neutralität, sich sein Geld mit der Organisation des Weltmarktes für Rüstungs-, Atom- und anderen Hochtechnologiegütern zu verdienen?

Für die *ENC'86 Trade Fair* werden 2–3000 Atomhändler und techniker aus der ganzen Welt erwartet. Bereits 250 Aussteller haben sich angemeldet, mindestens 100 weitere sollen noch hinzukommen. Sie stammen aus Frankreich, England, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Spanien, Belgien, Korea, Schweiz, Japan und den USA. „Garantierter Erfolg" – „Ein milliardenschwerer Markt" – „Ideales Instrument für Marketing im Atomsektor" verspricht die Werbung für die ENC'86 Trade Fair. Nach zehn Jahren Krebsgang Vorbereitung auf einen neuen Aufschwung der Atomindustrie in den 90er-Jahren?

Neue Märkte finden sich nicht zuletzt in der Dritten Welt. Die Zeitschrift 'atomwirtschaft' machte im neuesten Heft mit Stand vom August 1985 folgende Übersicht: Gegenwärtig im Bau sind Atommeiler in Argentinien, Brasilien, China, Indien, Iran, Korea, Kuba, Mexiko und den Philippinen (22 Einheiten), Bestellungen gibt es aus Ägypten, Brasilien, China, Indien, Jugoslawien, Philippinen und der Türkei (13 Einheiten), während in der westlichen Welt zwar noch 100 AKW's im Bau sind, jedoch nur noch 19 weitere bestellt und im Ostblock 53 im Bau, 54 bestellt sind.

War die 'Nuclex' ein rein kommerzielles Unternehmen der Basler Mustermesse, so soll die ENC'86 Trade Fair laut Feuz nicht zuletzt die parallel laufenden Kongresse mitfinanzieren helfen. Sie laufen unter dem Namen ENC'86, die laut Werbung „die wichtigste europäische Atomkonferenz der 80er-Jahre" ist. ENC'86 steht unter dem Patronat der OECD, vertreten durch deren Atomenergieagentur.

ENC'86 umfasst einerseits die vierte Konferenz der europäischen Atomwissenschafter und -techniker (der „European Nuclear Society" ENS) und deren amerikanische Kollegen („American Nuclear Society" ANS), andererseits die neunte Konferenz der europäischen Atomindustriellen und Elektrizitätswirtschaft („Foratom IX") und deren amerikanische Konkurrenten („Atomic Industrial Forum"). Das ENS-Sekretariat wird in Bürogemeinschaft mit der SVA von Feuz in Bern geleitet, das Foratom-Sekretariat befindet sich in London.

Diese beiden Kongressveranstalter beauftragten mit der Organisation der Atomhandelsmesse ENC'86 Trade Fair eine Genfer Firma, die 'Orgexpo'. Diese Firma wurde 1957 im Anschluss an die grosse UNO-Konferenz „Atome für den Frieden" von 1955 gegründet. Trotz OECD-Patronat für den Kongress gibt es laut Feuz keinerlei staatliche Unterstützung für die Veranstaltungen und die Ausstellung in Genf.

Die zentralen Konferenzthemen sind

- von Foratom: – der Atommarkt in den Industrie- und Entwicklungsländern; – die Wirtschaftlichkeit der Atomenergie; – Atomenergie und öffentliche Meinung; – internationale Zusammenarbeit;
- von ENS: – bessere Ausnutzung bestehender Atomanlagen; – neue Technologien wie der Hochtemperaturreaktor und die Fernheizung; – Brennstoffkreislauf; – Abbruch von AKWs und Atommüll; – Sicherheitstechnologien; – schnelle Brüter und Fusionsenergie.

Anti-AKW-Gruppen haben zum Widerstand gegen diese Grossveranstaltung der Atomlobby aufgerufen. Auf Einladung des 'Courant alternatif' (Genf) und der Gewaltfreien Aktion gegen das AKW Kaiseraugst (GAGAK) fand am 9. November in Genf ein erstes Treffen statt. Unter dem gemeinsamen Titel „Contratom" sollen während einer gemeinsamen Aktionswoche dezentral in der ganzen Schweiz vielfältige gewaltfreie direkte Aktionen durchgeführt werden.

Kontaktadressen: Contratom, c/o Laurent Excoffier, 6, rue du Prince, 1204 Genève, Tel. 022/21 46 96
Contratom, c/o GAGAK, Regionalstelle Zürich, Postfach 1310, 8036 Zürich, Tel. 01/710 47 03 (Mario)

Die wilde Katze aus der Schweiz.

Endlagerpläne der Schweiz

Ende September 1985 gab der Schweizer Bundesrat die Bewilligung an die „Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle" (Nagra) für Sondierbohrungen in Bauen (Uri), Piz Pian Grand (GR) und Ollon (VD), um ein Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle auszukundschaften. Diese Bewilligung wurde mit der Auflage erteilt, daß noch mindestens ein vierter Standort in die Auswertung der Nagra miteinbezogen werden müßte. Der vierte Standort ist mittlerweile von der Nagra im Kanton Nidwalden gefunden worden. Er liegt höchstwahrscheinlich in den Gemeinden Beckenried und Emmetten, auf der anderen Bergseite von Bauen.

Wichtig für die Realisierung des Endlagerprojektes ist nach Ansichten des Nagra-Geschäftsführers, Hans Issler, die politische Akzeptanz. Sie sei genauso von Bedeutung, wie positive geologische Meßdaten. Die politische Akzeptanz soll zumindestens im offiziellen Nidwalden vorhanden sein.

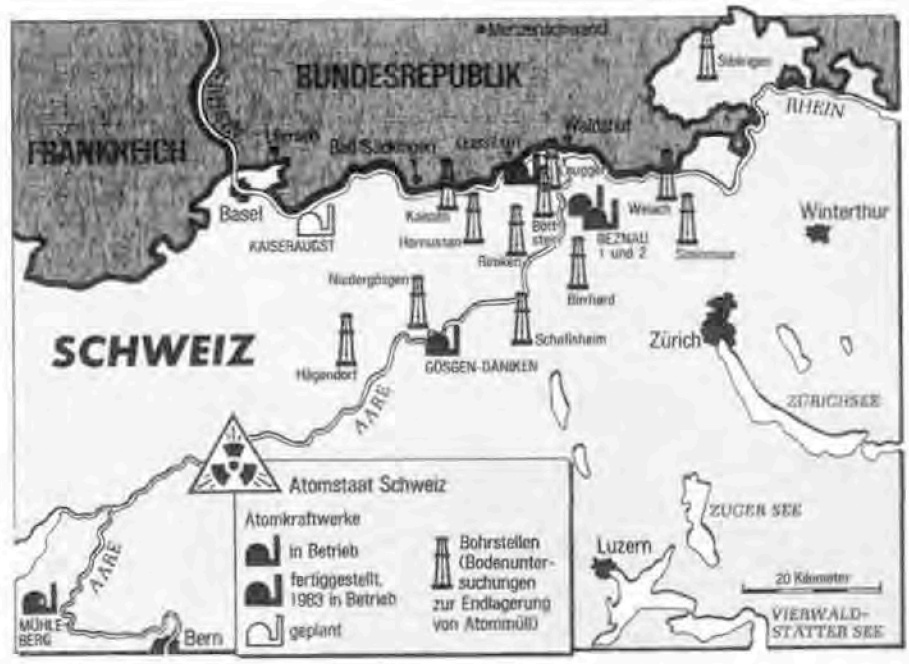
Doch die politische Akzeptanz für das Endlagerprojekt trügt: die Urner Gegneraktion „Atommüll hiä niä" hat den Atomkraftgegner/innnen/n im Kantom solidarische Kampfunterstützung zugesagt. Und auch das „Demokratische Nidwalden" (DN), das einhundert Mitglieder/innen zählt, reagierte:

„Mit Wut und Empörung sehen wir, wie sich unsere Regierung hinterlistig über die einfachsten demokratischen Spielregeln hinwegsetzt. Heuchlerisch bietet sie unter dem Kleid freudeidgenössischer Solidarität prostitulerend der Nagra an. (...) Durch diese Demonstration der Macht fühlen sich die Bürger Innen verkauft und in ihrer Meinung 'Die machen ja sowieso was sie wollen' bestärkt. Das DN wird die weiteren oppositionellen Schritte in dieser Angelegenheit vorbereiten."

Doch der Bau des Endlagers für radioaktive Abfälle zwischen Emmetten und Beckenried ist vorerst noch Regierungswunsch. Denn alle geologischen Erkenntnisse die beim Bau der Nationalstraße N2 und der Täufung des Seeligsbergstunnels gewonnen wurden, sprechen gegen den Bau des Endlager. Nach den Angaben des Polliers Josef Murer, der am Seeligsbergtunnel mitgearbeitet hat, ergibt sich folgendes geologisches Bild: „Im Endlager-Standort Niederbauen gehen die geologischen Schichtungen kreuz und quer durcheinander. Es hat viel Mergel und Mergel läßt viel Wasser, schau Dir nur den Wasserfall an, der aus dem Autobahntunnel kommt."

Trotz dieser geologischen Bedenken ist der Beckenrieder Gemeindepräsident, Josef Amstad, CVP Landrat, Befürworter des Endlagerprojekts:

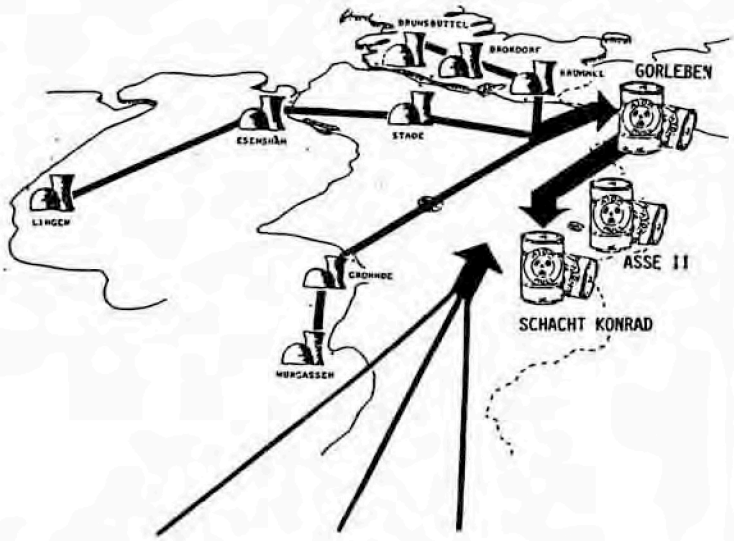
„Dieses Endlager tangiert unser Dorf nicht - also - wenn das Endlager käme, würde unser Dorf nicht tangiert. Da müssen wir ganz neutral und objektiv sein: es hat nichts mit dem Dorf zu tun, das ist keine Floskel, denn ich werde mich vehement dafür einsetzen, daß das Material auf dem Seeweg zum Stollenportal transportiert wird. Wir im Gemeinderat meinen, für ein allfälliges Endlager müßte primär der sicherste Standort gewählt werden. Natürlich sind die wirtschaftlichen Anreize für unser Dorf nicht uninteressant. Ich glaube nicht, daß bloß große Firmen in den Zentren profitieren werden. Ich werde mich vehement dafür einsetzen, daß das nicht passiert. Wir sind nämlich durchaus in der Lage, alles selber zu machen; denken sie nur an die auf Stollenbau spezialisierte Firma von German Murer (ehemaliger Regierungsrat), deren Chefs alle in unserer Gemeinde wohnen. Wir können diese Arbeiten intern vergeben. Aber schauen Sie einmal den Berg an, dort: man muß ganz klar sehen, das Endlager wäre weit weit unter dem Berg."



Was der Beckenrieder Gemeindepräsident, Josef Amstad, mit „wirtschaftlichen Anreizen" auf lokaler Ebene umschreibt, entpuppt sich in Wirklichkeit als ein bis aufs kleinste auf kantonaler Ebene ausgeklügeltes Interessengeflecht zwischen regionalen Politikern und Unternehmen. So würden immense Mengen Kies beim Bau des Endlagers anfallen, auf die die Kiesfirma „Waser AG" spekuliert. In Stansstad, wo der Waser-AG-Verwaltungsdelegierte Hugo Waser wohnt, im Nebenamt Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Niederwalden, hauptberuflich Prokurist und Leiter des Konzernstabes „Recht" bei der „Schindler Holding AG Hergiswil (NW)". Aus Gründen des Landschaftsschutzes wurde die Kiesausbeutung des sich in unmittelbarer Nähe des geplanten Endlagers befindlichen Sees immer schwieriger. Benötigt für die Kiesförderung werden Aufzüge und Förderanlagen, wie sie zufälligerweise der Brötchengeber von Regierungsrat Waser herstellt.

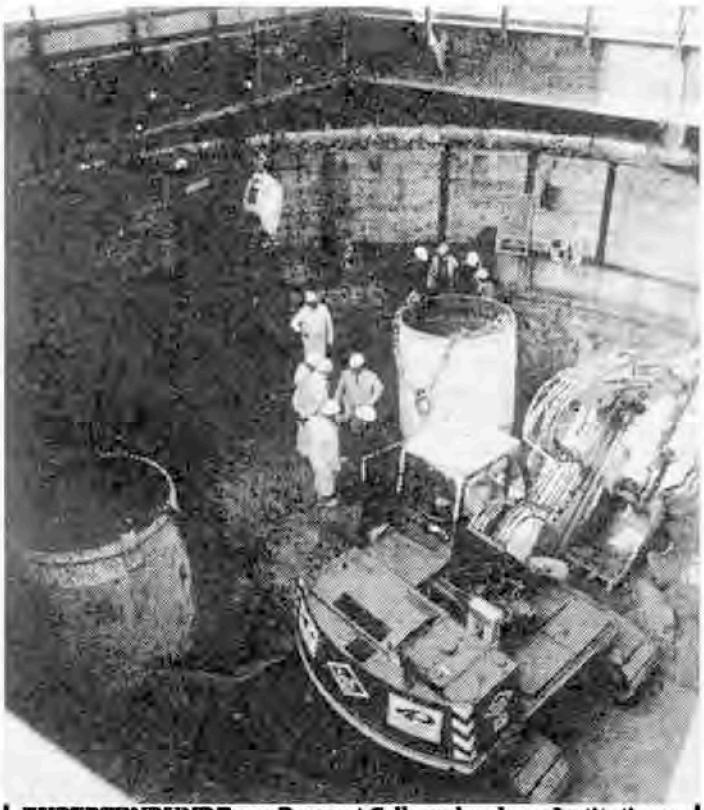
Das geplante Endlager, daß der liberale (FDP) Volkswirtschaftsdirektor mit „angemessener volkswirtschaftlicher Nutzen" umschreibt, ist auch deshalb für das Kanton Nidwalden von ökonomischen Interesse, weil nach dem Bau der Nationalstraße und der Täufung des Seeligsbergstunnels die regionale Bauwirtschaft nicht mehr auf Rosen gebettet ist. Gegen 25 Millionen Franken könnte nach Nagra-Pressesprecher Karl Schori dagegen ein Sondierstollen zur Auskundschaftung des Endlagers einbringen. Und ein Endlager dürfte gar auf die Investitionssumme von 300 Millionen Franken nur für den Bau einbringen. Während der sechzig bis siebzig Betriebsjahre des geplanten Endlagers ist der Beschäftigungseffekt als äußerst gerin zu bewerten. Einen Dauerarbeitsplatz im Endlager sollen 30-40 Arbeiter/innen erhalten. Die Gemeinde, in der das Endlager gebaut würde, hätte ein jährliches Mehrsteueraufkommen durch die Nagra-Betriebsgesellschaft von eine Million Franken. Außerdem gäbe es Geldmittel für sogenannte „Inkonvenienzen", das sind „Unbequemlichkeiten" oder „Ungelegenheiten" die sich aus dem Betrieb des Endlagers ergeben, also keine Gefahrenzulage.

Endlager-Spektakel vom 8. bis 11. Mai '86 !



- Der Versuch vom Februar '85, die WAA nicht im Widerstandsloch Gorleben, sondern in einer vermeintlich friedlicheren Region zu bauen, führte die Betreiber nur vom Regen in die Traufe: In kurzer Zeit entwickelte sich in der Region um Wackersdorf ein neuer Schwerpunkt des Widerstands gegen das Atomprogramm. Der neueste Versuch besteht darin, die direkte Endlagerung als Alternative zur Wiederaufarbeitung zu verkaufen. Nur so kann das Atomprogramm weiterlaufen, wenn auch Wackersdorf "politisch nicht durchsetzbar " sein wird.
- Die CDU will mit der direkten Endlagerung den großtechnischen Einstieg in die Plutoniumwirtschaft abrunden, SPD und Gewerkschaften, die die direkte Endlagerung als Alternative zur WAA fordern, wollen der Bevölkerung weis machen, damit sei das Atommüllproblem zu lösen und der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft werde vermieden.
- Während Bundes- und Landesregierung behaupten, sich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger um die Lösung der Sicherheitsprobleme zu kümmern,
  - dient Schacht Konrad schon als Entsorgungsnachweis für AKW's (angeblich wird der Schacht aber erst auf seine Eignung untersucht!);
  - sollen aus dem Salzstock bei Gorleben schon riesige Mengen von Salz ausgehoben werden, um Platz für die Endlagerung zu schaffen (angeblich ist aber noch nicht über das Endlager entschieden!);
  - soll mit den Atommülltransporten (die angeblich keine radioaktive Gefährdung bedeuten) die systematische Verseuchung von Mensch und Umwelt weiter zunehmen.

Es gibt keine gesicherte "Entsorgung" (schon das Wort ist Propaganda!)
- Die einzige Chance, das Problem des atomaren Abfalls in den Griff zu bekommen, ist der sofortige Ausstieg aus der Produktion. Es reicht nicht aus, gegen einzelne Anlagen vorzugehen; unsere Forderung heißt



EXPERTENRUNDE von Bergamt Celle und anderen Institutionen bei der letzten Begutachtung vor Beginn des Vorschachtteufens an Schacht 1 in Gorleben. Der Bagger gräbt sich innerhalb des „Ausbruchstoßes" in die Tiefe, der Vorschacht wird insgesamt 50 Meter tief. Foto: R. Stremmler

STOPPT DAS ATOMPROGRAMM !

Gegen den Versuch der Betreiber,

- Niedersachsen mit seinen (geplanten) Atommüllendlagern in Gorleben, Schacht Konrad und Asse II zum Atomklo der BRD zu machen,
- mit ständigen Atommülltransporten über Schiene und Straße eine ganze Region mit radioaktiven Stoffen zu belasten,

wollen wir mit der gemeinsamen Endlagerkampagne im norddeutschen Raum den Widerstand gegen das gesamte Atomprogramm fortsetzen.
Wir setzen uns zur Wehr, wo Regierungen und Betreiberfirmen unter einer Decke stecken, um den Weg in eine verstrahlte Zukunft zu planen!
Wir rufen alle Menschen in unserer Region auf, den Widerstand gegen die Atompolitik zu unterstützen !

DESHALB MIT PHANTASIEVOLLEN AKTIONEN AUF ZUM ENDLAGERSPECKTAKEL...

Dokumentation Thieshope Autobahn 11.3.86

Wir haben heute nacht ein Sand+Kies-mischwerk der Fa. HOCHTIEF mit Brännsätzen flambiert!

HOCHTIEF ist der zweitgrösste Baukonzern der BRD, eine Tochter des Atomgiganten RWE und „Generalunternehmer" der geplanten Atomfabrik in Wackersdorf. Bei dem Bau der Atomanlagen im Wendland versuchen sie ihren Profit zu erhöhen. So auch bei dem Bau von Knästen in Südafrika und Wohnghetto's in Brasilien. Kein Projekt sei es auch noch so menschenverachtend, wo diese Firma nicht mitmischt.
Mit dem Anschlag wollten wir ihren Profit verringern.
Wir hoffen auf weitere gute Zusammenarbeit und verbleiben

Ihre
Pissnelken ARGE

DAS FÖRDERGERÜST auf dem Endlager-Erkundungsgelände als Hintergrund: Weit über 400 Menschen brachen gestern nachmittag zu einem „Waldspaziergang" auf.
Foto: D.Brockes

Bleibt uns vom Hals mit Mauem und Salz

Beginn des Vorschachtbaus

Der 18.März 86 wird evtl. als verhängnisvolles Datum in die Geschichte des Gorleben-Widerstandes eingehen. Ab diesem Tag geht es beim Endlagerbau in die Tiefe. Damit wurde mit dem Bau des Vorschachtes, der eine Tiefe von 50 m. und einen Durchmesser von 9,13 m. haben soll begonnen.
Seit letztes Jahr Oktober wurde ein Frostkörper installiert um den gesamten Boden für den Ausbau der Vorschachtteufe zu gefrieren. Der Vorschacht ist erforderlich für die Erstellung der Arbeitsbühne, mit deren Hilfe der eigentliche Schacht bis auf 940 (!) Meter Tiefe ausgehoben werden soll.
Mit dem Beginn des Ausbau's des eigentlichen Schachtes ist voraussichtlich im **Aug. 86** zu rechnen.
Dies wollen die Betreiber dann auch tüchtig feiern, vorgesehen ist u.a. die Beteiligung von Forschungsminister Riesenhuber.
Diese Feier sollte man/frau den Herren vielleicht ein wenig "versalzen". Bis August ist "ja" noch genügend Zeit, um sich etwas passendes zu überlegen.

Am Sonntag, dam 16.02.86 fand an der Gorlebener Endlagerbaustelle ein Waldspaziergang mit weit über 400 Personen statt um gegen die drohende Abholzung von 17 Hektar Wald zu protestieren.
Das während der 1. Ausbauphase des Endlagers anfallende Salz soll auf diesem Gelände auf einer Grundfläche von 270 x 215 m. und einer Höhe von 35 (!) m. zu einer Salzhalde aufgeschüttet werden.

Trotz klirrender Kälte besetzten nach der Kundgebung ca. 40 Atomkraftgegner/innen das Waldgelände. Es wurden Zelte und "Holzhäuschen " errichtet um der drohenden Abholzung entgegenzuwirken.

Durch die Aktionen sollte auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß sowohl Endlager und dessen angebliche "Erkundigung" als auch für die Salzhalde keinerlei atomrechtliche Genehmigungen beantragt wurden geschweige denn vorliegen. Der gesamte Ausbau des Endlagers findet auf Grundlage des Bergrechts statt, Genehmigungsbehörde ist das Celler Bergamt.

Parallel zur Besetzung beantragte dies BI Lüchow-Dannenberg beim Verwaltungsgericht Lüneburg eine einstweilige Anordnung gegen den von der Tochtergesellschaft der DWK, der DBE (Deutsche Gesellschaft für den Bau und Betrieb von Endlagern) beim Bergamt Celle beantragten "Sonderbetriebsplan Endlager".
Zur Rodung des Geländes erteilte das Bergamt Celle eine Ausnahmezulassung, da normalerweise lt. Naturschutzgestz ab Februar Waldrodungen aus Gründen des Vogelschutzes untersagt sind.

Nach 2tägiger "Waldwache" ließ der Kreis das Gelände von der Polizei räumen, begründet wurde dies *"mit der Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung und zur Verhinderung weiterer Rechtsverletzungen"* wie es so schön heißt.

Die Rodungsarbeiten selbst wurden dann auch kaum behindert. Nur am 2. Rodungstag kam es zu einer überraschenden Aktion. Eine kleine Gruppe von Atomkraftgegner/innen griff eine Baumrückmaschine an, hält den Fahrer mit einem Feuerlöscher in Schach und zertrümmert währenddessen die Windschutzscheibe und Teile des Motors.
Dies nahm die Polizei zum Anlaß, eine Hetzkampagne gegen die Atomkraftgegner/innen zu starten.
In der gleichen Woche wurde mit einer spontanen Demonstration in Lüchow gegen den Beginn der Rodungsarbeiten protestiert. Hierbei wurde durch auf die Straße gelegte Baumstämme die Hauptstraße eine halbe Stunde lang blockiert. Dann räumte Polizei und BGS die Straße und nahm 5 Menschen vorläufig fest.
Die BI Lüchow-Dannenberg verurteilt in einer Presseerklärung die *"Unverhältnismäßigkeit"* des Polizeieinsatzes:" *Auf einen gewaltfreien Protest wurde nahezu mit einer Notstandsübung reagiert. Jede/r konnte einen Vorgeschmack von dem bekommen, was durch die im Bau befindliche Polizeikaserne in Lüchow zum Tagesgeschehen gehören wird, wenn die Bevölkerung es wagen sollte, ihrer Meinung nachhaltig Ausdruck zu verleihen."*

Direkte Endlagerung — (k)eine Alternative zur Wiederaufarbeitung

1. Der Beschluß
Beginnen wir mit einer Tatsache. Also: die Bundesregierung beschließt am 23. 1. 85 den Bau einer WAA für Leichtwasserreaktoren. Sie beruft sich auf das Gebot der 'Reststoffverwertung', das angeblich zwingend aus dem Atomgesetz hervorgehe. Die Direkte Endlagerung erscheine zwar grundsätzlich sicherheitstechnisch realisierbar, Forschungsarbeiten seien aber noch nicht abgeschlossen. Klar ist den Leser/innen des Berichts der Bundesregierung aber, daß es ein **sowohl als auch** und kein **entweder oder** ist, denn erstens wird es keine WAA für den Schnellen Brüter oder den Hochtemperaturreaktor geben, zweitens steht am Ende einer jeden Kette des nuklearen 'Kreislaufs' die Endlagerung mit Konditionierung der Abfälle. Oder anders ausgedrückt: auf eine WAA könnte die Atomwirtschaft sehr wohl verzeichten, auf die Konditionierung und Endlagerung von Brennelementen und atomaren Abfällen **keinesfalls**.

2. Folgen
Unter dem Eindruck der Entscheidung der Bundesregierung für den Bau der WAA beginnen AKW-Gegner/innen tatsächliche und vermeintliche Vorteile der Direkten Endlagerung aufzugreifen, die aus der 'Systemstudie Andere Entsorgungstechniken' zu entnehmen sind. So kommt es zu dem Beschluß des hessischen 'Doppelvierers' (der gemischten Kommission von Experten, die von der SPD und den Grünen benannt wurden), sich für die Direkte Endlagerung stark zu machen.

3. Impressionen
Auf die Frage, warum im süddeutschen Raum die Bürgerinitiativen sich Anti-WAA-BI's nennen, ob sie denn keine Atomkraftgegner/innen seien, gab es auf der Atommüllkonferenz in Trebel am 18./19. Januar 86 empörte Zwischenrufe von seiten der Angesprochenen. Selbstverständlich sei man/frau AKW-Gegner/in. Die Frage sei eine derbe Unterstellung. Der Grund für die Umbenennung sei darin zu sehen, daß die WAA-Problematik ein größeres Spektrum an Leuten und Organisationen anspreche. Das ist es ja! Die Diskussion um die Frage, ob wir uns als Anti-AKW-Bewegung oder als Anti–WAA-Bewegung verstehen ist keine der Etikette. Getreu dem Motto 'Lieber ein Spatz in der Hand als eine Taube auf dem Dach' wird m. E. dabei der Fehler gemacht, unter der neuen Etikette alle Kräfte zu sammeln, die gegen den 'Einstieg in die Plutoniumwirtschaft' votieren.

4. Appell
So kommen wir nicht weiter. Man/frau stelle sich einmal vor, die BI's im süddeutschen Raum argumentieren mit der Direkten Endlagerung, wir im norddeutschen Raum hätten's auszubaden. Wie soll den Leuten im Braunschweiger Raum mit Schacht Konrad und der Asse, wie soll uns mit den **konkreten** Bauschritten für das Endlager Gorleben und der Konditionierungsanlage zumute sein angesichts dieser Entwicklung bei den Grünen und in der Anti–AKW-Bewegung? Einmal abgesehen von der Lächerlichkeit der Atomlobby vorzurechnen, daß die Direkte Endlagerung billiger sei, einmal abgesehen, daß der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft längst vollzogen ist, einmal abgesehen davon, daß die Risiken einer Konditionierung noch gar nicht abschätzbar sind, gingen wir den Atomparteien voll auf den Leim. So lesen wir in der Drucksache der Bürgerschaft derFreien und Hansestadt Hamburg (Stichwort: Systemvergleich WAA-Direkte Endlag.) unter der Überschrift 'Aspekte der Sozialverträglichkeit': *„Bezogen auf die Direkte Endlagerung heißt das, daß eine derartige Entsorgung akzeptanzfördernd wirkt, da nicht nur die radioaktiven Emissionen reduziert werden (das ist die Frage, Anm. d. Verf.) sondern auch der Ausstieg aus der Kernenergie - ohne Schaffen von Sachzwängen - offenbleibt.* **Sollte auf Kernenergie nicht verzichtet werden, bleibt nach einer Langzeitzwischenlagerung immer noch die Option des Wiedereinstiegs."** (Drucksache 11/4446, S. 4)

Wolfgang Ehmke/BI Lüchow-Dannenb.

Essener Parteitag der SPD - Auszug aus den Beschlüssen zur Energiepolitik (1983)

In Fortentwicklung ihrer Beschlüsse in Hamburg, Berlin und München unterstreicht die SPD, daß die Nutzung der Kernenergie nur für eine Übergangszeit zu verantworten ist. Ziel sozialdemokratischer Energiepolitik ist es, nach dieser Übergangsphase sichere, preiswerte und umweltverträgliche Energieversorgung ohne Kernenergie zu gewährleisten.
Die Entsorgung der Kernkraftwerke ist heute ungesicherter denn je - und das nach über einem halben Jahrzehnt gezielter Förderung durch die öffentliche Hand.
Der Salzstock Gorleben kann wichtige Voraussetzung für eine sichere Endlagerstätte für den Atommüll aus den Kernkraftwerken nicht erfüllen, so zeigen es die Ergebnisse der in diesem Jahr abgeschlossenen Untersuchung von Obertage aus.
Durch einseitige Ausrichtung auf die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente gibt es bis heute keine Versuchsanlage für die Technik der direkten Endlagerung (Alternative zur Wiederaufarbeitung), obwohl ihre Verwirklichung von den Regierungschefs 1979 beschlossen wurde. Dies erweist sich jetzt als eine immer bedrohlichere Lücke in der Entsorgung, weil diese Technik auch dann erforderlich ist, wenn die Wiederaufarbeitung eingeführt würde.(...)
Deshalb verlangen die Sozialdemokraten, daß über die Versuchsanlage in Karlsruhe hinaus die Technologie der Wiederaufarbeitung in der Bundesrepublik nicht weiter verfolgt wird.
Die Entsorgung der Kernkraftwerke muß sich auf folgende Wege konzentrieren:
1. Die Endlagerungsmöglichkeit für den Atommüll muß so verwirklicht werden, daß ein sicherer Abschluß gegen die Biosphäre erreicht wird. Dazu ist neben dem Salzstock Gorleben mindestens ein weiterer Salzstock als mögliches Endlager eingehen zu untersuchen.
2. Die Bearbeitung abgebrannter Brennelemente zur direkten Endlagerung muß zur technologischen Reife entwickelt werden. Dazu notwendige Versuchs- und Demonstrationsanlagen müssen errichtet werden.
3. Die Voraussetzungen für einen sicheren Betrieb des Trocken-Zwischenlagers Gorleben, einschließlich der Sicherheit der Transportwege und der Lagerungsbehälter (Castor), müssen genauestens überprüft werden.
4. Bei Bedarf durch anfallenden Müll aus Kernkraftwerken ist ein weiteres Zwischenlager zu errichten.
Solange diese Bedingungen nicht erfüllt sind, ist ein weiterer Zubau von Kernkraftwerken unvertretbar und unverantwortlich.(...)

Alois Pfeiffer 'Energiepolitik aus der Sicht des DGB'
Auszug aus dem Referat einer Tagung des DGB Landesbezirks Hessen vom 12. 11. 83 in Wölfersheim

Ein Wort zur Wiederaufarbeitung: Der DGB ist der Auffassung, daß Wiederaufarbeitung nicht Entsorgung ist, daß Wiederaufarbeitung nicht allein deshalb zwangsläufig zu rechtfertigen ist, weil hier Brennstoff wiedergewonnen wird; denn die Menge des wiedergewonnenen Brennstoffes - 1 bis 2,5% unseres Primärenergieverbrauchs - steht derzeit in keinem Verhältnis zu den Kosten der Wiederaufarbeitung.
Der DGB ist aber der Auffassung, daß sich diese Kostenverhältnisse in Zukunft ändern können, vor allem aber, daß die Wiederaufarbeitung technologische Bedeutung hat und daß man Optionen auf weiterführende Reaktorlinien nicht sinnvoll verfolgen kann, wenn man nicht zugleich ihre Voraussetzung, nämlich die Wiederaufarbeitung ebenfalls technisch verfolgt.
Deshalb stellen wir uns dem Bau einer Demonstrationsangage von etwa der halben Größe, wie sie zur Zeit von der DWK für Niedersachsen und Bayern im Gespräch ist, nicht entgegen.(...)
Wir sind aber der Auffassung, daß es zwei Entsorgungsmöglichkeiten gibt, nämlich einmal die direkte Einlagerung von Brennelementen in unterirdische Deponien. Der andere Entsorgungsweg ist komplizierter. Die Brennelemente kommen vom Reaktor in die Zwischenlagerung, von dort in eine Wiederaufarbeitungsanlage. Die Abfälle der Brennelemente und der Wiederaufarbeitung kommen ins Endlager.
Beide Entsorgungswege sind zu prüfen. Der Weg der direkten Entsorgung ist nach dem derzeitigen Kenntnisstand ohnehin notwendig weil es Brennelemente gibt, die heute technisch und wirtschaftlich gar nicht wiederaufgearbeitet werden können. Es bietet sich eigentlich an, eine Kombination von beiden Entsorgungswegen.(...) Man sollte unvoreingenommen über ein solches Konzept nachdenken. Es wäre entsorgungspolitisch, technologiepolitisch und wirtschaftlich in der Zusammenfassung wohl ein Optimum.

des Märchens Ende

So kam es, daß wenig später die Bauern und Bäuerinnen bei dem weisen Mann in Hamburg auftauchten. Der saß gerade in seinem Zimmer und brütete über ein paar dicken, wissenschaftlichen Büchern. Seine Besucher erzählten ihm, was in Gorleben passiert war, und wie der Ministerpräsident, der Direktor der Atomkraftwerksgesellschaft und auch der Oberbergingenieur versucht hatten, sie zu beschwindeln.

Die Bauern hatten inzwischen einen Entschluß gefaßt, und waren nicht mehr ratlos. Sie sagten sich: "Wir wollen uns helfen lassen. Wir brauchen jemanden, der sich mit Salzstöcken und Bohrern gut auskennt. Es gibt da einen weisen alten Mann in Hamburg, der die Salzstöcke sein ganzes Leben lang studiert hat. Wir wollen ihn bitten, hierherzukommen und die Gestänge und die Bohrlöcher ganz genau zu untersuchen. Er kann uns sicher sagen, was da nicht stimmt. Dann werden wir weiter sehen."

Als der Ministerpräsident und der Atomkraftwerksdirektor an der Bohrstelle bei Gorleben ankamen, wußten die Bauern also schon genau, was sie wollten. Sie umringten den Hubschrauber und ließen den Direktor gar nicht richtig zu Wort kommen, als er anfangen wollte, sie zu beruhigen und nach hause zu schicken. Auch den Vorschlag des Ministerpräsidenten, die Sache erst einmal gut sein zu lassen und sich nach einer Beruhigungspause in ein paar Tagen wieder zu treffen, fanden sie nicht gut. Ein junger Bauer sagte: "Wer weiß, was in der Zwischenzeit mit den Bohrlöchern, Gestängen und Bohrern geschieht? In ein paar Tagen kann alles verändert worden sein, und dann kann man nichts mehr feststellen. Nein, wir wollen die Sache sofort, auf der Stelle, klären! Sie, Herr Ministerpräsident, stellen am besten gleich Ihren Hubschrauber zur Verfügung: Dann können ein paar von uns nach Hamburg fliegen und einen weisen alten Mann abholen, der dort wohnt und viel von Salzstöcken versteht. Er soll dann sagen, was er von der Sache hält!"

Der Direktor der Atomkraftwerksgesellschaft wurde rot im Gesicht vor lauter Wut. Er zupfte den Ministerpräsidenten aufgeregt am Ärmel, um ihm zu sagen, daß es höchste Zeit sei, wieder mit dem Hubschrauber zu verschwinden. Aber es war zu spät: Der junge Bauer, der vorhin gesprochen hatte, und ein paar andere Bäuerinnen und Bauern hatten schon den Hubschrauber bestiegen und dem Piloten gesagt, er solle nach Hamburg fliegen. Der Ministerpräsident war vor Aufregung und Ärger am Ende seiner Kräfte. Er versuchte gar nicht mehr, den Hubschrauber aufzuhalten. Er schnaufte nur und vergrub die Fäuste in seinen Manteltaschen.

Da sprach der weise alte Mann: "Eigentlich interessiert mich die ganze Sache mit dem Atommüll nicht besonders. Ich studiere viel lieber die Geschichte unserer Erde: Ich will wissen, was vor vielen Millionen Jahren war — wie die Gebirge entstanden sind, wo früher die Ozeane waren, und wo es Land gab. Aber die Idee, den Atommüll in Salzstöcke zu stecken, finde ich sehr schlecht. Und daß man brave Menschen, die sich um ihre Heimat und um ihre Kinder Sorgen machen, so zu belügen versucht und nicht ehrlich und vernünftig mit ihnen spricht, das verstehe ich nicht. Darum komme ich mit Euch und sehe mir die Bohrer, Gestänge und Bohrlöcher an!"

Als nun die Bauern und der weise Mann aus Hamburg wieder zur Baustelle bei Gorleben kamen, waren der Atomkraftwerksdirektor und der Ministerpräsident noch da. Sie konnten ja ohne ihren Hubschrauber nicht weg! Außerdem waren in der Zwischenzeit viele Reporter von Zeitungen überall in Deutschland und Europa gekommen, auch das Fernsehen war da.

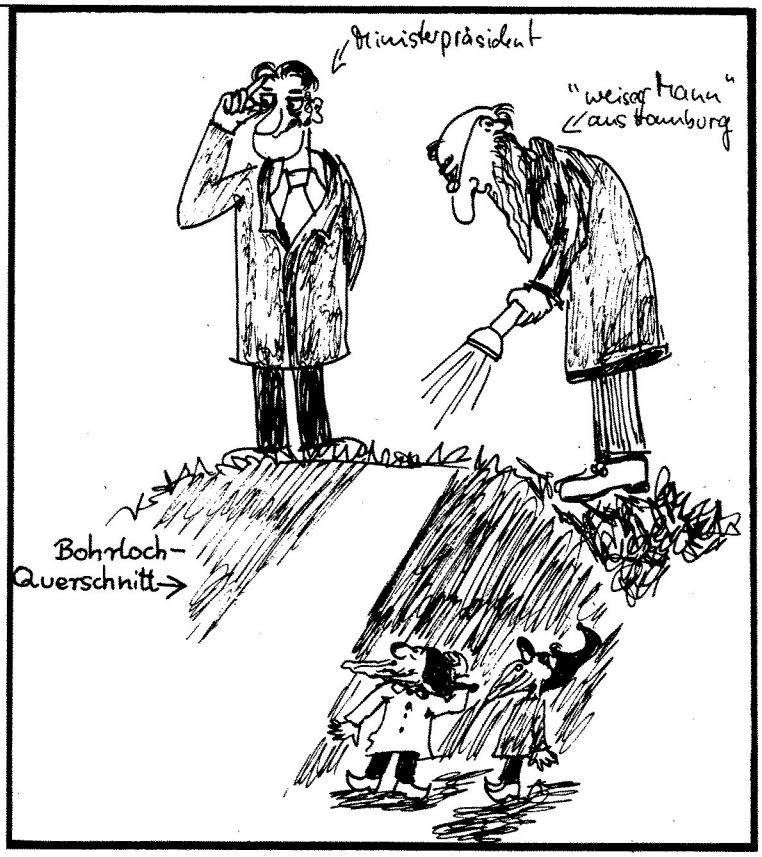
Es hatte sich nämlich sehr rasch herumgesprochen, daß die Bohrungen bei Gorleben unterbrochen worden waren und daß sich viele Bauern, und selbst der Ministerpräsident und der Direktor der Atomkratfwerksgesellschaft an der Bohrstelle aufhielten. Als die Reporter dann auch noch den weisen alten Mann aus Hamburg aus dem Hubschrauber steigen sahen, waren sie außer sich vor Aufregung. Sie umringten ihn in einer dichten Traube und nahmen alles, was er tat, mit den Fernsehkameras auf. Da wagten weder der Ministerpräsident noch der Oberbergingenieur — ja, nicht einmal der Direktor der Atomkraftwerksgesellschaft! — den weisen Mann daran zu hindern, die Geräte genau anzusehen und in die Bohrlöcher zu gucken. Der Oberbergingenieur weigerte sich allerdings, die Scheinwerfer aufzudrehen, um die Bohrstelle zu beleuchten. Jetzt, wo der Direktor in der Nähe war, wollte er nichts mehr tun, um den Bauern und dem weisen Mann zu helfen. Aber das machte nichts, denn es halfen einige freundliche Leute vom Fernsehen, die auf den Ministerpräsidenten nicht sehr gut zu sprechen waren, mit ihren starken Leuchten aus.

Der weise Mann schaute ziemlich lange in die Bohrlöcher, schrieb sich zwischendurch allerlei auf und laß schließlich noch in einigen Büchern nach, die er vorsorglich mitgebracht hatte. Auch die Bohrer schaute er, mit Hilfe einer Lupe, sehr genau an. Zuletzt studierte er die verbogenen Gestänge. Alles wartete gespannt darauf, was er schließlich sagen würde.

In der Zwischenzeit aber tat sich wieder etwas tief drunten im Salzstock. Die Zwerge in ihrem Versteck hatten schließlich mitbekommen, daß schon seit längerer Zeit nicht gebohrt wurde, und wunderten sich. Durch die Bohrlöcher und Gänge, die zu ihrer Kammer führten, hörten sie auch ganz leise und aus weiter Entfernung, daß droben, an der Erdoberfläche, helle Aufregung herrschte. Da wurden sie neugierig und machten sich auf, die Lage zu erkunden.

Als sie bei den Bohrlöchern, welche direkt durch ihre Wohnung gingen, angekommen waren, sahen sie helles Licht — der weise Mann schaute gerade herunter. So warteten sie hinter einer Ecke, bis das Licht wieder abgeschaltet war, und begannen dann langsam ihren Aufstieg, während der weise Mann über die verbogenen Gestänge nachdachte.

Nach langem Überlegen legte er dann die Geräte, seine Bücher und die Lupe zur Seite. Alle Bauern, die erwartungsvoll um ihn herumstanden, wurden sofort mucksmäuschenstill. Alle Journalisten zückten die Bleistifte, alle Fernsehkameras surrten. Man hörte nun die Radio- und Fernsehreporter, die mit halblauter Stimme in ihre



Mikrofone sprachen, um die vielen Millionen Menschen, die daheim diese Szene mitverfolgten, auf den entscheidenden Augenblick vorzubereiten.

Da sprach der weise Mann: "Es steht eindeutig fest, daß in diesem Salzstock auf gar keinen Fall Atommüll gelagert werden darf. Der Salzstock ist zu empfindlich und heikel. Es wäre zu gefährlich. Der giftige Müll würde bald wieder an die Oberfläche kommen. Das habe ich an den Geräten und Bohrlöchern erkannt. Ein weiteres Anzeichen für die Empfindlichkeit des Salzstockes ist übrigens auch, daß tief unten im Salz Zwerge wohnen, die den Salzstock hüten und bewachen sollen."

Da hielt es der Direktor der Atomkraftwerksgesellschaft nicht länger aus. Er sprang auf, stieß den weisen Mann zur Seite und stellte sich selbst vor den Kameras auf. Dann rief er: "Das ist alles Unsinn! Es gibt keine Zwerge! Jedermann weiß, daß es keine Zwerge gibt! Also ist alles andere auch Quatsch; wir können den Atommüll hier sicher lagern!" Alle Zuschauer starrten ihn an und sagten kein Wort. Da nahm er sich zusammen und zwang sich zur Ruhe. Er begann einen langen Vortrag über all die wissenschaftlichen Untersuchungen, die gemacht worden wären: Und er erklärte, daß ganz klar bewiesen sei, daß in diesem Salzstock doch Atommüll gelagert werden könnte. "Die Gefahr ist so gering, daß man sie praktisch vergessen kann!" rief er aus. "Das Risiko, daß die giftigen Stoffe nach oben kommen, ist überaus klein. Es ist so klein ..., so klein ..." Es fiel ihm nicht gleich ein Vergleich ein, der ihm gefiel, doch dann hatte er eine Idee: "Das Risiko, durch diesen Atommüll im Salzstock Schaden zu erleiden, ist nicht größer als das Risiko, den Sieben Zwergen zu begegnen und von ihnen gepackt und gefangen zu werden!" So, dachte er, jetzt habe ich klargemacht, wie klein die Gefahr ist — denn es gibt ja keine Zwerge, die jemanden packen könnten! — und habe damit auch noch den weisen Mann lächerlich gemacht. Der ist mir mit seinen Sprüchen ohnehin schon furchtbar auf die Nerven gegangen.

Dann stutzte der Direktor. Plötzlich fiel ihm auf, daß die Reporter und Bauern ihm Zeichen gaben, sich umzudrehen, und auf etwas

deuteten, das hinter ihm stehen mußte. Er glaubte aber, sie wollten ihn nur ärgern und unsicher machen, und sprach daher weiter: "Und wir alle wissen ganz genau, daß es keine Zwerge gibt!" Da zupfte ihn jemand von hinten am Ärmel. Wie von einer Tarantel gestochen, fuhr er herum:

UND DA STANDEN DIE SIEBEN ZWERGE HINTER IHM, Sieben Zwerge mit langen weißen Bärten, roten Zipfelmützen, mit kleinen Laternen in der Hand und Hämmern in den Gürteln. Sie waren während seiner Rede hinter seinem Rücken aus einem der Bohrlöcher geklettert, so daß alle Leute sie gesehen hatten, nur der Direktor nicht. Jetzt standen sie da und schauten ihn grimmig an. Aber nicht für lange! Ehe der Direktor etwas tun oder sagen konnte, hatten ihn drei Zwerge auch schon geschnappt. Zwei nahmen ihn an den Schultern, einer an den Beinen — und dann ging es ab ins Bohrloch. Drei andere Zwerge packten blitzschnell den Ministerpräsidenten und zerrten ihn ebenfalls nach unten. Der älteste Zwerg aber trat vor die Fernsehkameras und erklärte: "Keine Angst, wir werden den beiden nichts tun. Wir wollen nur, daß sie mit eigenen Augen sehen, was da unten los ist: Wir wollen ihnen die angebohrten Gasblasen und Wassernester zeigen, die Spalten und Klüfte im Salz, durch die Wasser von außen eindringen kann, den heiklen Gipshut und noch vieles mehr. Dann lassen wir die beiden wieder frei. Denn es muß doch möglich sein, den Politikern und Direktoren klarzumachen, daß hier kein Atommüll gelagert werden darf!"

Wirklich dauerte es nur wenige Stunden, und Ministerpräsident und Atomkraftwerksdirektor kamen wieder aus dem Loch gekrochen. Der Ministerpräsident war sehr blaß geworden. Die Reporter stürzten auf ihn zu. "Glauben Sie immer noch, daß hier Atomm...

...werden kann?", fragten sie eifrig. "Lassen Sie mich doch in Ruhe, mein Sekretär wird morgen eine Erklärung abgeben", knurrte der Politiker unwillig. "Nein! Nein!", riefen jetzt auch einige Bauern. "Sie haben alles gesehen, jetzt antworten Sie auch auf die Frage!" Der Ministerpräsident war müde und entnervt, es fielen ihm einfach keine Tricks mehr ein, mit denen er die Menschen hätte abspeisen können. "Was fragen Sie denn noch," schrie er verzweifelt, "Wir haben uns geirrt, dieser Salzstock ist nicht geeignet!" Dann verschwanden er und der Direktor im Hubschrauber und flogen davon. Und tatsächlich, niemand versuchte mehr, in Gorleben weiterzubohren. Sogar der Atomkraftwerksdirektor gab den Gedanken auf. Er hatte sich schließlich so fürchterlich blamiert, daß er sich in dieser Gegend nicht mehr blicken lassen konnte.

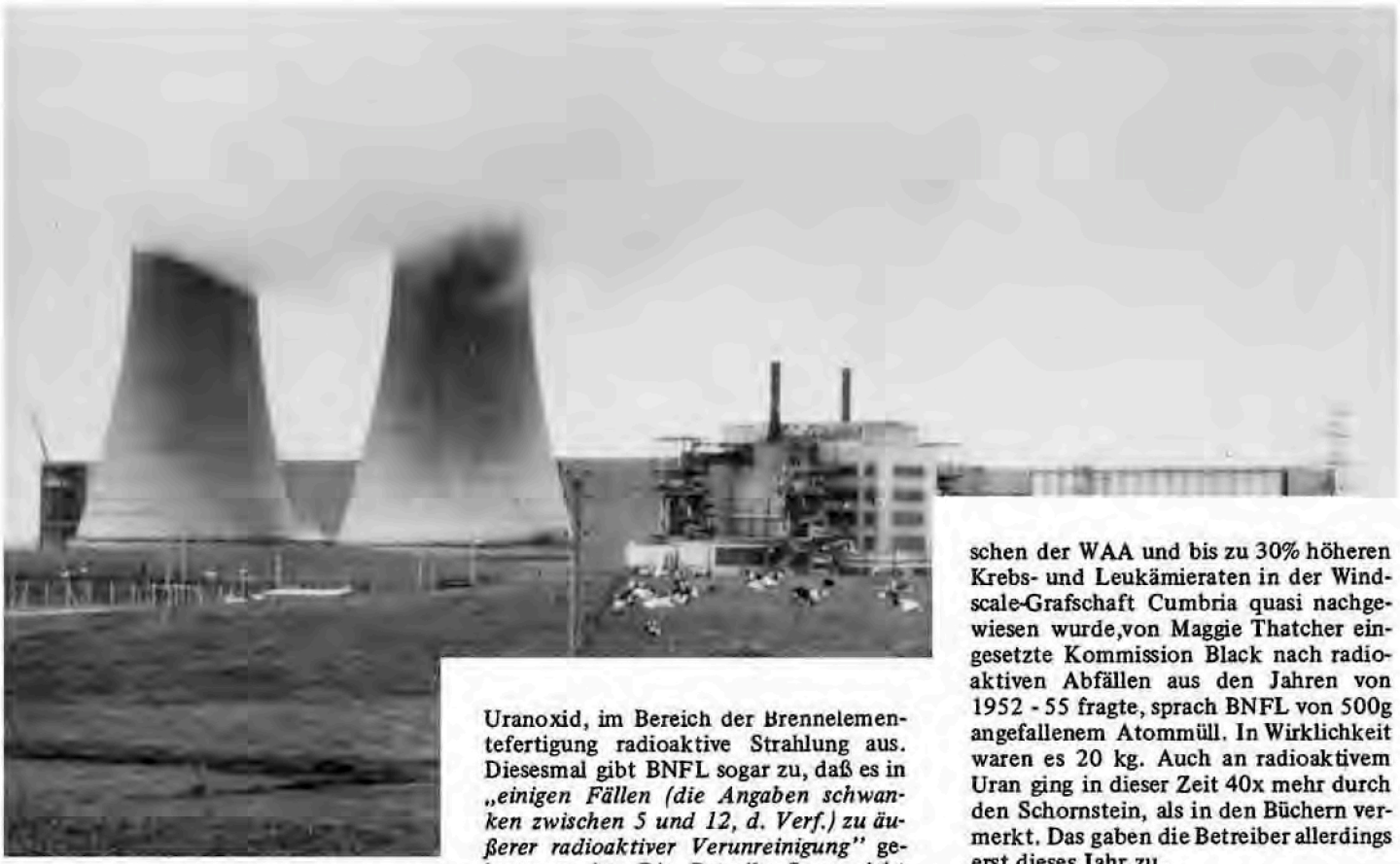
Die Bauern, der weise alte Mann aus Hamburg, die Sieben Zwerge und die vielen Freunde der Bauern aus ganz Deutschland aber feierten ein riesiges Fest im Wald bei Gorleben. Sieben Tage und sieben Nächte lang taten sie nichts anderes als Essen, Trinken, Tanzen, Singen, Spielen und Lustigsein. Sie feierten alle zusammen, denn gemeinsam war es ihnen gelungen, zu verhindern, daß der gefährliche Atommüll in den Salzstock kam: Die Zwerge hatten die Bauern gewarnt. Die Bauern hatten den Oberbergingenieur gezwungen, die Geräte herzuzeigen und sie in die Bohrlöcher gucken zu lassen. Ihre Freunde überall in Deutschland hatten dem Ministerpräsidenten klar gemacht, daß die Polizei besser zu Hause bleiben sollte. Und der weise Mann aus Hamburg hatte herausgefunden, was im Salzstock wirklich los war, und es allen Menschen erzählt. Gemeinsam hatten sie schließlich den Ministerpräsidenten dazu gebracht, seinen Irrtum zuzugeben. Jedem für sich alleine wäre es nie gelungen, die Bohrungen aufzuhalten.

Freilich war damit noch nicht alles in Ordnung. Die Atomkraftwerke wurden nicht abgeschaltet, wie alle gehofft hatten. Sie liefen weiter und erzeugten noch mehr Atommüll. Und in den luxuriösen Büros des Ministerpräsidenten und des Atomkraftwerksdirektors wurden schon wieder neue Pläne ausgeheckt: In der Nähe der Stadt Salzgitter, so hieß es, sei ein Bergwerk, in dem früher Eisenerz abgebaut worden ist. Dorthin könnte man doch den Atommüll bringen ... Niemand ahnte, daß in diesem Bergwerk drei Tolle lebten — aber das ist schon wieder eine neue Geschichte, die muß erst geschrieben werden.

Eberhard Elch

Hannover, Ende Oktober 1984

Die schmutzige Geschichte



Die größte, älteste und skandalträchtigste WAA der Welt im nordenglischen Windscale, 1983 nach über 300 Störfällen seit Inbetriebnahme 1952 umbenannt in Sellafield, weil das weniger negativ besetzt war, sorgt mal wieder für Schlagzeilen. Innerhalb von 5 Wochen gab es 4 gefährliche Störfälle, bei denen große Mengen radioaktiver Stoffe an die Umwelt abgegeben und Arbeiter der Anlage mit teilweise sehr hohen Dosen radioaktiver Strahlung verseucht wurden.

Lauter „Geringfügige Geschichten..."

- Am 23. 1. werden 440 kg Uran aus einem Tank, in den sie versehentlich geraten sind, bewußt ins Meer abgepumpt. Die Betreiberfirma British Nuclear Fuels Ltd. (BNFL) spricht zunächst von 2 kg abgeleitetem Uran.
- Am 5. 2. entweicht eine radioaktive Plutonium-Nitrat-Wolke, nachdem sie erst durch ein Leck in das Betriebsgebäude gelangt ist, in die Atmosphäre. 15 Arbeiter werden, von BNFL natürlich zunächst dementiert, verstrahlt. Einer von ihnen bekommt die maximale Jahresdosis ab. Bei diesem Unfall wird 'Alarmstufe gelb', die 2. von 4 möglichen, ausgelöst.
- Am 19. 2. treten *„geringe Mengen"* (Originalton BNFL), nämlich 1000 Liter radioaktives Wasser aus einer Rohrleitung aus und sammeln sich in einer Abwasserrinne. 2 Arbeiter werden, entgegen BNFL Angaben, verstrahlt.
- Am 1. 3. schließlich tritt, verursacht durch Arbeiten mit Plutonium- und Uranoxid, im Bereich der Brennelementefertigung radioaktive Strahlung aus. Diesesmal gibt BNFL sogar zu, daß es in *„einigen Fällen (die Angaben schwanken zwischen 5 und 12, d. Verf.) zu äußerer radioaktiver Verunreinigung"* gekommen ist. Die Betreiberfirma sieht sich genötigt, das Landwirtschaftsministerium zu verständigen.

(Fortsetzung folgt bestimmt - leider)

Ein Manager von BNFL kommentierte diese Unfälle nach altbekanntem Muster: *„Geringfügige Geschichten, die von den Medien aufgeblasen worden sind."* Schließlich sei niemand ernsthaft verletzt oder gar getötet worden und die Öffentlichkeit habe nichts zu befürchten. (vgl. FR, 20. 2. 86)

Mal davon abgesehen, daß er damit indirekt bestätigt hat, daß Tote von den Betreibern durchaus einkalkuliert werden, eine Frechheit wie die gesamte BNFL-Öffentlichkeitspolitik. Informationen werden regelmäßig zurückgehalten und Unfälle erst dann zugegeben, wenn sich das beim besten Willen nicht mehr umgehen läßt. Dann beginnt das Spiel von vorn, wenn es darum geht, die Schwere des Unfalls herunterzuspielen und zu verharmlosen. So lag schon bei Unfällen in den 50er Jahren der Verseuchungsgrad um 40x höher als von BNFL eingeräumt.

Der völlig normale 'Normalbetrieb'

Gleiches gilt für den sogenannten 'Normalbetrieb'. Als die nach einer spektakulären Fernsehsendung im November 1983, in der der Zusammenhang zwischen der WAA und bis zu 30% höheren Krebs- und Leukämieraten in der Windscale-Grafschaft Cumbria quasi nachgewiesen wurde,von Maggie Thatcher eingesetzte Kommission Black nach radioaktiven Abfällen aus den Jahren von 1952 - 55 fragte, sprach BNFL von 500g angefallenem Atommüll. In Wirklichkeit waren es 20 kg. Auch an radioaktivem Uran ging in dieser Zeit 40x mehr durch den Schornstein, als in den Büchern vermerkt. Das gaben die Betreiber allerdings erst dieses Jahr zu.

Dieser 'Normalbetrieb' ist es auch, der das Mißtrauen in der Bevölkerung wachsen läßt, sie zu der Erkenntnis kommen läßt, wie gefährlich die Anlage selbst dann schon ist, wenn die Strahlenbelastung unter den erlaubten Grenzwerten bleibt. Diese Gefährlichkeit resultiert neben den allgemeinen Gefahren des WAA-Betriebs aus der besonders kriminellen Fahrlässigkeit der Betreiber. Sie haben die Irische See zum am meisten radioaktiv verseuchten Meer der Welt gemacht. Zu dieser Feststellung kam der mit Mitgliedern aller Parteien besetzte Umweltausschuß des britischen Unterhauses, der in seinem Gutachten, angesichts der erdrückenden Fakten soweit geht, Sinn und Zweck der WAA grundsätzlich anzuzweifeln.

Schwachaktiven Mülls entledigt mann sich in Windscale einfach durch Verscharren in 'abgesperrten Müllgruben' in der Nähe der Anlage, täglich werden 7 Mio. Liter radioaktives Wasser einfach in die Irische See gekippt, die Fische vor der Küste strahlen, Spuren von Windscale-

Die schmutzige Geschichte von Windscale

304. Folge

Plutonium sind vor den Küsten Grönlands und Norwegens nachgewiesen worden und auch das ostfriesische Wattenmeer ist schon radioaktiv verseucht. (vgl. Emder Stadtzeitung, Juli/Aug. 85)
Viel schlimmer noch wirkt sich die Fahrlässigkeit der BNFL auf die nur 145 km entfernt gelegene Irische Ostküste aus. Dort häuften sich nach dem schweren Unfall von 1958 Fälle von Mongolimus, Leukämie und anderen Krebsarten, und noch heute ist die Zahl der Fehlgeburten dort 2 - 5x , die Zahl der Totgeburten fast 20x höher als im übrigen Irland (vgl. taz, 22.2.86). Die irische Regierung verlangt ein Ende der täglichen Abwassereinleitungen, nachdem eine von Regierungschef FitzGerald in Auftrag gegebene Studie o. a. Ergebnisse erbracht hat.
In Todes- und Krankheitsfällen innerhalb der Bevölkerung in der Nähe von Windscale hat BNFL, obwohl, wie die 247 Fälle von Schilddrüsenkrebs nach dem schweren Reaktorbrand 1957, behördlich bestätigt, jegliche Verantwortung weit von sich gewiesen. Ebenso bei 'fragwürdigen' Todesfällen unter dem WAA-Personal. Hier wurden 'Kompensationszahlungen' gewährt, ohne jedoch Verantwortlichkeit anzuerkennen. Less Tuley, Pressesprecher der Betreiber:„*Bei so vielen Arbeitern werden sicher einige an Krebs sterben. Aber es gibt keine medizinischen Anzeichen dafür, daß der Grund darin liegt, daß sie hier arbeiten. Wenn sie kontaminiert wurden bleibt freilich immer ein Zweifel. Die Gesellschaft hat deshalb anerkannt daß sie möglicherweise an Krebs erkrankten, weil sie hier arbeiten.*"(Die ZEIT, 10. 8. 84) Blanker Zynismus, vor allem wenn man/frau an die hohe Arbeitslosigkeit in Großbritannien denk.

Forderung nach Schließung wird immer lauter

Glücklicherweise werden diejenigen, die die Zustände in und um Windscale nicht akzeptieren, immer mehr. Das fängt an bei den nach Unfällen notgedrungen immer wieder eingesetzten unabhängigen Untersuchungskommissionen, die alle mehr oder weniger offene Kritik vor allem an der Fahrlässigkeit des Managements geübt haben, sich aber, wie jüngst der Umweltausschuß des britischen Unterhauses, auch schon mal weiter vorgewagt haben.
Auch aus Straßburg, vom Europäischen Parlament, wird die Kritik immer lauter. Am 20. 2. beschloß es mit der Mehrheit der Regenbogenfraktion, großer Teile der sozialistischen und kommunistischen Fraktion sowie fast aller irischen Abgeordneten, die Forderung nach einstweiliger Stillegung der Anlage, zumindest solange bis der Umweltausschuß des Unterhauses die Ergebnisse seiner Arbeit vorgelegt hat.
Und nicht zu vergessen die Leute von Greenpeace, die gerade erst wieder von einer als Erfolg gewerteten Mission zurück sind. Mit ihrem Schiff Sirius waren sie für ca. 2 Wochen unterwegs in der Irischen See. Die Besatzung hat mit Politikern, Medien, Gewerkschaften und vor allem der Bevölkerung von Dublin, Belfast und der Isle of Man gesprochen. Dort ist die Angst mittlerweile so stark, daß sich ausnahmslos alle für die Schließung von Windscale ausgesprochen haben, gleich welcher politischen Couleur, gleich ob Nordirland oder Republik. Die letzten Tage ihrer Mission verbrachte die Sirius direkt vor der Küste von Windscale, von wo aus pressewirksame Aktionen, wie u. a. das Bemalen von Brennelement-Schiffen mit Radioaktivitätszeichen und dem Zusatz 'Stop it!', unternommen wurden.
Und Maggie Thatcher? Nun, die Regierungslinie ist wohl klar. Alle Studien, Untersuchungsergebnisse und Forderungen auch ihrer eigenen Kommissionen ignorierend, verkündete Umweltminister Baker stellvertretend für die gesamte konservative Regierung:„*Die Wiederaufarbeitung muß weitergehen.*"(FR, 26. 3. 86) Und warum? Nach Meinung der britischen Umweltorganisation 'Hope' ist Windscale bisher nur aufgrund der militärischen Bedeutung noch nicht geschlossen worden. Aus dem Plutonium der bis 1964 ausschließlich für militärische Zwekke arbeitenden Anlage werden heute amerikanische und britische Atomsprengköpfe hergestellt. Der Vertreter der britischen Energiebehörde hält die WAA denn auch, von der Umweltbelastung ganz abgesehen, für völlig unrentabel.(s. taz, 22. 2. 86) Es deutet also vieles darauf hin, daß auch in Windscale das zivile Atomprogramm nur der Verschleierung militärischer Interessen dient, nicht zuletzt die wilde Entschlossenheit von Maggie und Konsorten Windscale um jeden Preis weiterzubetreiben.

Foto: Greenpeace

Diskussions-Kongreß 12. und 13. April 1986 in Köln

Frieden mit der NATO?

Frieden mit der NATO?
Der erste Kongreß in der BRD, der sich mit dieser Frage beschäftigte und sie - um es gleich zu sagen - mit einem klaren »Nein« beantwortete, ist vorbei. Zwei Tage lang diskutierten am 12. und 13. April 400 Leute in Arbeitsgruppen, auf dem Podium und am Rande über Sinn und Unsinn der Forderung »BRD raus aus der NATO« und wie diese am besten durchgesetzt werden kann.

400 Teilnehmer - das ist verhältnismäßig viel, gemessen daran, daß es sich um einen *Diskussionskongreß* gehandelt hat, von dem konkrete Ergebnisse oder gar Aktionsvorschläge zu keinem Zeitpunkt zu erwarten waren, und gemessen auch daran, daß die Veranstaltung verglichen mit dem Tribunal und der Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel von einem kleinen, wenn auch feinen, Kreis getragen und organisiert worden war: vom DKP- und SPD-Spektrum der Friedensbewegung taten lediglich die Friedensliste und die Demokratischen Sozialisten mit, die den »rechten« Rand des Koordinationskreises markierten. Der Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) fehlte ebenso wie die Mittelamerika-Gruppen oder kirchliche Initiativen. Von den Autonomen erschienen nur Einzelpersonen, und auch der BBU und der Göttinger AK gegen Atomenergie konnten ihrer Mitgliedschaft im Trägerkreis im wesentlichen durch Überlassung ihres Namens gerecht werden (wir hatten in der letzten **atom** bereits dargelegt, daß ein größeres Engagement unsererseits an Arbeitsüberlastung scheiterte).

So lag die Hauptlast auf den Schultern derjenigen, die bislang auch die inhaltliche Diskussion am intensivsten und weitestgehenden geführt haben: Dem Bundeskongreß Unabhängiger Friedensgruppen (BUF), der Initiative »Kein Frieden mit der NATO/Raus aus der NATO« und dem Kommunistischen Bund (KB).

Nach einer Reihe von einleitenden Referaten, deren Höhepunkt der Vortrag des Spaniers Paco Benes zur Entstehungsgeschichte und Entwicklung der Anti-OTAN-Kampagne war, gab es insgesamt 13 AGś, in denen zum Teil bis in den Abend hinein über Einzelaspekte der NATO-Thematik diskutiert wurde; die einzelnen AG-Themen haben wir in der letzten Nummer bereits genannt. Auf das bei weitem größte Interesse stieß dabei die AG 8 - »Friedenspolitische Konzepte im Vergleich« -,in der sich auf äußerst, für Nur-Neugierige fast zu hohem Niveau Exponenten der verschiedenen Strömungen der Friedensbewegung über zukünftige Perspektiven und Handlungskonzepte stritten. Schon hier wurde allerdings deutlich, daß »klassische« Positionen wie die »friedliche Koexistenz« der Blöcke oder »Sicherheitspartnerschaft« im Gegensatz zu den radikaleren, explizit gegen die NATO gerichteten Forderungen auf keine große Zustimmung bei den Kongreßteilnehmern stießen.

Am Sonntag wurde, nach den Berichten aus den AGś, zunächst eine Resolution gegen die da noch »nur« drohenden US-Militäraktionen gegen Libyen verabschiedet. Danach stellten BUF-Leute den Entwurf für eine Abschlußerklärung des Kongresses vor, den schließlich, nach langatmigen inhaltlichen und Verfahrensdebatten auch die Mehrheit für gut befand. Wir haben diese Erklärung nachstehend dokumentiert. In der inhaltlichen Schärfe halten wir sie zwar nicht für das Gelbe vom Ei, da hat es, auch in dieser Zeitung, sicher schon bessere Beiträge gegeben; als Kompromißtext, der vom gesamten Trägerkreis und der übergroßen Mehrheit der Kongreßteilnehmer gestützt wird, halten wir sie jedoch für einen Fortschritt.

Eine Podiumsdiskussion zwischen Jürgen Reents (Grüne), Andreas Zumach (Aktion Sühnezeichen), Hans-Hermann Teichler (FriKo Hamburg), Olaf Scholz (Juso-BuVo) und Jürgen Bernd Runge (Friedensliste), bei der inhaltlich zwar wenig neues gesagt wurde, die unterschiedlichen Ansätze der Friedensbewegung zur NATO-Frage aber noch einmal deutlich wurden, beschloß dann die Veranstaltung.

Ob der Kongreß tatsächlich und unabhängig von den produzierten Papieren ein Fortschritt war, wie die meisten der veranstaltenden Organisationen meinen, läßt sich u.E. zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings überhaupt noch nicht sagen und wird sehr stark davon abhängen, inwieweit die Diskussion um die NATO-Mitgliedschaft, bzw. den NATO-Austritt der BRD weitergeführt und in die Bewegungen hineingetragen werden können. Dessen ungeachtet ist es aber in jedem Fall nützlich und sinnvoll gewesen, daß der Kongreß überhaupt zustande gekommen ist.

R., Atom Express

Zwei Lesetips noch zur Vertiefung des Themas. Zum einen die Broschüre »Die BRD in der NATO«, herausgegeben von der Dokumentationsstelle Friedens- und Sicherheitspolitiund zu bestellen u.a. bei uns.
Und dann den Kongreßreader »Frieden mit der NATO«, den Ihr im Bürgerzentrum Alte Feuerwache (Kongreßbüro), Melchiorstr. 3, 5000 Köln ordern könnt.

Abschlußerklärung des Kongresses

Ein Bündnis für die Aufrüstung ist für uns nicht akzeptabel

Abrüstungsinitiativen der Friedensbewegung in NATO-Staaten, in Westeuropa und Amerika, sind bisher gescheitert. Die wichtigsten westeuropäischen Regierungen und die Vormacht USA weigern sich konsequent, ihren Aufrüstungskurs zu beenden. Dies gilt für minmimale Schritte wie die Beendigung von Atomtests, erst recht aber für den Stop strategischer Aufrüstungsmaßnahmen im Weltraum oder auf der Erde oder die Herrichtung der BRD zum konventionellen und atomaren Kriegsschauplatz. Dieser Aufrüstungskurs wird durch die beteiligten Regierungen über die NATO koordiniert, gesteuert und effektiviert. Damit wird das Militärbündnis NATO auch zunehmend Gegenstand kritischer Betrachtungen der Friedensbewegung.

NATO-Staaten haben nach dem 2. Weltkrieg indirekt oder direkt die meisten Kriege zu verantworten und selbst geführt. Offiziell soll die NATO nur dem Schutz der Mitgliedsstaaten dienen. Das gemeinsame Interesse an der bestehenden Weltwirtschaftsordnung zugunsten der Industrieländer führt aber zu gegenseitiger Unterstützung und Koordination ikm Kriegsfalle. Die NATO-Stützpunkte in der BRD sind nicht nur Hinterland für solche Interventionen, sondern inzwischen hat sich die BRD vertraglich zu solchen Hilfeleistungen verpflichtet.

Die NATO ist gegenwärtig in Europa der größte Unsicherheitsfaktor. Sie betreibt militärische Aufrüstung statt friedlichen Ausgleich und Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas und zementiert damit die Spaltung Europas in zwei feindliche Blöcke. Trotz immer wieder bekundeter Abrüstungsbereitschaft seitens der Sowjetunion und des Warschauer Paktes erzeugt die NATO mit Hilfe von Unwahrheiten das Feindbild von der »Gefahr aus dem Osten«. Innenpolitisch soll mit Hilfe des Antikommunismus verhindert werden, daß Auseinandersetzungen frei und vernunftgebunden im Interesse der Menschen ausgetragen werden können *(die beiden letzten Sätze sind ein gutes Beispiel für die von uns oben angedeutete Kritik an dieser Erklärung; gemessen an den Verbrechen der NATO und insbesondere der US-Regierung sind solche Formulierungen wie hier benutzt einfach unangemessen!).*

Die USA sind keinesfalls die einzige Macht in der NATO, die für mehr Aufrüstung und Konfrontation eintritt. Die Bunderegierung selbst drängte in den 50er Jahren gegen Widerstand auf eine Wiederbewaffnung und auf atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Aktuell tritt sie für eine Stärlung der NATO und ihres westeuropäischen »Pfeilers« ein, für verstärkte konventionelle Aufrüstung, eine Raketenabwehr im Weltraum und nicht zuletzt für den (Mit-)Besitz von Atomwaffen.

Der NATO-Partner BRD ist über jeden Zweifel erhaben, für Abrüstung einzutreten. Dafür stehen die Unterzeichnung des SDI-Rahmenabkommens, das die US-Regierung bestärkt, den größten Aufrüstungsschub in der Menschheitsgeschichte vorzunehmen, und die jüngsten Vorstöße Dreggers und Todenhöfers von der CDU, die sich gegen jeden Abbau von atomaren Mittelstreckenraketen wandten. In der »Frontstaatsituation« braucht auch die BRD die Hochrüstung der NATO als Pressionspolitik gegenüber Osteuropa.

Innenpolitisch wird die NATO als der Garant für Frieden, Sicherheit und Freiheit dargestellt. Die Staatsräson erklärt Gegner der NATO zu Staatsfeinden und Helfern und Helfershelfern Moskaus. Das NATO-Bündnis soll für unantastbar erklärt werden. Dagegen setzen wir unsere Erkenntnis:

Die Konfrontationspolitik der NATO und der sie tragenden Regierungen

- gefährdet die Sicherheit und reduziert den »Frieden« zu einem Nichtkrieg auf dem Pulverfaß

- macht Freiheiten zur Ware im Schlußverkauf militärstrategischen Zynismus

- verlangt ungeheure materielle Opfer, bindet unsere Phantasie und Fähigkeit zur Lösung humaner Aufgaben und soll auch die Menschen in Osteuropa zur Verschleuderung ihrer Ressourcen für militärische Zwecke zwingen.

In der Friedenspolitik gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob und wie eine tatsächliche Friedenspolitik und Abrüstungsschritte im Rahmen des NATO-Militärbündnisses durchgesetzt werden können.

1. Eine Position geht davon aus, daß die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO offen und offensiv in Frage gestellt werden muß, damit notwendige einseitige Abrüstungsschritte überhaupt Realität werden können.

2. Andere meinen, daß einseitige Abrüstungsschrite notwendig die Frage der NATO-Mitgliedschaft stellen und zu einer Auflösung und Destruktion der NATO bzw. zu einem NATO-Austritt führen.

3. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die NATO die Triebkraft der Aufrüstung ist, steht das Konzept »Friedliche Koexistenz/Entspannung« für das Ziel, im Systemantagonismus eine Rückkerhr zum kalten Krieg zu vermeiden, politische und militärische Entspannung und Abrüstung durchzusetzen und im Rahmen eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems die Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt aufzulösen, wobei einseitige Abrüstungsschritte für möglich gehalten werden.

4. Eine weitere Position will mit sicherheitspartnerschaftlichen Lösungen und einseitigen Abrüstungsschritten die Abschaffung der Militärblöcke und die Etablierung einer europäischen Friedensordnung erreichen.

Gemeinsam wenden wir uns gegen die Vorstellung, die NATO sei zu Verteidigungszwecken gegründet und stelle einen »Hort des Friedens« dar. Wir nehmen alle Versuche, die NATO zur »Heiligen Kuh« zu erklären und damit unseren Abrüstungsforderungen entgegenzutreten zum Anlaß, um umso bohrender nach dem Sinn eines Militärbündnisses zu fragen, das den Abrüstungswillen der Bevölkerung schon mehr als einmal mit den Füßen getreten hat und im Kriegsfalle den sicheren Untergang herbeiführen würde.

Wir fordern die Friedensbewegung auf, die Zugehörigkeit der BRD zur NATO offen in Zweifel zu ziehen und die Auseinandersetzung mit all jenen zu suchen, die die Frage eines NATO-Austritts tabuisieren wollen. Nichts spricht dafür, daß eine politisch neutrale Bundesrepublik an Sicherheit einbüßen würde. Ein einseitiger Austritt könnte vielmehr den Prozeß der Auflösung der europäischen Militärblöcke fördern und die Politik der Überlegenheit und Vorrüstung der NATO beenden helfen. In diesem Sinne begrüßen wir alle Initiativen, die den Status der BRD in der NATO ändern und ihre Einbindung lockern wollen. Entscheidendes Kriterium für die Friedensbewegung bleibt darüber hinaus, die Voraussetzungen für reale Abrüstungsmaßnahmen in unserem Lande zu schaffen. Frieden mit der NATO ist nicht möglich!

Mit der letzten, kursiv gesetzten Passage war die Friedensliste nicht einverstanden und legte einen eigenen Entwurf vor, dem insgesamt 15 Anwesende zustimmten. Die gesamte Erklärung wurde bei einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen angenommen.

Hussa — Atomenergie

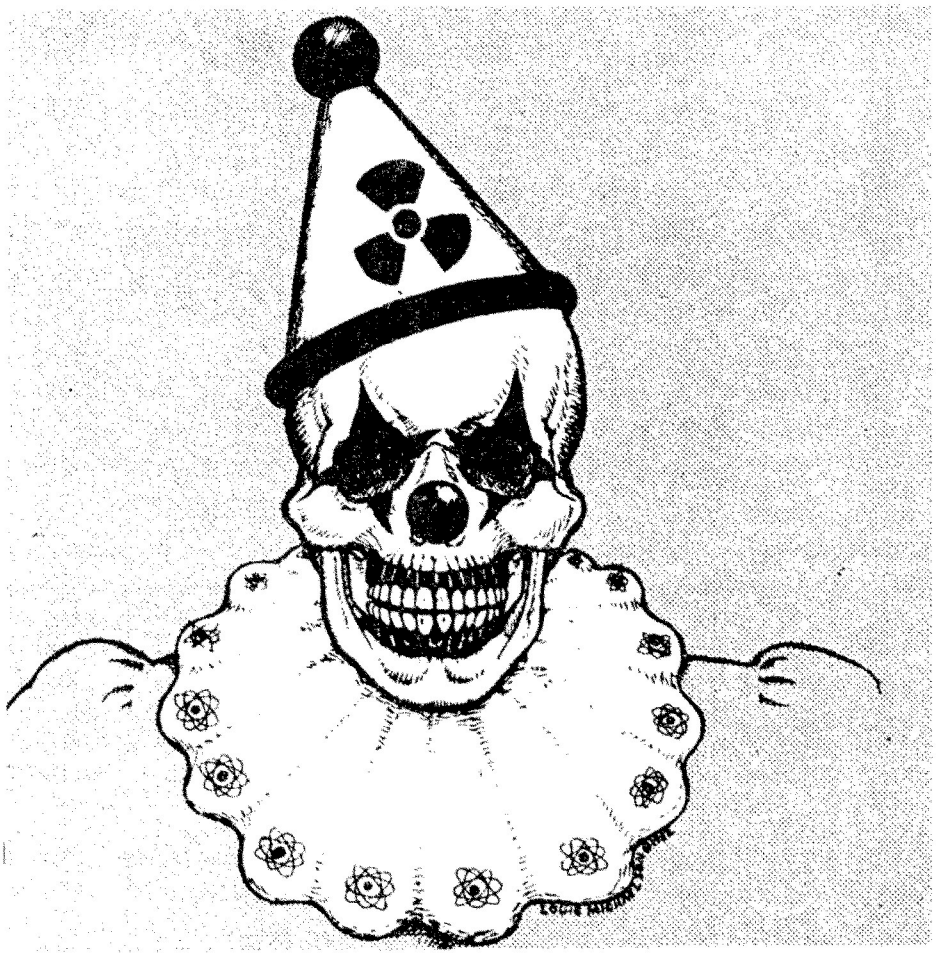
Anmerkungen zur Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage 'Atomwaffensperrvertrag und nukleare Bestrebungen der BRD' (DS 10/4502)

6 Monate brauchte die Bundesregierung zur Beantwortung der am 19.6.85 eingereichten Anfrage der Grünen im Bundestag zum Thema 'Atomwaffensperrvertrag und nukleare Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland'. Zwar hatte Minister Möllemann schon am 26. 9. 85 in einer Bundestagsdebatte *„demnächst"* eine Antwort versprochen und erstmal gegen die von den Grünen unterstützte Alternativkonferenz 'Atombomben made in Germany' und diesbezügliche *„beleidigende Unterstellungen, die auf nichts als grundlosen Verdächtigungen und haltlosen Unterstellungen beruhen"* vom Leder gezogen. Doch es gingen weitere 10 Wochen ins Land ehe auch die Atomwaffenfans im Verteidigungs- und Innenministerium ihr Interesse bei der Beantwortung dieser Anfrage gewahrt sahen. Das Ergebnis dieser Kabinettsabstimmung ist eine explosive Mischung aus gekränkter Unschuld und trotziger Herausforderung:
Die Arie von der 'ausschließlich friedlichen Nutzung' der Atomenergie wird schroff unterbrochen vom Hinweis auf die Vereinbarkeit der militärischen Atomenergienutzung mit dem bundesdeutschen Atomgesetz, da dieses *„keine besonderen Regelungen über eine militärische Verwendung der Kernenergie"* enthalte. Das Pflichtbekenntnis zum Atomwaffensperrvertrag („Die Bundesregierung geht davon aus, daß der Vertrag 1995 im Konsens verlängert wird") wird kombiniert mit kaum verdeckten Angeboten an Frankreich und die NATO, der nuklearen Hochrüstung insbesondere im westeuropäischen Rahmen mit Infrastruktur und Plutonium aus BRD-Beständen unter die Arme zu greifen. Und zur Routine-Formel von der Nuklearmacht, die die BRD nicht sei und nicht werden wolle, gesellt sich unversehens verhaltener Beifall für einen Roland Koller, dessen Forderung nach einer deutschen Atombewaffnung man zwar nicht teile, aber nichtsdestoweniger auch in Zukunft in Bundeswehrzeitungen wie der 'Europäischen Wehrkunde' publiziert sehen möchte. Die gesamte Drucksache10/45 02 ist erhältlich über die Grünen im Bundestag, 5300 Bonn 1. Nebenstehend dokumentieren wir Auszüge aus der Antwort der Bundesregierung.

Von der 'friedlichen' Atomenergienutzung...

Bereits im März 1985 sah die Bundesregierung *„keinen Anlaß, die Ausfuhr von Plutonium aus dem SNR 300 (Kalkar) oder aus anderen Quellen grundsätzlich auszuschließen"*, wobei eine Ausfuhr jedoch nur dann genehmigt werden sollte, wenn dadurch *„das Ziel der Nichtverbreitung von Kernwaffen nicht beeintächtigt wird."* (So in Beantwortung einer Großen Anfrage der Grünen über 'Risiken des Schnellen Brüters in Kalkar', DS 10/3157).
In ihrer jüngsten Antwort wird die Bundesregierung deutlicher: Der Transfer von Atomtechnik und Plutonium in Kernwaffenstaaten zur Aufstockung von Atomwaffenarsenalen sei nicht nur vertraglich gestattet, sondern geradezu im Sinne des Nichtverbreitungsvertrages! Originalton Genscher:*„Ein Verstoß gegen den Geist des Nichtverbreitungsvertrages könnte im übrigen nur dann vorliegen, wenn unter Ausnutzung einer unbeabsichtigten Vertragslücke gegen Vertragsziele verstoßen würde. Die Tatsache, daß der Transfer von Nuklear-gütern in Kernwaffenstaaten im Nichtverbreitungsvertrag keinen Beschränkungen unterworfen wird, ist keine derartige Vertragslücke, sondern war den beteiligten Staaten bei der Verhandlung des Vertragstextes vollkommen bewußt."* (Antwort auf Frage 2.9)
Mit der Weigerung der Bundesregierung, per Erklärung die Anwendung von BRD-Atomtechnik durch NATO- oder französische Militärs abzulehnen, ist die Katze aus dem Sack: **Die 'Friedlichkeit' des bundesdeutschen Atomenergieprogramms findet allerspätestens an der Grenze seine Grenze.** Ein erster größerer Beitrag zur nuklearen Aufrüstung ist zweifelsohne das Engagement der BRD Atomtechniker im französischen Malville, wo der weltweit größte Schnelle Brüter in französisch-italienisch-deutscher Gemeinschaftsarbeit seit kurzem Plutonium produziert.
Die Antworten der Bundesregierung zum Fragenkomplex Superphenix/Malville müssen im Lichte der vorgesehenen engeren deutsch-französischen Militärkooperation interpretiert werden:
- Frankreich kann das derzeit als 'zivil' deklarierte Brüterkraftwerk Superphenix jederzeit für die Atomrüstung einsetzen, ohne daß eine derartige Entscheidung der westeuropäischen Öffentlichkeit mitgeteilt würde. (Antwort auf Fragen 2.10/2.11)
- Die Bundesregierung war bzw. ist an einer diesbezüglichen Unterlassungserklärung der französischen Regierung nicht interessiert. Die komplette Nichtbeantwortung der Fragen 2.13 - 2.15 läßt zwei Interpretationen zu: entweder es ist der Bundesregierung egal, ob BRD-Plutonium in Atomwaffen installiert wird, oder sie engagiert sich in Malville weil der Superphenix ggfls. militärisch zur Anwendung kommt. Daß all dies mit dem 'Gesetz über die friedliche Anwendung der Atomenergie (=Atomgesetz) in Einklang steht, erklärt die Bundesregierung in Beantwortung der Frage 2.10.

Doch damit nicht genug! Nicht einmal die 'Verwendung des Kernmaterials bei einer nicht verbotenen militärischen Tätigkeit' auf bundesdeutschem Boden (ausschließlich der Produktion kompletter Sprengsätze) nach Artikel 14 des im Bundestag 1974 einstimmig verabschie-



für die NATO !

deten 'Verifikationsabkommens' zum Sperrvertrag kollidiert mit dem Atomgesetz, denn, Originalton Genscher:*„Regelungsgegenstand des Atomgesetzes ist die friedliche Nutzung der Kernenergie im Geltungsbereich des Gesetzes. Es enthält keine besonderen Regelungen über eine militärische Verwendung der Kernenergie". (Antwort auf Frage 4.1)* Eine pfiffige Lösung nach dem Motto, was nicht verboten ist, ist erlaubt. Diese Aussage wird ergänzt durch die Antworten auf die Fragen 4.3, 4.5 und 4.7, wonach nicht nur der Hauptbereich der Urananreicherung unter Geheimhaltung steht, sondern ebenfalls die deutsch-französischen Atomentwicklungen, sowie die Vorgänge im staatlichen Plutoniumbunker in Hanau. Die Begründung für die letztgenannte Maßnahme kling nach Kabarett, hat aber vermutlich einen tieferen Sinn. Angeblich sollen per Geheimhaltung *„Störmaßnahmen Dritter im Sinne des Atomgesetz"* abgewehrt werden. Abgesehen davon, daß im Hanauer Bunker ebenfalls das offen deklarierte Plutonium der Firma ALKEM lagert, fehlt auch im Atomgesetz jeder Hinweis auf eine Geheimhlatungspflicht. Bekannt ist allerdings, daß im Hanauer Plutoniumbunker geschoben wird, was das Zeug hält: Das staatliche Plutonium Zimmermanns und das firmeneigenen Plutonium der ALKEM sind lediglich durch eine Bodenmarkierung getrennt, internationale Kontrollen (also 'Störmaßnahmen Dritter') faktisch verunmöglicht.

...über den nuklearen europäischen Pfeiler der NATO...

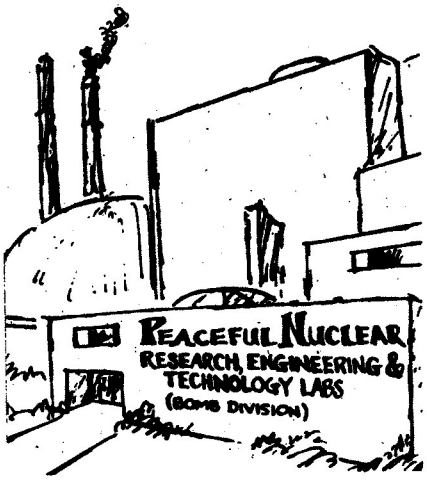
Die Bundesregierung bestätigt in ihrer Antwort auf die Fragen 2.7/2.8 ihre grundsätzliche Bereitschaft, auch im Rahmen einer westeuropäischen nuklearen Kooperation bei der Konstruktion und dem Bau von Unterseebooten, atomaren Antriebsraketen, Trägersystemen und der notwendigen Kommando- und Kontrolleinrichtungen (z. B. Satellitenleitsystem) mitzuwirken. Deshalb kann es auch kaum verwundern,

- daß die nuklearen Aufrüstungsprogramme Großbritanniens und Frankreichs *„nicht kommentiert"* werden (Frage 2. 3)
- daß Anlaß zu Protest z. B. gegen französische Atomwaffentests nicht gesehen wird. (Frage 2.4/DS 10/2992)
- daß die im WEU-Vertrag eingebauten mechanismen bisher von keiner Bundesregierung genutzt wurden, wobei es auch bleiben soll (Frage 2.5/2.6)
- die Verpflichtung zu Abrüstungsverhandlungen nach Art. VI des Atomwaffensperrvertrags seitens der Bundesregierung im Rahmen ihres Einflußbereichs (d.h. insbesondere gegenüber Großbritannien und Frankreich) niemals eingelöst wurden (Frage 2.1.).

In Sachen "Europäische Atomstreitmacht" unterstützt die Bundesregierung den 1969 von der Regierung Brandt/Scheel formulierten Vorbehalt, wonach der Beitritt zum Sperrvertrag den Beitritt zu einer westeuropäischen Atomstreitmacht nicht verunmöglichen darf, wobei dies *"im gegenwärtigen Zeitpunkt keine Frage ist, die politisch zu entscheiden wäre"*, weshalb sie gegenwärtig *"nicht die Idee einer europäischen Nuklearstreitmacht vertritt."* (Frage 1.2/1.3)
Unwidersprochen bleibt die Position des radikalsten Streiters für die "Europäische Option", CDU-MdB Todenhöfer, dér die diesbezügliche US-Interpretation des Sperrvertrags als *"zu eng"* ablehnt. (Frage 1.7)
Unwidersprochen bleibt insbesondere auch die Position, wonach eine *"Europäische Union mit einer zentralen Regierung mit Zuständigkeiten für Außen und Sicherheitspolitik"* die atomare europäische Verteidigung ermöglicht, so die CDU-MdB Helga Wex (Frage 1.8).

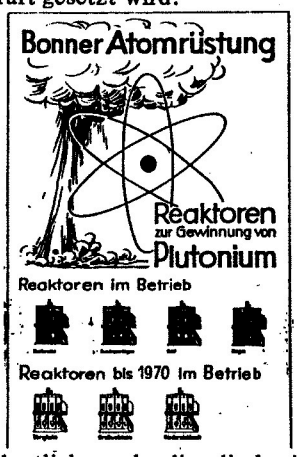
...zur Erörterung der nationalen Atombewaffnung !

Ganz offensichtlich hält es die Bundesregierung für angebracht, daß wieder intensiver und auch im Rahmen von Bundeswehrzeitschriften über die Atombewaffnung der Bundeswehr nachgedacht wirt. Die Veröffentlichung des berüchtigten Koller-Beitrages in der bundeswehrnahen "Europäischen Wehrkunde" 1/84 zugunsten von *"Cruise Missile oder Perhing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand"* wird



kommentiert mit den Worten: *"Die Bundesregierung befürwortet und unterstützt grundsätzlich eine breite Diskussion sicherheitspolitischer Fragen."* (Frage 3.2.)
Grünes Licht und der Segen von ganz oben also für Propagandaveranstaltungen für die deutsche Atombewaffnung, wie sie Ende 1985 auch die wehrpolitische Vereinigung der CSU (Referent: Koller) durchgezogen hat (vgl. SZ, 29.12.85.

Der Vorstoß der Bundesregierung, den deutschen Griff zur Bombe als Option wieder hoffähig zu machen, steht in der Tradition vergangener Bundesregierungen unter Adenauer und Erhard. So hatte sich die Bundesregierung 1960 mit der Forderung der Bundeswehrführung nach atomarer Bewaffnung der Bundeswehr ausdrücklich einverstanden erklärt (vgl. Bulletin des Bundesregierung vom 20. und 30.08.1960).
Von besonderer Bedeutung ist der Fragenkomplex 3.6 - 3.9. Während auf der einen Seite über die US-Atomwaffen in der Bundesrepublik ausgesagt wird, daß sie *"auch im Verteidigungsfall in der ausschließlichen Verfügungsgewalt der Gewahrsmacht, d.h. den US-Streitkräften"* bleiben, wird andererseits seitens der Bundesregierung erstmals öffentlich bestätigt, daß im sog. "Verteidigungsfall" für die BRD der Atomwaffensperrvertrag automatisch außer Kraft gesetzt wird.



Noch deutlicher als die diesbezüglich von der Bundesregierung zitierte US-Garantie ist die britische Erklärung vom 08.07.1968 zum Nichtverbreitungsvertrag (veröffentlich in Bundestagsdrucksache 7/994, S. 35). Darin heißt es, der Sperrvertrag würde

> *"bestehende zweiseitige Übereinkünfte zur Dislozierung von Kernwaffen in alliiertem Hoheitsgebiet nicht behindern, da diese die Weitergabe von Sprengköpfen oder von Verfügungsgewalt über sie nicht vorsehen bis zu dem Zeitpunkt, in dem eine Entscheidung Krieg zu führen, getroffen wird.* **Der Nichtverbreitungsvertrag würde für eine solche Entscheidung nicht erheblich sein und würde nicht wirksam sein, wenn sie einmal getroffen wäre."**

Die Bundesrepublik könnte im Falle eines Krieges (auch ohne formale Kriegserklärungen) den Atomwaffensperrvertrag zu den Akten legen und sich nuklear bewaffnen, wobei die USA offenkundig wenig interessiert sind, ihre Potentiele an Bundeswehrgenerale zu überlassen.
Um so interessanter also der Aufbau einer nationalen großtechnischen Plutoniumproduktion wie derzeit in Hanau und Wackerdorf bzw. Gronau (in Sachen Urananreicherung) vorgesehen!

Matthias Küntzel

Anmerkungen zur Grünen

Über 10 Jahre ist es her, als die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung ihren Anfang nahm und über 6 Jahre ist es bereits her, seit sich aus einem längeren Diskussionsprozess die Partei die Grünen herausgebildet hat mit ihren nunmehr 30.000 Mitgliedern und einem Wählerpotential zwischen 3 und 10%. In diesem doch recht langem Zeitraum hat es eine Unzahl von Diskussionen über die Bedeutung der Grünen für die Bewegung, die Linke, die Politik im allgemeinen gegeben. Viel geduldiges Papier ist beschrieben worden mit Grundsätzlichem und Konkretem, auch in dieser Zeitung. Insofern müßten wir uns zwangsläufig wiederholen, sollten wir die alten Streitpunkte "Parlamentarismus-Debatte", "Parteistrukturen-Debatte" usw. anläßlich die niedersächsischen Landtagswahlen wieder hervorkramen, um unsere - durchaus unterschiedlichen Positionen zu den Grünen deutlich zu machen. Angesichts der Tatsache, daß sich sowohl die Grünen, als auch die Anti-AKW-Bewegung in dieser Gesellschaft als politische Kraft durchgesetzt haben, erscheint es eher angebracht, sich mit dieser - je nach Betrachtungsweise betrüblichen oder erfreulichen Realität auseinanderzusetzen und dabei die Interessen der Bewegung(en) im Auge zu haben.

Der Artikel in der letzten »atom« "Den radikalen Bruch organisieren" läuft darauf hinaus, mit den Grünen radikal zu brechen und alles dazu beizutragen, daß die Grünen als Partei wieder verschwinden, damit die frustrierten Menschen, die sich in dieser Partei (irrtümlich?) befunden haben, wieder in die Arme der Bewegungen zurückkehren. Erstens finde ich eine solche Konsequenz aus der Kritik an den Grünen heraus für falsch und zweitens würde das auch nie so laufen nach dem Motto: Raus aus den Grünen - rein in die Bewegung, genausowenig, wie es vor Jahren umgekehrt gelaufen ist. Ich teile zwar die wesentlichen Kritikpunkte an den Grünen, wie sie vom Schwarzen Faden formuliert wurden und diese Punkte sind auch ein Grund dafür, warum ich mich in den Grünen nie engagiert habe. Aber einen politischen Sinn dazubeizutragen, die Grünen zu destabilisieren und von der politischen Landkarte der Bundesrepublik verschwinden zu lassen, würde es meiner Meinung nach erst dann ergeben, wenn sozusagen aus den Trümmern der Grünen etwas besseres, vorwärtsweisenderes entstehen könnte und Vorläufer dazu entweder innerhalb oder außerhalb der Grünen bereits vorhanden wären. Das ist aber mit Sicherheit nicht der Fall. Zur Zeit würde der Zerfall der Grünen nur der SPD und der Reaktion nutzen, nicht jedoch den Bewegungen oder gar der antistaatlichen Fundamentalopposition.

Der Diskussion um die Grünen hat von Anfang an die nötige Distanz gefehlt. Am Anfang mag das noch verständlich gewesen sein, aber mit der Zeit sollten wir wirklich begriffen haben (was die Grünen selbst im übrigen sehr schnell erfaßt haben), daß die Grünen halt die Grünen und die Anti-AKW-Bewegung eben die Anti-AKW-Bewegung ist und damit basta. Und so kann weder die Bewegung die Grünen auf der Straße vertreten (als Standbein, wie es oft formuliert wurde), noch die Grünen die Bewegung im Parlament (als Spielbein). Es mag zwar zwar sein, daß es personelle Überschneidungen gibt, es mag auch weiterhin sein, daß die Grünen noch am weitestgehenden von allen Parteien die Forderungen der Bewegungen aufnehmen und sich daraus auch eine engere Zusammenarbeit, als zu den anderen Parteien ergibt. Aber darüberhinaus gibt es doch schon lange keine »schicksalshafte« Vernetzung zwischen Brünen und Bewegungen mehr, wenn es sie je gegeben hat. Und auch die immer wieder vorgebrachte »Konkurrenz um die Menschen«, um die Aktiven, gibt es meiner Meinung nach nicht. Wer das meint, wer glaubt, die Grünen würden den Bewegungen die Aktivistinnen/en wegnehmen - oder gar umgekehrt - der weiß wenig über die Motivation von Menschen, sich hier oder dort zu engagieren. Wer in den Grünen arbeitet, den reizt in erster Linie eben die Parteiarbeit und die Möglichkeiten, die sich dadurch eröffnen. Und so ist es bestimmt kein Zufall, daß soviele ehemalige Mitglieder kleinerer Vorläuferparteien und der K-Gruppen zu den Grünen gestoßen sind. Die Arbeit in Bürgerinitiativen und Bewegungen ist ihnen auf Dauer viel zu eng und so werden die meisten nach einer vermeintlichen Auflösung der Grünen eher bei einer anderen Partei oder großen Organisation landen oder erst mal ganz die Finger von der Politik lassen, als reumütig und hoffnungsvoll in die Arme der Bewegung zurückkommen, wie es die Leute vom Schwarzen Faden in ihrer Perspektive erhoffen.

Parteiarbeit und Basisarbeit sind eben zwei ganz unterschiedlich Dinge, beide notwendig und in gewisser Weise auch mit großen Einfluß aufeinander. Unser Ziel muß es daher sein, die Parteien und Verbände im Kampf gegen das Atomprogramm so gut wie nur möglich einzuspannen, sie mit unseren Forderungen zu konfrontieren und in diesem Sinne auf den innerparteilichen Diskussionsprozess Einfluß zu nehmen. Und dies gilt erst recht gegenüber einer Partei wie den Grünen. Berührungsängste sind da völlig fehl am Platze. Gerade die Anti-AKW-Bewegung ist selbstständig und selbstbewußt genug, sich gegen mögliche Vereinnahmungsversuchen der Grünen zur Wehr zu setzen (gegenüber der SPD und der DKP ist es ihr auch gelungen).

Eine andere Frage ist noch, welche Rolle die Grünen für die allgemeinpolitische Diskussion und Entwicklung in der Bundesrepublik spielen. Dazu kann es von Seiten der Bewegung keine allgemeingültige Aussage geben. Je nach eigenem politischen Standpunkt werden da Perspektiven, Hoffnungen, Enttäuschungen und natürlich auch das Wahlverhalten ganz unterschiedlich aussehen. Meines persönliche Ansicht ist dazu folgende: Ich glaube nicht, daß die Grünen auf Dauer eine fundamentaloppositionelle politische Kraft in der Bundesrepublik darstellen können. Dazu fehlen sogut wie alle Voraussetzungen. Ihre starke Fixiertheit auf Präsenz in den Länderparlamenten und im Bundestag, ihr Drang nach Machtbeteiligung, ohne genau zu wissen, was man mit der Macht bzw. einem Zipfelchen davon eigentlich anfangen will, gepaart mit einer manchmal naiv anmutenden Theoriefeindlichkeit und einer politisch und ideologisch ungeschulten und unwissenden Mitgliedschaft und Wählerschaft kann nur zu einer Entwicklung hin zu einer staatstragenden, reformistischen Partei führen. Mag sein, daß sich viele damit zufrieden geben nach dem Motto: immer noch besser als gar nichts. Die Frage ist nur, ob da auf Dauer neben den bereits bestehenden Parteien ein Überleben möglich ist und vor allem, was dies auf Dauer politisch austragen soll. Die große Chance, sich zu einer Partei zu entwickeln, die eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse will, sei es in sozialer, ökologischer oder außen- bzw. sicherheitspolitischer Hinsicht, haben die Grünen bislang nicht genutzt und es wird immer unwahrscheinlicher, daß sie es noch tun werden. Die politische Hauptperspektive ist doch der Kampf um die Köpfe der Menschen. Wer den Kampf um die Stimmzettel und um Machtbeteiligung ganz oben ansetzt, hat den Kampf um die Köpfe bereits verloren. Denn entscheidend ist nicht nur, ob man im Bundestag sitzt oder nicht, und auch nicht, ob man in der Regierung sitzt. Das kann richtig und auch falsch sein. Es kommt darauf an, was man vertritt im Kampf um die Köpf. Daß das meiste davon in der praktischen Politik nicht durchsetzbar ist (oder noch nicht), damit muß man sich zwangsläufig abfinden. Aber man kann sich nicht damit abfinden, es nicht mehr zu versuchen. Und so ist es nicht in erster Linie schlimm, daß es den Grünen nicht gelingt, die Abschaltung aller Atomanlagen oder den Austritt aus der NATO durchzusetzen. Das können sie nach Lage der Dinge auch gar nicht. Schlimm ist vor allem, daß sie das Ziel bereits bei der ersten Etappe eines wohlmöglich jahrzehntelangen Kampfes aus den Augen verloren haben und so nichts oder nur wenig dazubeitragen können, es jemals zu erreichen. Das politische und persönliche Selbstbewußtsein der Grünen scheint nicht auszureichen, um den alten Integrationsmechanismen und zahlreichen Leimruten des Systems zu widerstehen. Eine Erkenntnis, die beileibe nicht neu ist und die auch viele Nicht-Grüne aus ihrem persönlichen Leben her kennen müßten. Insofern bin ich über die bisherige Entwicklung bei den Grünen nicht über die Maßen empört oder enttäuscht. Das können nur diejenigen sein, die die Grünen von Anfang an durch eine zu rosarote Brille gesehen haben.

B.

Diskussion

In der letzten »atom« hatten wir mit zwei Artikeln versucht, die Diskussion um die Grünen anläßlich der bevorstehenden Wahlen noch einmal neu zu beleuchten. Auf den nebenstehenden Seiten findet ihr die Weiterführung der Debatte. Wir selbst als Redaktion sind leider über die nebenstehenden 'Anmerkungen' nicht hinaus gekommen, die keinesfalls etwa eine gemeinsame Position darstellen könnten. Es schließt sich ein längerer Artikel aus der Sicht einer aktiven Umweltschützerin an, der die ganze Sache aus einem anderen, konkreten Blickwinkel heraus betrachtet. Wir würden uns freuen, wenn die Debatte auch in den nächsten Ausgaben weitergeführt werden kann. Schreibt uns also massenhaft!

"Ich bin als Umweltschützerin empört!"

Als engagierte Umweltschützerin, die aktiv die „Grünen" unterstützt, stehe ich fassungslos und erbost vor dem Trauerspiel, das die „Grünen" zur Zeit bieten.
Die „Grünen" verdanken ihre Existenz und ihren mühelosen Einzug in die Parlamente, in denen sie vertreten sind, der Überzeugung von mehr als 5 % der Wähler, daß bei den etablierten Parteien die Belange der Umwelt in den denkbar schlechtesten Händen sind.
Seit Auftreten der „Grünen" hat sich die Umweltsituation - ihren Warnungen entsprechend - drastisch verschlechtert. Bei immer mehr Menschen stößt die Forderung nach umweltschützenden Maßnahmen auf Zustimmung.
Gute Zeiten also für eine Partei, die mit dem Ziel angetreten ist, die Umwelt zu retten. So sollte man meinen. Doch das Gegenteil ist der Fall.
Bei den Landtagswahlen in NRW und im Saarland waren die Grünen nicht in der Lage, 5 % der Wähler für sich zu gewinnen.
Aus der Anti-AKW-Bewegung und dem Umweltschutzbereich sind immer mehr Stimmen zu hören, die sagen „Die Grünen sind nicht mehr wählbar".
Die Stellungnahmen verschiedener Grüner zur Strategiedebatte - siehe Textreader Febr./März 86 - sind überwiegend gekennzeichnet durch resignative und frustrierte Töne.
Da stellt sich natürlich die Frage nach den Gründen, aus denen die Krise resultiert, in die „Die Grünen" geraten sind.
Anhaltspunkte für die Beantwortung dieser Frage sind schnell gefunden.
So ist es sehr aufschlußreich, daß in den oben erwähnten Stellungnahmen vieler Grüner zur Strategiedebatte die Worte Umweltschutz und Ökologie so gut wie gar nicht vorkommen. Beim Durchlesen dieser Stellungnahmen entsteht der Eindruck, daß die Umweltproblematik bei den Wortführern der Grünen als so irrelevant angesehen wird, daß sie weder grundsätzlich noch im Hinblick auf den Erwerb von Wählergunst das Bedürfnis haben, ihren Stellenwert zu diskutieren.
Bei einer solchen Einstellung der Grünen ist es dann kein Wunder, daß die etablierten Parteien - vor allem die SPD - in der Lage waren, auch bei den Sympathisanten der Grünen ihr Ansehen in Sachen Umweltschutz aufzubessern und den Eindruck zu erwecken, als ob „Die Grünen" nicht fähig seien, die Verknüpfungen von Umwelt und Wirtschaft richtig zu würdigen.
Das heißt: „Die Grünen" haben versagt.
Ihren Sympathisanten gegenüber haben sie weder vermocht, die Beteuerungen der etablierten Parteien, wirksam Umweltschutz betreiben zu wollen, als Lippenbekenntnis zu entlarven, noch waren sie in der Lage, den Irrsinn und die Widersprüchlichkeit der betriebenen Wirtschaftspolitik mit ihrem Wachstumsstreben aufzudecken.
Wenn man sich die Aktivitäten bzw. Nichtaktivitäten der Grünen in der letzten Zeit anschaut (die kommunale Ebene soll von dieser Betrachtung ausgeschlossen sein), dann kann man nicht umhin, zu erkennen, daß Umweltprobleme bei den Grünen aus dem Brennpunkt des Interesses geraten sind und größtenteils als Pflichtübung behandelt werden.

Ein erschreckendes Beispiel dafür, wie Grüne in der Umweltpolitik versagen, war das Agieren der Grünen in Hessen im Zusammenhang mit den Skandalen um die Hanauer Atomfabriken Nukem und Alkem.
In diesen Firmen werden seit einem Jahrzehnt rechtswidrig und ohne Genehmigung hochgefährliche radioaktive Stoffe, z.B. Plutonium in einer Größenordnung von Tonnen, gehandhabt. Da die Staatsanwaltschaft eingeschaltet wurde und bekannt gewordene amtliche Schriftstücke belastende Hinweise enhalten, ist als gewiß anzusehen, daß es sich bei den Vorgängen um diese beiden Atomfirmen um schwere kriminelle Delikte handelt.
Nach meinen Verständnis von grüner Politik wäre das ja wohl der richtige Anlaß gewesen um darzustellen, warum Grüne mit der SPD als einer Partei, die zugunsten der Atomwirtschaft Umweltschutz und Rechtsstaatlichkeit mit Füßen tritt, kein Bündnis eingehen können.
Doch „Die Grünen" machten genau das Gegenteil und boten sich als Koalitionspartner an. Als Gegenleistung für den Ministerposten hingen sie den ungeheuren Umwelt- und Wirtschaftsskandal nicht an die große Glocke, sondern vertuschten ihn. Der Fraktionsvorsitzende Kerschgens erklärte laut einem Spiegelartikel, daß er keine juristischen Anhaltspunkte sähe, gegen die Firmen Alkem und Nukem vorzugehen.
Außerdem kuschte die gesamte grüne Fraktion vor der ungeheuerlichen Unverschämtheit von Bundesinnenminister Zimmermann zu behaupten, er habe das Recht, dem Land Hessen eine Anweisung zu einer gesetzeswidrigen Handlung zu erteilen.
Statt ihrer Aufgabe gerecht zu werden und publik zu machen, wie skrupellos die SPD mit der Umwelt zugunsten von Wirtschaftsinteressen umgeht, haben die Grünen durch ihren Koalitionseintritt die SPD gedeckt und das Umweltprestige dieser Partei gestärkt.
In ähnlicher Weise lassen „Die Grünen" in Bonn Gelegenheiten als „Das Umweltbewußtsein der Nation" aufzutreten und ihre Daseinsberechtigung zu beweisen, ungenutzt. Wie in Hessen wird Anpassung an die herrschende Politik mit ihren umweltzerstörenden Folgen betrieben.
Das wurde sehr deutlich im Zusammenhang mit der Neufassung des Wasserhaushaltsgesetzes. Nach dem Willen der Bundesregierung soll mit der Neufassung dieses Gesetzes die Bürgermitwirkung in Genehmigungsverfahren für umfangreiche Eingriffe in den Wasserhaushalt beseitigt werden.
Da diese Bürgermitwirkung eine unerläßliche Voraussetzung für den Widerstand gegen umweltzerstörende Projekte im Wasserbereich darstellen und an ihr schon häufig

solche Projekte gescheitert sind, hätten die Grünen es als ihre Aufgabe ansehen müssen, Umweltschutzverbände und Bürgerinitiativen zu mobilisieren und mit ihnen auf die Barrikaden zu gehen.
Man bequemte sich aber lediglich dazu und auch das nur auf Druck einer Bürgerinitiative -in einem Antrag die Beibehaltung der diesbezüglichen Vorschrift im jetzt gültigen § 9 des Wasserhaushaltsgesetzes zu fordern.
Als Folge des fehlenden Widerstandes werden in Zukunft großvolumige Wasserentnahmen komplikationslos genehmigt werden können, womit eine wichtige Voraussetzung für die weitere Zentralisierung der Wasserversorgung mit ihren ökologischen Schäden, sonstigen Risiken und ungeheuren Kosten geschaffen ist.
Da wie die praktizierte Politik in NRW zeigt, die SPD die Zentralisierung der Wasserversorgung mindestens genauso favorisiert wie die CDU, haben die Grünen auf diese Weise wieder Konfliktstoff mit der SPD vermieden.
Ebenso schlimm wie die Mißachtung der ökologischen Belange muß aber die Mißachtung der Belange der Landwirtschaft durch die grüne Fraktion bei der Behandlung des Wasserhaushaltsgesetzes gewertet werden.
Es ist nämlich Kritik daran zu üben, daß mit dem neuen Wasserhaushaltsgesetz den Ländern und ihren Genehmigungsbehörden nur das Recht gewährt, nicht aber die Pflicht auferlegt wird, Landwirten die zum Schutz des Wassers erforderlichen Auflagen zu machen.
Das wird die Konsequenz haben, daß zwei Kategorien von Landwirten entstehen, je nachdem, ob sie Flächen in Wasserschutzzonen besitzen oder nicht.
Der Verzicht auf Verbote für Produktionsweisen einer intensiven Landwirtschaft wie z.B. Massentierhaltung und Monokulturen, und der den Ländern und ihren Genehmigungsbehörden gewährte Ermessensspielraum wird dazu führen, daß dort, wo durch industrialisierte Landwirtschaft das Grundwasser schon hoffnungslos versaut ist, die Betriebe weiter produzieren dürfen, während in den Gebieten, wo dank der Bewirtschaftung durch klein- und mittelbäuerliche Betriebe noch schützenswerte Wasservorkommen vorhanden sind, diesen Betrieben durch rigide Nutzungsbeschränkungen u.U. die Existenzmöglichkeit genommen wird.
Statt daß die Bonner Grünen in Stellungnahmen die von der Neufassung des Wasserhaushaltsgesetzes zu erwartende Vernichtung klein- und mittelbäuerlicher Betriebe und die damit verbundene strukturelle Stärkung der industriellen Landwirtschaft anprangern, haben sie mit ähnlichen Tönen, wie von der SPD zu hören sind, gegen den Bauern als Umweltfeind Nr. 1 polemisiert.
Völlig einer Meinung mit der SPD zeigten sich die Grünen bei der Frage der Ausgleichszahlungen für Einkommenseinbußen als Folge von Nutzungseinschränkungen. Beide lehnen es strikt ab, die Ansprüche auf solche Zahlungen im Wasserhaushaltgesetz zu regeln, obwohl das sinnvoll und auch verfassungsrechtlich geboten wäre.

Im Zusammenhang mit der Agrarpolitik steht eine grundlegende umweltpolitische Zielvorstellung der etablierten Parteien, gegen die die Grünen schon längst hätten Sturm laufen müssen. Nach dieser Vorstellung ist die Natur einzuteilen in zwei Bereiche, von denen der eine Bereich zwecks wirtschaftlicher Nutzung hemmungslos ausgebeutet werden darf, während in dem anderen Naturschutz betrieben wird.

Daß die etablierten Parteien mit ihrem schwerpunktmäßig betriebenen Naturschutz von der unbarmherzig betriebenen weiteren Umweltzerstörung ablenken und mit den geschützten Flächen wieder Spielraum für weitere Zerstörung (Müllideponien, Kläranlagen, Straßen usw.) gewinnen wollen, ist wohl für die grüne Partei kein Thema.
Dabei wären ja wohl gerade hier wieder die Grünen mit ihrer Funktion, die Öffentlichkeit aufzuklären und zu mobilisieren gefragt.
Die bisherigen Ausführungen sollten darlegen: Der Vorwurf, daß „Die Grünen" Umweltschutzbelange aus Rücksichtnahme auf mögliche Beteiligung an einer SPD-Regierung mißachten, ist nicht aus der Luft gegriffen; er kann belegt werden.
Interessant ist nun, daß die Grünen bei ihren Analysen der abnehmenden Wahlerfolge die Frage, ob nicht gerade ihr Verhalten in der Umweltproblematik zur Frustration der grünen Wähler geführt hat, ignorieren. Ja, viel schlimmer noch. Es gibt sowohl bei den Befürwortern wie bei den Gegnern einer SPD-Koalition Leute wie Reinhard Krämer und Rudolf Boch, die die eigentliche Ursache für abnehmende Wahlerfolge der Grünen in einem gesellschaftlichen Verdrängungsprozeß sehen (siehe Textreader Febr./März 86).
Während Rudolf Boch auf ein Wunder hofft, daß den Verdrängungsprozeß aufbrechen läßt, will Reinhard Krämer dem Verdrängungsprozeß durch Koalition mit der SPD begegnen. Das Ergebnis ist das Gleiche: Die kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Fehlern, die einen wichtigen Anstoß für eine positive Entwicklung bei den Grünen geben könnte, wird verhindert.
Dabei übersehen die grünen Strategen völlig, daß das, was sie als Verdrängungsprozeß bei ihren Sympathisanten entdecken, nichts anderes ist als die Reaktion auf das politische Handeln der Grünen, das, wie oben aufgezeigt, den Eindruck erwecken läßt, als ob die etablierten Parteien - vor allem aber die SPD -in Sachen Umweltschutz doch nicht so viel schlechter sind als „Die Grünen".
Ich möchte versuchen klar zu machen, was mir am Herzen liegt.
Es nützt gar nichts, wenn die Grünen gute Gesetzesvorschläge und Programme machen. Das beeindruckt keinen Menschen.
Es kommt allein darauf an, jeden aktuellen Anlaß zu nutzen, um die Umweltzerstörung durch die herrschende Politik - und die SPD unterscheidet sich da überhaupt nicht von der CDU - und die Strategien und Mechanismen, mit denen sie durchgesetzt wird, medienwirksam darzustellen und Widerstand zu mobilisieren.
Und genau hier gibt es bei den Grünen einen heiklen Punkt. Medienwirksamkeit und Mobilisierung ist nun mal ohne Einzelpersonen, die in der Lage sind, in der Öffentlichkeit grüne Positionen zu vertreten und für sie Begeisterung zu erwecken, nicht zu erreichen. Genau solche Leute treffen aber bei den Grünen auf Ablehnung und haben daher geringe Chancen die Posten bekleiden zu können, auf denen die Mobilisierungsarbeit für die Grünen zu leisten ist.
Dies gilt besonders für Frauen, die Sachkompetenz besitzen und öffentlichkeitswirksam auftreten können. Sie müssen bei den Grüngen nämlich noch einen besonders harten Kampf gegen die „frauenbewegten" Frauen führen, weil diese nicht bereit sind, für Frauen, die sich in der Männerwelt durchsetzen können, Solidarität aufzubringen. Bettina Krems-Hemesath, eine bei den in Sachen Waldsterben arbeitenden Bürgeriniativen sehr angesehene Umweltschützerin, mußte dies bei ihrer Bewerbung um eine Direktkandidatur im Wahlkreis Bonn sehr bitter erleben.
So ist es denn zu befürchten, daß die Rechnung der Wahlkampfstrategen bei der SPD, die die absolute Mehrheit für ihre Partei anstreben, voll aufgeht.
Bei vielen Grünen sitzen die Aussagen, die sie im Wahlkampf zum Verhältnis zur SPD machen wollen, bereits fest. Diese Aussagen lauten: Es geht darum, die Regierung Kohl abzulösen; gegenüber der SPD haben wir keine Berührungsängste; eine Koalition mit der SPD kommt nur in Frage, wenn sie bestimmte Forderungen erfüllt.
Es besteht die Gefahr, daß diese Aussagen den Sympathisanten zu verhängnisvollen Schlußfolgerungen führen, die wie folgt, lauten könnten:

1. Da ungewiß ist, ob die Grünen in den Bundestag kommen oder in eine Regierungskoalition mit der SPD einwilligen, ist es sicherer, gleich SPD zu wählen.
2. Der Gegnerschaft einer Koalition mit der SPD liegen Berührungsängste zugrunde, also Emotionen, die irrationaler Art sind; folglich gibt es keine vernünftigen Gründe, gegen eine Koalition zu sein, was eine Aufwertung der SPD bedeutet.
3. Wenn „Die Grünen" solche hochgeschraubten Forderungen an die SPD stellen, dann müssen sie die SPD für eine Partei halten, die sich der Umwelt sehr verpflichtet fühlt.
4. Wir werden von den „Grünen" verarscht. Man kann doch nicht Bündnismöglichkeiten mit der SPD andeuten und gleichzeitig Forderungen stellen, bei denen man von vornherein weiß, daß sie Bündnisse ausschließen.

Wenn „Die Grünen" nicht sagen können, wie sie die SPD einschätzen, und warum Grüne gewählt werden müssen, werden wir gar nicht zur Wahl gehen.
Wenn die oben skizzierte Analyse richtig ist, dann muß damit gerechnet werden, daß der Bundestagswahlkampf - vorausgesetzt die geschilderte Einstellung zur SPD wird die Wahlkampfstrategie beherrschen - für die Grünen in die Hose geht.
Bestürzend ist, daß die Grünen vor dieser Gefahr die Augen verschließen, obwohl meiner Meinung nach gerade diese verkorkste Bündnisstrategie den Schlüssel für das Verständnis der Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen darstellt.
Wahlerfolge werden den Grünen nur beschieden sein, wenn sie sich darauf besinnen, womit sie ihre Anfangserfolge erzielt haben - und das ist nun mal der Umweltschutz.
Die Argumentation, mit dem Schwergewicht auf der Umweltproblematik seien „Die Grünen" als „Ein-Punkt-Partei" nicht wählbar, ist Unsinn. Dise Argumentation wurde sicher mit dem Ziel in die Welt gesetzt, Umweltschutzengagement bei den Grünen zu verhindern.
Schließlich ist jede umweltpolitische Maßnahme auch gleichzeitig eine wirtschaftspolitische. Und echter Umweltschutz geht ans Eingemachte der herrschenden Wirtschaftspolitik.
So fordern die Grünen wegen ihrer Umweltfreundlichkeit und Ressourcenschonung die dezentrale Energieversorgung. Aus den gleichen Gründen sind auch für andere Wirtschaftsbereiche, wie z.B. der Wasserversorgung und der Landwirtschaft, dezentrale Produktionsweisen den zentralistischen, die von der herrschenden Wirtschaftspolitik gefördert werden, überlegen.

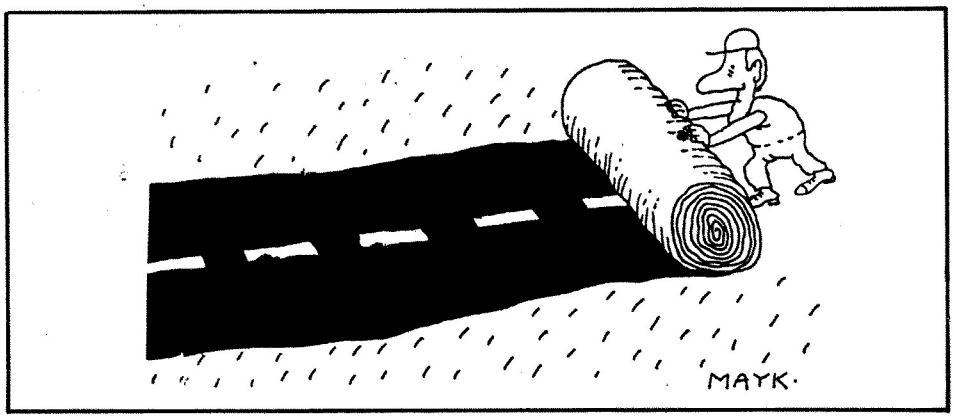
Mit der ökologisch erforderlichen dezentralisierten Wirtschaft werden aber völlig veränderte Grundlagen für die Strukturierung des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft schlechthin geschaffen.
Ich möchte meine Ausführungen zu folgendem Plädoyer zusammenfassen:
Die Umweltzerstörung ist viel weiter fortgeschritten, als die meisten wahrhaben wollen. Um der Bedrohung, die von dieser Zerstörung gerade für die Menschen in der Bundesrepublik ausgeht, zu begegnen, sind „Die Grünen" als parlamentarische Kraft notwendig.
Solange noch die Aussicht besteht, daß „Die Grünen" die richtigen Leute in den Bundestag schicken und offensiv mit der Parole „Wer Umweltschutz durchgesetzt haben möchte, kann nur grün wählen" Wahlkampf betreiben, solange sollten Umweltschützer nicht resigniert von der Wahl der Grünen abraten.
Man sollte aber in Umweltschutzkreisen sehr wohl überlegen, in welcher Form gemeinsame Schritte unternommen werden können, um die Grünen in das richtige Fahrwasser zu bringen. Auch sollten alle am Umweltschutz interessierten Menschen die ihnen gegebene Möglichkeit nutzen, um auf die Grünen dahingehend Einfluß zu nehmen, daß sie die Funktion, die ihnen ihre Existenzberechtigung verschafft, auch wirkungsvoll wahrnehmen.
Diese Funktion liegt darin, in den vielen Wunden, die ständig aufreißen und zwar in Gestalt von Widersprüchen und hirnrissigen Lösungen bei Wirtschafts- und Umweltproblemen die Finger zu legen.
„Die Grünen" können als parlamentarische Kraft etwas bewirken, wenn sie sich nicht verzetteln und ihre Möglichkeit der Informationsbeschaffung nutzen, um die Öffentlichkeit zu informieren, und wenn sie dafür sorgen, daß betroffene Bürger und engagierte Umweltschützer so viel Druck machen, daß die vielen noch geplanten Maßnahmen der Umweltzerstörung nicht zur Durchführung gelangen und die bereits praktizierte Umweltzerstörung zurückgeführt wird.

Traute Kirsch
aus Beverungen (Würgassen)

Leserbrief zu den Grünen

Leserbrief zum Artikel von **Herbert Masslau: „Die Antwort ist euer"**, ATOM März 1986
Gegen die Brunnenvergiftung in der Anti-AKW-Bewegung!
Der Artikel: „Die Antwort ist euer" von Herbert Masslau enthält verschiedene Halb- und Unwahrheiten und einige Abschnitte zu meiner Person, die ich als persönliche Beleidigung auffasse:
1. Zu meiner Person (Ich bin auf der Landesliste der GRÜNEN auf Platz 2): H. Masslau schreibt: „An der Spitze stehen zwei Personen, die eindeutig als Protagonisten einer Zusammenarbeit mit der SPD zu bezeichnen sind" und liefert dann die Begründung: „Immer mehr BI-ler ziehen sich zurück, während Ex-SPD-ler in die Partei eintreten".
Hätte sich H. Masslau die Mühe gemacht, ein einziges Mal mit mir zu reden oder meine Kandidatur-Selbstdarstellung sorgfältig zu lesen, dann wüßte er, daß ich 1) seit 1977 in der Bürgerinitiative gegen Atomanlagen war und intensiv unter anderem an der Organisation des Gorlebentrecks und des Gorleben-Hearings in Hannover mitgearbeitet habe, 2) seit 1978 Öffentlickeits- und Bildungsarbeit zum Bereich Antiatom/Alternativenergie mache, 3) seit 1980 das Energie- und Umweltzentrum am Deister (während der Gründungsphase Arbeitsgemeinschaft Sanfte Energie) mit aufgebaut habe, wo wir in einem Lebens- und Arbeitskollektiv versuchen, der herrschenden Politik gerade im Energiebereich positive Alternativen gegenüberzustellen. Gut. Ich bin kein Barrikadenkämpfer, doch der Versuch, die Bewegung in gute Leute (H. Masslau nennt Charlotte Garbe) und schlechte Leute (mich) aufzuteilen ist politisch falsch und menschlich mies und dient nur dazu, ein klares Feindbild „Realo" aufzubauen.
2) Ich bin weder Ex-SPD-Miglied noch Protagonist dieser Partei. Vielleicht hätte H. Masslau, wenn er eine korrekte Berichterstattung wollte, den Satz aus der Wahlaussage der GRÜNEN zitieren sollen, den ich **vollständig** in meiner Selbstdarstellung geteilt habe: „Wir wissen aber auch, daß sich wirkliche Veränderungen in erster Linie nicht durch Abstimmungen und Vereinbarungen im Parlament vollziehen. Sie geschehen nur dann und dort, wo die Menschen ihre Geschicke selber in die Hand nehmen."
Ich bin für Verhandlungen mit der SPD, doch eine Unterstützung einer Landesregierung durch die GRÜNEN kommt für mich nur in Frage, wenn dadurch ein deutlicher Bruch mit der derzeitigen Politik erreicht wird und dieses ist H. Masslau bekannt, wenn er meine Selbstdarstellung gelesen hat. Nicht ich, sondern er ist doch der „Realo", wenn er in seinem Artikel weiter hinten schreibt: „Eine Partei kann nur ein taktisches Mittel sein, und angenommen, bei einem Kompromiß ließen sich einige Atomprojekte verhindern, Autobahnen verhindern und selbstverwaltete Frauenhäuser schaffen, dann wäre es falsch, die Bewegung gegeneinander auszuspielen und diese Erfolge zu gefährden." Der ganze Artikel ist doch eine Ohrfeige für diesen Satz!
3) Die Aussage im Artikel, daß der Bereich Ökologie gegenüber „sozialdemokratischen" Themen wie Arbeit, Wirtschaft, Soziales personell rückläufig ist, ist objektiv falsch und politisch dumm. Von den ersten acht Personen der Landesliste sind vier im Umweltschutz engagiert: Hannes Kempmann (klar), Horst Schörshusen (Bereich Energie im letzten Landtag), Marion Schole (Biochemikerin und „Naturschutzexpertin") und ich. Warum hat H. Masslau was dagegen, daß sich auch Leute um die Bereiche Frauen, Wirtschaft (Thea Dückert ist übrigens im Bereich Selbstverwaltungswirtschaft engagiert) und Soziales kümmern? Auch das Problem der Armut in Niedersachsen ist wichtig und seine Aussage ist fachblind.
4) H. Masslau schreibt, daß Hannes Kempmann als Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg nur einen Listenplatz bekommen hat, weil sich die Versammlung **noch nicht** traute, eine so prominente Region auszuschließen. Dieses stellt den tatsächlichen Ablauf der Wahlversammlung auf den Kopf: In 4 Regionalversammlungen waren 4 Männer für die ersten 8 sicheren Plätze vorgeschlagen worden. (Die Liste ist paritätisch besetzt.) Alle 4 Männer wurden vom Plenum bestätigt, Hannes Kempmann übrigens mit den meisten Ja-Stimmen. Wer auf Platz 2, 4, 6 oder 8 steht, spielt in einer Gruppe, die sich als Team betrachtet, eine untergeordnete Rolle und die Nominierung hing von sehr verschiedenen Kriterien ab. Bei mir wirkte sich sicher auch aus, daß ich in einem Lebens- und Arbeitskollektiv stecke, daß ich als einziger was dazu gesagt habe, wie die Betreuung meiner Tochter in Zukunft geregelt werden kann usw. Aber ein politisches Kaffeesatzlesen, wie H. Masslau es macht, ist natürlich viel einfacher.
Die aufgezeigten Punkte mögen deutlich machen, daß der Artikel schlecht recherchiert ist und zum Teil erhebliche falsche Behauptungen enthält.
Ich hoffe nur, daß dieser Leserbrief nicht zu spät kommt, um euch bei einer positiven Entscheidung zu helfen, daß die GRÜNEN doch wählbar sind.

Hans Mönninghoff
Energie- u. Umweltzentrum
Springe Eldagsen



Betr.: Artikel Große Widerstandsgeschichte in atom Nr. 8

Liebe/r MaMo,
Dein Artikel ist für mich schwer erträglich. Dein Rundumschlag trifft alle, und wenn Du ihnen nichts vorwerfen kannst, mußt Du was erfinden - Beispiel Schuirer: »Die Grenze seines Widerstandes wird sicherlich dort gekommen sein, wo ihn seine Partei zu isolieren und zurückzupfeifen droht.« Das hat seine Partei längst getan, und er ist **nicht** zurückgegangen - aber so etwas darf es für Dich nicht geben, daher schnell die Behauptung, er hätte he Schaufel zum Schippen abgelehnt. Recht hat er - ein abgesetzter, wenn auch schippender Landrat Schuirer nützt uns gar nichts!

Nächste falsche Behauptung: Weinzierl vom Bund Naturschutz »war bei der zweiten Platzbesetzung erst mal nicht zu sehen« - wo warst Du Silvester Nacht? Da hättest Du ihn auf der Wackerland-Bühne im Hüttendorf das Anti-WAA-Jahr ausrufen und hören können!

Beispiel 3: »Praktisch habe ich auf dem besetzten Platz eine besondere Präsenz von GRÜNEN nicht beobachten können.« Erstaunlich, daß Du überhaupt Wolfgang Daniels wahrgenommen hast; Stefan Schulte, GRÜNER MdB, der mit Frau und Baby zwei Wochen da war, will ich mal übergehen, falls Du nur auf Promis aus bist (Roland Vogt ist für mich keiner, das ist ein egozentrisches Arschloch, das sich immer in den Vordergrund spielt. - Und warum wurde eigentlich die sich ebenfalls für unentbehrlich haltende Petra Kelly als Rednerin für den Ostermontag am Bauzaun eingeladen?). Aber daß die Info-Hütte mit GRÜNER Beteiligung lief (wer hat z.B. die Kasse sichergestellt, als es diesen nächtlichen Fehlalarm gab?), daß die Müllgruppe nur aus GRÜNEN bestanden hat (spar Dir Deine blöden Witze darüber), ignorierst Du glatt. Im übrigen sind die Verdienste der autonomen Gruppen unbestritten, ebenso wie von den Bis vor Ort.

Von den ganzen Schwierigkeiten mit den Schienen hast Du aber gar nichts mitgekriegt, nämlich Folgendes: Die Polizei gibt öffentlich bekannt, daß sie das Dorf räumen wird, wenn was an den Schienen passiert. Silvester Nacht gibt es weit und breit keine Bullen, dafür legt »zufällig« jemand mit der Säge Bäume an der Bahnlinie um, so daß sie auf die Schienen fallen. Sein Pech, daß ihn he GRÜNE Schienenwache (und später sogar eine autonome Schienenwache) dabei überrascht - nix mit Schlagzeile »Chaoten gefährden Bahnverkehr, deshalb Hüttendorf geräumt.« Das schöne Bild der sich um das Wohl der Bürger sorgenden Staatsgewalt, die die Chaoten im Zaum halten muß, kann leider nicht entstehen.
Aber das paßt Dir nun absolut nicht ins Konzept, widerspricht es doch total Deiner Vorstellung von Widerstand. Du verwendest den Begriff »gewaltfrei« wie ein Schimpfwort und weißt doch selbst, daß nur deshalb die Unterstützung der Besetzung so stark war. Aus **einem** Ulrike-Meinhof-Transparent folgerst Du, daß sich ein »Großteil der Bauplatzbesetzerinnen in keinster Weise als gewaltfrei begreift« und hast, wie oben gezeigt, doch so wenig gesehen, auch nicht, daß selbst die meisten autonomen Gruppen das gewaltfreie Konzept akzeptierten (wie weit diese Akzeptanz geht, will ich jetzt nicht ergründen). Aber das passiert nun mal mit »Bewegungsverwaltern«.
Bin gespannt, ob die Atom diesen Leserbrief veröffentlicht (aber dann bitte nicht mit meinem vollen Namen).

Ich habe aber noch einen zweiten Brief, diesmal zum Artikel von Matthias Küntzel in atom Nr. 7: »Der Ausstieg aus dem Ausstieg«

Lieber Matthias Küntzel,
obwohl Du selbst in Bonn Mitarbeiter der GRÜNEN Bundestagsgruppe bist, zeugt Dein Artikel »Der Ausstieg aus dem Ausstieg« nicht gerade von sorgfältiger Recherchierung. Ganz offensichtlich kennst Du noch nicht einmal das Datum der nächsten Landtagswahl in Hessen: Oktober 1987 (die taz übrigens auch nicht, von der Du abgeschrieben hast). Die Hauptstudie zu Biblis wird nicht, wie in Deinem Artikel angegeben, im Frühjahr 1986 vergeben, sondern erst im Sommer, und zwar nach erfolgter Stellungnahme von Steger zur Vorstudie (ganz richtig: **Vorstudie!**) und einem anschließenden Hearing (Angaben von Franz Jacob). Somit wird ihr Ergebnis garantiert in der Wahlkampfdiskussion sein - genau das Gegenteil von dem, was Du schreibst.
Karl Kerschgens sagt nicht einfach so, daß am Ende einer Untersuchung von Biblis auch eine Stillegungsverfügung stehen könnte, sondern das steht im Doppelviererpapier und wurde also auch von den SPD-Leuten akzeptiert. Denen traue ich zwar auch nicht sonderlich viel Rückgrat zu, aber eins ist sicher: die GRÜNEN können noch so laut die »Stillegung aller Atomanlagen« fordern (an diesem Gesetzesantrag der GRÜNEN hast Du doch angeblich selbst mitgearbeitet; wenn die GRÜNEN also einen Entwicklungsfortschritt in Richtung SPD gemacht haben, dann hast Du selbst dazu beigetragen. -Du meinst in Deinem Artikel nur die hessischen GRÜNEN? Ja, gibts die denn nicht in der Bundestagsgruppe?), die Forderung nach Stillegung aller Atomanlagen nützt also so lange nichts, wenn nicht das Atomgesetz geändert wird, denn diese Gesetz gibt absolut keine Möglichkeit, ein AKW zu verhindern, wenn es alle gesetzlich festgelegten Bedingungen erfüllt. Also bleibt parlamentarisch (und nur von parlamentarischen Möglichkeiten spreche ich hier, nicht von außerparlamentarischen!) nur Nadelstichpolitik, deren Ergebnis nach der Erstellung der Studie bei Biblis wahrscheinlich so aussehen wird:
a) Es ist der RWE nicht möglich, alle Auflagen für Biblis zu erfüllen (Stillegung)
b) Es lohnt sich für die RWE nicht, die Auflagen zu erfüllen, weil die Kosten zu hoch sind (Stillegung)
c) RWE erfüllt die Bedingungen (leider).
Wenn c) eintritt, wird sich atom wieder überschlagen und alles den GRÜNEN anlasten. Das ist dann am einfachsten für sie; darauf ist atom fixiert, wie mir scheint. Warum sonst haben sich die Vertreter/innen dieser geschätzten Zeitschrift nie darauf eingelassen, konkrete Atompolitik zu machen und beim »Krisenstab ATOM« der hessischen GRÜNEN mitzuarbeiten, obwohl sie wiederholt schriftlich und telefonisch eingeladen wurden? Sie haben es noch nicht mal der Mühe wert gefunden, abzusagen *(doch, d.S.)!*
Und Du, Matthias, hast es geschafft, Dir den Pelz waschen zu lassen, ohne Daß Du naß wirst.
Rüdiger

Leserbriefe zur Grünen-Diskussion

Leserbrief zu Atom Nr. 8
"die Antwort ist euer"
von Herbert Masslau

Lieber Herbert!
Grundsätztlich, denke ich, sind wir uns einig in der Sorge über die Beziehung zwischen Anti-AKW-**Bewegung** und der Grünen **Partei.** Du machst diese Sorge an einigen **aktuellen** Punkten fest (Z.B. das zögerliche Verhalten der Grünen gegenüber dem Bauern Maas in Kalkar). Andere Beispiele würden wir sicher leicht gemeinsam finden (z.B. in Hessen). Ich teile auch deine Sorge über **grundsätzliche** Entwicklungen im Verhältnis von Bewegung und Partei.
Eine Partei, auch die Grüne, kann wohl auf Dauer nicht eine Bewegungspartei bleiben. Aber sie sollte sich bemühen, möglichst lange lebendig zu bleiben. Und wir Grünen müssen schon aufpassen, in den Bahnen (und Papieren) von Parteistrukturen und Mandatsroutine nicht allzu früh zu verkrusten, und diese Warnung beziehe ich auch auf mich.
Zu Recht, lieber Herbert, warnst Du auch vor den Klippen einer etwaigen rot-grünen Zähmefirheit im neuen niedersächsischen Landtag. Entschieden widersprechen muß ich aber dem, was Du über die Frauen und Männer der Grünen Landesliste sagst. Es stimmt nicht, was Du über die kurzen Kandidatenvorstellungen auf der Lüneburger Landesdelegiertenkonferenz schreibst: der Bezug zur Anti-AKW-Bewegung wurde dort durchaus nicht verschwiegen. Und Du hast doch auch gehört, wer dabei frühere und jetzige BI-Mitglieder hervorhob.
Schlimmer ist jedoch, daß Du der gesamten Landesliste und damit der zukünftigen Grünen Fraktion im Niedersächsischen Landtag unterstellst, es würde "zu einer Zusammenarbeit, später wahrscheinlich Koalition mit der SPD kommen, die auch **nicht durch harte Forderungen im Anti-AKW-Bereich gefährdet wird".** (Hervorhebungen von mir). Woher weißt Du denn, "Grohnde und Esensham bleiben bestehen und Lingen II würde ans Netz gehen — **mit Hilfe der Grünen**"? Das ist nicht nur eine unbegründete Anmache. Schlimmer ist, daß solche Äußerungen eines Grünen Landtagskandidaten die mögliche Verhandlungsposition einer zukünftigen Grünen Landtagsfraktion gegenüber der SPD sicher nicht stärken kann.
Ich zweifele jedenfalls nicht daran, daß die Frauen und Männer der Landesliste zum Grünen Landesprogramm und zur Wahlaussage stehen, d.h. zum sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie in Niedersachsen.

Peter Hansen, Cloppenburg

Kurze Stellungnahme

von Herbert

Ich zweifle auch nicht daran, daß die Leute auf der Landesliste zum »sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie« stehen. Es bleibt aber die Tatsache, daß der konkretisierende Antrag aus Lüchow-Dannenberg (nämlich Schaffung der juristischen, verwaltungstechnischen und parlamentarischen Voraussetzungen innerhalb eines Jahres, um dann innerhalb der Legislaturperiode insgesamt aussteigen zu können) abgeschmettert wurde. Es bleibt die Bemerkung in der Grünen Illustrierten 11/85, S. 14, wo es heißt: »Es bleibt beim sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie, Konkretisierungen des SOFORT wurden aber mit großen Mehrheiten abgelehnt - zukünftige Verhandler/innen haben etwas Spielraum erhalten. Ein Antrag, der auf verpflichtende Hinzuziehung der Anti-Atom-Bis bei Verhandlungen zielte, scheiterte klar.« Wie anders ist das zu interpretieren, als daß man sich zwar zum »sofortigen Ausstieg« (ganzer Ausstieg oder nur Einstieg in den Ausstieg?), was ja noch nichts konkretes heißt, bekennt, sich aber eine mögliche Koalition mit der SPD dadurch nicht vermiesen lassen will.

Der Wasserwerferprozeß

Am 7. November 1985 begann ein Prozeß vor dem Verwaltungsgericht in Lüneburg. Es war der Prozeß, der feststellen sollte, daß die Polizei 1982 im September bei den Demonstrationen "Tanz auf dem Vulkan" vor dem Zwischenlager Gorleben Wasserwerfer rechtswidrig eingesetzt hatte. Es gab damals bei den Blockaden viele Verletzte mit Lungen- und Nierenquetschungen, Rippenbrüche, großflächige Blutergüsse, Augenverletzungen mit teilweisem Verlust der Sehkraft und Gehirnerschütterungen. Mittlerweile ist bekannt: Wir haben den Prozeß gewonnen!

Die Atmosphäre der ersten Prozeßtage war sehr spannungsgeladen. Es wurden die Wasserwerfermannschaften verhört die für unsere Verletzungen verantwortlich waren. Es war einfach unfaßbar, mit welcher Dreistigkeit von den Männern Behauptungen aufgestellt wurden, die jeder Grundlage entbehrten und versucht wurde, Situationen ins glatte Gegenteil zu verkehren. Der Wasserwerferschütze, der mich kaputtschoß, behauptete z.B. sich an sitzende Demonstranten auf der Kreisstraße 2 überhaupt nicht zu erinnern. Inzwischen war durch die Aussagen der Wasserwerfermannschaften und der Einsatzleiter die Sitzdemonstration mittags auf der Straße zu einem Komplott von militanten Autonomen, Steinewerfern und Stahlkugelschützen geworden und der Wasserwerfereinsatz zur einzigen Möglichkeit "Kameraden" zu retten. Dies veranlaßte uns, mehr und mehr Zeugen zur K2-Situation aufzutreiben. Fotos allein, die zeigten, daß Polizisten zum Teil gelangweilt auf Einsatzbefehle warteten, reichten dem Gericht nicht aus. So wurde die durch polizeieigene Filmdokumentation belegt unbestreitbar friedliche Abendblockade vor dem Haupttor von dem Verfahren abgekoppelt und ein Extratermin nur für Zeugen zur Mittagsblockade anberaumt. Die Befragungen dauerten länger und länger und die Anzahl der Protokollseiten nahm ein enormes Ausmaß an.

Dann erging das Urteil am fünften Tag:"Im Namen des Volkes, der Wasserwerfereinsatz war rechrswidrig!" Setzen. Die Freude und die Überraschung kann ich nicht leugnen. Sollte sich hier wirklich ein Stück Gerechtigkeit seinen Weg gebahnt haben? Ernüchterung:"Der Wasserwerfer ist nicht als Waffe anzusehen". WArum?– Reicht es nicht aus, daß Menschen damit zu Krüppeln geschossen werden? Warum bleibt der Wasserwerfer ein Mittel, das noch vor dem Schlagstock eingesetzt werden kann? "er darf aus der Distanz eingesetzt werden". Dennoch ein Erfolg, weil dieser Prozeß der erste in der Bundesrepublik ist, bei dem sich Demonstranten auf diesem Rechtswege gegen polizeiliches Vorgehen auflehnen. Das erste Mal, daß Demonstranten ihr Grundrecht auf Unversehrtheit gerichtlich bestätigt bekamen und daß festgestellt wurde, daß die Polizei gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstoßen hat. Die gerichtliche Überwachung der Handlungen von Polizei und Staat rückt wieder in den Bereich des Möglichen und gibt Mut, sich gegen Polizeiwillkür zu wehren. Ermuntert durch unseren Weg wählten auch die Wasserwerferopfer der Sitzblockaden von Garlstedt 1984 den Weg über die Gerichte, u.a. auch um Schmerzensgeld zu bekommen.

Was bedeutet nun das Urteil: Es bedeutet, daß der Kriminalisierung von Demonstranten entgegengewirkt wurde und Politiker sich ihrer selbst und ihres Apparates nicht mehr so sicher sein können.

Die nächsten großen Auseinandersetzungen fanden bei Wackersdorf statt, wo Ostern 41 Wasserwerfer am Werk waren, darunter auch die Hochdruckwasserwerfer. Es bleibt also abzuwarten, wieviel Prozesse gegen polizeiliches Handeln dann anhängig sind.

Eines der Opfer bin ich, eines der Opfer brutaler, Staatlicher Gewalt bin ich geworden., und in diesem Prozeß sehe ich **eine** *Möglichkeit zu meinem Recht zu kommen.*

Leider ist dies der einzige uns mögliche Prozeß. Der Strafantrag wegen Körperverletzung im Amt wurde in allen Instanzen als nicht prozeßwürdig abgelehnt, nicht zuletzt deshalb, weil unsere Verletzungen als zu geringfügig erachtet wurden.

In diesem Prozeß kann nun endlich festgestellt werden, daß der Polizeieinsatz unkalkulierbar und unverhältnismäßig war.

Für mich war der Einsatz der Wasserwerfer weder verhältnismäßig noch kalkulierbar: Ich erwarte nicht, dafür, daß ich auf einer Straße sitze, zusammengeschossen zu werden.

Ich erwarte nicht, daß bei einer Sitzdemonstration eine derartige Agression über mich hereinbricht. Es ist für mich einfach nicht zu verstehen!

Erklärbar hingegen wird es mir nur durch den Kadavergehorsam, der auch bei der Polizei herrscht, der militärische und polizeiliche Aktionen erst möglich macht, der menschliche Empfindungen durch Feindbilder (z)ersetzt. Erklärbar nur durch die Auf-Rüstung, die die Polizei betreibt und die eine weitere Möglichkeit bietet menschiches Empfinden von direkter Handlung zu trennen. Durch die neuen Wasserwerfer wird im Polizisten scheinbar das Verhalten eines Bomberpiloten geschürt. Er sieht nichts, hört nichts und weiß gar nicht, was er tut. Oder es wird von einem "Glücksfall" gesprochen, bei einem Treffer, wie vor einer Schießbude auf dem Jahrmarkt stehend.

Erschütternd und empörend finde ich die hilflosen Rechtfertigungsversuche der verschiedenen Polizisten, um ihr Handeln zu legitimieren. Dort, wo die Dienstvorschrift nicht ausreicht und der Befehl, tauchen Lücken im Vorstellungsvermögen und die eingeschränkte Aussagegenehmigung auf. Es müssen auch militante Demonstranten herhalten, die es für notwendig erscheinen lassen "Kameraden" z schützen, um angesichts der angerichteten Verletzungen noch ein einigermaßen schuldfreies Gewissen haben zu können. Es kann sich anscheinend niemand der hier vernommenen Polizisten vorstellen grundlos an solchen Grausamkeiten mitgewirkt zu haben. Haben sie aber ! Jeder einzelne von ihnen ! Jeder hat seinen Teil dazu beigetragen: als Einsatzleiten, Maschinist, Kommandant, Werfer. Von dieser persönlichen Verantwortung kann sich niemand freisprechen.

Das Handeln der Polizei war für mich in keiner Phase nachvollziehbar. Ich habe aber im Nachhinein versucht eine Erklärung dafür zu finden:

Für mich ist es die militärische Struktur der Polizei und die Möglichkeit Distanzwaffen einzusetzen, die keine eigene Kontrolle über Auswirkungen zulassen.

Die Motivation aber, für das mir zugefügte Leid ist für mich nicht zu begreifen.

Ich will in diesem Land mein Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ungehindert wahrnehmen können!

Ich will dabei den Tod nicht einkalkulieren müssen!

Christiane Zakrzewski

Rüsselsheim:

Spaltung der Angeklagten

Wir haben über das Rüsselsheimer Verfahren und die vorhergehende U-Haft etc. im AtomExpress bzw. später in der Atom ausführlich berichtet. Das wollen wir auch in dieser Nummer fortsetzen, obwohl der Prozeß mittlerweilen abgeschlossen ist. Auf das Urteil und die Verhandlung selber gehen wir hier aber nur kurz ein.
Weitaus wichtiger erscheinen uns aber die Begleitumstände des Prozesses, an dem wir selber zwar nicht direkt teilgenommen haben, ebensowenig wie an den Auseinandersetzungen unter den Angeklagten, und deshalb nur Sachen veröffentlichen können, die uns zugeschickt wurden. So auch das folgende Einschätzungspapier der Prozeß-Soli-Gruppe, die sich eher in politischer Nähe zu Elmar, als zu Joachim und Brandy versteht. Die Gruppe versucht hier einmal den Prozeß zu analysieren und kritisiert gleichzeitig die Art, wie Joachim und Brandy den Prozeß geführt haben.
Wie gesagt, wir haben nicht direkt in den Diskussionen dringesteckt, und wollen deswegen auch versuchen, für die nächste Nummer eine Erklärung von Joachim und Brandy zu bekommen, die hier sehr schlecht abgeschnitten haben.
Grundsätzlich zeigt sich hier aber das Problem, das auf fast alle Kriminalisierten zukommt, vor allem, wenn die Angeklagten auch noch willkürlich von der Staatsanwaltschaft "zusammengewürfelt" sind und verschiedene politische und persönliche Einschätzungen haben. Dies ist die eine Seite der Prozesse, die meistens nicht öffentlich diskutiert wird, und daher vielen Leuten auch nicht klar ist. Der bewußte Spaltungsversuch der Anklagebehörde, bevor der Prozeß überhaupt erst richtig begonnen hat, was in vielen Fällen auch tatsächlich zu herben Anpissereien untereinander führt.
Aus eigener Erfahrung kennen wir das Problem, ob nun offensiv politisch mit einem Prozess umzugehen oder sich aber vermeintlich taktisch zu verhalten, bzw. auch gar keinen Bock auf den Prozeß zu haben und sich da möglichst wenig mit auseinanderzusetzen. Das ist alles noch relativ einfach, wenn die Angeklagten sich untereinander einig sind. In Rüsselsheim war dieses aber anders und denkbar ungünstig.
Es gibt genügend Gründe, einen Prozeß politisch zu führen, ebenso, dieses nicht zu tun (wobei auch wiederum über den Begriff "politisch" zu streiten ist). Grundsätzlich verwahren wir uns aber dagegen, eine/n Angeklagten, nur weil sie/er den Prozeß nicht politisch führt, in eine bestimmte Ecke, aufs politische Abschwörergleis, oder gar in die Verräterecke zu stellen. Die wirklichen Gegner sitzen immer nur auf der anderen Seite der Ballustrade.
Wir drucken die Stellungnahme als Dokumentation ab, mit dem Hinweis, daß dies nur die eine Seite ist. Joachim und Brandy sollen in der nächsten Ausgabe die gleiche Chance haben, dazu Stellung zu beziehen.

Zum Prozeß selber

Am 16.12.83 wurden bei einer großangelegten Razzia des Landeskriminalamtes Wiesbaden und der Bundesanwaltschaft überfallartig 8 Wohnungen, eine alternative Reparaturwerkstatt und eine Garage durchsucht, dabei etliche Gegenstände beschlagnahmt und 9 Personen festgenommen. Bis zum Abend wurden 6 Leute wieder freigelassen, zwei Tage später Elmar an seinem Arbeitsplatz verhaftet. Elmar, Joachim, Brandy und Waggi saßen danach bis zu 6 Monaten in Untersuchungshaft.
Vorgeworfen wurde ihnen Gründung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Rüsselsheim, Vorbereitung von Sprengstoffverbrechen (vorzugsweise auf einen Güterbahnhof, der auch von der US-Army benutzt wird) und zweien von ihnen Werbung für die RAF.
Diese Anklagepunkte brachen in der nachfolgenden Zeit mehr oder weniger zusammen, trotzdem wurde im Januar '85 die Anklageschrift mit den obigen Vorwürfen vorgelegt.
Ende Januar '86 fand der Prozeß vor dem OLG Frankfurt statt, wobei das Verfahren gegen Waggi schnell gegen 2.000 DM und Verzicht auf Haftentschädigung eingestellt wurde. Für viele überaschend war der Prozeß schon nach drei Tagen zu Ende, nachdem es mehrere Gespräche zwischen Anklagevertretung und Verteidigung gegeben hatte, und es zu einem Handel kam, der so aussah, daß der Prozeß schnell zu Ende ging, und die BAW nur noch die "Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens" (§ 311 StGB) anklagte und die Strafen zur Bewährung ausgesetzt versprach.
Letztendlich wurden alle Einlassungen der Angeklagten als "Schutzbehauptungen" verworfen.
Joachim und Elmar wurden zu je 17 Monaten, Brandy zu 15 Monaten Knast auf jeweils 4 Jahre zur Bewährung verurteilt.

Zum Ablauf des 1. Verhandlungstages

wir hatten vor prozeßbeginn eine "kurzdemo" angesetzt und dazu mobilisiert. 40 — 50 Leute kamen zum Treffpunkt, am gericht waren dann schon einige da, andere kamen erst später, insgesamt besuchten ca. 120 leute den ersten prozeßtrag. auch wenn klar war, daß nicht alle eingelassen werden, hatten wir doch gehofft, daß sich mehr leute zu diesem ersten tag verhalten und interesse bzw. solidarität zeigen würden.
die stimmung im saal war dann anfangs gar nicht so schlecht, zurufe und klatschen setzten sich durch bzw. wurden ja kaum ermahnt.
nach diesem ersten vormittag waren mehrere pressevertreter anwesend, die dann mittags schon allerdings nicht mehr erschienen. ihnen genügte wohl der anfang der 70 seitigen erklärung von joachim, in der auf alle details der anklageschrift eingegangen, sich an mehreren stellen von militanter politik distanziert wurde. uns war vorher klar, daß diese ersten aussagen von joachim in der bürgerlichen presse (die taz läßt sich hier getrost mit einbeziehen, selbst ein leserbrief von uns zum ersten tag wurde nicht abgedruckt!) bestimmend sein würden für das bild, das vom prozeß vermittelt wird.
einzig in der lokal-fr erschien vor dem prozeß ein kurzer artikel, der sich auf eine presseerklärung der bi gegen die flughafenerweiterung bezog. am 23.1. berichtete die presse relativ knapp lediglich über die anklagepunkte, daß die beschuldigten diese als "unsinn und falsche behauptungen" bezeichneten (dpa), sowie daß joachim sich von bombenanschlägen als po-

litisches mittel distanziert hatte ("wir werden in eine politische ecke geschoben, wo wir nicht hingehören", faz). die rüsselsheimer lokalpresse erschien mit einem etwas ausführlicheren artikel, indem dann zumindest kurz auch elmars politische erklärung erwähnung fand.
uns war wie gesagt klar, daß die presse vor allem die distanzierung aufgreifen wird, daß erstmal — also zu prozeßbeginn — wenig von unseren inhaltlichen vorstellungen auf diesem weg rüberkommt. mit unseren flugblättern, dem info, einer veranstaltung, den artikeln in atom, radikal ... hatten wir vor dem prozeß deutlich gemacht, unter welchen bedingungen — also trennung der angeklagten in unversöhnliche positionen — der prozeß laufen wird, und was wir mit dem prozeß verbinden und thematisieren wollen. daran hatten wir festgehalten und so rum versucht, die auseinandersetzung zu führen, und jenseits eines im relativen rampenlicht stehenden ersten prozeßtages. insgesamt klar und bezeichnend für die verschiedenen positionen, verlief dieser prozeßtag. die trennung der beschuldigten zeigte sich schon im anfangsverhalten vor gericht. während elmar zu den angaben zur person hinaus nichts mehr sagte, gaben die anderen beiden bereitwillig weitere informationen zu ihrem lebenslauf. auch in den anschließenden prozeß'erklärungen" von joachim und brandy kam es dann zu szenen, die nur als selbsterniedrigung und jämmerlich zu bezeichnen sind: auf zwischenfragen des senats wird ausführlich eingegangen, joachim läßt sich vom richter die angesetzten textstellen in der anklageschrift zeigen, später werden die erstellten karten und fotos erläutert.
der ganze ablauf, die erklärung, kann insgesamt nur als anbiederung verstanden werden. die empörung der beiden dabei über "die arroganz der staatlichen gewalt im startbahn-konflikt" sowie über "menschenunwürdige haftbedingungen" durften dann sogar stehen bleiben. die gesamten ausführungen, die offenen distanzierungen und juristischen kleinkrämereien übertrafen wohl noch die schlimmsten erwartungen vieler prozeßbesucher, mißfallenskungebungen wurden gleichwohl nur leise geäußert, wir hatten vor dem prozeß z.b. in der veranstaltung klargestellt, daß wir an diesem punkt keine zuspitzung der auseinandersetzung wollten, vielmehr eigene erklärungen inhaltlich dagegen gestellt werden sollten.
eine kritik kam deshalb (nach dem prozeß) auf, in der solches quasi billigendes verhalten gegenüber dieser reformistischen position, also distanzierungen und denunziation von radikaler militanter politik, als falsch bewertet wurde. wir denken jedoch nach wie vor, daß unter den konkreten bedingungen, hier z.b. ein offensives stören der ausführungen der beiden nicht zu vertreten gewesen wäre, eine eskalation nur am falschen punkt hervorgerufen hätte, nämlich den eh getrennten angeklagten und deren freundeskreisen.
die eigene haltung zu dieser "juristischen prozeßführung" wurde mit der anfangserklärung von elmar klargemacht und es wurde deutlich inhaltlich ausgedrückt, was uns wichtiger war. mit dem applaus, den parolen, mit der dann der senat den saal verließ, fanden wir den ablauf dieses ersten tages auch insoweit in ordnung.

zum ablauf des 2. prozeßtages

von prozeßbeginn an wurde von joachim/brandy und ihren anwälten gegenüber baw und senat ein klima geschaffen, das eine verhandlungsbereitschaft wecken sollte (sofern diese zumindest bei der baw nicht ohnehin schon vorhanden war). die ausführlichen, "klarstellenden" einlassungen von joachim und brandy hatten objektiv wenig mit juristischer prozeßführung zu tun (sie wurden dann im urteil im wesentlichen als schutzbehauptungen zurückgewiesen). vielmehr signalisierten sie ein kooperatives, "prozeßförderndes" vorgehen, sowie geläutertes, reuiges verhalten der angeklagten. mit diesen aussagen im rücken haben die anwälte der beiden gleich nach dem unsicheren auftritt des ersten bullenzeugen die situation wahrgenommen, nach einem deal zu suchen. bei der baw wurden scheinbar offene türen eingerannt und der senat stimmte prinzipiell ebenfalls zu. nur die bedingungen mußten noch ausgehandelt werden.
elmars anwälte nahmen an diesen verhandlungen vorerst nicht teil, für ihn hatte sich die frage eines solchen deals nicht gestellt. er wurde dann mit dem "angebot" konfrontiert. eine endgültige entscheidung behielt sich elmar zwar bis zum dritten/letzten prozeßtag vor, auch um damit die anderen beiden bzw. ihre anwälte unter druck zu setzen, für ihn ein "angemessenes" abgestuftes strafmaß zu erreichen. letztendlich war jedoch bald klar, daß er diesen deal nicht ablehnen kann. für die baw und den senat war sein einverständnis eine bedingung für das prozeßende. eine abtrennung der verfahren — also deal mit joachim/brandy, weiterverhandlung mit offenem ende gegen elmar — wäre wohl kaum gelaufen (u.a. auch, weil der arbeitsaufwand für das gericht nach wie vor der gleiche geblieben wäre).
joachim und brandy strebten diesen deal unter allen umständen an. vorausgesetzt, daß der § 129a wegfällt und (nur) bewährungsstrafen verhängt werden, waren die beiden zur annahme jeden urteils bereit. ein einseitiges ablehnen des deals hätte zu einem totalen gegeneinander der betroffenen geführt: "wegen dir (elmar) sitzen wir noch hier". dieser satz, bezogen auf eine durch elmars ablehnung begründete weiterverhandlung, macht das verhältnis der drei untereinander in dieser phase deutlich. elmar wurde massiv unter druck gesetzt, dem deal zuzustimmen, bis hin zur drohung, daß "ansonsten vor gericht dreckige wäsche gewaschen würde", was immer das an denunziation, unterstellungen oder schuldzuweisungen bedeutet hätte. hier, in dieser konfrontation zeigte sich eben, welche folgen diese prozeßführung nach sich ziehen kann.
baw und senat konnten in etwa von solchen bedingungen ausgehen. es fiel ihnen somit nicht schwer, elmar für die beteiligung an der "gemeinsamen vorbereitung eines sprengstoffanschlages" mitzuverurteilen. elmar "sollte froh sein, mit seinem (?) politisch offensiven prozeß so gut, ohne knast, davongekommen zu sein", so der sinngemäße kommentar von joachim/brandy. und hier drückt sich aus, daß nicht mal mehr ernsthaft versucht wurde, gegen die konstruierte beteiligung elmars anzugehen.
abgesehen von unserer unvorbereiteten haltung solch einem deal gegenüber, wäre eine fortführung des prozesses unter diesen konkreten bedingungen nicht in frage gekommen.

zum deal

der deal, das schnelle urteil, hatte uns doch ziemlich überrascht und überannt zugleich. wir waren uns vorher in der einschätzung zum prozeß — ob und wie sie das durchziehen — nicht sicher, aber mit einer solch schnellen entscheidung hatten wir nicht gerechnet.
die verhaftungen im dezember '83 liefen ja propagandistisch sehr aufgebläht. die anklageschrift wurde genau während des hungerstreiks im januar '85 in die überregionale presse gestreut, und, obwohl sie natürlich sehr genau um ihre konstruktion wußten, wurde keiner der '83 erhobenen vorwürfe zurückgenommen. von daher war eher ein "harter prozeß" zu erwarten gewesen. möglicherweise ging es aber vor allem darum, die einschüchterung aufrechtzuerhalten, den distanzierungsdruck weiter zu erhöhen, was ohne zweifel ja auch seine wirkung zeigte.
denn nachträglich sehen wir einige anzeichen dafür, daß während des prozesses zumindest von der baw bewußt eine deeskalation mitangestrebt wurde. es ist davon auszugehen, daß ihr über den taz-artikel vom november '85 sowie über evtl. weitere mitteilungen "beobachtender behörden" bekannt war, daß joachim und brandy ausführliche aussagen machen und sich von militanten aktionen distanzieren.

mit dem gespann müllenbach/hofmann schickte die baw auch die "dritte garnitur" in die arena (angesichts zu erwartender verhandlungen?) mit ständiger rücksprache zu rebmann in karlsruhe. ihr auftreten war von ziemlicher zurückhaltung geprägt. so mußte nach den langen ausführungen von joachim und brandy ihrerseits eigentlich eine weitere befragung erwartet werden. gerade auch bezüglich des politischen läuterungsprozesses der beiden ... daß darauf zumindest vorläufig völlig verzichtet wurde, könnte bedeuten, daß hier ein reibungsloser ablauf mit vorprogrammierter deeskalation an keinem punkt mehr gestört werden sollte.
das zurückhaltende vorgehen des senats während des gesamten prozesses — niemand brauchte zu sitzungsbeginn aufzustehen, zurufe und klatschen wurden zugelassen, beim parolenrufen verließen die richter zu einer "pause" den saal — scheint zwar mit dem stichwort "frankfurter verhältnisse" erledigt; schon im verfahren gegen gisela dutzi wurde vom olg ffm. ähnlich "milde" vorgegangen.
trotzdem sollte auch in diesem prozeß jegliche konfrontation vermieden werden.

zum urteil

wir hatten die möglichkeit, daß der paragraph 129a fallengelassen wird während der prozessvorbereitung diskutiert, da er zum einen seine funktion zum teil "erfüllt" hatte durch die weitreichenden ermittlungen im zusammenhang mit den verhaftungen, durch die u-haft und haft-bedingungen, durch die insgesamte einschüchterung, die groß angelegte propaganda als "fahndungserfolg", usw.. darüberhinaus hätte ein urteil mit dem §129a in diesem verfahren (u.a. mit dem sehr unterschiedlichen verhalten und politischen vorstellungen der betroffenen, und mit dem vorwurf "anlehnung an die raf", der hier offensichtlich als verstärkter repressionsknüppel gegen die betroffenen diente) eine ähnliche wirkung und bedeutung bekommen können — zumindest hier im rhein-main-gebiet — wie das urteil gegen die radikal-herausgeber. es hätte ein starkes offenmachen der politischen justiz bedeutet.
dem stand die einschätzung gegenüber, daß hier ein präventives urteil möglich ist, gegen entwickelten widerstand und ansätze von organisierung radikaler politik, gegen strukturen im rhein-main-gebiet, startbahn-zusammenhänge, gemeinsame diskussionen und aktionen der verschiedenen spektren (großaktion, hungerstreik, kampf gegen die nato).

war für uns also die möglichkeit eines präventiven abschreckungsurteils vorher nicht unwahrscheinlich, läßt sich im stattgefundenen ablauf eher eine gezielte deeskalation erkennen.
bei der einschätzung, wie diese verfahrensweise und das urteil zustande kamen, welche politischen entscheidungen dahinterstehen, und was die auseinandersetzung und mobilisierung dabei bewirkten, gehen wir davon aus, daß folgende punkte zusammenwirkten:

- *das ziel der abschreckung gegen "militante autonome" (rebmannn), das bis in bewegungen hinein wirken sollte (sabotage, anschläge als teil des widerstands) fand "schon" mit sechs monaten u-haft gegen drei der betroffenen seine umsetzung.*
- *mit der verurteilung eines "gemeinschaftlich geplanten anschlags" wurde eine wesentliche anklagelinie durchgesetzt.*
- *mit den distanzierungen konnten beschuldigte präsentiert werden, die beinahe in die "gewaltecke abgerutscht" wären, sich jetzt aber wieder auf demokratischer ebene geläutert haben (politische arbeit in der freien wählergemeinschaft).*
- *es ist und bleibt aktuelle staatsschutzstrategie, solch reuiges verhalten zu belohnen, auch um eine gewisse rechtstaatlichkeit gegenüber einer breiteren öffentlichkeit zu belegen anstatt sie vor den kopf zu stoßen, indem trotzdem knallhart verurteilt wird.*

hierfür gibt es zwar auch gegenbeispiele, d.h. daß sie in bestimmten situationen trotzdem kompromißlos verurteilen, wenn es ihnen politisch wichtig erscheint (abschreckungsnotwendigkeit).
einem system, das sich der notwendigkeit politischer legitimation sehr bewußt ist und darauf nicht unwesentlich seine stabiltät begründet, ist es dennoch in der regel mehrt wert, widersprüche schlichtend, geläutert in den schoß der gesellschaft zurückzuführen, als einzelne reumütige ex-militante einzuknasten. entschlossenen militanten widerstand als ausdruck "hilfloser ohnmacht", der "persönlich aufgewühlten situation" von beschuldigten bestätigt zu bekommen, hat für diesen staat erhebliche bedeutung.

- *eine auseinandersetzung und mobilisierung im rhein-main-gebiet zum prozeß, ein verhalten z.b. der startbahnbewegung, steckte erst in den anfängen. und wir denken, daß dies, bezogen auf den prozeßverlauf erst einmal keinerlei einfluß hatte. gleichwohl konnte mit der dauer des verfahrens (anträgen, erklärungen, veranstaltungen) eine weitere auseinandersetzung über knast, sprich prozesse ... erwartet werden. unter den beschriebenen voraussetzungen ließ sich auch das mit einem kurzen prozeß verhindern.*

- *die lange bewährungszeit ist ausdruck von prävention und drohung gegen die angeklagten, gerade auch gegen elmar/seine erklärung.*

uns war (und ist) in der mobilisierung zum prozeß die auseinandersetzung unter uns wichtig, unser verhältnis zu repression und knast, und was wir dem entgegensetzen können...

Ausführliche Infos könnt ihr erhalten über
Autonome Soligruppe
c/o freies kulturcafé
an der wied 1
6090 rüsselsheim

Spendenkonto:
Kreissparkasse Groß Gerau
BLZ 508 525 53
Kto. 1127380, K. Flamme

16 Monate für Rolf und Wolfgang

8 Monate Knast ohne Bewährung lautet das Urteil gegen Rolf und Wolfgang, wegen »fahrlässiger Herbeiführung einer Explosion«, die allerdings mit der U-Haft (9 Monate) abgegolten sind. Für den restlichen — bereits abgesessenen — Monat gibt es keine Haftentschädigung. Auch hier aber das wichtigste — Rolf und Wolfgang brauchen nicht zurück in den Knast.

Am 11.5.83 fand in Braunschweig ein öffentliches Bundeswehr-Gelöbnis statt. Deswegen hatten einige Gruppen in Flugblättern zu Protestaktionen und unter anderem zu direkten Widerstand aufgerufen. Einige Tage vor dem Gelöbnis kam es im Keller des Hauses, wo Rolf und Wolfgang wohnen, zu einer »Verpuffung«, von der die beiden Verbrennungen davon trugen.
Die Staatsanwaltschaft sah hierin allerdings ein Sprengstoffdelikt und stellte dies in Zusammenhang mit dem Gelöbnis und machte Rolf und Wolfgang darüberhinaus für fast alle zu der Zeit politisch motivierten Anschläge im Raum Braunschweig verantwortlich. Die beiden kamen sofort in U-Haft und wurden während der 9 monatigen Dauer von einem Knast zum anderen verschoben.
Schon vor dem Prozeß, der im übrigen nach 12 Tagen von der Staatsanwaltschaft selbst zum Platzen gebracht wurde, war hier klar, daß es nicht um konkrete Tatvorwürfe, sondern einzig um die Gesinnung der beiden ging.
Dies setzte sich im Prozeß, der von Rolf und Wolfgang und ihren Anwälten als Angriff der Klassenjustiz auf sie verstanden und daher politisch geführt wurde, fort.
Nachdem der Prozeß geplatzt war, fand Anfang dieses Jahres der 2. Ablauf statt. Die Atmosphäre war, wie schon beim ersten Versuch, geprägt von diversen Befangenheitsanträge gegen den Richter sowie den Staatsanwalt, die aber fast allesamt stets »unbegründet« abgelehnt wurden. Auf der anderen Seite scharfe Sicherheitsschikane und Präsenz der Polizei gegenüber dem Publikum. Rolf und Wolfgang führten auch diesen zweiten Prtozeß rein politisch und ließen sich dabei auch durch nichts vom Gericht einschüchtern. Für sie, aber nicht nur für sie, war von Anfang an klar, daß sie hier abgeurteilt werden sollten, und mit ihnen eine ganze politische Szene, ob es nun tatsächlich Gründe dafür gab, oder nicht.
Der 9. und letzte Prozeßtag begann mal wieder mit einer sportlicher Leistung des Richters, der innerhalb von 4 Minuten 13 Beweisanträge und einen Befangenheitsantrag gegen sich selbst ablehnte. Es folgten die Plädoyers des Staatsanwalts und der Verteidiger und schließlich die Urteilsverkündung.
Den folgenden Teil übernehmen wir aus dem Flugblatt der Prozeßgruppe:
...Drinnen machte der Richter Rathmann inzwischen in seiner mündlichen Urteilsbegründung deutlich, wie sehr das Urteil an den Staatsschutzinteressen orientiert ist. Der »Tatvorwurf« der »Verabredung zu einem Explosionsverbrechen« wurde zwar fallengelassen, obwohl das Gericht Anhaltspunkte für eine »Verabredung« sieht, aber letztlich reichten diese »Indizien« formal für eine Verurteilung nicht aus. Nichtsdestotrotz ist die Höhe des Urteils im wesentlichen danach bestimmt, wie sehr dadurch eine abschreckende Funktion erfüllt werden soll. So faselte Rathmann davon, daß, normalerweise, eine Geldstrafe verhängt worden wäre, daß aber »die staatsfeindliche Haltung eine empfindliche Strafe unbedingt erforderlich macht«, dies hätte general- und spezial-präventive Gründe. Weiter: das Urteil sei ein »deutliches Ausrufezeichen, weil die Angeklagten bereits im Vorfeld deutlich gemacht hätten, daß sie sich nur vor der Geschichte verantworten«. Die politische Dimension des Verfahrens, die selbst StA Reinhardt in seinem Plädoyer nicht offen zugeben wollte, kommt an dieser Stelle am deutlichsten zum Tragen: Nicht die tatsächlichen Vorgänge im Keller sind von Bedeutung, sondern es gilt allein die Haltung der Angeklagten gegenüber der Justiz bzw. dem Machtapparat insgesamt zu »bestrafen«. Ziel der Staatsschutzjustiz dabei ist es, den Widerstand, der während der gesamten Verhandlung entgegengesetzt wurde, und der sich von ihr nicht auf die Ebene der juristischen Bittstellerei zurückdrängen ließ, zu bekämpfen. Der Machtanspruch des Systems formuliert sich hier offensichtlich: Wer nicht abschwört, klein beigibt, sich nicht den Prinzipien des Apparates unterwirft, wird kriminalisiert und dem staatlichen Gewaltapparat ausgeliefert. Vermittelt werden soll der Eindruck, Widerstand lohnt sich nicht, sondern führt nur zu hohen Strafen.

Dieser Strategie steht aber die Erfahrung gegenüber, daß der Verzicht auf Widerstand, auch auf einem Terrain, das letztlich von den HERRschenden kontrolliert wird, in völliger Unterwerfung und Handlungsunfähigkeit endet. Gegen die Maßnahmen des Justizapparates keinen Widerstand zu leisten, hieße dem Kampf, der gegen das ganze System von Herrschaft und Unterdrückung geführt wird, Grenzen zu setzen. Das Kalkül der Herrschenden in politischen Prozessen wäre damit durchgesetzt, daß revolutionärer Widerstand an den Türen der Gerichtssäle aufhört.
Das Scheitern dieses Kalküls machte die hohe Bestrafung notwendig. Das wird auch deutlich, wenn mensch die verhängte Strafe (8 Monate) ins Verhältnis setzt zur Höchststrafe (2 Jahre), die auf »fahrlässige Herbeiführung« steht.
Wenn also das politische Kalkül entscheidend für das Urteil war, so ist es im Prinzip unwesentlich, auf welche »Tatsachen« die Kammer ihre Begründung stützt. Deswegen ist es auch nur konsequent, wenn die Kammer die in der Beweisaufnahme festgestellten Tatsachen in ihrem Sinne verfälscht unt interpretiert. Hier einige Beispiele:
- Das Gericht geht sowohl von einer »Explosion« als auch von einer »zerstörerischen Wirkung« aus.
- Die Kammer geht von einem Druck in der Dose von max. 10 und mindestens 5-6 atü aus, trotz gegenteiliger Feststellungen der RAe.
- Es hätte Druckwellen gegeben, was durch die erhebliche Geschwindigkeit, mit der sich der gelbe Qualm im Haus verbreitet hätte belegt sei. (Dieser Unsinn wurde das erste Mal von StA Reinhardt in seinem Plädoyer dargestellt.)

- Auch eine »Gefährdung von Personen oder Sachen von bedeutendem Wert« nimmt die Kammer an. Konkret bezieht sich das Gericht auf den Husten zweier Hausbewohner sowie den gelben Belag, der sich in der über dem Keller liegenden Wohnung abgesetzt hätte. Des weiteren hätte die Stichflamme das ganze Haus in Brand setzen können.
Der Gipfel der Dreistigkeit wurde erreicht, als Rathmann die Verantwortung für die gespannte Atmosphäre der Verhandlung den RAen gab, die durch ihr Verhalten diese Stimmung bewirkten.
Wenn mensch außer Acht läßt, ob das Urteil vom BGH aufgehoben wird und in die Revision geht oder nicht, bleibt für Rolf und Wolfgang unterm Strich, daß sie zwar jetzt keinen Knast mehr absitzen müssen und auch keine Bewährung offen haben, andererseits aber die gesamten Prozeßkosten tragen müssen, Diese belaufen sich jetzt auf eine fünfstellige Summe. Das können weder die »Angeklagten«, noch der Rechtshilfefonds alleine tragen. Deshalb rufen wir an dieser Stelle nochmals nachdrücklichst dazu auf, Kohle auf das Spendenkonto zu überweisen.
Konto: Jortzick-Sonderkonto
Postscheck. Han
Kto. Nr.: 64339-303

SPD 87:

Die Broschüre im einzelnen:

SPD und »Europäisierung« der NATO+++ Von Bülow und die »strukturelle Nichtangriffsfähigkeit«+++ Eureka - eine Alternative zu SDI? +++ Chemiewaffenfreie Zone – ein SPD-Bluff+++ SPD und Abrüstung: Worte und Taten+++ Die »Alterna(t)iven« von SPD-Linken und grünen »Realos«+++

Herausgeber: Initiative »Kein Friede mit der NATO – Raus aus der NATO«; Redaktion ATOM; Kommunistischer Bund

Bestellungen

Per Überweisung auf das Konto von: Jürgen Jakoby, Mannheim. Stadtsparkasse Ludwigshafen (BLZ: 54550010) Kto. Nr.: 764233. Absender deutlich angeben!

Preise

Einzelpreis 4.-DM, ab 10 Stück 3.50 DM, ab 25 Stück 3.-DM, ab 50 Stück 2.50 DM Zuzüglich Versandkosten.

Graswurzel revolution

Neu Nr. 103

Schwerpunkt

Ist die anarchistische Staatskritik noch aktuell ?

36 Seiten, DM 3,- & 0,60 Porto

Sonderheft
Soziale Verteidigung

80 Seiten, DM 5,- & 0,80 Porto

Sonderheft

Anders Arbeiten Selbstverwaltung und Sozialismus

104 Seiten, DM 6 & 1,15 Porto

Bestellungen in Briefmarken oder Verrechnungsscheck an:
GWR, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

links

Sozialistische Zeitung

- **Seit 1969.**
- **Das Forum der unabhängigen Linken.**
- **36 Seiten. Jeden Monat neu.**
- **Für Leser, die mitdenken wollen.**

MAI '86

Linke und Demokratie (O. Negt u.a.)

Wahlen in Niedersachsen (G. Ziebura, J. Seifert)

u.a.m.

links **jetzt abonnieren!**

Jahresabonnement DM 45,– (incl. Versandkosten)

Bezug über:
Sozialistisches Büro
Postfach 10 20 62
6050 Offenbach 1

☐ **Ich möchte die "links" kennenlernen** (kostenloses Probeexemplar)

☐ **Ich möchte die "links" abonnieren ab .....**

Name

Straße und Hausnummer

PLZ/Ort

1.
Datum/Bestell-Unterschrift

Erfüllungsort: Offenbach

Ich bestätige mit meiner 2. Unterschrift, daß ich diese Bestellung innerhalb 14 Tagen widerrufen kann.

2.
Datum/Bestätigungs-Unterschrift

GRÜNE BLÄTTER

Gutschein für ein Probeexemplar

Name

Anschrift

Monatszeitschrift der Grünen in Baden-Württemberg

Einzelpreis DM 2.50, Jahres-Abo DM 25
Anschrift: GRÜNE BLÄTTER Redaktion, Forststr. 93, 7000 Stuttgart 1

SCHWARZER FADEN

Anarchistische Vierteljahresschrift

Inhalt von Nr. 20 (1/86), 64 Seiten:

★ **Anti-NATO-Thesen** – für den Koordinationskongreß ›Frieden mit der NATO?‹, wie wird man eine Supermacht? von Peter Valtinek.

★ **Den radikalen Bruch mit den GRÜNEN organisieren!** – Parteienkritik konkret von Horst Blume.

★ **Den emotionalen Bruch vermeiden ...** – Nachdenkliches zum Sare-Tod und zur ›taz-hh‹ von Wolfgang Haug.

★ **Solidarität mit den »Wilden«?** – Deutscher Kolonialismus und Sozialdemokratie; ein Diskussionseinstieg zum Internationalismus von Gottfried Mergner.

★ **Unruhen in Spanien** – Eine Analyse spanischer Industrie-Kämpfe vor dem EG und NATO-Beitritt Spaniens von Lutz Bredlow.

Einzelnummer: DM 5,–
Abonnement: DM 15,–/ 4 Nummern
Probehefte nur gegen Rückporto
Postscheckkonto Stgt, F. Kamann
Kontonummer: 57463–703

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach
7031 Grafenau-1

Studien zu Zentralamerika

Istmo

==========
E X T R A
==========

Gaby Gottwald
Paul Schwarz

STIFTUNGSPOLITIK
im Ausland

zum Beispiel:
ZENTRALAMERIKA

Preis: 3.- DM

Die Hefte sind erhältlich über den Buchhandel (ISSN 0724-0716) oder direkt beim Herausgeber.
Einzelheft DM 4,-; Doppelheft DM 8,-

Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft
Zentralamerika e.V.
Achtermannstraße 10-12
D- 4400 Münster

April/Mai '86 Ausgabe 7 **NEU**

aus dem Inhalt:

- **Zur Geschichte des Atomprogramms**
- **Atomwaffensperrvertrag Bundesregierung entblößt sich**
- **Sicherheitsstaat und WAA**
- **Perspektiven-Debatte**

Herausgeber: Landeskonferenz der bayerischen Bürgerinitiativen gegen die WAA

Bestellungen bei: Anita Aschenbrenner, Keßlerplatz 15, 8500 Nürnberg 20

Jahresabo (5 Ausgaben) 20,–, Förderabo: 30,–
für Wiederverkäufer ab 5 Exemplare 3,50, zuzügl. Porto
einmaliges Probeheft 4,– DM + 1,– Porto
Postscheckkonto Nürnberg, Anita Aschenbrenner (Sonderkonto)
Kto.Nr.: 113237-850

ACHTUNG!

Noch lieferbar: Ausgabe 6/86

Dokumentation
der Platzbesetzungen und Räumungen
Augenzeugenberichte
Interviews und Fotos

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie

PRESENT:

NEU NEU NEU NEU NEU NEU

Das WAAnsinnsplakat!

für drinne und draußen

Unser Hobby-Tip Nr.1: so klebt sich's am einfachsten ...

Man nehme Tapetenkleister für die Verklebung von normalen Papier- und Pierkaschierten Korktapeten und zum Vorleimen poröser Wände. Hohe Ergiebigkeit und gute Klebkraft. Fungizid ausgerüstet gegen primären Schimmelbefall.

Der Untergrund muß fest, eben, sauber und trocken sein. Lose Anstrich und alte Tapetenreste sind zu entfernen, Risse und Löcher mit Füll- und Spachtelmasse auszubessern.

Ansetzen des Kleisters: In sauberen Behälter den Packungsinhalt in kaltes Wasser anrühren und nach ca. 30 min kräftig durchschlagen. Plakatieren: Plakate, je nach saugfähigkeit, dünn bis dick gleichmäßig einkleistern, anschließend wie gewohnt verkleben und ne Biege machen.

DAS PLAKAT IST ZWEIFARBIG
FOTOS: S/W, SCHRIFT: PINK
GRÖSSE: DIN A2

Dieses WAAnsinnsplakat kostet 3 DM. Für Bürgerinitiativen, Buchläden und sonstige Wiederverkäufer ab 10 Expl. 2 DM. Ihr könnt es bestellen oder am Büchertisch u. im Roten Buchladen kaufen.
Bestellungen an:
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postf. 1945, 3400 Gö, Reinhäuser Landstr. 24, Kto. Verein für umweltgerechte Energiepolitik e.V., PSchA Hannover, Nr. 14899-308

Bei Bestellung von Einzelexpl. bitte 3 DM in Briefmarken beilegen, plus 1 DM für Verpackungsrolle.

Collection Lako foundation
www.lako.org
Digitized 2016